

20
09



Der Postbank Konzern in Zahlen 2009

		01.01. – 31.12.2009	01.01. – 31.12.2008 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.088	2.288
Verwaltungsaufwendungen	Mio €	-2.864	-2.969
Ergebnis vor Steuern	Mio €	-398	-1.064
Konzerngewinn/-verlust	Mio €	76	-886
Cost Income Ratio gesamt	%	92,7	129,8
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	-7,8	-23,3
nach Steuern	%	1,5	-19,4
Ergebnis je Aktie	€	0,35	-5,26
		31.12.2009	31.12.2008¹
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	226.609	231.219
Kundeneinlagen	Mio €	111.067	95.077
Kundenkredite	Mio €	108.971	101.228
Risikovorsorge	Mio €	1.641	1.323
Eigenkapital	Mio €	5.251	4.952
Kernkapitalquote	%	7,6	7,2
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	20,86	21,13
Langfristrating			
Moody's	Ausblick	Aa3 Rating under Review	Aa2 stabil
Standard & Poor's	Ausblick	A- positiv	A- positiv
Fitch	Ausblick	A+ stabil	A negativ
		31.12.2009	31.12.2008
Informationen zur Aktie			
Aktienkurs zum Stichtag	€	22,88	15,50
Aktienkurs (01.01. bis 31.12.)	Hoch €	26,86	67,10
	Tief €	6,81	12,19
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	5.006	3.391
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Meilensteine im Jahr 2009

- I 5. Februar 2009 Die Postbank AG emittiert ihren dritten Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd € und einer Laufzeit von fünf Jahren.
- I 9. März 2009 Die Deutsche Bank AG gibt bekannt, dass sie 25 % plus eine Aktie an der Postbank hält. Die Aktien stammen im Wesentlichen aus dem Vollzug der Transaktion mit der Deutschen Post AG.
- I 22. April 2009 Die Hauptversammlung der Postbank findet in Frankfurt statt und stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen mit breiter Mehrheit zu.
- I 29. Mai 2009 Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG beruft in seiner Sitzung Stefan Jütte mit Wirkung zum 1. Juli 2009 zum neuen Vorsitzenden des Vorstands der Bank. Zuvor hatten der Aufsichtsrat und der bisherige Vorstandsvorsitzende, Dr. Wolfgang Klein, im besten gegenseitigen Einvernehmen entschieden, dass sein Mandat zum 30. September 2009 nach neun Jahren erfolgreicher Tätigkeit für die Postbank endet. Das als COO für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann und der Aufsichtsrat der Postbank verständigten sich über eine Beendigung der Aufgaben mit Ablauf des 29. Mai 2009. Sein Nachfolger wurde zum 30. Mai 2009 Dr. Mario Daberkow, der zuletzt als Generalbevollmächtigter für das Transaction Banking der Postbank zuständig war.
- I 3. Juli 2009 Die Postbank platziert ihren ersten Öffentlichen Pfandbrief im Volumen von 1 Mrd €. Am 20. August 2009 folgte die Aufstockung dieser Emission auf insgesamt 1,5 Mrd €.
- I 26. November 2009 Die Postbank gibt im Rahmen einer Präzisierung ihrer strategischen Ausrichtung bekannt, mittelfristig und nachhaltig eine operative Eigenkapitalrendite nach Steuern von rund 13 % erreichen zu wollen. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis beabsichtigt die Postbank, bis 2012 ihre Gewinne zu thesaurieren.

Finanzkalender 2010

- I 15. März 2010 Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2009
- I 29. April 2010 Hauptversammlung, Frankfurt am Main
- I 12. Mai 2010 Zwischenbericht zum 1. Quartal 2010, Analystentelefonkonferenz
- I 4. August 2010 Zwischenbericht zum 1. Halbjahr 2010, Analystentelefonkonferenz
- I 11. November 2010 Zwischenbericht zum 3. Quartal 2010, Analystentelefonkonferenz

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

Postbank Konzern Geschäftsbericht 2009

Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden und fast 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Unser Kerngeschäft ist das Geschäft mit Privatkunden, daneben sind wir im Firmenkundengeschäft sowie in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die positive Entwicklung unseres Kundengeschäfts der vergangenen Jahre verdanken wir insbesondere einer attraktiven, auf die Bedürfnisse unserer Zielgruppen zugeschnittenen Produktpalette und unserer im deutschen Bankenmarkt einzigartigen Vertriebsoberfläche. Aufbauend auf diesen Stärken, werden wir auch unsere Innovationskraft und die Servicequalität unseres Hauses weiter steigern. Auch künftig wollen wir mit neuartigen Produkten und Prozessen sowie mit exzellenten Dienstleistungen dem Markt einen Schritt voraus sein.

In weit höherem Maß allerdings verdanken wir den Erfolg unseren Kunden, die uns ihr Vertrauen schenken. Vertrauen braucht zweierlei: Transparenz und Dialog. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Geschäftsbericht zum einen klar und deutlich über uns und unser Geschäft informieren. Zum anderen möchten wir zeigen, wie wir unsere Rolle als kundenorientiertes Serviceunternehmen verstehen und ausfüllen.

Inhalt

Der Konzern 2009

An unsere Investoren	Unsere Geschäftsfelder	Unsere Verantwortung
4 Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre	16 Retail Banking	22 Bericht des Aufsichtsrats
6 Vorstand	18 Firmenkunden	26 Erklärung zur Unternehmensführung (inklusive Corporate Governance Bericht)
8 Aktionäre und Aktie	20 Transaction Banking	38 Mitarbeiter
12 Strategie – Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	21 Financial Markets	40 Nachhaltigkeit

Postbank Journal



Das Geschäftsjahr 2009

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
44 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	95 Gesamtergebnisrechnung	165 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
45 Angaben nach § 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	96 Bilanz	166 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
46 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	97 Eigenkapitalveränderungsrechnung	167 Bilanz Mehrjahresübersicht
48 Mitarbeiter	98 Kapitalflussrechnung	168 Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
48 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009	100 Anhang – Notes	170 Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
50 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	133 Segmentberichterstattung (Note 40)	172 Gremien
53 Segmentberichterstattung	164 Bestätigungsvermerk	174 Konzernstruktur
55 Bilanzentwicklung		176 Glossar
56 Nachtragsbericht		182 Adressen
57 Risikobericht		
90 Prognosebericht		

Zeichenerklärung

 Querverweis mit Seitenzahlangebe

 Internetverweis

 Servicehinweise

Umschlag

U2 Kennzahlen

U3 Meilensteine

U3 Finanzkalender

U4 Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,

2009 war für nahezu alle Industrie- und Dienstleistungssektoren ein schwieriges Geschäftsjahr. So auch für die Banken. Zwar verzeichneten die Finanzmärkte nach der Eskalation gegen Ende 2008 erste Anzeichen einer Normalisierung, dennoch trafen deren Auswirkungen 2009 verstärkt die Realwirtschaft mit der Konsequenz einer deutlich erhöhten Risikovorsorgebildung, vornehmlich im Unternehmenssektor und bei gewerblich genutzten Immobilienfinanzierungen.

Diese negativen Umfeldbedingungen beeinflussten auch die Ergebnissituation der Postbank. Zwar entwickelte sich das Kundengeschäft insbesondere im deutschen Privat- und Firmenkundenbereich positiv. Die widrigen externen Faktoren führten dennoch zu erfolgswirksamen Belastungen aus den Risikopositionen der Bank. Wie erwartet, ging der Umfang dieser krisenbedingten Belastungen allerdings gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zurück. Die Postbank konnte das Geschäftsjahr 2009 somit – unter Berücksichtigung von positiven Steuereffekten – mit einem Konzerngewinn von 76 Mio € abschließen, nachdem wir im Vorjahr noch einen sehr deutlichen Verlust hinzunehmen hatten. Vor Steuern lag das Ergebnis 2009 noch bei unbefriedigenden –398 Mio €. Hierbei ist allerdings nicht berücksichtigt, dass wir – begünstigt durch die Spread- und Marktzensentwicklung – deutliche Barwertgewinne in unserem Finanzanlagebestand des Bankbuchs verzeichnen konnten, die wir nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt haben. Diese positive Entwicklung wird auch in der nach IFRS auszuweisenden Position der Gesamtergebnisrechnung ersichtlich.

Das Kundengeschäft verlief 2009 in den wesentlichen Produkt- und Geschäftsfeldern trotz des anhaltend intensiven Wettbewerbs ganz überwiegend erfolgreich. Im Retail Banking konzentrierten wir uns im Berichtsjahr insbesondere auf das für die Bank sehr wichtige Spargeschäft. Hier ist es uns gelungen, deutliche Marktanteils- gewinne zu erzielen. Das Gesamtvolumen stieg aufgrund eines starken Zustroms an Neugeldern um 16,5 % auf 57,2 Mrd €. Wir sehen diese Entwicklung auch als Vertrauensbeweis unserer Kunden in die Postbank. Im Kredit- geschäft trugen wir maßgeblich zur Sicherstellung der Kreditversorgung in Deutschland bei. Unser Kundenkredit- geschäft wuchs um 7,7 %. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistete auch das Mittelstandskreditgeschäft, das wir – unter konsequenter Beachtung unserer Vergabekriterien – um 1,6 Mrd € ausweiteten. Hier können wir u. a. aufgrund unserer guten Liquiditätssituation Lücken schließen, die andere Institute hinterlassen haben.

Unsere gute Position im Kundengeschäft wollen wir mit dem Ende 2009 angekündigten Strategieprogramm Postbank4Future untermauern und ausbauen. Die Umsetzung des Programms wird eine konsequente Fokussierung unserer Produktpalette und somit eine Verschlan- kung der Prozesse nach sich ziehen. Damit kehren wir zurück zu unseren Wurzeln als Anbieter klassischer Bankprodukte und Dienstleistungen, die sich durch Sicherheit, Erreichbarkeit, Klarheit und Transparenz auszeichnen.

Mit der Neuausrichtung unseres Produktportfolios und den damit erschlossenen Freiräumen wird die Postbank ihre Service- und Beratungsfunktion ausbauen. Im Vordergrund steht hierbei die weitere Steigerung der Kunden- zufriedenhheit, z. B. durch eine noch bessere Erreichbarkeit und Bargeldversorgung. Details hierzu entnehmen Sie bitte auch den folgenden Seiten im vorliegenden Geschäftsbericht.

Mit der Verschlankung der Produktpalette und der Prozesse wird auch die Möglichkeit weiterer Effizienzsteigerungen einhergehen. Diese werden wir konsequent nutzen und zielen in unserem strategischen Programm darauf, die Verwaltungskosten bis 2012 nochmals abzusenken.

Das im Vorjahr begonnene Programm zum Abbau unserer Risikopositionen setzten wir konsequent fort, indem wir den Bestand an Finanzanlagen um knapp 13 % reduzierten. Außerdem wird die Stärkung unserer Eigenkapitalbasis weiter einen Schwerpunkt unserer strategischen Aktivitäten bilden. Die hierzu bereits seit Ausbruch der Finanzmarktkrise umgesetzten Maßnahmen haben zu einer Erhöhung der Kernkapitalquote geführt und ihre Volatilität vermindert. Zum Jahresende 2009 lag die Quote bei 7,6 % und damit um 0,4 Prozentpunkte über dem Wert per 31. Dezember 2008. Um zu unserem Zielwert von 10 % gemäß der aktuell gültigen Definition bis Ende 2012 zu gelangen, werden wir mit Hochdruck an der Einführung verfeinerter Modelle zur Risikomessung arbeiten. Außerdem beabsichtigen wir, Gewinne der Geschäftsjahre 2009 bis 2012 voll zur Stärkung des Eigenkapitals zu nutzen. Wir werden daher auch der Hauptversammlung 2009 vorschlagen, auf eine Dividendenzahlung zu verzichten. Hierfür hoffen wir, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, auf Ihr Verständnis.

Die Entwicklung des Aktienkurses der Postbank verlief im vergangenen Jahr erfreulich. Mit einem Plus von rund 48 % auf 22,88 € überflügelte die Postbank Aktie 2009 – nach deutlich rückläufigen Aktienkursen im Vorjahr – sowohl DAX als auch MDAX. Auch im direkten Marktvergleich zum Durchschnitt der europäischen Banken, die sich wie die Postbank auf das Geschäft mit Privatkunden konzentrieren, zeigt die Postbank eine signifikant bessere Entwicklung: Unsere Aktie erzielte einen um rund 18 Prozentpunkte höheren Kurszuwachs.

Für 2010 sind wir zuversichtlich, dass die Postbank auch wieder ein positives Ergebnis vor Steuern ausweisen kann. Sinkende Belastungen aus der Kapitalmarktkrise, ein gegenüber dem Niveau des Jahres 2009 rückläufiger Risikovorsorgebedarf, ein konsequentes Kostenmanagement und vor allem die soliden Ertragsströme aus unserem Kundengeschäft sollten hierzu ihre Beiträge leisten. Voraussetzung hierfür ist, dass es nicht erneut zu einer spürbaren Eintrübung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und an den Kapitalmärkten kommt. Ich versichere Ihnen, dass wir u. a. mithilfe unseres Strategieprogramms mit Hochdruck daran arbeiten, die Ergebnissituation der Postbank weiter spürbar zu verbessern.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie die Postbank auf ihrem Weg begleiten, und würde mich sehr freuen, wenn Sie uns weiter Ihr Vertrauen schenken.

Bonn, 15. März 2010

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG





Von links:
Dr. Mario Daberkow, Horst K pker, Hans-Peter Schmid, Dr. Michael Meyer, Marc Heß, Stefan Jütte (Vorsitzender), Ralf Stemmer

Aktionäre und Aktie: Postbank Aktie mit guter Performance

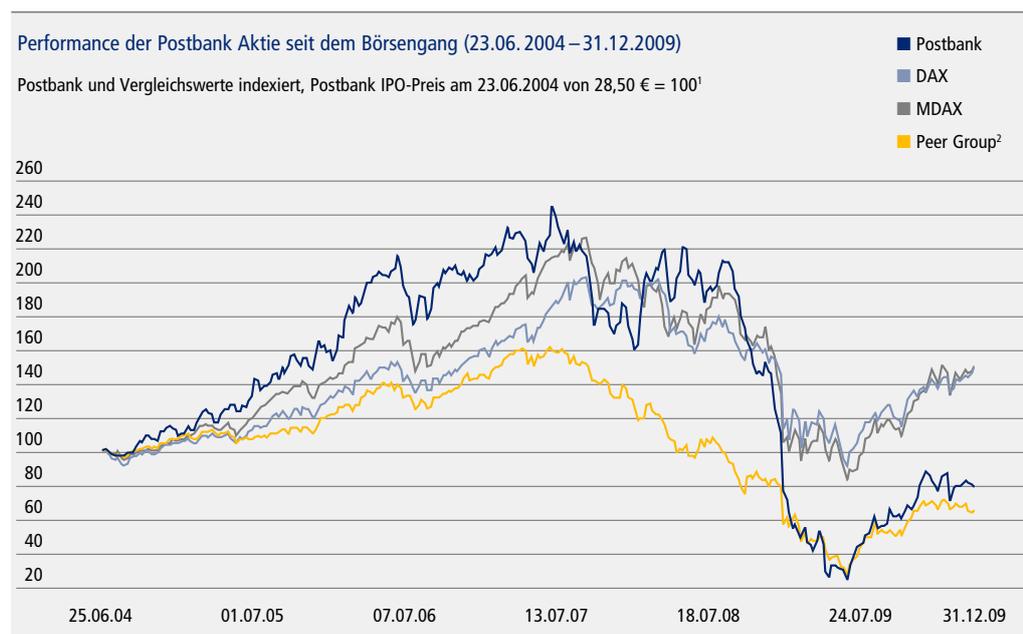
I Aktienmärkte verzeichnen deutliche Kurszuwächse

Die internationalen Aktienmärkte boten, auf das Gesamtjahr 2009 gesehen, ein erfreuliches Bild. Die Entwicklung verlief allerdings nicht linear, sondern war von deutlichen Ausschlägen geprägt: Nachdem die Börsenkurse in den ersten Monaten des Jahres unter dem Einfluss des starken Wirtschaftsabschwungs noch neue Mehrjahres-Tiefststände markierten, drehte sich im März die Stimmung. Durch die umfassenden Maßnahmen von Notenbanken, Aufsichtsbehörden und Regierungen – insbesondere eine Niedrigzinspolitik und Konjunkturprogramme – konnte das Vertrauen in die Kapitalmärkte zurückgewonnen werden. Zudem verbesserten sich ab dem Frühjahr 2009 auch kontinuierlich die Frühindikatoren und die Konjunkturdaten. Seitdem agieren die Investoren wieder risikofreudiger, viele von ihnen verließen den sicheren Hafen der Staatsanleihen und Tagesgelder. DAX und MDAX schlossen das Jahr 2009 mit Kurszuwächsen von rund 24 % bzw. 34 % ab.

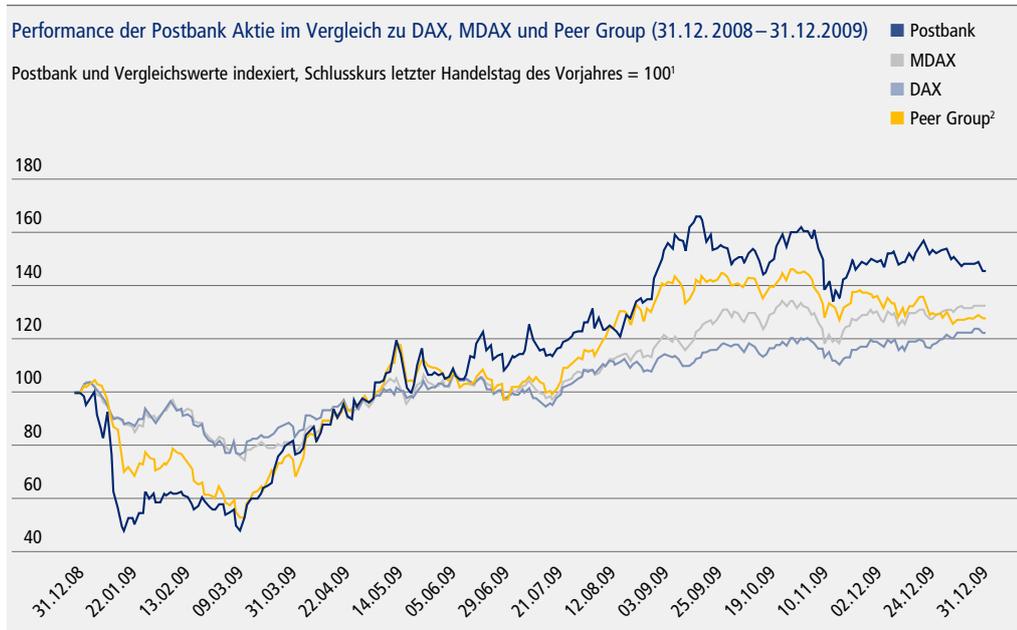
Bankaktien legten nach den hohen Kursabschlägen im Vorjahr noch stärker zu als der Gesamtmarkt, zeigten sich aber auch deutlich volatil: Zunächst ließ sich ein weiteres Krisenjahr befürchten. Bankenindizes wie der DJ EURO STOXX Banken verloren bis Anfang März rund 40 %. Obwohl historisch niedrig bewertet, fanden sie nicht das Interesse der Marktteilnehmer – zu groß war die Verunsicherung im Hinblick darauf, welche Finanzmarktbelastungen noch auf die Unternehmen zukommen könnten. Doch im März begannen die bereits erwähnten Stabilisierungsmaßnahmen zu wirken. Die seit Beginn der Finanzkrise besonders stark unter Druck geratenen Bankaktien erholten sich im Laufe des Jahres überdurchschnittlich gut. Im Gesamtjahr stieg der DJ EURO STOXX Banken um rund 49 %. Aktien von Investmentbanken führten diese positive Entwicklung an.

I Postbank Aktie legt stark zu

Mit einem Plus von rund 48 % bzw. 7,38 € auf 22,88 € überflügelte die Postbank Aktie 2009 nach deutlich rückläufigen Aktienkursen im Vorjahr sowohl den DAX als auch den MDAX sehr deutlich. Im direkten Marktvergleich zum Durchschnitt der europäischen Banken, die sich wie die Postbank auf das Geschäft mit Privatkunden konzentrieren (die sogenannte Peer Group), zeigt die Postbank ebenfalls eine signifikant bessere Entwicklung: Unsere Aktie erzielte einen um rund 18 Prozentpunkte höheren Kurszuwachs.



Quelle: Bloomberg, Postbank; Legende siehe S. 9



Quelle: Bloomberg, Postbank

¹Kursverläufe der Postbank Aktie und der Peer Group ohne Dividende

²Banco Espírito Santo, Banco Popolare, Banco Popular, Erste Bank, Royal Bank of Scotland, Svenska Handelsbanken, Swedbank, Unicredit

Kennzahlen unserer Aktie	2004	2005	2006	2007	2008 ¹	2009	+/- in 2009	
Jahresschlusskurs	€ 32,50	49,00	63,97	60,75	15,50	22,88	47,6%	
Höchstkurs ²	€ 34,18	50,84	65,45	74,72	67,10	26,86	-60,0%	
Tiefstkurs ²	€ 27,73	32,16	48,21	43,41	12,19	6,81	-44,1%	
Ergebnis je Aktie	€ 2,65	3,00	4,24	5,22	-5,26	0,35		
Kurs-Gewinn-Verhältnis ³	12,3	16,3	15,1	11,6	-	65,4		
Anzahl der Aktien	Mio Stück	164,0	164,0	164,0	164,0	218,80	218,80	unv.
Marktkapitalisierung ³	Mio €	5.330	8.036	10.491	9.963	3.391	5.006	47,6%
Beta-Faktor (relativ zum DAX)	0,60	0,73	0,95	1,03	0,94	1,25		
Eigenkapital inkl. Neubewertungsrücklage	Mio €	4.766	5.061	5.207	5.225	4.952	5.251	6,0%
Eigenkapital-Rendite nach Steuern	9,4%	10,3%	14,0%	16,6%	-19,4%	1,5%		
Ausschüttungssumme (für 2009: Vorschlag)	Mio €	205	205	205	205	0	0	0
Dividende je Aktie (für 2009: Vorschlag)	€	1,25	1,25	1,25	1,25	0	0	0
Dividendenrendite ²		2,6%	2,0%	2,1%	-	-	-	
Jahresperformance ³ ohne Dividende	14,0%	50,8%	30,6%	-5,0%	-74,5%	47,6%		

¹Vorjahreszahlen angepasst

²2004: 23.06 bis 31.12.

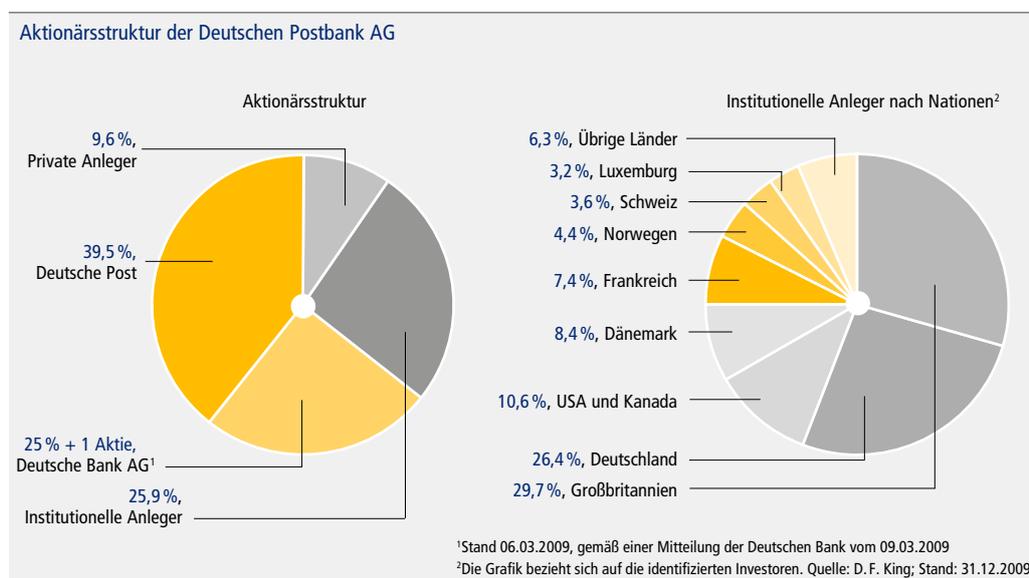
³basierend auf dem Jahresschlusskurs

I Erster Teil des Aktienerwerbs durch die Deutsche Bank AG abgeschlossen

Im ersten Halbjahr 2009 hat sich die Aktionärsstruktur der Postbank wesentlich verändert. Durch den Verkauf eines Aktienpakets unserer langjährigen Mehrheitsaktionärin Deutsche Post AG (nachfolgend: Deutsche Post) an die Deutsche Bank AG (nachfolgend: Deutsche Bank) wurde Letztere zu einer neuen Großaktionärin der Postbank.

Nachdem die Deutsche Post im September 2008 einen Vertrag zum Verkauf ihrer Postbank Aktien an die Deutsche Bank bekannt gegeben hatte, veröffentlichten die beiden Parteien im Januar 2009 eine geänderte dreiteilige Transaktionsstruktur. Danach erwarb die Deutsche Bank Anfang März 2009 im ersten Schritt von der Deutschen Post im Zuge eines Aktientausches 22,9 % der Anteile an der Postbank. Die Deutsche Bank teilte uns mit, dass sie zum 6. März 2009 mittelbar einen Anteil von insgesamt 25 % plus eine Aktie an der Postbank hielt. Für den Übergang des verbliebenen Aktienpakets der Deutschen Post in Höhe von 39,5 % vereinbarten die Parteien zum einen eine Pflichtumtauschleihe im Umfang von 27,4 % und zum anderen Optionsrechte in Höhe von 12,1 %. Die Deutsche Bank kann mit diesen zwei Instrumenten mittelfristig die Mehrheit an der Postbank erwerben.

Wie die folgende Grafik zur Aktionärsstruktur der Postbank per 31. Dezember 2009 zeigt, entfielen am Ende des Berichtsjahres 25,9 % der Anteile auf institutionelle Investoren nach 23,7 % zum Ende des Jahres 2008. Auch das Vertrauen der privaten Anleger in die Postbank ist weiterhin hoch. Nachdem sich ihr Aktienanteil 2008 von 5 % auf rund 12 % mehr als verdoppelt hatte, hielten sie zum Jahresende 2009 immer noch fast 10 % – ein im Vergleich zu den Vorjahren hoher Wert.



| Bestätigung der Hauptversammlung

Vertrauen schenken uns auch die Aktionäre auf unserer Hauptversammlung. Erstmals seit dem Börsengang im Jahr 2004 fand die Hauptversammlung am 22. April 2009 in der Jahrhunderthalle am Bankenstandort Frankfurt am Main statt. Nach einer kompakten Generaldebatte stimmte die Hauptversammlung allen Tagesordnungspunkten mit einer Mehrheit von jeweils weit über 90 % zu. Diese Beschlüsse stärken die Flexibilität und die Handlungsfähigkeit der Postbank.

Bereits 2008 hatte die Postbank begonnen, ihr Geschäftsmodell noch stärker auf Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden zu fokussieren; diesen Prozess haben wir 2009 konsequent vorangetrieben. Das darauf aufbauende und in diesem Geschäftsbericht beschriebene Strategieprogramm Postbank4Future beinhaltet u. a. Gewinnthesaurierungen zur Stärkung der Eigenkapitalposition der Bank. Daraus ergibt sich u. a. der Vorschlag an die diesjährige Hauptversammlung, für das Geschäftsjahr 2009 keine Dividende auszuschütten. Unsere Hauptversammlung wird am 29. April 2010 erneut in der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main stattfinden.

| Transparenz schafft Vertrauen

Die Postbank pflegt eine offene Kommunikation mit Aktionären, Analysten und interessierten Anlegern. Über die laufende Berichterstattung im Rahmen der Quartals- und Jahresberichte hinaus stehen wir Privatanlegern über die unten genannte Aktionärshotline und auf Aktienforen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) mit umfassenden Informationen zur Verfügung. Mit institutionellen Anlegern stehen wir vor allem über Konferenzen und regelmäßig durchgeführte Roadshows in intensivem Dialog. Eine transparente und verständliche Darstellung steht auch im Mittelpunkt der Gespräche und Konferenzen mit Analysten von mehr als 30 Bank- und Wertpapierhäusern.



Für Transparenz sorgt auch unser Internetauftritt unter www.postbank.de/IR. Neben den aktuellsten Informationen finden sich hier Bestellmöglichkeiten, umfangreiche Downloads und neuere mediale Angebote wie Newsfeeds und Podcasts. Für Fragen zur Postbank Aktie stehen wir Ihnen weiterhin gerne auch unter der Aktionärshotline 0228 920 18003 zur Verfügung.



Strategie: Postbank4Future – einfach machen.

Interview mit Stefan Jütte

Herr Jütte, Sie haben Mitte 2009, in turbulenten Zeiten für den gesamten Finanzsektor, die Führung der Postbank übernommen. Wie sieht Ihre persönliche Bilanz nach den ersten acht Monaten aus?

Die Aufgabe war und ist in der Tat herausfordernd, aber sie gefällt mir sehr. Ich kenne die Bank ja schon seit vielen Jahren, insofern war ein schnelles Durchstarten möglich. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich herzlich bei meinen Vorstandskollegen und den Mitarbeitern bedanken, die mich hervorragend unterstützt haben.

Und wie sieht es mit der Bilanz für die Bank aus? Das Nachsteuerergebnis war 2009 zwar wieder knapp positiv, aber vor Steuern ergab sich erneut ein Verlust.

Das ist zweifellos äußerst unbefriedigend. Die anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen an den Kapitalmärkten hatten aber weitere Wertkorrekturen in unseren Kapitalmarktbeständen, insbesondere im strukturierten Kreditportfolio, zur Folge. Zudem haben wir im vierten Quartal auch ganz bewusst die Risikopositionen bei den kommerziellen Immobilienfinanzierungen und im strukturierten Kreditportfolio überprüft, wo wir Anpassungen bei den Bewertungsparametern vorgenommen haben. Das hat zu spürbaren Zusatzbelastungen geführt. In Zukunft sollte dies jedoch entlastend wirken und insgesamt einen Rückgang der Volatilität in unserer Ergebnisrechnung nach sich ziehen. Im Kreditgeschäft sind wir aber trotz der Überprüfung im Rahmen unserer zuvor kommunizierten Bandbreiten geblieben und waren aufgrund unseres auf deutsche Privatkunden ausgerichteten Geschäfts deutlich weniger betroffen als andere Institute.



*„Wir müssen wieder einfacher werden,
mit verständlichen Produkten
und kundenfreundlichen Prozessen.“*

Stichwort Privatkundengeschäft – wie lief es denn 2009 operativ?

Wir sind in unseren Kernprodukten gut vorangekommen. Vor allem im Spargeschäft konnten wir noch einmal deutlich zulegen und Marktanteile gewinnen. Aber auch das Kreditgeschäft hat uns 2009 Freude gemacht. Zwar haben wir in der privaten Baufinanzierung etwas weniger umgesetzt als im Vorjahr, aber wir konnten sowohl die Bestände als auch die Profitabilität in diesem Geschäftsfeld spürbar steigern. Alles in allem also ein gutes Jahr im operativen Geschäft.

Dies zeigt sich auch in dem um die Belastungen aus der Finanzmarktkrise bereinigten Ergebnis aus dem Kundengeschäft. Die Erträge hieraus haben 2009 nahezu das gute Niveau des Vorjahres gehalten. Allerdings bleibt bei dem derzeit niedrigen Zinsniveau der Druck auf das Zinsergebnis bestehen, und auch beim Provisionsergebnis lassen sich Steigerungen bei dem intensiven Wettbewerb in Deutschland nur Schritt für Schritt erreichen. Daran wird sich sicherlich auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern.

Wie antwortet die Postbank auf diese Herausforderungen?

In der zweiten Jahreshälfte 2009 haben wir unsere strategische Ausrichtung auf den Prüfstand gestellt. Klar wurde, dass unsere Gesamtstrategie mit den Geschäftsfeldern Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets nach wie vor richtig ist. Doch klar wurde auch, dass wir neue Wege gehen müssen, um auf die drastischen Veränderungen im Bankenmarkt wie im Kundenverhalten und die Folgen für unsere Ergebnissituation entsprechend zu reagieren. Die Ergebnisse unserer Überlegungen haben wir am Ende des Jahres in unserem Strategieprogramm Postbank4Future gebündelt.

Würden Sie uns die Eckpunkte kurz erläutern?

Natürlich. Das Programm zielt primär auf das Retail Banking. Wir wollen uns wieder konsequent als Bank für das Wesentliche aufstellen und so unsere Marktposition als führende Privatkundenbank in Deutschland nachhaltig festigen. Das heißt u. a., dass wir wieder „einfacher“ werden wollen, mit einer schlankeren und transparenteren Produktpalette. In Verbindung mit einer Neuausrichtung der Vertriebszweige und einer weiteren Verbesserung unseres Kundenservice versprechen wir uns davon einen Ausbau unserer Markstellung. Doch es wäre nicht seriös, für die Zukunft allein auf steigende Erträge zu bauen. Selbstverständlich haben wir die Kostenbasis auch in den vergangenen Jahren schon konsequent gemanagt – aber durch die Vereinfachung unserer Produktpalette und die damit einhergehende Verschlinkung unserer internen Prozesse bekommen wir die Chance, noch effizienter zu werden. Dies wird allerdings auch mit einem sozialverträglichen Stellenabbau verbunden sein.

Verbesserungen bei Produkten und Service – das werden die Kunden gern hören. Wie schnell werden die Veränderungen für sie denn spürbar werden?

Schon sehr bald. Zum Beispiel werden wir 2010 mit einem weiterentwickelten Girokonto in den Markt starten, mit dem wir unsere Marktführerschaft auch im Bereich der Produktinnovationen unter Beweis stellen. Zudem werden wir die Produktpalette im Spargeschäft deutlich straffen und transparenter gestalten. Das Mehr an Übersichtlichkeit und Klarheit werden Sparinteressierte rasch bemerken. Außerdem wollen wir den Kundenservice weiter deutlich verbessern, angefangen beim Ausbau unseres Bargeldversorgungsnetzes bis hin zur Beschleunigung der Arbeitsprozesse in unseren Finanzcentern. Kurzum: Wir möchten, dass unsere Kunden noch zufriedener werden, und mit den offensichtlichen Verbesserungen wird uns das auch schon bald gelingen.

Eine Menge Bewegung im Retail Banking. Wie steht es mit den anderen Geschäftsfeldern?

In unseren anderen Marktsegmenten sehen wir keinen akuten Veränderungsbedarf. Im Firmenkundengeschäft sind wir mit unserer Mittelstandsstrategie gut aufgestellt. Hier müssen wir nichts neu erfinden. Im Transaction Banking sind wir mit unserer Führungsrolle im deutschen Markt gut positioniert. Wir sind uns sicher, dass der HSH Nordbank, die wir 2009 als Kunden gewinnen konnten, künftig weitere Mandanten folgen werden. Durch die Neuakquisition können wir den geplanten Rückzug eines anderen Mandanten teilweise kompensieren. Auch Financial Markets agiert erfolgreich in dem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld und hat im vergangenen Jahr maßgeblich zur Verbesserung unseres Risikoprofils beigetragen.

Ein wichtiges Thema. Wie geht es bei den bereits Mitte 2008 eingeleiteten Maßnahmen zur Optimierung des Risikoprofils voran?

Das läuft planmäßig. Wir haben dabei ja drei Handlungsfelder im Blick: Erstens die Beibehaltung unserer starken Liquiditätsposition. Hier profitiert die Bank nach wie vor von ihrem starken Einlagengeschäft, das wir 2009 deutlich ausgebaut haben, und darüber hinaus haben wir die Möglichkeit, Pfandbriefe zu emittieren, was uns weitestgehend unabhängig von einer teureren ungedeckten Refinanzierung macht.

Zweitens treiben wir den Abbau von Kapitalmarktbeständen konsequent voran. Nach dem kompletten Abbau unserer Aktienpositionen im Vorjahr haben wir 2009 die Finanzanlagen um 12,9 % verringert. Dank des inzwischen ausgeglichenen Verhältnisses von Kundeneinlagen- und -krediten werden wir unser Portfolio bis Ende 2013 im Vergleich zur Mitte des Jahres 2008 voraussichtlich um ca. 45 % reduzieren.

Drittens arbeiten wir fortlaufend daran, unser Kernkapital zu stärken. Im zurückliegenden Jahr ist uns dies gut gelungen. Zum Jahresende lag die Kernkapitalquote bei 7,6 % – für eine Bank mit Schwerpunkt im Privatkundengeschäft und vor allem wegen unserer herausragenden Liquiditätsausstattung ein angemessener Wert. Die Postbank hat in der Krise gezeigt, dass sie im Vergleich zu Banken mit anderen Geschäftsmodellen mit einer geringen Kapitalquote erfolgreich agieren und ihr Kreditvolumen gleichzeitig ausweiten kann. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion der neuen regulatorischen Rahmenbedingungen im Bankensektor wollen wir die Kernkapitalquote bis 2012 weiter steigern, und zwar – nach den aktuell gültigen Definitionen – auf 10 %. Wichtige Schritte dahin sind die Einführung fortschrittlicher Risikomessverfahren ab Ende 2010 und ein Verzicht auf eine Dividendenzahlung an unsere Aktionäre bis 2012. Eine Maßnahme, die aus unserer Sicht wegen der zu erwartenden höheren regulatorischen Anforderungen unverzichtbar ist und bei der ich auf das Verständnis unserer Aktionäre hoffe.

Ein anderes Thema: Eine große Aktionärin ist seit etwa einem Jahr die Deutsche Bank. Wie kommen Sie bei der Kooperation voran?

Sehr gut. Wir haben gemeinsam eine Reihe von Ideen entwickelt und die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die bisherigen Ergebnisse sowohl bei der Zusammenarbeit im Kundengeschäft als auch bei Abwicklungsthemen und im Einkauf zeigen, dass wir die gesetzten Ziele erreichen werden. Im Kundengeschäft haben wir primär unsere jeweiligen Produktpaletten um komplementäre Produkte des anderen Hauses erweitern können. Die Postbank profitiert dabei von der Deutschen Bank vor allem im Bereich der Investmentprodukte. Im Gegenzug haben wir der Deutschen Bank Kreditprodukte zur Verfügung gestellt.

Gemeinsame Einkaufsaktivitäten sowie Verbesserungen innerhalb der Kreditprozesse sind Beispiele für unsere erfolgreiche Zusammenarbeit in den nachgelagerten Einheiten. Für die kommenden Monate geht es vor allem darum, die Kooperation weiter zu vertiefen und aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen.

Zum Schluss noch die Frage: Was dürfen die Aktionäre in den bevorstehenden Jahren von der Postbank erwarten?

Wir streben mittelfristig und nachhaltig eine operative Eigenkapitalverzinsung von rund 13% nach Steuern an. Unser Strategieprogramm wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. So planen wir beispielsweise, unsere Verwaltungskosten bis 2012 gegenüber dem Jahr 2008 um 5% zu senken. Insgesamt bin ich aufgrund der operativen Ertragskraft der Bank und des wachsenden Kundengeschäfts zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen. Wesentlichen Einfluss werden hierauf aber auch die noch nicht klar definierten regulatorischen Rahmenbedingungen haben, die die Profitabilität von Banken maßgeblich beeinflussen könnten.

2010 wird sicherlich noch kein „Normaljahr“ werden können – mit einer aller Voraussicht nach gegenüber Nicht-Krisenjahren erhöhten Kreditrisikovorsorge und weiteren, wenn auch spürbar geringeren Wertkorrekturen in unserem strukturierten Kreditportfolio. Die Chancen stehen aber gut, dass die Postbank 2010 wieder klar schwarze Zahlen schreiben wird.

Retail Banking: Strategische Weichenstellungen zeigen Wirkung

Mit rund 14 Millionen Kunden hat sich die Postbank zur führenden Privatkundenbank in Deutschland entwickelt. Unser Erfolg stützt sich auf unsere Produkte sowie unsere vier Vertriebskanäle mit bundesweit 852 Filialen, über 4.000 mobilen Beratern sowie dem Direktvertrieb über Callcenter und das Internet. Das gesamte Geschäft mit unseren Privat- und Geschäftskunden fassen wir im Segment Retail Banking zusammen. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Entwicklung unseres Kundengeschäfts im Jahr 2009.

I Girogeschäft stabil auf hohem Niveau

Über unser Ankerprodukt Girokonto gewinnen und binden wir den weitaus größten Teil unserer Kunden. Im Vertrieb liegt der Fokus verstärkt auf der Werthaltigkeit der Neukonten. In einem schwierigen Marktumfeld konnten rund 454.000 neue Girokonten eröffnet werden, knapp 21 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl der bei uns geführten privaten Girokonten blieb 2009 mit 4,94 Millionen stabil auf Vorjahresniveau. 2010 werden wir mittels einer neuen und attraktiven Produktgestaltung das Girogeschäft wieder forcieren.

I Sparvolumen erreicht Rekordwert

Neben dem Girokonto ist das Spargeschäft ein weiteres Kernprodukt der Postbank. Das Jahresschlussvolumen der Spargelder in Höhe von 57,2 Mrd € markierte einen neuen Rekord für die Postbank. Diese positive Entwicklung werten wir auch als Vertrauensbeweis unserer Kunden in einem insgesamt wettbewerbsintensiven Markt. Hierzu trugen insbesondere unsere Fokusprodukte Gewinn-Sparen und Aktiv-Sparen bei, die in den ersten Quartalen im Mittelpunkt unserer Marketingaktivitäten standen. Der Marktanteil im klassischen Spargeschäft betrug am Ende des Berichtsjahres 6,4 % nach 4,9 % im Vorjahr.

Zusatzinformationen zum Retail-Kundengeschäft

Neugeschäft				Bestand			Marktanteile			
		2009	2008		2009	2008		2009	2008	
Girokonten	Tsd	454	572	Private Girokonten	Mio	4,94	4,98	%	5,3 ¹	5,4
Neue Spargelder (brutto)	Mrd €	17,1	12,2	Spareinlagen	Mrd €	57,2	49,1	%	6,4	4,9
Neugeschäft Baufinanzierung	Mrd €	8,3	10,0	Bauspareinlagen	Mrd €	16,1	15,9	%	13,2	13,4
Neugeschäft Privatkredite	Mrd €	1,45	1,62	Private Baufinanzierung inkl. Portfolioankäufe	Mrd €	73,8	72,7	%	9,3	9,2
Eingelöste Bausparsumme	Mrd €	9,7	10,1	Privatkredite	Mrd €	3,6	3,0	%	2,5	2,3
Neugeschäft Wertpapier	Mrd €	2,0	2,5	Depotvolumen	Mrd €	11,1	9,5	%	n.a.	n.a.

¹ Letzte verfügbaren Marktdaten von Dezember 2008, konstantes Marktvolumen für Ende 2009 angenommen.

I Bausparneugeschäft mit Marktanteilsgewinnen trotz sinkenden Volumens

Der Bausparmarkt in Deutschland war 2009 – teils begründet durch Vorzieheffekte aus der Änderung der Wohnungsbauprämie im Jahr 2008 – von einer rückläufigen Entwicklung geprägt. Insgesamt ging das eingelöste Neugeschäft im Bausparmarkt um 10,3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Postbank ist in diesem Markt über ihre Tochtergesellschaft BHW aktiv. BHW konnte sich teilweise von der schwachen Marktentwicklung abkoppeln und erreichte mit einem eingelösten Neugeschäft von 9,7 Mrd € (Vorjahr: 10,1 Mrd €) (Rückgang um 4,2 %) eine Marktanteilssteigerung von 10,2 % im Jahr 2008 auf 10,9 % im Jahr 2009. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch das neu eingeführte riestergeförderte Bausparen.

I Baufinanzierung mit gesteigerter Profitabilität im Neugeschäft

Das Neugeschäft in der Baufinanzierung lag ohne Portfolioankäufe und einschließlich der Auszahlung von Bauspardarlehen mit 8,3 Mrd € um 17 % unter dem Stand des Vorjahres. Dieser Rückgang war erwartet und ist vor allem auf eine Änderung unserer Neugeschäftssteuerung zurückzuführen, die die Akquisition deckungsstockgeeigneten Neugeschäfts in den Vordergrund stellt. Hierdurch konnten wir eine erfreuliche Entwicklung der Profitabilität im Neugeschäft verzeichnen. Unter der Marke BHW konzentrieren wir uns dabei insbesondere auf

Darlehen mit geringen Durchschnittsvolumen, die von unseren Kunden überwiegend für Renovierungs- und Umbaumaßnahmen genutzt werden. Die Marke DSL Bank ist im Kooperationspartnergeschäft aktiv und fokussiert sich auf die Finanzierung von Bau-, Kauf- und Umfinanzierungsmaßnahmen mit höheren Durchschnittsvolumen.

Der Baufinanzierungsbestand der Postbank erhöhte sich im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 % auf 73,8 Mrd €, während er sich im Gesamtmarkt leicht um 0,3 % auf 788,1 Mrd € verbesserte. Unser Marktanteil stieg demnach zum Jahresende 2009 auf 9,3 % nach 9,2 % Ende 2008.

I Ratenkreditbestand steigt deutlich

Die verschlechterte Wirtschaftslage in Deutschland veranlasste uns 2009, im Ratenkreditneugeschäft selektiver vorzugehen. Zugleich hatten die konjunkturellen Rahmenbedingungen auch eine geringere Kundennachfrage zur Folge. Positiv entwickelte sich, ausgelöst durch die staatliche Abwrackprämie für Altfahrzeuge, der Anteil an Autokrediten. Dieser stieg von 5,1 % im Jahr 2008 auf 9,1 %. Zudem konnten wir das Kooperationsgeschäft mit verschiedenen Anbietern wie Tchibo, dem Vergleichsportale Check24 und ebay ausbauen. Insgesamt war das Neugeschäft zwar um 10,5 % auf 1,45 Mrd € rückläufig. Der Bestand jedoch kletterte um 20 % auf 3,6 Mrd € und führte so zu einem Marktanteilsanstieg von 2,5 % nach 2,3 % im Vorjahr. Positiv verzeichnen konnten wir im Jahr 2009 die Bewertung der Zeitschrift Focus Money. Diese zeichnete den Postbank Privatkredit im zurückliegenden August aufgrund eines besonders hohen Beratungsniveaus und der attraktiven Konditionsgestaltung mit der Note „sehr gut“ und dem zweiten Platz in der Gesamtwertung aus.

I Wertpapiergeschäft auf Erholungskurs

Mit einem Wertpapierneugeschäft von 2,0 Mrd € – dies bedeutet ein Minus von 20 % gegenüber dem Vorjahr – waren die Folgen der Finanzmarktkrise 2009 noch in einer merklichen Kaufzurückhaltung unserer Kunden zu spüren. Jedoch beobachteten wir im zweiten Halbjahr im Zuge der Kapitalmarktbelebung bereits einen Anstieg im Wertpapierabsatz, und auch das Volumen in den bei der Postbank geführten Depots stieg deutlich an. Erstmals hat die Postbank im Berichtsjahr über ihre Vertriebswege eine Stufenzinsanleihe, d. h. eine Anleihe mit fest vereinbartem ansteigendem Zins, von X-Markets, einer Geschäftseinheit der Deutschen Bank, angeboten. Auch in Zukunft werden wir unser hauseigenes Produktportfolio durch das Angebot starker Partner ergänzen.

I Ausblick

Die Postbank ist mit rund 14 Millionen Kunden, einem einzigartigen Multikanalvertrieb und einer guten Marktposition für den anhaltend intensiven Wettbewerb im Privatkundengeschäft gut aufgestellt. Das Ende 2009 kommunizierte Strategieprogramm Postbank4Future zielt darauf ab, die Wettbewerbsposition insbesondere bei unseren Kernprodukten Giro, Sparen, Bausparen, Baufinanzierung und der Altersvorsorge zu festigen und auszubauen. Hier werden wir gezielte Produkt- und Prozessanpassungen umsetzen, um den Wünschen unserer Kunden noch stärker gerecht zu werden. In Ergänzung werden wir unsere Vertriebs- und Serviceinfrastruktur weiter stärken. Dazu werden wir auch neue Kooperationsformen, insbesondere zur flächendeckenden Bargeldversorgung, realisieren.

Retail Banking¹

Segmentergebnis	2009 Mio €	2008 Mio €
Gesamterträge	3.222	3.427
Verwaltungsaufwand	-2.136	-2.220
Ergebnis vor Steuern	770	929
Cost Income Ratio	66,3 %	64,8 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	34,9 %	41,9 %



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 53, bzw. Note 40, S. 133

Firmenkunden: Mittelstand bleibt Kern der strategischen Ausrichtung

Im Segment Firmenkunden fasst die Postbank ihre Dienstleistungen zusammen, die sie im Geschäft mit Firmenkunden überwiegend in Deutschland sowie im Bereich der nationalen und der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung erbringt.

I Weitere Stärkung unseres Mittelstandsgeschäfts

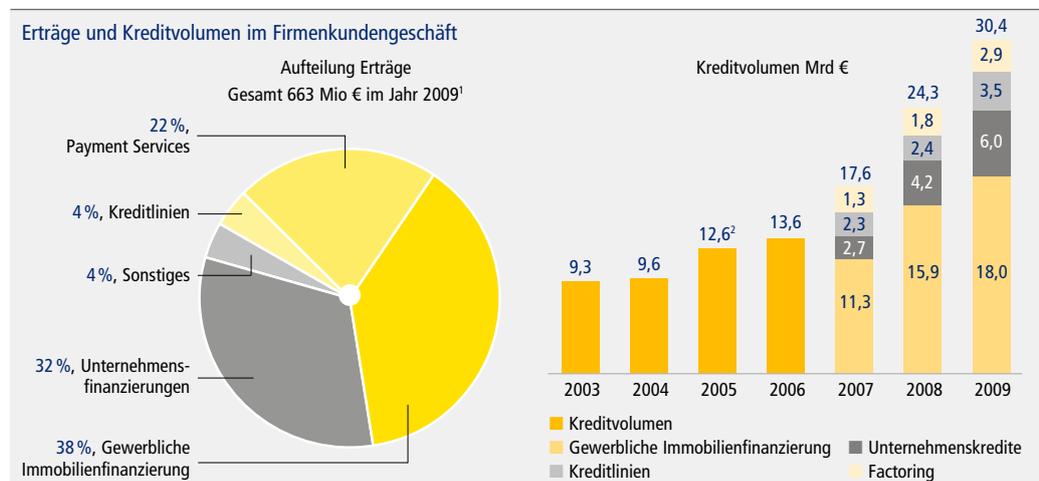
Die Postbank bietet ihren rund 30.000 Firmenkunden ein umfassendes Portfolio von Kreditprodukten, Anlage- und Kapitalmarktprodukten, Zahlungsverkehrs- sowie Factoring- und Leasing-Lösungen an. Kernzielgruppe ist der deutsche Mittelstand, dem wir als verlässlicher und leistungsstarker Partner mit rund 200 Firmenkundenbetreuern deutschlandweit zur Seite stehen. In den vergangenen Jahren haben wir die Palette der speziell auf diese Kundengruppe zugeschnittenen Produkte kontinuierlich erweitert und den Anteil an Kernbankkundenbeziehungen – d. h., die Postbank zählt als fester Ansprechpartner zu den TOP-5-Banken, mit denen der Kunde den überwiegenden Teil seiner Bankgeschäfte in den Basisgeschäftsfeldern Zahlungsverkehr, Anlagemanagement und/oder Finanzierungen tätigt – auf über 2.000 erhöht.

I Vermehrte Nachfrage nach alternativen Finanzierungsformen im Kreditgeschäft

Die intensivierten Kundenbeziehungen ermöglichten uns auch den weiteren Ausbau des nach unseren konservativen Vergaberichtlinien geführten Kreditgeschäfts. So konnten wir das Volumen der in Deutschland verauslagten Mittelstandskredite zum Jahresende 2009 auf 7,0 Mrd € steigern (Vorjahr: 5,4 Mrd €) und damit die bei einigen Wettbewerbern aus krisenbedingtem Liquiditätsmangel entstandene Zurückhaltung in der Kreditvergabe ausgleichen helfen.

Im mittel- und langfristigen Kreditneugeschäft (ohne Factoring und Leasing) konnte das Geschäft auf 1,9 Mrd € leicht ausgeweitet werden. Das durchschnittliche Volumen im Kontokorrent- und Geldmarktkreditgeschäft konnten wir auf 3,5 Mrd € erhöhen; dies entspricht einem Plus von mehr als 46 % gegenüber dem Vorjahr.

Das aufgrund der Finanzmarktkrise veränderte Marktverhalten bewegte die Kunden im abgelaufenen Geschäftsjahr, sich wieder vermehrt für Alternativen zu den klassischen Kreditprodukten zu entscheiden. Hiervon profitierte vor allem die PB Factoring mit einer Ausweitung des Volumens der eingereichten Forderungen gegenüber dem Vorjahr um über 33 %. Zudem wurden als weitere Reaktion auf den wirtschaftlichen Abschwung im Jahr 2009 verstärkt die Beratungsleistungen der Postbank nachgefragt. In vielen Fällen wurden für die Kunden neue Wege zu einem soliden finanziellen Fundament konzipiert. So konnte die Postbank bei der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken über eine engere Verzahnung mit den Aktivitäten ihrer Tochter in Luxemburg innovative Lösungen entwickeln. Darüber hinausgehenden Kundenwünschen entsprachen wir mit der Einführung von Auslandsavalen und eines internationalen Cashmanagements, womit wir das Leistungsangebot im Auslandsgeschäft deutlich erweiterten.



¹Ohne Belastungen aus der Finanzmarktkrise; ²Inklusive Akquisitionen von PB London und PB Capital NY

| Anlagevolumen stark gestiegen

Das Anlagevolumen unserer Firmenkunden stieg 2009 stark an. Zum Ende des Berichtsjahres lagen die Firmenkundeneinlagen bei rund 19,0 Mrd € und damit um knapp 43 % über dem Vorjahreswert von 13,3 Mrd €. Grund hierfür war die hohe Liquidität, die von den Unternehmen im Zuge der Finanzmarktkrise vorgehalten und bei der Anlageentscheidung auf mehrere Kreditinstitute verteilt wurde. Dabei konnte das Firmenkundengeschäft der Postbank in besonderem Maße vom Vertrauen der Kunden profitieren.

| Kontinuierliche Erweiterung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen

Die Bereitstellung und Entwicklung von Zahlungsverkehrslösungen rundet das Angebot der Postbank im Geschäftsfeld Firmenkunden ab. Um den Ansprüchen dieser stark exportorientierten Unternehmen gerecht zu werden, investiert die Postbank kontinuierlich in die Erweiterung und Optimierung ihrer Prozess- und Kostenstrukturen.

| Gewerbliche Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung ist die Postbank neben den Hauptaktivitäten im deutschen und im europäischen Markt über eine Tochtergesellschaft in den USA und eine Niederlassung in Großbritannien auch international vertreten. Die Entwicklung im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung ist von anhaltend schwierigen Marktbedingungen und dem damit einhergehenden steigenden Risikovorsorgebedarf gekennzeichnet. Im Neugeschäft trugen wir den Rahmenbedingungen durch eine sehr selektive und konservative Kreditvergabe Rechnung und fokussieren uns insbesondere auf hochbesicherte Finanzierungen mit stabilen Cashflows. So lag das Neugeschäftsvolumen im Berichtsjahr mit 4,0 Mrd € deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von 6,8 Mrd €. Der Bestand stieg im Geschäftsjahr 2009 um 13 % auf 18 Mrd €.

| Ausblick

Im Firmenkundengeschäft ist es unser Ziel, unsere Position als ein wichtiger und verlässlicher Partner des deutschen Mittelstands zu festigen und auszubauen. Teil unserer strategischen Weiterentwicklung ist es, den Anteil der Firmenkunden, für die wir zu den Kernbankverbindungen zählen, kontinuierlich zu erhöhen.

Beste Basis hierfür sind unsere stabilen Kundenbeziehungen und unsere hoch motivierten qualifizierten Mitarbeiter. Die Erfolge des letzten Jahres werden uns helfen, auch in Zukunft als solider Partner für unsere Kunden im Firmenkundengeschäft erfolgreich agieren zu können.

Im Bereich der nationalen und der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung rechnen wir für 2010 noch nicht mit einer nennenswerten Verbesserung der Situation an den weltweiten Immobilienmärkten. Insofern werden wir hier im Neugeschäft erneut sehr selektiv vorgehen.

Firmenkunden¹

Segmentergebnis	2009 Mio €	2008 Mio €
Gesamterträge	456	160
Verwaltungsaufwand	-180	-171
Ergebnis vor Steuern	-26	-153
Cost Income Ratio	39,5 %	106,9 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-4,8 %	-37,4 %



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 54, bzw. Note 40, S. 133

Transaction Banking: Herausragende Position im Markt behauptet

Im Geschäftsfeld Transaction Banking bietet die Postbank auf Basis modernster Technologien alle Abwicklungsleistungen rund um Zahlungsverkehr, Konto und Kredit. Bereits seit 2004 erbringen wir über unsere Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (BCB) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr auch für Dritte. Mit einem Marktanteil von über 20% behauptete die BCB auch 2009 ihre führende Position in der Zahlungsverkehrsabwicklung. Im Sommer konnte mit der HSH Nordbank eine neue Mandantin gewonnen werden, deren Zahlungsverkehrsabwicklung die Postbank Gruppe im Februar 2010 übernahm.

I Transaktionsvolumen konstant

Im Geschäftsjahr 2009 wickelte die BCB – gegenüber dem Vorjahr fast unverändert – rund 7,6 Milliarden Transaktionen ab. Dabei ging die Menge des beleghaften Zahlungsverkehrs erwartungsgemäß weiter zurück. Nachdem im Januar 2008 die Realisierung der Single Euro Payments Area (SEPA) mit der SEPA-Überweisung begonnen hatte, ließen sich 2009 erste Mengensteigerungen beobachten. Insgesamt ergab sich jedoch, wie erwartet, noch kein signifikantes Volumen. 2010 wird der europaweit einheitliche Zahlungsverkehr mit der termingerechten Einführung der SEPA-Lastschrift allerdings die nächste Ausbaustufe erreichen und sich dadurch weiter verbreiten. Bei der BCB sind die entsprechenden Vorbereitungen angelaufen.

I KreditService minimiert Risiken

Im KreditService werden Baufinanzierungs- und Ratenkredite für den Postbank Konzern bearbeitet. Standardisierte Prozesse und die Konzentration auf wenige Standorte sorgten auch im Berichtsjahr für eine hohe Qualität und Produktivität. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurde 2009 das Mahn- und Beitreibungsgeschäft weiterentwickelt. Um die Kunden auch bei Zahlungsschwierigkeiten optimal zu betreuen, bieten wir ihnen die frühzeitige Begleitung sowie persönliche Unterstützung bei der Lösungsfindung an und verringern damit die Ausfallrisiken für die Bank.

I Ausblick

Seit Februar 2010 übernimmt die BCB in mehreren Schritten die Zahlungsverkehrsabwicklung für ihre neue Mandantin HSH Nordbank mit jährlich rund 200 Millionen Transaktionen. Ende 2010 wird der gesamte in- und ausländische Zahlungsverkehr der HSH Nordbank in der Verantwortung der BCB liegen.

Die Mandantin Commerzbank hat angekündigt, den Zahlungsverkehr der von ihr übernommenen Dresdner Bank wieder selbstständig abzuwickeln. Die Rückführung wird schrittweise ab 2010 erfolgen und nach heutigem Stand im zweiten Quartal 2011 abgeschlossen sein. Die BCB hatte 2004 die Zahlungsverkehrsabwicklung für die Dresdner Bank übernommen.

Transaction Banking¹

Segmentergebnis	2009 Mio €	2008 Mio €
Gesamterträge	323	344
Verwaltungsaufwand	-317	-312
Ergebnis vor Steuern	39	48
Cost Income Ratio	98,1 %	90,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-	-



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 54, bzw. Note 40, S. 133

Financial Markets: Pfandbriefemissionen finden großes Interesse bei Investoren

Kernaufgaben des Segments Financial Markets sind die Sicherung der Konditionsbeiträge des Kundengeschäfts, die Gewinnung von Zusatzerträgen durch ein aktives Risikomanagement sowie die Steuerung der Liquiditätsrisiken der Bank.

Das Treasury als ‚Bank für die Bank‘ steuert die aus den Kundengeschäften resultierenden Risiken und ist darüber hinaus für die wesentlichen Teile der Finanzanlagen der Bank am Kapitalmarkt verantwortlich. Daneben sichert der Bereich Liquiditätssteuerung zu jedem Zeitpunkt die Zahlungsfähigkeit der Bank und gewährleistet diese u. a. durch die Emission von Pfandbriefen und Jumbo-Anleihen. Die von den volatilen Märkten betroffenen Wertpapiere werden im Bereich Credit Treasury mit Risikominderungsstrategien gesteuert, die den Abbau dieser Engagements zum Ziel haben. Diversifizierbare Kreditrisiken werden strukturiert und an den Kapitalmarkt weitergegeben. Sämtliche Handelsaktivitäten der Postbank sind im Bereich Kapitalmärkte gebündelt. Die Tochtergesellschaften des Segments Financial Markets in Frankfurt am Main und Luxemburg sind für die Verwaltung und das Management von Publikums- und Spezialfonds verantwortlich. Die Luxemburger sind darüber hinaus als zugelassene Vollbank u. a. bei Privat- und Firmenkunden engagiert. Zur weiteren Konzentration auf Kernkompetenzen wurde die Tochtergesellschaft Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft an eine niederländische Bank verkauft.

Postbank Publikumsfonds mit Top-Performance

Im Performance-Vergleich der von Feri Trust gerateten Publikumsfonds wurden vier Postbank Fonds in ihrer jeweiligen Bewertungskategorie unter den Spitzenreitern genannt (Nachhaltigkeit: Postbank Dynamik Vision, Wertsicherung: Deutsche Postbank Protekt Plus I, Mischfonds konservativ: Deutsche Postbank Europafonds Plus sowie Rentenfonds Europa: Deutsche Postbank Europafonds Renten). Mit durchschnittlich 3,4 Sternen nach Morning Star belegen die deutschen Publikumsfonds Platz 1 im Vergleich zu ausgewählten Kapitalanlagegesellschaften. Unter Einbeziehung der Publikumsfonds der Luxemburger Postbank International S.A. halten die Postbank Fonds durchschnittlich 3,23 Sterne und belegen damit Platz 5.

Pfandbriefe als günstige Refinanzierungsquelle

Die führende Stellung der Postbank in der deutschen Eigenheimfinanzierung ermöglicht es ihr, diese breit gestreuten Hypothekarkredite für den Deckungsstock von Pfandbriefen zu nutzen, die, ausgestattet mit dem Bestrating AAA der Ratingagenturen S&P, Moodys und Fitch, eine attraktive Refinanzierungsquelle ihres Kreditgeschäfts darstellen. Die Pfandbriefemissionen inklusive der vor allem von deutschen Großanlegern nachgefragten Privatplatzierungen decken den größten Teil des Refinanzierungsbedarfs der Bank am Kapitalmarkt ab. Im Februar 2009 platzierte die Postbank als erster deutscher Emittent nach Verschärfung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 einen Hypothekenspfandbrief mit 5-jähriger Laufzeit im Volumen von 1 Mrd €. Ihre Debütanleihe eines Öffentlichen Pfandbriefs im Volumen von 1 Mrd € begab die Postbank Anfang Juli 2009 und konnte ihn aufgrund des extrem hohen Investoreninteresses und einer sehr guten Kursentwicklung bereits im August um 500 Mio € auf 1,5 Mrd € aufstocken.

Financial Markets¹

Segmentergebnis	2009 Mio €	2008 Mio €
Gesamterträge	178	103
Verwaltungsaufwand	-90	-92
Ergebnis vor Steuern	60	-14
Cost Income Ratio	50,6 %	89,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	8,1 %	-2,2 %



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 54, bzw. Note 40, S. 133

Bericht des Aufsichtsrats



Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre,

die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Branche auch im Jahr 2009 noch stark beeinflusst. Veränderte Kundenanforderungen und ein schwieriges Marktumfeld stellen die Deutsche Postbank AG weiterhin vor anspruchsvolle Herausforderungen. Trotz dieses schwierigen Umfelds konnte die Postbank 2009 ihre Stärken im Spar- und Girobereich weiter ausbauen. Sie wird zudem mit dem Konzernstrategieprogramm Postbank4Future in den nächsten drei Jahren ihr Profil schärfen und mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket ihre Position als führende Privatkundenbank in Deutschland nachhaltig festigen. Trotz bzw. gerade wegen ihrer 100-jährigen Tradition entwickelt die Postbank immer wieder innovative kundenorientierte Lösungen, wie z. B. die 2009 eingegangenen Kooperationen mit Shell und OBI zum Ausbau der Bargeldlogistik. Die kurz nach Abschluss der zwischen Deutsche Post DHL und Deutscher Bank vereinbarten Transaktion zum Verkauf der Postbank Aktien gestarteten Kooperationsprojekte versprechen, nicht nur im Wertpapier-, sondern auch im Abwicklungsbereich für beide Seiten erfolgreich zu werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Wir haben den Vorstand regelmäßig beraten, überwacht und waren in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Der Vorstand hat uns im Geschäftsjahr 2009 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance, der strategischen Maßnahmen sowie über wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert und stand in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

I Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2009 wurde der Aufsichtsrat in vier Sitzungen und durch die regelmäßige Zuleitung von Unterlagen über die aktuelle wirtschaftliche und strategische Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung, die Compliance, das aktive Risikomanagement sowie über neue Produkte unterrichtet. Gegenstand sämtlicher Sitzungen im Berichtszeitraum war die Finanzmarktkrise. Der Vorstand informierte uns regelmäßig und detailliert über kritische Engagements der Deutschen Postbank AG, die möglichen Auswirkungen auf die Bank und ergriffene Maßnahmen. Die einzelnen Themen haben wir intensiv hinterfragt und diskutiert. Es haben sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats an mehr als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen, die im Geschäftsjahr auf die Dauer ihrer Amtszeit entfielen, teilgenommen.

In der ersten Sitzung am 3. März 2009 haben wir nach umfassender eigener Beratung und vorhergehender Erörterung und Empfehlung durch den Prüfungsausschuss den Jahres- und Konzernabschluss 2008 der Deutschen Postbank AG gebilligt. Weitere Themen der Beratung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat waren Vorstandsvertragsangelegenheiten, der gemeinsame Bericht zur Corporate Governance, die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2009, ein Bericht zum Status der Kooperation mit der Deutschen Bank sowie die jährlichen Compliance- und Revisionsberichte.

In der zweiten Aufsichtsratssitzung am 29. Mai 2009 wurden insbesondere die Neubesetzungen im Vorstand im Rahmen des Ausscheidens von Herrn Dr. Klein und der neue Geschäftsverteilungsplan diskutiert und beschlossen. Weitere Schwerpunkte der Sitzung waren die Risikoberichterstattung einschließlich der Risikostrategie und ein Bericht zum Status verschiedener Projekte aus Zahlungsverkehr und Retail Banking.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung in der dritten Aufsichtsratssitzung des Jahres am 25. September 2009 war neben Standardthemen insbesondere die neue Callcenter-Strategie. Die Postbank hat ihre wesentlichen Callcenter-Einheiten in einer Gesellschaft gebündelt.

In der letzten Sitzung des Geschäftsjahres am 25. November 2009 haben wir uns insbesondere mit der Geschäfts- und Mittelfristplanung sowie mit der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Deutschen Postbank AG beschäftigt. Weitere

Themen der Sitzung waren die Beratungen zu Änderungen des Corporate Governance Kodex und Vorstandsangelegenheiten, inklusive einer Anpassung des Vorstandsvergütungssystem im Sinne des Vorstandsvergütungsangemessenheitsgesetzes (VorstAG) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Vorstand hat uns die neue Strategie Postbank4Future erläutert und eingehend und umfassend – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise – mit uns über Maßnahmen und zukünftige Aufgaben in der Geschäftspolitik diskutiert.

Beratungs- und Beschluss Themen der Bilanzsitzung am 10. März 2010 waren u.a. der Jahres- und Konzernabschluss 2009, die Tagesordnungspunkte für die Hauptversammlung am 29. April 2010, der Corporate Governance Bericht sowie Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten. Weiterhin waren Gegenstände der Tagesordnung die Risikoberichterstattung und -strategie sowie die Jahresberichte von Revision und Compliance.

In sieben Umlaufverfahren haben wir insbesondere Ausschusswahlen durchgeführt und Mitbestimmungsrechte in Tochtergesellschaften innerhalb des Postbank Konzerns ausgeübt.

Arbeit der Ausschüsse

Wir haben zur Intensivierung unserer Arbeit sechs Ausschüsse gebildet. Deren Aufgabe ist zum einen die Vorbereitung der Beschlussfassung im Aufsichtsrat durch Erteilung von Beschlussempfehlungen. Zum anderen sind ihnen bestimmte in die Kompetenz des jeweiligen Ausschusses fallende Entscheidungsbefugnisse – soweit gesetzlich zulässig – von uns übertragen worden. Der jeweilige Ausschussvorsitzende berichtete über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig an das Aufsichtsratsplenum.

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse zum 31. Dezember 2009:

Aufsichtsrat			
Dr. Frank Appel (Vors.)	Wilfried Boysen	Dr. Peter Hoch	Torsten Schulte
Michael Sommer (stv. Vors.)	Henry Cordes	Elmar Kallfelz	Eric Stadler
Wilfried Anhäuser	Prof. Dr. Edgar Ernst	Prof. Dr. Ralf Krüger	Werner Steinmüller
Marietta Auer	Annette Harms	Dr. Hans-Dieter Petram	Gerd Tausendfreund
Rolf Bauermeister	Dr. Tessen v. Heydebreck	Lawrence A. Rosen	Renate Treis
Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)		Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Dr. Frank Appel (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck	Michael Sommer (Vors.)	Dr. Hans-Dieter Petram
Michael Sommer (stv. Vors.)	Eric Stadler	Dr. Frank Appel (stv. Vors.)	Renate Treis
Kreditausschuss (§ 11 GO AR)		Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Elmar Kallfelz	Dr. Frank Appel (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger	Dr. Tessen v. Heydebreck	
Marietta Auer	Renate Treis		
Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)		Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Elmar Kallfelz	Dr. Frank Appel (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Werner Steinmüller	Michael Sommer (stv. Vors.)	Elmar Kallfelz
Wilfried Anhäuser	Gerd Tausendfreund		

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u.a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands, der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands, die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats sowie besondere Themen von übergelagerter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens.

Der Ausschuss hat im letzten Jahr sieben Mal getagt. Gegenstand der Beratungen waren insbesondere die Erörterung des neuen Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), die Erörterung des neuen Geschäftsverteilungsplans, die Prolongation von Organkrediten und die Prüfung der Effizienz der Aufsichtsratsstätigkeit.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung, die Gewährung von Organkrediten, soweit nicht der Präsidialausschuss zuständig ist, und spezielle Investitionsentscheidungen. In vier Sitzungen hat er auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und regelmäßig die Kreditrisikostategie erörtert. Der Vorstand hat den Kreditausschuss in sämtlichen Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend über die Entwicklungen und Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Deutsche Postbank AG informiert.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen des Personalwesens der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2009 hat der Ausschuss ein Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG sowie geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum acht Mal. Gegenstand der Beratungen waren – unter Beteiligung des Wirtschaftsprüfers – die intensive Begleitung der Jahresabschlussprüfung sowie die Erörterung der Rechnungslegung und der Risikoüberwachung. Ferner hat sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Risikocontrolling der Deutschen Postbank AG beschäftigt und sich über die Prüfungsergebnisse der internen Revision berichten lassen. Im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Prüfungsausschuss den Halbjahresabschluss 2009 und den Zwischenbericht zum 30. September 2009 vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert.

Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Sitzung abgehalten.

Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum nicht zusammengetreten.

I Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2009 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Sie hat auch den vom Vorstand nach § 312 Aktiengesetz aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen („Abhängigkeitsbericht“) geprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung hat der Abschlussprüfer berichtet und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Ferner hat der Abschlussprüfer gemäß § 317 Abs. 4 HGB eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 Aktiengesetz einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zu Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft.

Die Beratungen fanden in Gegenwart der Abschlussprüfer statt. Diese haben über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratsitzung berichtet und Fragen beantwortet. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat in der Aufsichtsratsitzung über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet.

Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung und der Prüfung des Abhängigkeitsberichts zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung haben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss. Wir billigen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt. Wir haben nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts.

I Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Folgende Änderungen haben sich im Vorstand der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2009 ergeben:

Die Bestellung von Herrn Marc Heß zum Vorstand des Ressorts Finanzen ist am 1. Januar 2009 wirksam geworden.

Herr Dr. Wolfgang Klein hat sein Mandat als Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Postbank AG zum 30. Juni 2009 niedergelegt. Als Nachfolger hat der Aufsichtsrat zum 1. Juli 2009 Herrn Stefan Jütte zum Vorsitzenden des Vorstands bestellt.

Herr Dirk Berensmann hat sein Mandat als Vorstand des Ressorts IT/Operations zum 29. Mai 2009 niedergelegt. Als Nachfolger hat der Aufsichtsrat zum 30. Mai 2009 Herrn Dr. Mario Daberkow zum Mitglied des Vorstands bestellt.

In der Besetzung des Aufsichtsrats hat es im Geschäftsjahr 2009 folgende Veränderungen gegeben:

Herr Dr. Bernd Pfaffenbach hat sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG mit Ablauf der Hauptversammlung am 22. April 2009 niedergelegt. Die Amtszeit von Herrn Elmo von Schorlemer endete mit Ablauf der Hauptversammlung 2009. Als Nachfolger wurden durch die Hauptversammlung 2009 die Herren Dr. Tessen von Heydebreck und Werner Steinmüller in den Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG gewählt.

Die Amtszeiten der Herren Wilfried Boysen, Dr. Peter Hoch und Prof. Dr. Ralf Krüger wurden per Wahl in der Hauptversammlung 2009 verlängert. Herr Henry Cordes, bislang gerichtlich bestelltes Mitglied des Aufsichtsrats, wurde durch die Hauptversammlung 2009 nachgewählt.

Herr John Allan hat sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG mit Wirkung zum 1. September 2009 niedergelegt. Das Amtsgericht Bonn hat mit Gerichtsbeschluss vom 10. September 2009 Herrn Lawrence A. Rosen als Nachfolger zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

I Corporate Governance

Von Bedeutung für den Aufsichtsrat waren auch die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Vorstand und Aufsichtsrat haben bereits im Jahr 2003 entschieden, allen Empfehlungen des Corporate Governance Kodex zu folgen. Auch ist beabsichtigt, künftig alle Empfehlungen des Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 umzusetzen. Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zuletzt am 18. Dezember 2009 abgegeben und danach den Aktionären auf der Internetseite des Unternehmens dauerhaft zugänglich gemacht. Weitere Einzelheiten zum Thema Corporate Governance, einschließlich des Wortlauts der Erklärung, werden im Corporate Governance Bericht (siehe S. 26) dargestellt.

26

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 10. März 2010

Der Aufsichtsrat



Dr. Frank Appel
Vorsitzender

Erklärung zur Unternehmensführung (inklusive Corporate Governance Bericht)

In dieser Erklärung berichtet die Postbank gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex bzw. gemäß § 289 a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung und zur Corporate Governance. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen.

I Entsprechenserklärung

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Gremien der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des Corporate Governance Kodex. Den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex (CGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 trägt die Deutsche Postbank AG uneingeschränkt Rechnung. So wurden bereits zum 1. Januar 2010 die neuen Anforderungen der Ziffer 4.2 des CGK zum Vorstandsvergütungssystem umgesetzt.

Aufsichtsrat und Vorstand haben im Dezember 2009 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben:

„Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 28. November 2008 sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig den Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 18. Juni 2009 zu entsprechen.“

Die Anregungen des CGK werden ebenfalls umgesetzt – mit einer Ausnahme: Die Hauptversammlung wird nur bis zum Beginn der Generaldebatte im Internet übertragen.

I Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Konzernwerte der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Postbank Konzern ausrichten soll, sind im „Code of Conduct“ dokumentiert. Der Kodex ist für die leitenden Angestellten des Konzerns verbindlich. Wort und Geist dieser Werte finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Geschäftsleben bestimmen. Der Kodex spiegelt die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln wider.

Darüber hinaus wurde der Verhaltenskodex um einen Kodex für Lieferanten („Supplier Code of Conduct“) ergänzt.

Die folgenden sieben Konzernwerte bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- I Exzellente Qualität liefern
- I Nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden schaffen
- I Offenen Umgang pflegen
- I Nach eindeutigen Prioritäten handeln
- I Unternehmerisch handeln

- | Integrität nach innen und außen leben
- | Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Die Postbank bekennt sich darüber hinaus zum Konzept der Nachhaltigkeit. Sie setzt verantwortungsbewusstes Handeln in Bezug auf ihre Anteilseigner, Kunden, Mitarbeiter sowie Gesellschaft und Umwelt um. Die Bank hat sich im Jahr 2006 öffentlich zur Umsetzung des Leitbildes der „Nachhaltigen Entwicklung“ verpflichtet. Im Januar 2009 hat die Bank den Beitritt zum „UN Global Compact“ der Vereinten Nationen beantragt, die weltweit angesehenste Selbstverpflichtung von Großunternehmen zur Beachtung von Prinzipien eines nachhaltigen Geschäftsbetriebs.

Das Engagement der Postbank wird von externen Ratingagenturen regelmäßig geprüft. Im Jahr 2009 wurde sie von der Agentur oekom research mit dem Prime Standard im Bereich Corporate Responsibility ausgezeichnet. Mit dem Erhalt dieses Gütesiegels gehört die Postbank aktuell zu den 20 % der Banken, die in Bezug auf ihre unternehmerische Verantwortung am besten abschneiden. Vom TÜV Rheinland hat die Postbank eine Umwelt-Zertifizierung nach ISO 14001 erhalten. Das Zertifikat bestätigt, dass das Umweltmanagementsystem der Postbank auf eine kontinuierliche Verbesserung der ökologischen Leistung gerichtet ist.

| Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Deutsche Postbank AG ist nach dem dualen Führungsprinzip aufgebaut, das dem Vorstand Führungsaufgaben und dem Aufsichtsrat Überwachungs- und Beratungsaufgaben zuweist. Die Aktionäre üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Gesellschaft in der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG besteht gegenwärtig aus sieben Mitgliedern, die die Geschäfte der Gesellschaft gesamtverantwortlich nach einheitlichen Zielsetzungen, Plänen und Richtlinien führen. Die Deutsche Postbank AG ist in Ressorts gegliedert, in denen die Vorstände eigenverantwortlich, aber stets dem Gesamtwohl der Gesellschaft entsprechend, handeln. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Die Ressorts der Postbank teilen sich wie folgt auf: Konzernsteuerung, Finanzen, Retail, Filialvertrieb, IT/Operations, Financial Markets und Ressourcen/Kredit.

Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Beschlussmehrheiten, die dem Gesamtvorstand vorbehaltenen Angelegenheiten und die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Über Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung und Tragweite für die Gesellschaft oder den Konzern sind, beschließt der Gesamtvorstand. Ferner unterliegen der Entscheidung des Gesamtvorstands Angelegenheiten, die ein Mitglied des Vorstands dem Gesamtvorstand zur Beschlussfassung vorlegt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Ausschüsse mit eigener Beschlusskompetenz oder zur Entscheidungsvorbereitung gebildet. Der Ausschuss Kostensteuerung befasst sich mit der Einhaltung der Kosten- und Budgetziele. Entscheidungen zu Unternehmensakquisitionen oder -verkäufen werden durch den Unternehmensentwicklungsausschuss vorbereitet. Der Retail-Ausschuss ist mit der Umsetzung der Retail-Strategie und dem Vertriebswegecontrolling betraut. Die Ausschüsse treten in der Regel monatlich zusammen und berichten an den Gesamtvorstand.

Das Kreditrisikokomitee, das Marktrisikokomitee und das Komitee zur Steuerung Operationeller Risiken übernehmen die Risikosteuerung und -überwachung für die jeweiligen Risiken. Darüber hinaus hat die Bank beschlossen, als weiteres Gremium das Bankrisikokomitee mit den Aufgaben Beratung des Gesamtvorstands im Rahmen der Festlegung des Risikoappetits, der Risikotragfähigkeit, der Gesamtbankrisikostrategie sowie der Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbankrisikoposition zu betrauen. Es wird Anfang 2010 seine Arbeit aufnehmen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen sind, unmittelbar eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er besteht aus 20 fachlich erfahrenen Mitgliedern. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur nächsten Wahl ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe S. 22).



Die Effizienzprüfung des Aufsichtsrats wird anhand einer Selbstevaluation und gegebenenfalls durch zusätzliche Beratungen beauftragter Aufsichtsratsmitglieder durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Aufsichtsrats werden regelmäßig konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet, um die Effizienz der Arbeit weiter konsequent steigern zu können.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs- und Beratungspflichten nachkommt. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte. Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt. Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in intensivem Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte in der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Ebenso wird die

Hauptversammlung bis zur Generaldebatte im Internet übertragen. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Die Stimmrechtsvertreter sind während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Am 8. Mai 2008 hat die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt.

I Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Deutsche Postbank AG ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen und zu bekräftigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Quartalsberichte und kommuniziert über Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen und -Konferenzen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte oder die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Dort sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und müssen Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsrat offenlegen. Im Falle wesentlicher Interessenkonflikte ist eine vorzeitige Beendigung des Mandats vorgesehen. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie ab S. 158, Note 58.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf S. 163, Note 59.



Compliance

Die Postbank ist um eine kontinuierliche Weiterentwicklung interner Compliance bemüht. Schwerpunkt des Compliance-Programms der Bank ist dabei insbesondere die Einhaltung der wertpapier- und kapitalmarkt-rechtlichen Verhaltensvorschriften. Im Interesse ihrer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter hat die Postbank eine Compliance-Organisation geschaffen, die den Vorstand dabei unterstützt, für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen. Das Compliance-Office hat ein umfassendes Regelwerk erlassen, welches den Organmitgliedern und den Mitarbeitern die gesetzlichen Vorschriften zu Mitarbeitergeschäften und zum Insider-Recht erläutert und einen rechtlichen Rahmen vorgibt, in welchem Anlagegeschäfte getätigt werden dürfen. Um das Bewusstsein für Compliance-Risiken zu schärfen und Grundkenntnisse der Compliance-Vorschriften zu vermitteln, werden die Mitarbeiter durch Präsenzs Schulungen oder Lern-Clips geschult.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wird der Vorstand regelmäßig informiert. Ebenso berichten der Vorstand und die Compliance-Beauftragte regelmäßig an den Aufsichtsrat und insbesondere an den Prüfungsausschuss, mindestens aber ein Mal im Jahr.

Die Wirksamkeit der Compliance-Funktion wird jährlich von der Internen Revision und den Wirtschaftsprüfern geprüft.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden. Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Postbank zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und in den jeweiligen operativen Einheiten zur Risikosteuerung und -überwachung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten im Aufsichtsrat vorgestellt und erörtert. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfoliorisiken. Dabei stellt die Postbank die Risiken aus der Geschäftsfähigkeit der Risikotragfähigkeit der Gruppe gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision geprüft.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf S. 57 ff. entnehmen.

I Vergütungsbericht 2009

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungs Standards DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütungssysteme.

Die Darstellung erfolgt in individualisierter und allgemein verständlicher Form sowie getrennt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten.

Darüber hinaus werden monetäre Vergütungsanteile der Vorstandsvergütung für Nebentätigkeiten, für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit oder in Form von Versorgungszusagen aufgezeigt. Angaben zum

Aktienbesitz, zur Kreditvergabe, zu den Offenlegungspflichten gemäß Wertpapierhandelsgesetz und zu den D&O-Versicherungen runden die Darstellung ab.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen Komponenten und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Grundgehalt (Fixum) und Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist die Jahrerfolgsvergütung (Jahresbonus).

Die Jahrerfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der Jahrerfolgsvergütung richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Höhe der Jahrerfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird die maximale Jahrerfolgsvergütung gewährt. Der mögliche variable Vergütungsanteil kann den fixen Vergütungsanteil übersteigen.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung (Sonderbonus) beschließen.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt erfolgsunabhängige Bezüge in Höhe von 4.159,8 T€ (im Vorjahr 4.309,3 T€) erhalten. In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 196,2 T€ (im Vorjahr 175,3 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation. Ein Jahresbonus für das Geschäftsjahr 2009 wird nicht gezahlt.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 4.159,8 T€ (im Vorjahr 16.174,3 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG und der Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Klein, der sein Mandat zum 30. Juni 2009 niedergelegt hat, haben eine einvernehmliche Aufhebung des Vorstandsvertrags unterhalb der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart. Das Vertragsverhältnis mit Dr. Klein endet vorzeitig am 30. Juni 2010. Die festgelegte Abfindung liegt bei 2.937,5 T€. Auf etwaige Ansprüche auf Jahreserfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009 hat Dr. Klein verzichtet.

Zum 29. Mai 2009 hat auch das für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann sein Mandat niedergelegt. Der Vorstandsvertrag mit Herrn Berensmann hat zum regulären Vertragsende am 31. Dezember 2009 geendet. Herr Berensmann erhält weder eine Abfindung noch eine Jahreserfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	T€	
Stefan Jütte, Vorstandsvorsitzender seit 01.07.2009	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann, Mitglied bis 29.05.2009	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow, Mitglied seit 30.05.2009	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein, Vorstandsvorsitzender bis 30.06.2009	437,5	13,0	0	450,5
Horst Küpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Vorstandsvergütung 2008

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung		Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Jahres-bonus T€	Sonder-bonus ¹ T€	
Dr. Wolfgang Klein	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow, Mitglied bis 30.11.2008	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker, Mitglied seit 01.07.2008	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann, Mitglied bis 30.11.2008	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos, Mitglied bis 30.06.2008	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wurde nicht gezahlt.

Neue Struktur der Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit dem Vergütungssystem des Vorstands der Deutschen Postbank AG befasst und Anpassungen des Vergütungssystems, mit denen den neuen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben Rechnung getragen wird, beschlossen. Die Vergütung des Vorstands wird zukünftig stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Die Gesamtvergütung besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich weiterhin auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird künftig, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht mehr vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt.

Vielmehr stehen 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernenerfolgs. Die Nachhaltigkeit des Konzernenerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase positiv oder gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten nachfolgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähiges Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hatte der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer, Heß und Küpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009 %	Maximal- versorgungsgrad %	
Stefan Jütte (Vorsitzender)	25,50	50,00	0
Hans-Peter Schmid	0	60,00	222.646
Ralf Stemmer	50,00	60,00	70.392
Dr. Mario Daberkow	0	60,00	93.165

Im Fall der Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2009 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht.

	Beitragssumme für 2009 €	Stand des versorgungskontos am 31.12.2009 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Horst Kúpker	125.000	334.043	97.303
Dr. Michael Meyer	87.500	456.335	71.825
Marc Heß	125.000	290.006	100.953

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,68 Mio € (im Vorjahr 16,42 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 55,42 Mio €.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufsichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert

um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 536,3 T€ (im Vorjahr 526,2 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2009				Vergütung für das Geschäftsjahr 2008			
	Fixum	Variable ¹	Sitzungs- geld	Summe	Fixum	Variable ¹	Sitzungs- geld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	2,8	55,3	45,5	–	2,5	48,0
Michael Sommer	45,0	–	1,8	46,8	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	10,0	–	0,3	10,3	9,8	–	0,5	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	2,5	25,0	22,5	–	2,5	25,0
Jörg Asmussen	–	–	–	–	6,1	–	0,3	6,4
Marietta Auer	22,5	–	2,0	24,5	22,5	–	2,5	25,0
Rolf Bauermeister	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Wilfried Boysen	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Henry Cordes	15,0	–	0,8	15,8	1,8	–	0,3	2,1
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	3,8	33,8	30,0	–	3,5	33,5
Annette Harms	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Dr. Tessen v. Heydebreck	14,9	–	2,0	16,9	–	–	–	–
Dr. Peter Hoch	32,3	–	3,0	35,3	37,5	–	3,5	41,0
Elmar Kalfelz	27,0	–	2,5	29,5	25,1	–	3,0	28,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	28,6	–	2,5	31,1	37,5	–	3,5	41,0
Dr. Axel Nawrath	–	–	–	–	4,9	–	–	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	19,9	–	1,3	21,2
Dr. Bernd Pfaffenbach	4,6	–	0,0	4,6	15,0	–	1,3	16,3
Lawrence A. Rosen	4,6	–	0,5	5,1	–	–	–	–
Dr. Klaus Schlede	–	–	–	–	7,9	–	0,8	8,7
Elmo von Schorlemer	4,6	–	0,3	4,9	15,0	–	1,3	16,3
Torsten Schulte	26,8	–	2,3	29,1	27,4	–	2,0	29,4
Eric Stadler	16,6	–	1,5	18,1	15,0	–	1,3	16,3
Werner Steinmüller	24,5	–	2,8	27,3	0,0	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,0	25,5	22,5	–	2,5	25,0
Renate Treis	24,1	–	1,5	25,6	22,5	–	2,5	25,0
Dr. Klaus Zumwinkel	–	–	–	–	7,0	–	–	7,0
Summe	496,1	–	40,2	536,3	485,4	–	40,8	526,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 24 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2009 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 950,4 T€ (im Vorjahr 70,4 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2009 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden keine Kredite geführt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

Mitarbeiter: Mitarbeiter setzen Unternehmensstrategie erfolgreich um

Erfolgreiche Personalarbeit ist Detailarbeit, bei der alle Bausteine eng verzahnt sind. Das gilt sowohl für die Personalstrategie und die Grundlagen ihrer Umsetzung als auch für die Arbeit mit jedem einzelnen Mitarbeiter. Die konzernweite Personalplanung und -steuerung, die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern und Führungskräften sowie ihre Betreuung in allen Belangen rund um das Arbeitsverhältnis obliegen dem Ressort Ressourcen/Kredit.

I Personalbestand leicht rückläufig

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2009, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 20.857 Mitarbeiter. Darin enthalten sind, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, rund 200 Mitarbeiter, die 2009 durch die Konsolidierung der BCB Processing GmbH und die Integration der bisher nicht konsolidierten Tochtergesellschaften PB Easytrade GmbH und BHW Direkt GmbH in die neue Callcenter-Tochtergesellschaft PB Direkt GmbH hinzugekommen sind. Der Personalbestand verringerte sich zum Jahresende 2009 gegenüber dem Vorjahresresultimo um rund 470 Mitarbeiter, umgerechnet auf Vollzeitkräfte. Der Anteil der Beamten unter unseren Mitarbeitern lag mit 7.019 bei ca. 33 %, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten betrug rund 25 %.

Der Personalaufwand wuchs im Vergleich zum Vorjahr nur sehr moderat – trotz gestiegener Beiträge zum Pensionsversicherungsverein, der Tarifierhöhungen zum Jahresbeginn 2009 bei der PB Filialvertrieb AG sowie bei der Deutschen Postbank AG und einigen Tochtergesellschaften und einer Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen. Details hierzu entnehmen Sie bitte dem Lagebericht dieses Geschäftsberichts (siehe S. 52).



Schon seit vielen Jahren bewegt sich die Fluktuationsquote in der Postbank Gruppe auf sehr moderatem Niveau, im Berichtsjahr betrug sie 3,7 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag 2009 bei rund 22 Jahren. In diesen Werten spiegelt sich das hohe Maß der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen ebenso wie die Attraktivität der Postbank Gruppe als Arbeitgeber. Letzteres wird zudem auch durch eine besondere Auszeichnung belegt: 2009 erhielt die Postbank zum zweiten Mal nach 2008 das exklusive Gütesiegel „Top Arbeitgeber“ von dem unabhängigen Marktforschungsunternehmen CRF. Mit dem elften Rang unter allen teilnehmenden Unternehmen gehört die Postbank zu den meistgeschätzten Arbeitgebern in Deutschland.

I Qualifizierung von Mitarbeitern im Privatkundengeschäft weiter im Fokus

Im Mittelpunkt der Mitarbeiterqualifizierung stehen die Besonderheiten des Retail-Bankings, das sich u. a. durch eine sehr hohe Kundenfrequenz in unseren Filialen auszeichnet. Die Postbank nutzt hier ihre Tochtergesellschaft PB Vertriebsakademie GmbH, in der alle Bildungsmaßnahmen des Postbank Konzerns gebündelt sind. Sie bietet für alle Vertriebskanäle der Postbank Gruppe die Vermittlung von Führungs- und Fachwissen sowie von vertriebsbezogenen Fähigkeiten im Kundenkontakt. Neben Präsenzveranstaltungen kommen dezentrale Qualifizierungsformen wie e-Learning-Tools und Training on the job zum Einsatz. Sie erzielen einen maximalen Nutzen bei hoher Kosteneffizienz und stellen bereits rund 42 % aller Fortbildungsmaßnahmen dar.

I Berufsausbildung als Sprungbrett in die Postbank Gruppe

Ein weiterer wichtiger Baustein der Personalarbeit ist die Ausbildung junger Menschen. Die Postbank bot im Jahr 2009 bundesweit 354 (Vorjahr: 354) neue Ausbildungsplätze an und beschäftigte damit zum 31. Dezember 2009 insgesamt 864 Nachwuchskräfte (Vorjahr: 842). Auch 2010 wollen wir – trotz des insgesamt sinkenden Personalbestands – unser Ausbildungsplatzangebot auf dem Niveau des Vorjahres halten. Damit tragen wir elementar zur Zukunftssicherung des Unternehmens bei, denn die Postbank deckt einen großen Teil ihres Personalbedarfs durch eigene Nachwuchskräfte. Auch 2009 konnten wir rund 90 % aller Auszubildenden, die in diesem Jahr ihre Ausbildung erfolgreich beendeten, einen Arbeitsplatz anbieten.

I Ausblick

Die Postbank arbeitet fortwährend daran, die Kundenfreundlichkeit und die Effizienz ihrer Prozesse zu erhöhen und damit noch kostengünstiger zu agieren. Auf der Basis des im November 2009 angekündigten Strategieprogramms wird die Bank ihren Personalbedarf bis zum Jahresende 2012 – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – auf 19.000 Mitarbeiter anpassen können. Hierbei wird die Postbank vor allem die natürliche Fluktuation und die Bereitschaft der Mitarbeiter zum Wechsel innerhalb des Konzerns nutzen, um die anstehenden Maßnahmen sozialverträglich umzusetzen. Dazu wurde bereits im Berichtsjahr das Programm „Sidestep“ initiiert, das interessierten Mitarbeitern aus den Back-Office- und Verwaltungsfunktionen die Chance gibt, sich weiterzuqualifizieren und in einem der 852 Postbank Finanzcenter mitzuarbeiten. Ergänzend werden wir voraussichtlich in begrenztem Umfang Abfindungs- und Vorruhestandsprogramme einsetzen.

Mitarbeiter

	31.12.2009	31.12.2008
Anzahl Mitarbeiter (auf Vollzeit umgerechnet)	20.857	21.127
Anzahl Teilzeitkräfte	5.507	5.422
Anteil weiblicher Mitarbeiter	58 %	58 %
Anteil männlicher Mitarbeiter	42 %	42 %
Anteil Beamte ca.	33 %	34 %

Nachhaltigkeit: Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch nachhaltiges Handeln

Nachhaltiges Handeln gewinnt in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung, die Finanzkrise hat diesen Prozess noch einmal beschleunigt. Die Postbank bekennt sich bereits seit 2006 öffentlich zum Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“: Unser Bestreben ist es, unserer Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft gerecht zu werden.

I Nachhaltiges Engagement im globalen Kontext

Um zeitnah über die neuesten Ideen und Tendenzen im Bereich der Nachhaltigkeit informiert zu sein, pflegt die Postbank einen Erfahrungsaustausch rund um die Themen „Verantwortung“ und „Umwelt- und Klimaschutz“. Ein Forum dafür bietet beispielsweise der Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e. V. (VfU), dem wir seit 2005 angehören. Seit November 2008 sind wir zudem im Beirat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, dem „FinanzForum: Klimawandel“, vertreten. Dem „UN Global Compact“ war die Postbank ab Mitte 2006 bis Ende 2008 über die damalige Mehrheitsaktionärin Deutsche Post DHL verpflichtet; im Januar 2009 haben wir eine eigenständige Verpflichtung unterzeichnet.

Intern hat die Postbank ein Umweltmanagementsystem installiert, welches auf vier Säulen steht:

I Umweltleitlinie I Umweltorganisation I Umwelthandbuch I Umweltprogramm

So fasst z. B. die Umweltleitlinie die Grundsätze und Zuständigkeiten im Umgang mit Umweltfragestellungen in der Postbank zusammen. Ziel ist es, die Umweltleitlinie in der Leitkultur und unserer Unternehmenspolitik zu verankern. Im Rahmen des Umweltprogramms haben wir uns beispielsweise das Ziel gesetzt, die aus unserem Geschäftsbetrieb resultierenden CO₂-Emissionen bis 2012 um 20 % im Vergleich zum Niveau des Jahres 2007 zu reduzieren. Dies wollen wir u. a. dadurch erreichen, dass wir unsere Großstandorte mit 100 % Ökostrom versorgen. Diesen Schritt haben wir bereits weitestgehend umgesetzt.

Die Übernahme sozialer Verantwortung geht für uns jedoch darüber hinaus. So führen wir beispielsweise seit knapp 30 Jahren Sammel- und Spendenaktionen für verschiedene gemeinnützige Projekte der Deutschen Welthungerhilfe durch; unsere Mitarbeiter haben diese Initiativen mit insgesamt über 335.000 € unterstützt. Um einen Beitrag zur Bildungsförderung zu leisten, kooperieren wir zum einen seit Langem mit mehreren weiterführenden Schulen an den Unternehmensstandorten Bonn und Hameln. Zum anderen loben wir seit 2004 jährlich den „Postbank Finance Award“ aus, den mit einem Preisgeld von 80.000 € höchstdotierten Hochschulpreis in Deutschland. Doch auch innerhalb unseres Unternehmens räumen wir dem Thema Nachhaltigkeit den gebührenden Stellenwert ein: Im „Code of Conduct“ der Postbank ist nachhaltiges Handeln explizit in den Konzernwerten als Eckpfeiler unserer Unternehmenskultur verankert.

Die Postbank hat in den vergangenen Jahren in Bezug auf Nachhaltigkeit zu den führenden Banken Europas aufgeschlossen. Dies drückt sich nicht zuletzt in unseren Platzierungen bei Nachhaltigkeitsratings und in der Aufnahme in weltweit ausgerichtete Aktienindizes aus.

I Transparenz im Umwelt- und Klimaschutz

Im Berichtsjahr haben wir unsere Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten erfolgreich vorangetrieben. Nachdem wir 2008 die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen hatten, wurde das Umweltmanagementsystem der Postbank im Frühjahr 2009 vom TÜV Rheinland nach ISO 14001 zertifiziert. Wir freuen uns, mit diesem Zertifikat – auch in der Kommunikation mit Investoren, Geschäftspartnern und Ratingagenturen – einen weiteren Nachweis für die Umweltfreundlichkeit und die Zukunftsorientierung der Postbank in Händen zu halten. Darüber hinaus haben wir uns als Partner bei der Aktionswoche „Klima und Finanzen“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit engagiert, die im Januar 2010 stattfand.

I Nachhaltigkeitsorientierte Bankprodukte und Dienstleistungen

Zu der breiten Angebotspalette der Postbank zählt eine ganze Reihe von Produkten speziell für Kunden, für die die Umweltfreundlichkeit ein maßgebliches Entscheidungskriterium bildet:

- | Der bereits im Jahr 2001 aufgelegte Investmentfonds „Postbank Dynamik Vision“ investiert in Unternehmen, die in den Dow-Jones-Nachhaltigkeitsindizes DJ World Sustainability Index und DJ Euro Sustainability Index gelistet sind. Er zählt zu den großen deutschen Nachhaltigkeitsfonds.
- | Der geschlossene kapitalgarantierte Investmentfonds „Postbank Dynamik Klima Garant“ investiert in Unternehmen, die Techniken zur Vermeidung und Verringerung des Klimawandels entwickeln und darüber hinaus selbst aktiven Klimaschutz betreiben.
- | Die Postbank Tochter BHW bietet ihren Kunden mit dem „BHW Öko Konstant 10“ einen finanziellen Anreiz, beim Hausbau energiesparende Techniken einzusetzen.
- | Im Zuge eines „best-select“-Ansatzes vermittelt der Postbank Konzern verschiedene Förderangebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Hierbei sind wir einer der größten Kooperationspartner der KfW. So beträgt unser Anteil am Neugeschäft der KfW im Bereich Wohnen/Energie ca. 7%.
- | In den Postbank Finanzcentern vermitteln wir unseren Kunden seit 2003 – damals noch als Postfilialen – die Stromversorgung durch unseren Kooperationspartner LichtBlick, dessen Strom aus regenerativen Energiequellen erzeugt wird. Seit Februar 2009 bieten wir darüber hinaus auch ein umweltfreundliches Gasprodukt von LichtBlick an.
- | Seit August 2009 bieten wir unseren Kunden in größeren Postbank Finanzcentern neben Energiesparlampen auch energieeffiziente LED-Leuchten zum Kauf an.
- | Des Weiteren verkaufen wir in unseren Postbank Finanzcentern umweltfreundliche Schreibwaren (Blauer Engel, FSC, PEFC) und klimaneutrale Dienstleistungen von DHL.

| Nachhaltigkeitsreporting

Über ihre Maßnahmen und ihr Engagement zur nachhaltigen Entwicklung informiert die Postbank seit 2006 auf der zentralen Plattform www.postbank.de/nachhaltigkeit, und zwar gegliedert nach den Themenbereichen aktuelle Informationen, Strategie und Management, Kunden, Mitarbeiter und Gesellschaft. Auch der Nachhaltigkeitsbericht ist hier abrufbar.

| Ausblick

Für 2010 hat sich die Postbank das Ziel gesetzt, ihr Umweltmanagementsystem weiter zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden wir erneut ein Audit nach DIN ISO 14001 beauftragen. Außerdem möchten wir die nachhaltige Entwicklung in unserem Einflussbereich schärfen und unser gesellschaftliches Engagement stärken.

Indizes		gelistet seit
FTSE4good Indices Europe & Global		März 2006
Ethical Index Euro		Januar 2007
ASPI Eurozone (Advanced Sustainable Performance Index)		Dezember 2007
ESI Pioneer Global Index (Ethibel Social Index)		April 2008
Nachhaltiges Anlageuniversum Bank Sarasin (Schweiz)		Oktober 2008
Ratings	Ergebnis	
Corporate Sustainability Rating (2009)	Platz 12 von 79 in der Branche Geschäftsbanken	
Sustainable Asset Management (2008)	über Branchendurchschnitt	
Scoris DAX-30-Rating (2007)	Platz 18 (bester der im Jahr 2006 erstmals gelisteten DAX-Werte)	
Vigeo (2007)	über Branchendurchschnitt	

Postbank Journal

I Blickpunkt

Nach der Finanzkrise

I Point of Sale

Filialen zum Wohlfühlen

I Firmenkunden

Partner des Mittelstands

A low-angle, close-up photograph of a woman lifting a baby into the air. The woman is smiling broadly, and the baby is laughing joyfully. They are outdoors, with green trees and a bright sky in the background. The woman is wearing a dark grey sweater and blue jeans. The baby is wearing a light purple t-shirt and blue denim overalls. The baby's feet, wearing pink shoes, are prominently visible in the foreground, pointing towards the camera.

Inhalt

Blickpunkt: Nach der Finanzkrise	04
Interview: Mit Produkten überzeugen	06
Point of Sale: Filialen zum Wohlfühlen	08
Mobile Beratung: Kundennähe ganz wörtlich	10
Service: Neue Bargeldquellen	12
Zahlungsverkehr: Als Vorreiter fest im Sattel	13
Firmenkunden: Partner des Mittelstands	14
Reportage: Beruf und Familie unter einem Hut	16
Sponsoring: Borussia Mönchengladbach	18



Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Vorbereitung des Geschäftsberichts fragte eine Kollegin in die Runde: Geben wir unseren Aktionären eigentlich Gelegenheit, uns tatsächlich etwas näher – im Sinne von persönlicher – kennenzulernen? Der Gedanke wurde zur Initialzündung. Denn eines ist klar: Wie jedes Unternehmen macht die Postbank weit mehr aus, als sich von Lagebericht und Zahlenwerk ablesen lässt.

Wie steht es z. B. mit unserer Sicht auf Themen, die die Finanzwelt zutiefst bewegen? Welche Überlegungen bringen uns zu bestimmten strategischen Entscheidungen? Was ist uns wichtig als Partner unserer Kunden, aber auch als Arbeitgeber? Im regulären Geschäftsbericht können Fragen wie diese nur in der gebotenen sachlich-knappen Form aufgegriffen werden. So entstand die Idee zu diesem ergänzenden Journal, von dem wir uns wünschen, dass es Ihrem Bild von der Postbank etliche Farben hinzufügt.

Wenn Sie sich die Zeit nehmen, wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of the initials 'S. J.' followed by a stylized surname.

Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands

Finanzkrise verändert Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Investoren



**Dr. Marco Bargel,
Chefvolkswirt
der Postbank**

Nach den durch die Finanzkrise ausgelösten Verwerfungen hat 2009 an einigen Märkten eine deutliche Erholung eingesetzt. Hierzu zählen vor allem die Aktienmärkte, die einen Großteil der vorangegangenen Verluste im Jahresverlauf wieder wettmachen konnten. Auch die Kurse festverzinslicher Wertpapiere, insbesondere von Unternehmensanleihen sowie Anleihen von EWU-Mitgliedsstaaten und Schwellenländern, legten 2009 stark zu.

Doch auch wenn in vielen Bereichen scheinbar wieder Normalität eingeleitet ist: Durch die Finanzkrise und ihre realwirtschaftlichen Folgen, vor allem aber durch die wirtschaftspolitische Reaktion auf die Krise, haben sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Kapitalmärkte nachhaltig verändert.

Unternehmensgewinne wachsen langsamer

Auslöser der Krise war ein globales Ungleichgewicht, resultierend aus dem Umstand, dass die USA die Rolle einer weltweiten Konsumlokomotive spielte. Finanziert wurde der US-Konsum durch andere Staaten, die teils enorme Überschüsse im Außenhandel mit den USA erzielten. Dieses Ungleichgewicht kann nur durch einen Verschuldungsabbau und den dazu erforderlichen nachhaltigen Konsumverzicht der US-amerikanischen Haushalte beseitigt werden. Die Kehrseite der Medaille wird ein Rückgang des globalen Wachstums sein. Denn auf die USA entfällt rund ein Drittel des

weltweiten Verbrauchs. Im Vergleich zu den Boomjahren 2003 bis 2006 fehlen hier derzeit jährlich rund 450 Mrd US-\$. Es ist eine Illusion zu glauben, dieser Nachfrageausfall könne kurzfristig durch eine stärkere Binnenorientierung der asiatischen Wachstumstreiber kompensiert werden. Auf China entfallen gerade einmal 4 % des globalen Konsums. Selbst wenn der chinesische Verbrauch um weitere 10 % wächst, würde dies gerade einmal 1 % des US-Verbrauchs entsprechen. Für die Frage, wie lange die US-Haushalte sich beim Konsum zurückhalten müssen, um das globale Gleichgewicht wiederherzustellen, kommt der Entschuldung entscheidende Bedeutung zu. Diese ist ein sehr langwieriger Prozess, der sich in der Regel über mehrere Jahre erstreckt. Mit dem Ausfall der USA als Konsumschrittmacher werden auch die globalen Wachstumsraten in den kommenden Jahren deutlich geringer ausfallen. Steigerungen von 5 % wie in den Jahren vor Ausbruch der Krise werden erst einmal der Vergangenheit angehören. Auf Sicht von fünf Jahren sind eher globale Zuwachsraten von 3 bis 4 % wahrscheinlich.

Auf kurze Sicht geringere Ertragschancen für Finanzinstitute

Vor allem das Ertragspotenzial von Banken könnte als Folge der Krise nachhaltig sinken. Zum einen werden die Finanzinstitute auf der Vermögensseite noch einige Zeit mit Belastungen zu kämpfen haben. Zwar sind die Ausfälle und Verluste im Zusammenhang mit den strukturierten Produkten inzwischen weitgehend verdaut, doch werden sich die realwirtschaftlichen Folgen der Krise erst in Zukunft in den Bilanzen der Banken niederschlagen. So wird die Zahl der Unternehmens-



insolvenzen im Jahr 2010 als Spätfolge der Rezession noch ansteigen, und auch bei den Privathaushalten wird sich die finanzielle Situation weiter verschlechtern. Dies dürfte mit zunehmenden Kreditausfällen einhergehen.

Zum anderen sind aber auch zusätzliche Belastungen für den Finanzsektor vonseiten der Wirtschaftspolitik zu erwarten. Die Regierungschefs der G20-Staaten haben auf dem Gipfel in Pittsburgh Ende September 2009 weitreichende Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Finanzkrisen beschlossen. Durch höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des Eigenkapitals sollen Banken krisenresistenter gemacht werden. Hierdurch wird allerdings der Eigenkapital-

bedarf steigen, was nicht ohne Folgen für die Rentabilität von Finanzinstituten bleiben dürfte. Dahinter steht letztlich eine einfache ökonomische Gesetzmäßigkeit: Je stärker die Spielräume zur Risikopräferenz eingeschränkt werden, desto geringer sind auch die Ertragschancen. Dafür dürften die Erträge aber auch eine höhere Stabilität aufweisen. Zudem wird die Effizienz im deutschen Bankensektor als Folge der Krise steigen. In der jüngeren Vergangenheit hat es bereits einzelne Zusammenschlüsse von Instituten gegeben, und selbst im bislang sehr starren Sektor der öffentlichen Banken zeichnet sich Bewegung ab. Die Synergiepotenziale solcher Verbindungen auf der Vertriebsseite sind beachtlich und können die Ertragskraft der Banken auf lange Sicht stärken.



Das Produkt ist der Held

Der Weg der Postbank zu ihren Kunden

Interview mit Dr. Michael Meyer, Vorstand Retail

Herr Dr. Meyer, die Postbank ist als Privatkundenbank in Deutschland zur Nummer eins geworden. Welche Produktpolitik steht denn hinter diesem Erfolg?

Unser Produktportfolio lebt von der Kombination aus selbst entwickelten und von namhaften Kooperationspartnern bezogenen Produkten. Bei den eigenen Produkten konzentrieren wir uns auf die Felder, in denen wir sehr erfahren sind und hohe Marktanteile besitzen. Das sind insbesondere Girokonten, Sparprodukte, Baufinanzierung und Bausparen. Hier liegt die komplette Wertschöpfungskette, vom Marktresearch über die Produktausgestaltung und die Preisbestimmung bis hin zur Bestandsbetreuung, in unserer Hand. In

den Bereichen Versicherungen und Fonds dagegen greifen wir auf starke Partner wie HUK Coburg, Talanx und DWS zurück, allesamt führend in ihren Märkten.

Worin liegen die Vorteile der Kooperation?

Das Bestechende an unserem Modell ist, dass alle Beteiligten und zuallererst unsere Kunden davon profitieren. Wir wollen ihnen das Beste aus verschiedenen Produktwelten bieten – und genau das gelingt uns durch die Kooperation. Die Postbank konzentriert sich auf ihre Kernkompetenzen, die Felder, in denen sie Spitzenleistungen bietet, und wählt für die übrigen Finanzbelange Partner, die in ihrem Metier herausragend sind. Dabei kommt uns nicht nur das Know-how, sondern auch die Bekanntheit der Fremdmarken zugute.

Soll sich daran durch Ihre neue Ausrichtung im Rahmen des Projekts Postbank4Future etwas ändern?

Nein, daran wird sich im Kern nichts ändern. Die neue Strategie setzt an anderen Stellen an. Sehen Sie, es ist so: Mittelfristig dürfte der Retail-Markt in Deutschland um 2 bis 3 % pro Jahr wachsen. Um auch künftig Marktanteile zu gewinnen, müssen wir unsere Kunden besser als andere verstehen und entsprechend reagieren. Seit Ausbruch der Krise wünschen sich auch und gerade Privatkunden einen Finanzpartner, der Licht in den Finanzdschungel bringt. Und das ist es, was wir uns mit Postbank4Future noch eindeutiger auf die Fahne schreiben.

Das heißt ...?

Das heißt, dass wir unsere Produktpalette vereinfachen und mehr Service bieten werden. Allerdings müssen wir zugleich auch die Kosten in der Verwaltung und bei den Prozessen weiter verringern, zum einen, um bei den Preisen führend zu bleiben, zum anderen, um die Ergebniserwartungen unserer Aktionäre zu erfüllen.

Das waren wichtige Stichworte. Was bedeutet „die Produktpalette vereinfachen“?

Wir wollen unseren Kunden die Entscheidung in Finanzfragen so leicht wie möglich machen. Deswegen werden wir demnächst weniger Varianten eines Produkttyps anbieten. Das macht das Angebot besser überschaubar – ohne gravierende Einbußen in puncto Individualität. Das bestätigt uns auch das Urteil unseres Kundenbeirats. Dieses für uns sehr wichtige Feedback sagt uns außerdem, dass wir auch bei der Produktausstattung auf dem richtigen Weg sind. Einfach, verständlich und günstig sollen unsere Produkte sein. Deshalb durchleuchten wir im Augenblick noch einmal unser gesamtes Angebot auf Verbesserungsmöglichkeiten hin. Als erstes Ergebnis werden wir an den Preisen unserer Girokonten

arbeiten und unseren Girokunden Produktkombinationen anbieten, bei denen sie von Zusatzleistungen profitieren können.

Und was dürfen die Kunden vom Service der Postbank erwarten?

Wir wollen die Stärken unserer breiten Multikanal-aufstellung noch weiter ausbauen. Deshalb werden wir die Rollenverteilung der Vertriebe nachschärfen: Den Filialen obliegen unsere Kernprodukte, und der mobile Vertrieb wird sich wieder verstärkt auf seine traditionellen Stärken – Baufinanzierung, Bausparen, Anlage und Vorsorge – konzentrieren. Callcenter und Internet werden als Direktbank-Kanäle die anderen Vertriebswege mit einer breiten Produktpalette unterstützen. Auf unseren Internetauftritt dürfen wir übrigen

besonders stolz sein. Er wird von den Kunden als innovativ und kundenfreundlich bewertet und erhielt dafür auf der Fachtagung Frankfurt Euro Finance 2009 den „Innovationspreis Kundenorientierung im Internet“. Wir arbeiten ständig weiter daran, dass wir

auch hier der Maßstab bleiben, an dem sich der Wettbewerb messen lassen muss.

Ein kundenfreundlicher Internetauftritt ist das eine – aber wie sieht es mit dem Service vor Ort aus? Stichwort: weiße Flecken bei der Bargeldversorgung ...

Sie haben Recht. Das Thema Bargeldversorgung ist eine der häufigsten Beanstandungen unserer Kunden. Deshalb gehen wir hier neue, innovative Wege. 2009 haben wir bereits Kooperationen mit Shell und OBI gestartet. Doch das war sicherlich nur der Anfang einer Reihe von strategischen Partnerschaften, durch die wir unseren Kunden mehr Anlaufstellen zur Bargeldversorgung bieten können. Ich denke, zusammen mit den übrigen Verbesserungen bei Produkten und Service schaffen wir damit sehr gute Voraussetzungen, um für die Kunden als Bankpartner noch attraktiver zu werden. Und das dürfte sich künftig auch von unseren Ergebnissen ablesen lassen.

**„Einfach, verständlich
und günstig sollen
unsere Produkte sein.“**

Filiale im Wandel

Ein klar strukturierter und übersichtlicher Kundenraum, komfortable Lounges mit Kaffeeangebot und Kinderspielecke für den angenehmen Aufenthalt vor einem Beratungstermin und Filial-TV, das über Produkte und die neuesten Nachrichten informiert: Bundesweit hat die Postbank bereits 28 Finanzcenter nach diesem neuen Konzept umgestaltet, das von der Fachzeitschrift geldinstitute zum Sieger des Wettbewerbs „Beste Geschäftsstelle 2009“ gekürt wurde. Für das Jahr 2010 sind rund 20 weitere Umbauten geplant.

Mit ihrem neuen Gestaltungskonzept rückt die Postbank ihre Bankdienstleistungen stärker in den Vordergrund, ohne die Angebote der Deutschen Post und anderer Partner zu vernachlässigen. Dabei folgt sie den Wünschen ihrer Kunden nach mehr Service, besserer Orientierung, schlankeren Prozessen und modernem Design. Optisch ansprechende Funktionalität hat Vorrang vor trendigem Design, Gestaltungsdetails ergeben sich individuell aus der jeweiligen Filialgröße, der Raumaufteilung und dem Umfeld der Filiale.

Schneller ans Ziel

Damit die Kunden ihre Bankgeschäfte noch schneller und ohne große Wartezeiten abwickeln können, gliedert die Postbank ihre Schalter künftig nach den Dienstleistungsbereichen Post, DHL und Postbank. So wurden in den neueren der umgebauten Filialen die Bedienplätze farblich unterschieden. Die Kunden werden gebeten, sich für das Bankgeschäft bei „Blau“, für das Postgeschäft bei „Gelb“ anzustellen, so werden für beide Kundengruppen die Wartezeiten verkürzt. Selbstverständlich sind aber weiterhin an allen Schaltern alle Dienstleistungen erhältlich. In Filialen mit hochfrequenter Paketausgabe wurde eigens ein DHL-Schalter installiert.

Beratungszonen ermöglichen vertrauliche Kundengespräche

Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Finanzierungen, Geldanlagen – für ausführliche Beratungsgespräche

mit individueller Terminvereinbarung stehen separate Beratungszonen zur Verfügung. Helle, jedoch akustisch abschirmende Glaselemente sowie eine schließbare Tür stellen die notwendige Diskretion sicher. Der Beraterarbeitsplatz mit drehbarem Bildschirm ermöglicht es, mit dem Kunden gemeinsam das Online-Beratungssystem zu nutzen, das von der Produktinformation bis hin zu den für den Geschäftsabschluss erforderlichen Formularen eine breite Palette von vertriebsunterstützenden Anwendungen bereithält.

Angenehmer Aufenthalt

Um ihren Kunden mit noch besserem Service zu begegnen, hat die Postbank zudem neue Servicepoints



eingerrichtet. Diese bieten sowohl eine zusätzliche Anlaufstelle für Rat suchende Kunden als auch für Kurzberatungen oder Terminvereinbarungen. Zu den weiteren Annehmlichkeiten der neuen Postbank Finanzcenter gehören Sitzgruppen mit Kaffeeautomaten und Wasserspendern sowie Kinderspielecken.

Umfragen unter Kunden und Mitarbeitern zeigen, dass Ausstattung und Atmosphäre der neu gestalteten Filialen sehr gut ankommen. Allein durch die neuen Selbstbedienungszonen haben die Finanzcenter als Bankfilialen klar gewonnen.



Kundengespräche an modernen Beratungsplätzen



Selbstbedienungszone für Finanz- und Postdienstleistungen



Finanzlösungen für die ganze Familie

Klaus und Martina Schneider haben sich einen Lebensraum erfüllt: Im Oktober zogen sie mit ihren beiden Kindern in die eigenen vier Wände mitten im Grünen. „Auf dem Weg dahin hatten wir tolle Unterstützung: Der BHW Immobilienberater hat uns nicht nur geholfen, das richtige Haus zu finden, sondern auch den Kontakt zu einem Kollegen bei der Postbank Finanzberatung hergestellt. Und der hat für uns die passende Finanzierung auf die Beine gestellt.“

Karl Ballrup, Martina Schneiders Vater, hatte ihnen die Postbank Finanzberatung empfohlen. „Ich bin schon seit Jahrzehnten Kunde bei der Postbank, und zwar in allen Finanzangelegenheiten“, erklärt der 72-Jährige. „Und ich muss sagen: Ich habe dabei ausschließlich gute Erfahrungen gemacht. Egal, mit welchen Anlage- und Vorsorgefragen ich bisher kam – mein Vermögensberater hat für mich immer eine gute Lösung gefunden.“ Karl Ballrup und die Schneiders schätzen es besonders, dass sie dort beraten werden, wo sie sich am wohlsten fühlen, nämlich bei ihnen zu Hause. Martina Schneider: „Da Klaus und ich tagsüber beide arbeiten, ist das ideal für uns. Abends zu Hause sind wir ungestört und haben genug Zeit.“

Alles aus einer Hand

Wie für die Ballrups und die Schneiders entwickelt die Postbank Finanzberatung als mobiler Vertrieb der Postbank jährlich in rund zwei Millionen Beratungsgesprächen – beim Kunden zu Hause oder in einem der über 900 Beratungscenter der Finanzberatung – maßgeschneiderte Finanzkonzepte aus einer Hand.

„Mit unseren drei Vertriebszweigen Finanzmanagement, Vermögensberatung und Immobilien sind wir so aufgestellt, dass wir auf die Herausforderungen, Bedürfnisse und Lebenszyklen der Kunden jederzeit eingehen können“, erläutert Hanno Schädel, Vorstandsvorsitzender der Postbank Finanzberatung. „Dabei arbeiten Experten aller drei Bereiche Hand in Hand und finden für ihre Kunden die passenden Finanzkonzepte.“

Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die neben Fachkompetenz auch ein gutes Einfühlungsvermögen erfordert. Einer der rund 4.000 mobilen Berater ist Niels Brüggemann, Vermögensberater bei der Postbank. „Es macht mir einfach Spaß, die Wünsche der Menschen zu verstehen und die passende Anlagestrategie zu entwickeln“, so Brüggemann. Er wisse, fährt Brüggemann fort, dass das Vertrauen der Kunden von der Qualität seiner Beratung ebenso abhängig ist wie von der Qualität der empfohlenen Produkte. „Gerade in der Finanzkrise hat sich der Anspruch bewährt, dem wir uns verpflichtet fühlen: Objektiv zu beraten und eine breite Auswahl von erstklassigen Finanz-, Versicherungs- und Vorsorgeprodukten zu fairen Konditionen zu bieten.“

Kundenverständnis als A und O des Erfolgs

„Eine kompetente und auf die Menschen und ihre Bedürfnisse zugeschnittene Beratung ist auch im Finanzmanagement das A und O unseres Erfolgs“, erklärt Beate Neff, Verkaufsleiterin aus Waldkirch im Schwarzwald und Ansprechpartnerin für alle Themen rund um Finanzen und Vorsorge. „Nur so entstehen langjährige Kundenbeziehungen.“ Dazu gehört auch,



sich für komplexe Vorhaben wie eine Baufinanzierung die erforderliche Zeit zu nehmen. Kundengespräche finden deshalb oft auch abends oder am Wochenende statt, häufig bei ihren Kunden zu Hause. „Ich bin glücklich, wenn meine Kunden zufrieden sind und sich bei mir rundum gut aufgehoben fühlen“, sagt Beate Neff.

Nicht anders denkt Michael Binder über seine Arbeit als Gebietsleiter der BHW Immobilien in Bad Salzuflen. Über 300 qualifizierte Makler in bundesweit über 200 Immobiliencentern unterstützen ihre Kunden beim Kauf oder Verkauf von Wohnungen, Grundstücken und Häusern – zur Eigennutzung oder als Kapitalanlage – und vermitteln Ferienimmobilien in den schönsten Urlaubsregionen Deutschlands. „Unsere Makler bieten ein komplettes Dienstleistungspaket von der ersten Besichtigung bis zum abschließenden Notarvertrag an. Einzigartig ist dabei die Zusammenarbeit mit den Finanzmanagern: Damit hat ein Kunde ganz

leicht und ohne Umwege Zugang zu einem Finanzierungsexperten“, erklärt Binder und ist überzeugt: „Die ganzheitliche persönliche Betreuung ist eines der wichtigsten Argumente, die dafür sorgen, dass sich Kunden für uns entscheiden.“

Zufriedenheit entscheidet sich im persönlichen Kontakt

Das persönliche Engagement im Verbund mit Zuverlässigkeit und umfassender Fachkompetenz – das kommt im Markt gut an. Dies bestätigen nicht nur die Schneiders und Karl Ballrup, sondern auch Marktforschungen unabhängiger Dritter: Die Kunden der Postbank Finanzberatung zeigen sich in hohem Maße zufrieden. Diese positive Wahrnehmung unterstreicht die wichtige Rolle, die der mobile Vertrieb als persönlicher Ansprechpartner innerhalb der Multikanalbank-Strategie der Postbank einnimmt.

Bargeld- versorgung noch leichter gemacht

Die Postbank arbeitet Tag für Tag daran, für ihre Kunden ein noch attraktiverer Partner zu werden – mit einfachen Produkten und guten Konditionen, mit einer im deutschen Markt einzigartigen Vielfalt und Dichte von Zugangswegen und Betreuungsmöglichkeiten sowie mit einem vorbildlichen Service.

Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung, nämlich zur flächendeckenden Bargeldversorgung, ist durch die Kooperation mit Shell gelungen: Geldautomaten an 1.300 Shell-Tankstellen ergänzen unser bisheriges Angebot von 7.000 Geldautomaten des CashGroup-Verbunds, 852 Postbank Finanzcentern und mehreren Tausend Filialen der Deutschen Post. Damit konnten wir auch einige „weiße Flecken“ auf der Versorgungslandkarte ausfüllen.

Die neuen Bargeldquellen bestechen durch eine ganze Reihe von Vorzügen: Sie liegen sehr verkehrsgünstig und bieten den nötigen Parkraum, sie sind über die Marke Shell leicht zu erkennen und ständig gesichert. Zudem können Postbank Kunden Zeit sparen, indem sie zwei Alltagsnotwendigkeiten, Tanken und Geldabheben, miteinander verbinden. Und als besonderen Bonus erhalten unsere Giro- und SparCard-Kunden zusätzlich einen Rabatt von einem Cent pro Liter Kraftstoff – natürlich auch, wenn sie gerade kein Geld abheben.

„Angesichts des hohen Nutzens für unsere Kunden prüfen wir, ob sich das Kooperationskonzept auch mit dem Einzelhandel und anderen an Verkehrsknotenpunkten gelegenen Unternehmen umsetzen lässt“,



Wie funktioniert das Integrated Cash Management (ICM)?

Für den Kunden funktioniert das Integrated Cash Management wie ein bedienter Geldautomat: Über das Kartenlesegerät am Kassentresen der Tankstelle gibt der Kunde wie gewohnt seine PIN ein. Im Unterschied zum üblichen Ablauf wird daraufhin das Bargeld an den Shell-Mitarbeiter ausgegeben, der es an den Postbank Kunden weiterreicht. Damit ergeben sich Sicherheitsvorteile, und zwar zum einen, weil die Shell-Tankstellen auch nach Ladenöffnungszeiten belebt sind, und zum anderen, weil technische Manipulationen nahezu ausgeschlossen sind, da ausschließlich die Shell-Mitarbeiter mit dem Auszahlungsgerät in Kontakt kommen.

erklärt Retail-Vorstand Dr. Michael Meyer. „Vorteile ergeben sich natürlich auch für Händler und Unternehmer. Sie schätzen dabei insbesondere die persönliche Betreuung durch unseren Bereich Geschäftskunden, der zuverlässiger Partner für über 260.000 kleine Unternehmen, Selbstständige, Freiberufler und Gewerbetreibende ist.“ Erfolgreich angelaufen ist bereits die Zusammenarbeit mit OBI, der deutschen Nummer eins der Baumarktbranche. Nachdem wir in 180 OBI-Filialen Geldautomaten aufgestellt haben, können die Heimwerker und Gartenfreunde unter unseren Kunden in 159 Städten nun einen Weg sparen.

Postbank Vorreiter im Zahlungsverkehr

Ob in der Rolle als Partner unserer Bankkunden oder als Dienstleister für andere Geldinstitute: Die Postbank ist technologisch führend in der Zahlungsverkehrsabwicklung.

So erlaubt beispielsweise unser vielfach prämiertes Online-Banking bereits seit 2004 die Echtzeit-Überweisung auf andere Postbank Konten. Vor wenigen Jahren waren wir Pionier bei der Entwicklung des Verfahrens der mobilen TAN, das mittlerweile von vielen Mitbewerbern genutzt wird, und auch aktuell beteiligt sich die Postbank an der Entwicklung neuer, noch sicherer TAN-Verfahren. Als erste Bank haben wir eine eigene Oberfläche für das I-Phone-Banking vorgestellt, und wir sind führend bei der Weiterentwicklung von mobilen und internetbasierten Bankservices, die unseren Kunden das Leben leichter machen.

Doch Qualität, Sicherheit und Schnelligkeit stehen nicht nur bei den Services für unsere Bankkunden im Fokus, auch in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs für Drittbanken beweisen wir unseren Qualitätsanspruch. Unser Tochterunternehmen BCB AG wickelt pro Tag durchschnittlich 30 Millionen Transaktionen ab. Das dabei bewegte Volumen ist beeindruckend: Täglich sind es rund 120 Mrd €. Dabei bieten wir den Kreditinstituten individuelle Lösungen, vom selektiv gewählten Dienst bis hin zum umfassenden Leistungspaket. Dank industrieller Fertigung auf Basis einer modernen mandantenfähigen IT-Plattform und hoch standardisierter Prozesse überzeugen wir unsere Mandanten durch effiziente, kompetente und zuverlässige Lösungen rund um die Abwicklung von Zahlungsverkehr, Kontoservices und Dokumentenmanagement.





Partner für den deutschen Mittelstand

Mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Gerade in Krisenzeiten brauchen sie verlässliche Finanzdienstleister. Die Postbank bietet Firmenkunden genau das, was sie für ihr tägliches Geschäft brauchen.

Das Jahr 2009 hat auch in den Bilanzen deutscher Firmen tiefe Spuren hinterlassen. Nur wenige Branchen blieben von schweren Einbrüchen verschont. Und

gerade die mittelständischen Unternehmen, die in großer Zahl auch auf den internationalen Märkten erfolgreich sind, bekamen die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren. Der Mittelstand aber ist und bleibt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Als Innovations- und Jobmotor sorgt er für mehr als 70 % der hiesigen Arbeitsplätze. Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland lebt durch und für den Mittelstand.



Mittelständische Unternehmen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, ist daher eine der zentralen Aufgaben der Postbank. „Dazu zählt insbesondere die Versorgung der Unternehmen mit Liquidität“, sagt Harald Roos, Vorstand der PB Firmenkunden AG. Mit ihrer Mittelstandsoffensive im Kreditbereich habe das die Bank in der jüngsten Vergangenheit ebenso bewiesen wie mit der gezielten Ausweitung des Förderkreditangebots. „Wir bieten mittelständischen Unternehmen eine

breite Palette von Finanzierungsvarianten über alle Fristen“, so Harald Roos. Und er hebt dabei insbesondere die syndizierten und strukturierten Finanzierungen hervor, die auch für den Mittelstand immer mehr Bedeutung gewinnen.

Die Postbank Partnerschaft zum Mittelstand geht allerdings weit über die Liquiditätssicherung hinaus. „Wir bieten Unternehmen genau die Finanzdienstleistungen, die sie im Alltag brauchen – passgenau, verständlich und stets zu marktgerechten Konditionen“, erläutert Harald Roos. Einen Schwerpunkt dabei bildet der Zahlungsverkehr, ein Bereich, in dem die Postbank mit dem webbasierten „International Cash Management“ im Jahr 2009 eine innovative Lösung auf den Markt gebracht hat, die allen Anforderungen international agierender mittelständischer Unternehmen gerecht wird. Abgerundet wird das Postbank Angebot durch eine breite Palette bedarfsgerechter Anlageprodukte sowie alle modernen Möglichkeiten aus den Bereichen Zinssicherung und Währungsmanagement. „Auch hier haben wir uns bewusst auf die speziellen Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen ausgerichtet“, sagt Harald Roos.

Mit Leben erfüllt wird diese besondere Partnerschaft zum Mittelstand allerdings erst durch die Firmenkundenbetreuer, die als kompetente Vermittler der Finanzdienstleistungen höchstes Vertrauen in den Unternehmen genießen. Harald Roos: „Unsere Mitarbeiter kennen das Geschäft ihrer Firmenkunden genau. Verlässlichkeit bringt eben immer nur der Faktor Mensch.“



Ein gut organisiertes Familienunternehmen

Charlotte (6), Nele (9) und Melia (4) haben eines gemeinsam: Ihre Mütter arbeiten im Postbank Konzern. Für Maike Pannewitz und Angela Eckert stellte sich eines Tages die Frage: Familie oder Beruf? Beide entschieden sich für das „Sowohl-als-auch“.

„Ob Kinder und Beruf sich miteinander vereinbaren lassen, hängt wesentlich vom Unternehmen ab, insbesondere von den unmittelbaren Vorgesetzten und den Kollegen“, so die einhellige Meinung befragter Eltern.

Im Postbank Konzern steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst der Familienservice zur Ver-

fügung, der vor allem als Notfallhilfe angenommen wird. „Als es in der Stadt Hameln einen Bombenalarm gab und Kindergarten und Schule geschlossen waren, hat der Familienservice ad hoc die Betreuung für meine Töchter organisiert“, erzählt BHW Mitarbeiterin Maike Pannewitz und lobt darüber hinaus auch die Ferienbetreuung der Postbanker Kinder.

Diese zwei unternehmensweit greifenden Angebote werden durch verschiedene standortindividuelle Hilfen für Eltern ergänzt. So kooperieren BHW in Hameln und die Postbank in Bonn beispielsweise mit unmittelbar benachbarten Kindertagesstätten für die unter Dreijährigen.

Wenn alle Stricke reißen

Doch mag ein Netzwerk auch eng geknüpft sein mit Krippen und Kindergärten, Tagesmüttern und Großeltern – irgendwann ist er da, der Katastrophentag. Die Arbeit stapelt sich, und aus dem Kindergarten kommt der Anruf: „Bitte holen Sie Ihr Kind ab, es hat plötzlich hohes Fieber.“ Tagesmutter oder Großeltern sind nicht erreichbar. Jetzt ist vor allem eines gefragt: Verständnis bei Kollegen und Vorgesetzten. Es ist ganz entscheidend für arbeitende Eltern, sich nicht seltsam angeschaut zu fühlen, wenn sie in Notfällen schnell wegmüssen und generell am Feierabend pünktlich „den Griffel fallen lassen“.

Das bestätigt auch Angela Eckert, bei der Postbank in Bonn zuständig für das Corporate Design. Seitdem sie

nach der Elternzeit ihre Arbeitszeit auf 80 % reduzierte, macht sie nachmittags um drei Uhr Feierabend – pünktlich, weil sie ihre Tochter aus dem Kindergarten abholen muss. „Das funktioniert gut“, erzählt sie. In Spitzenzeiten muss sie flexibel sein, „aber das passiert nur sehr selten.“ Dafür kann sie sich sicher sein, dass ihre Kollegen und ihre Chefin immer Verständnis für ihren rechtzeitigen Feierabend haben. Den ganztägigen Einsatz bei einem Workshop in Frankfurt beispielsweise übernahm Angela Eckerts Vorgesetzte, „und das, ohne dass ich mir darüber Gedanken machen musste.“

Eltern brauchen die Sicherheit, wenn es nötig ist, ohne schlechtes Gewissen für die Kinder da sein zu können. Das Unternehmensklima bei der Postbank scheint dafür gute Bedingungen zu schaffen.



Eine leicht reduzierte Arbeitszeit lässt Angela Eckert und ihrer Tochter Melia Zeit zum Spielen.

Auch für Maike Pannewitz – hier mit ihren Töchtern Charlotte und Nele – ist es weitgehend unproblematisch, Beruf und Kinder zu vereinbaren.



Zwölfter Mann bei der Elf vom Niederrhein

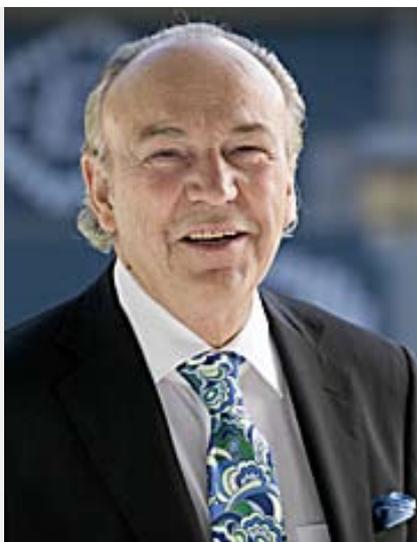
Die Postbank und der Fußball – das sind zwei, die zusammengehören. Nach vier Jahren als Premium-Partner des Deutschen Fußball-Bundes und der Nationalmannschaft kehrte die Postbank zu den Wurzeln ihrer Sponsoring-Aktivitäten zurück: in den Borussia-Park.

Hier hatte die Postbank 2005 den Start ihrer Fußball-WM-Kampagne gefeiert, und das gleich mit einem Weltrekord: 142.000 Postbank Fußbälle wurden unter der Regie von Franz Beckenbauer und Oliver Bierhoff im Stadion aufgereiht – eine spektakuläre Aktion, die das spätere „Sommermärchen 2006“ einläutete.

Pünktlich zum Beginn der Bundesligasaison 2009 lief die Postbank als Hauptsponsor von Borussia Mönchengladbach auf. Der Vertrag läuft bis 2011 mit Option zur Verlängerung bis 2013 und gilt sowohl für die 1. als auch für die 2. Liga.

Für ihr Sponsoring-Engagement hatte die Bank einen Sympathieträger gesucht, der nicht polarisierend wirkt und ein großes Fanpotenzial anspricht. Einen Traditionsklub, der erfolgreiche Jugendarbeit leistet und wirtschaftlich seriös geführt wird. „In Mönchengladbach wird seit Jahren vernünftig und solide gearbeitet. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist das ein wichtiges Statement im Profi-Sport. Wir werden die Borussia gerne auf diesem Weg begleiten“, erklärt Stefan Jütte, Vorstandsvorsitzender der Postbank.

Auch für Borussia-Präsident Rolf Königs ist der Einstieg der Postbank ein Meilenstein für seinen Klub: „Wir sind sehr stolz, mit der Postbank ein großes deutsches, erfolgreiches Unternehmen als Partner gewonnen zu haben. Die Postbank hat das Sponsoring im Fußball in der Vergangenheit oft neu definiert und so eine immens hohe Bekanntheit und Sympathie geschaffen. Wir freuen uns sehr über diese Zusammenarbeit.“



„Wir sind sehr stolz, mit der Postbank ein großes deutsches, erfolgreiches Unternehmen als Partner gewonnen zu haben.“

Rolf Königs, Präsident von Borussia Mönchengladbach



2:0 für das neue Team

Bei so viel gegenseitiger Sympathie ist es kein Wunder, dass die Kooperation bereits mit zwei echten Volltreffern gestartet ist: Zum einen bietet die Postbank seit Juli 2009 allen Borussia-Fans das Fohlen-Konto an – ein Girokonto im Verbund mit einer VISA Motiv Karte im Borussia-Design. Zusätzliches Highlight dabei: Zur Kontoeröffnung gibt es ein original Borussia-Heimtrikot geschenkt.

Zum anderen haben Postbank und Borussia gemeinsam einen weiteren Weltrekord aufgestellt: Am 7. November enthüllten sie vor der Nordkurve des Borussia-Parks die mit einer Fläche von 100 Quadratmetern größte Fanraute der Welt – zusammengesetzt

aus 10.000 Fanfotos, die die Postbank bei der Saison-eröffnungsfeier schießen ließ. „Die Idee der Riesen-Fanraute ist noch nie da gewesen und schlägt auf kreative und ideale Weise den Bogen zu den Fans“, so Stefan Jütte. „Daran haben wir uns natürlich sehr gerne beteiligt.“

Fazit: Mit dem Sponsoring-Übereinkommen hat die Fohlenelf einen kompetenten, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zuverlässigen Förderer gewonnen – die Postbank im Gegenzug einen nationalen Sympathieträger, mit dem sie ihre Kunden bundesweit positiv auf das Thema Fußball ansprechen kann. Mindestens zwei Jahre lang haben die Partner Gelegenheit, voneinander zu profitieren.



partnerschaftlich

Gute Partnerschaften gründen auf Fairness und Verlässlichkeit. Wir freuen uns, in unseren Aktionären sehr gute Partner zu haben.

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/ir
- ir@postbank.de
- 0228 920-18003
- Postbank Investor Relations

 **Postbank**

Inhalt

Das Geschäftsjahr 2009

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
44 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	95 Gesamtergebnisrechnung	165 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
45 Angaben nach § 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	96 Bilanz	166 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
46 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	97 Eigenkapitalveränderungsrechnung	167 Bilanz Mehrjahresübersicht
48 Mitarbeiter	98 Kapitalflussrechnung	168 Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
48 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009	100 Anhang – Notes	170 Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
50 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	133 Segmentberichterstattung (Note 40)	172 Gremien
53 Segmentberichterstattung	164 Bestätigungsvermerk	174 Konzernstruktur
55 Bilanzentwicklung		176 Glossar
56 Nachtragsbericht		182 Adressen
57 Risikobericht		
90 Prognosebericht		

Konzernlagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung des Konzerns

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Der Konzern Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister schwerpunktmäßig in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab.

Der Postbank Konzern hat seine Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets gegliedert:

- I Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- I Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte komplettieren die Produktpalette.
- I Der Geschäftsbereich Transaction Banking umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Kontoführung und die Kreditbearbeitung sowie die zugehörigen Services. Dienstleistungen rund um die Zahlungsverkehrsabwicklung werden von der Betriebs-Center für Banken AG (BCB), einer 100%igen Tochtergesellschaft, sowohl für die Postbank als auch für konzernexterne Finanzinstitute erbracht. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoführung und Kreditbearbeitung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern.
- I Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäfts-

bereich Financial Markets die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner die Bankaktivitäten in Luxemburg sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Marke Postbank sowie von Spezialfonds verantworten.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn und für Teile des Geschäftsbereichs Financial Markets in Frankfurt am Main. Darüber hinaus hat die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz von 852 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bau-sparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft in Luxemburg und in Italien vertreten. Im indischen Markt ist die Postbank über eine Tochtergesellschaft in der privaten Baufinanzierung tätig.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, gemessen am bilanziellen Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Kooperationen an andere Banken und Versicherungen. Wesentliche Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Anbieter insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Außerdem ist die Postbank derzeit der größte Anbieter für das Insourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Mit insgesamt vier Mandanten (inklusive der neu hinzugekommenen HSH Nordbank) und mehr als 7 Milliarden Transaktionen pro Jahr hat sie sich eine gute Wettbewerbsstellung in einem Markt erarbeitet, der von einer vergleichsweise geringen Anbieterzahl gekennzeichnet ist.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Steuerung innerhalb des Postbank Konzerns basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzern einheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung des Postbank Konzerns ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern.

Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht. Aus den wesentlichen Ergebniskomponenten Gesamterträge und Verwaltungsaufwand lässt sich die Cost Income Ratio (CIR) als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung und damit für die Effizienz ermitteln. Sie bemisst sich konkret nach dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Gesamterträgen vor Risikovorsorge.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragskennzahl im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgrößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragsstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Die variable Vergütung der Mitarbeiter und der Führungskräfte im Postbank Konzern ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich am Ergebnis vor Steuern und an der CIR. Zukünftig fließt aufgrund neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen bei unseren Führungskräften und Risk Takern zusätzlich ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung eines Teils der variablen Vergütung, der sogenannten Ergebniskomponente (die 30 % bis 40 % der variablen Vergütung beträgt), ein. Die Ergebniskomponente selbst wird nach Ablauf des Geschäftsjahres bewertet, einbehalten und im dritten Folgejahr mit dem Nachhaltigkeitsfaktor bewertet und dann gegebenenfalls fällig und ausgezahlt.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

I Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2009 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutschen Post AG hält, welche mit ca. 39,5 % an der Postbank beteiligt ist. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank AG mit Schreiben vom 9. März 2009 mitgeteilt, eine Beteiligung in Höhe von 25 % plus eine Aktie an der Deutschen Postbank AG zu halten.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 35,5 %. Nach den uns vorliegenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1a WpHG per 31. Dezember 2009 sind keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10 % des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Die Hauptversammlung der Postbank hat am 22. April 2009 folgende neue Beschlüsse gefasst:

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 21. April 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273.500.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer vom Vorstand bestimmten Bank oder von einem vom Vorstand bestimmten Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 164.100.000 € durch Ausgabe von bis zu 65.640.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt zu erhöhen (Bedingtes Kapital I). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) und ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch gemacht bzw. die Pflicht zur Wandlung erfüllt wird.

Die genauen Regelungen zum Genehmigten Kapital und zum Bedingten Kapital I sind unserer – auch im Internet einsehbaren – Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 22. April 2009 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien im Wert von bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.



Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 21. Oktober 2010 ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 21. Oktober 2010 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, in geringem Umfang Gebrauch gemacht. So wurden insgesamt 12.292 Aktien mit einem Kurswert von 176.000 € erworben. Bei Wiederveräußerung der Bestände ist insgesamt ein Verlust in Höhe von –12.000 € entstanden. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6 und 7 der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. April 2009, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar sind.



Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 29. April 2010 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 Aktiengesetz geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), Postbank Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die Postbank Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertrags Elemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen Komponenten und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Grundgehalt (Fixum), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist die Jahreserfolgsvergütung (Jahresbonus).

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird die maximale Jahreserfolgsvergütung gewährt. Der mögliche variable Vergütungsanteil kann den fixen Vergütungsanteil übersteigen.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung (Sonderbonus) beschließen.

Neue Struktur der Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit dem Vergütungssystem des Vorstands der Deutschen Postbank AG befasst und Anpassungen des Vergütungssystems, mit denen den neuen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben Rechnung getragen wird, beschlossen. Die Vergütung des Vorstands wird zukünftig stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Die Gesamtvergütung besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsver-

gütung ist einzelvertraglich weiterhin auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird künftig, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht mehr vollständig auf Jahresbasis ausbezahlt.

Vielmehr stehen 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernenerfolgs. Die Nachhaltigkeit des Konzernenerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase positiv oder gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten nachfolgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Noteangabe 56.

I Mitarbeiter

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2009, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 20.857 Mitarbeiter, rund 270 weniger als am 31. Dezember 2008. Darin enthalten ist ein Zuwachs von 200 Mitarbeitern, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, durch Konsolidierung der BCB Processing GmbH und die Integration der bisher nicht konsolidierten Tochtergesellschaften PB easytrade GmbH und BHW Direkt GmbH in die neue Callcenter-Tochtergesellschaft PB Direkt GmbH, sodass die Reduzierung des Personalbestands gegenüber Ende 2008 bei rund 470 Mitarbeitern lag. In der Gesamtzahl enthalten sind etwa 7.000 Beamte, mit einem Anteil von ca. 33 % entspricht. Etwa ein Viertel unserer Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2009 belief sich auf rund 3,7 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 22 Jahren. Die Deutsche Postbank AG entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

I Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaft befand sich zu Beginn des Jahres 2009 in der tief greifendsten Rezession seit vielen Jahrzehnten. Infolge der Finanzmarktkrise schränkten die Unternehmen ihre Investitionen massiv ein. Die Industrieproduktion erlitt einen nie zuvor gesehenen Einbruch. Am schwersten aber wurde der internationale Handel von der Krise getroffen. Viele Staaten reagierten auf diese extreme Situation mit der Auflage umfangreicher Konjunkturpakete, um dadurch die Wirtschaft zu stabilisieren. Im Jahresverlauf zeigten diese Maßnahmen Wirkung: Weltwirtschaft und Welthandel erholten sich von den zuvor erlittenen Rückschlägen. Dennoch schrumpfte die globale Wirtschaftsleistung 2009 um 0,8 % nach einem Wachstum von 3 % im Vorjahr.

Die Vereinigten Staaten erlebten 2009 den schärfsten Konjunkturreinbruch seit 60 Jahren. Besonders dramatisch war die Entwicklung bei den Bruttoanlageinvestitionen, die um rund 18 % gedrosselt wurden. Exporte und Importe schrumpften ebenfalls außergewöhnlich stark. Auch der private Verbrauch fiel trotz staatlicher Konsumanreize wie steuerlicher Entlastungen und der Abwrackprämie für Altfahrzeuge unter das Vorjahresniveau. Der Einbruch der Wirtschaft beschränkte sich zeitlich auf den Jahresbeginn; bereits in der zweiten Jahreshälfte erholte sich die Konjunktur wieder. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 insgesamt um 2,6 % zurückging.

Die asiatischen Schwellenländer wurden von der globalen Wirtschaftskrise zwar auch getroffen, doch sie erholten sich wesentlich schneller als andere Regionen. Bereits im Frühjahr wurden schon wieder ansehnliche Wachstumsraten erzielt. Eine Vorreiterrolle nahm China ein. Hier wurde die Binnenwirtschaft durch ein massives Infrastrukturprogramm gestützt. Obwohl die Exporte um 16 % einbrachen, fiel das BIP-Wachstum 2009 nur leicht auf 8,7 %. Japan wurde aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit besonders stark vom Einbruch des

internationalen Handels zu Jahresbeginn getroffen. Die Ausfuhren fielen 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Viertel. In diesem Umfeld schränkten auch die Unternehmen ihre Investitionen drastisch ein. Trotz einer wirtschaftlichen Erholung im Jahresverlauf schrumpfte das BIP 2009 spürbar um mehr als 5 %.

Die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stürzte auch den Euroraum Anfang 2009 tief in die Rezession. Die Exporte brachen ein, die Unternehmen reduzierten ihre Investitionen in einem nie zuvor gesehenen Maß und Tempo. Die Arbeitslosenzahl stieg kräftig an, sodass auch der Konsum nachgab. Nicht zuletzt dank umfangreicher staatlicher Konjunkturprogramme stabilisierte sich die Wirtschaft ab dem Frühjahr. Im zweiten Halbjahr folgte eine moderate Erholung der Wirtschaft. Diese konnte den vorangegangenen Einbruch allerdings nicht einmal annähernd ausgleichen, sodass das BIP 2009 um 3,9 % schrumpfte.

Deutsche Wirtschaft in der schwersten Rezession der Nachkriegszeit

Die deutsche Wirtschaft wurde von der globalen Wirtschaftskrise besonders hart getroffen. Das BIP stürzte 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5 % ab, obwohl bereits ab dem zweiten Quartal wieder positive Wachstumsraten im Vorquartalsvergleich zu verzeichnen waren. Die starke Exportorientierung erwies sich in der Weltrezession als die Achillesferse Deutschlands. Im Winterhalbjahr 2008/2009 brachen die Ausfuhren massiv ein. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Exporte 2009 um 14,2 %. Da das Minus bei den Importen deutlich schwächer ausfiel, war der Außenhandel für 3 Prozentpunkte des BIP-Rückgangs verantwortlich. In der Krise fuhren die Unternehmen zudem die Bruttoanlageinvestitionen und ihre Lagerbestände massiv zurück. Letztere lieferten einen negativen Wachstumsbeitrag zum BIP in Höhe von 0,9 Prozentpunkten. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 20,5 % reduziert. Demgegenüber erwiesen sich die Bauinvestitionen mit einem Rückgang um lediglich 0,8 % noch als vergleichsweise stabil. Dies war nicht zuletzt dem staatlichen Infrastrukturprogramm zu verdanken: Dieses trug zu einer Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen um 5,2 % bei, während die Wohnungsbauinvestitionen um 0,8 %, die gewerblichen Bauinvestitionen um rund 3 % sanken.

Der private Verbrauch expandierte 2009 in Deutschland real um 0,2 % und erwies sich damit in der Krise als stabilisierender Faktor. Begünstigt wurde der leichte Anstieg durch die staatliche Abwrackprämie für ältere PKW, die zu einer kräftigen Ausweitung der Ausgaben in der Sparte Verkehr und Nachrichtenübermittlung führte. Zudem profitierten die privaten Haushalte von dem hohen Maß an Preisstabilität: Mit 0,4 % im Jahresdurchschnitt erreichte die Inflationsrate ihr niedrigstes Niveau im wiedervereinigten Deutschland. Als – angesichts des Ausmaßes des Wirtschaftseinbruchs – erstaunlich robust erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen lediglich um 155.000, die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 %. Gleichzeitig verringerte sich in fast allen Wirtschaftsbereichen durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit, den Abbau von Arbeitszeitkonten und die tariflich geregelte vorübergehende Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 in Deutschland und in anderen großen Volkswirtschaften noch deutlich

ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Finanzmärkte befanden sich zu Beginn des Jahres 2009 in einem Zustand der Schockstarre, die von dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ausgelöst worden war und durch die sich immer deutlicher abzeichnende massive globale Rezession noch verstärkt wurde. Bis in den März hinein verschlechterten sich die Bedingungen in fast allen Marktsegmenten weiter. Ab dem Frühjahr zeigten jedoch die umfangreichen Rettungspakete der Regierungen und die Strategie der führenden Notenbanken, den Marktteilnehmern in massivem Umfang Liquidität zu extrem günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen, positive Wirkung. Unterstützt wurde dies im weiteren Jahresverlauf durch die graduelle Erholung der Weltwirtschaft. Die Verunsicherung der Anleger und das Misstrauen der Marktteilnehmer untereinander ließen daraufhin sukzessive nach. Der damit einhergehende Rückgang der Risikoscheu und das hohe Maß an Liquidität sorgten bis zum Jahresende für eine spürbare Entspannung an den Finanzmärkten. In fast allen Marktsegmenten fielen die Risikoprämien im Jahresverlauf unter die Werte, die vor der Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008 verlangt worden waren.

Die Notierungen an den Aktienmärkten standen zu Jahresbeginn unter massivem Abwärtsdruck. Stark sinkende Gewinnerwartungen und die Furcht vor einer kräftigen Zunahme der Insolvenzen ließen die führenden Aktienindizes der Industriestaaten bis März um mehr als ein Viertel einbrechen. Besonders stark betroffen waren erneut die Kurse von Finanzwerten, da die Finanzkrise bei Banken weiterhin einen erheblichen Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf nach sich zog. Die sich abzeichnende Stabilisierung der Konjunktur und die umfangreichen Maßnahmen von Regierungen und Notenbanken zur Stützung von Wirtschaft und Finanzmärkten leiteten dann jedoch die Wende ein. Die führenden Aktienindizes ließen ihre Tiefpunkte rasch hinter sich. Bis zum Jahresende waren sogar kräftige Indexsteigerungen zu verzeichnen: So gewann der DAX im Jahresverlauf rund 24 %, und der EURO STOXX 50 sowie S&P 500 entwickelten sich mit einem Plus von 21 % bzw. 23 % ähnlich positiv. Die genannten Einflussfaktoren schlugen sich auch in den Notierungen anderer Wertpapiere nieder. So stiegen die Risikoaufschläge bei Unternehmensanleihen zwar zunächst weiter an. Am Ende des Jahres 2009 lagen sie aber deutlich niedriger als zu Jahresbeginn und vielfach auch unter den Ständen unmittelbar vor der Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008.

Die schwache Konjunktur und die Krise an den Finanzmärkten veranlassten die führenden Notenbanken 2009 zu einer extrem expansiven Geldpolitik. Die US-Notenbank hielt ihren Leitzins über das gesamte Jahr konstant bei annähernd 0 %. Zudem stellte sie dem Finanzsystem über unkonventionelle Maßnahmen, vor allem den direkten Ankauf von Wertpapieren, Liquidität in sehr großem Umfang zur Verfügung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) reduzierte ihren Leitzins von 2,5 % zu Jahresbeginn bis zum Mai auf 1 % und hielt ihn für den Rest des Jahres auf diesem Niveau. Zudem schrieb sie ab Juni erstmals Refinanzierungsgeschäfte mit einjähriger Laufzeit aus und startete im Juli ein Programm zum Ankauf von Covered Bonds. Mit diesen unkonventionellen Maßnahmen war die Geldpolitik im Euroraum noch expansiver, als der Leitzins von 1 % impliziert. Die sehr kurzfristigen Geldmarkt-

sätze fielen in der Folge unter das Leitzinsniveau und orientierten sich in der zweiten Jahreshälfte stark am Zinssatz für die Einlagefazilität, der bis auf 0,25 % reduziert worden war.

Die Furcht vor einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise und der dadurch ausgelösten Flucht in den sicheren Hafen der Staatsanleihen hatten die Kapitalmarktzinsen im Euroraum um die Jahreswende 2008/2009 auf historische Tiefststände fallen lassen. Als Folge der sich abzeichnenden konjunkturellen Stabilisierung und einer wieder zunehmenden Risikoneigung tendierten sie jedoch – trotz weiterer Leitzinssenkungen – ab April wieder aufwärts. Nach einem Zwischenhoch im Juni ließ der Aufwärtsdruck in der zweiten Jahreshälfte allerdings spürbar nach. Zum Jahresresultimo 2009 lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit rund 3,4 % um gut 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen stieg hingegen im gleichen Zeitraum kräftig um etwa 1,6 Prozentpunkte auf gut 3,8 % an. Die Zinskurven haben sich damit sowohl im Euroraum als auch in den USA im Jahresverlauf signifikant versteilert.

Die Devisenmärkte wurden vor allem von der stark schwankenden Risikoneigung der Anleger und der Marktakteure geprägt. In den ersten Monaten des Jahres 2009 profitierte der US-Dollar noch von seiner Rolle als „sicherer Hafen“, sodass der Euro von rund 1,40 US \$ zu Jahresbeginn bis zum März auf 1,25 US \$ abwertete. Mit der spürbaren Erholung der Finanzmärkte verlor der Sicherheitsaspekt zunehmend an Bedeutung. Der Euro wertete daraufhin bis auf gut 1,50 US \$ auf. Am Jahresende notierte er mit ca. 1,43 US \$ um 2,7 % über dem Wert zum Vorjahresresultimo.

Die Märkte entwickelten sich damit tendenziell wie von uns im letzten Geschäftsbericht erwartet. Wir waren für 2009 von moderat steigenden Renditen im Euroraum und einer Versteilung der Zinskurve ausgegangen. Die Absenkung des Leitzinses und der Rückgang der Geldmarktzinsen fielen aber noch deutlicher aus, als prognostiziert.

Branchensituation

Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise Mitte 2007 beläuft sich das Volumen der von problembehafteten Aktiva verursachten Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verlusten bei Finanzinstituten weltweit auf rund 1,7 Billionen US \$. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis haben die Institute im gleichen Zeitraum etwa 1,5 Billionen US \$ an frischem Kapital aufgenommen, das teilweise aus staatlichen Hilfsfonds bereitgestellt wurde. Insgesamt ergab sich 2009 gegenüber dem Vorjahr eine Entspannung. Während Finanzinstitute im Gesamtjahr 2008 noch Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verluste in Höhe von deutlich mehr als 1.000 Mrd US \$ verkraften mussten, belief sich der entsprechende Betrag 2009 auf weniger als 340 Mrd US \$. Da die Berichtssaison der Finanzinstitute zum Geschäftsjahr 2009 noch nicht abgeschlossen ist, dürfte sich der Wert für 2009 zwar noch erhöhen. Dennoch sollte er auch insgesamt deutlich hinter dem Vorjahreswert zurückbleiben und damit die gegebene Entspannung an den Finanzmärkten dokumentieren. Nachdem diverse US-Banken schon im ersten Halbjahr 2009 eine teilweise Rückführung der erhaltenen Staatshilfen eingeleitet hatten, folgten verschiedene europäische Kreditinstitute diesem Vorbild im zweiten Halbjahr. Aber auch nach mehr als zwei Jahren kann die globale Finanzmarktkrise noch nicht ad acta gelegt werden. Im Jahr 2009 haben 140 US-Banken Insolvenz angemeldet, nahezu sechsmal so viele wie im Vorjahr. Dies war die größte Insolvenzwelle seit 1992.

In Deutschland wurden 2009 im Zusammenhang mit der globalen Finanzmarktkrise im Bankensektor staatliche Hilfspakete von verschiedenen privaten und öffentlichen Banken in Anspruch genommen.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir, wie im Vorquartal, die im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken mit Ausnahme der Hypo Real Estate berücksichtigt. Beim Vergleich der Geschäftszahlen der ersten drei Quartale 2009 mit den entsprechenden Vorjahreswerten dieser Institute ergibt sich ein gemischtes Bild. Alle Kreditinstitute konnten zwar ihr Zinsergebnis verbessern, doch erhöhten auch alle Institute die Risikoversorge, und nur eine Bank konnte das Zinsergebnis nach Risikoversorge im Vorjahresvergleich steigern. Der Provisionsüberschuss gab bei fast allen Instituten nach, nur eine Bank konnte den Verwaltungsaufwand verringern. Jeweils der Hälfte der Institute gelang eine Verbesserung des Handelsergebnisses bzw. eine Steigerung der Eigenkapitalrendite. Mit einer Ausnahme konnten alle Kreditinstitute die Aufwand-Ertrags-Quote verringern und nach Steuern einen Gewinn ausweisen. Operativ schrieb aber nur die Hälfte der Banken schwarze Zahlen. Bei der Aktienkursentwicklung konnten die vier deutschen Banken im vierten Quartal nicht an die guten Ergebnisse der beiden letzten Quartale anknüpfen. Alle vier mussten im Schlussquartal 2009 Kursverluste hinnehmen. Im ungewichteten Mittel verzeichneten sie im genannten Zeitraum einen Kursrückgang von rund 15 % und entwickelten sich damit deutlich schlechter als der DAX, der 5 % zulegen konnte. Die Aktien aller vier Kreditinstitute notieren immer noch deutlich unter den Kursniveaus, die sie vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 erreicht hatten.

Unverändert ist die deutsche Bankenlandschaft von einer Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, gekennzeichnet. Konsolidierungsschritte zwischen den einzelnen Säulen waren auch im vierten Quartal 2009 nicht zu beobachten. Wie erwartet, hat sich innerhalb der Säule der privaten Banken die Übernahme des Privatbankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA durch die Deutsche Bank konkretisiert. Beide Parteien haben in einem Rahmenvertrag die Modalitäten der Übernahme vereinbart; der Erwerb soll im ersten Quartal 2010 abgeschlossen sein.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2009

Am 5. Februar 2009 emittierte die Postbank ihren dritten Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd € und einer Laufzeit von fünf Jahren.

Am 19. Februar 2009 gab die Postbank ihr vorläufiges Jahresergebnis 2008 bekannt. Der Geschäftsbericht wurde am 9. März 2009 veröffentlicht.

Die Deutsche Bank gab am 9. März 2009 bekannt, dass sie 25 % plus eine Aktie an der Postbank hält. Die Aktien stammen im Wesentlichen aus dem Vollzug der Transaktion mit der Deutschen Post AG.

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 22. April 2009 in Frankfurt statt. Sämtlichen Beschlussvorschlägen wurde mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG berief in seiner Sitzung am 29. Mai 2009 Stefan Jütte mit Wirkung zum 1. Juli 2009 zum neuen Vorsitzenden des Vorstands der Bank. Zuvor hatten der Aufsichtsrat und der bisherige Vorstandsvorsitzende, Dr. Wolfgang Klein,

im besten gegenseitigen Einvernehmen entschieden, dass sein Mandat zum 30. Juni 2009 nach neun Jahren erfolgreicher Tätigkeit für die Postbank endet. Das als COO für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann und der Aufsichtsrat der Postbank verständigten sich über eine Beendigung der Aufgaben mit Ablauf des 29. Mai 2009. Sein Nachfolger wurde zum 30. Mai 2009 Dr. Mario Daberkow, der zuletzt als Generalbevollmächtigter für das Transaction Banking der Postbank zuständig war.

Am 3. Juli 2009 platzierte die Postbank ihren ersten Öffentlichen Pfandbrief im Volumen von 1 Mrd €. Am 20. August 2009 folgte die Aufstockung dieser Emission auf insgesamt 1,5 Mrd €.

Am 25. November 2009 gab die Postbank im Rahmen einer Präzisierung ihrer strategischen Ausrichtung bekannt, mittelfristig und nachhaltig eine operative Eigenkapitalrendite nach Steuern von rund 13 % erreichen zu wollen. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis beabsichtigt die Postbank, bis 2012 ihre Gewinne zu thesaurieren.

Wichtige Ereignisse nach Jahresabschluss

Wichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2009

Investitionsschwerpunkte der Postbank lagen 2009 auf strategischen Projekten im Kundengeschäft sowie zur Einführung von weiterentwickelten Modellen zur Risikomessung und zur Optimierung des Liquiditätssteuerungssystems.

Vorangetrieben wurden zudem die Investitionen in Maßnahmen zum Erreichen der SEPA-Fähigkeit sowie die Umsetzung gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen, z. B. für die Payment Service Directive und die Verbraucherkreditrichtlinie, sowie von Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG), Basel II und Abgeltungssteuer. Des Weiteren wurde die Planung für den Aufbau einer strategischen Meldewesenarchitektur aufgenommen.

Zur Verbesserung der Kundenansprache wurden Kooperationsprojekte ins Leben gerufen, die eine flächendeckende Versorgung der Kunden mit Bargeld zum Ziel haben. Darüber hinaus wurde das Projekt „strategisches Filialnetzmanagement“ fortgeführt, in dessen Rahmen die Filialen der Postbank modernisiert werden.

Im Transaction Banking laufen die Vorbereitungen für die Übernahme der Zahlungsverkehrsabwicklung unseres neuen Mandanten HSH Nordbank.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Das Geschäftsjahr 2009 war erneut von schwierigen Rahmenbedingungen an den internationalen Finanz- und Immobilienmärkten und in der Realwirtschaft geprägt. Insbesondere im ersten Halbjahr hatte Deutschland Rekordrückgänge bei der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Die schwache Entwicklung der weltweiten Konjunktur strahlte auch auf die internationalen Immobilienmärkte, insbesondere in den USA und in Großbritannien, aus.

Diese negativen Umfeldbedingungen beeinflussten auch die Ergebnissituation des Postbank Konzerns. Zwar entwickelte sich das Kundengeschäft insbesondere im deutschen Privat- und Firmenkundenbereich positiv, die widrigen externen Faktoren führten aber zu erfolgswirksamen Belastungen aus den Risikopositionen der Bank. Die Ausprägung dieser Sondereffekte ging allerdings gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zurück, sodass die Postbank das Geschäftsjahr 2009 unter Berücksichtigung von positiven Steuereffekten mit einem Konzerngewinn von 76 Mio € (Vorjahr: angepasst –886 Mio €) abschließen konnte. Das Ergebnis vor Steuern lag bei –398 Mio € nach angepassten –1.064 Mio € im Vorjahreszeitraum.

Die Vorjahreszahlen wurden angepasst, da die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. (DPR) im Rahmen einer Stichprobenprüfung die Meinung vertritt, dass ein Zuführungsbetrag zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft von rund 90 Mio €, der in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 gebucht wurde, bereits per Ende 2008 hätte berücksichtigt werden müssen. Um den Konzernabschlussprozess nicht zu verzögern, hat die Gesellschaft sich dieser Einschätzung angeschlossen, zumal das Ergebnis, über beide Berichtsjahre betrachtet, unverändert bleibt. Die Phasenverschiebung führt zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern des Jahres 2009 in vorgenannter Höhe und korrespondierend zu einer Belastung des Vorjahresergebnisses (siehe auch Note 6).

Im Kundengeschäft kann die Postbank trotz des anhaltend intensiven Wettbewerbs und des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auf einen insgesamt positiven Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres zurückblicken. Die Entwicklung des Neugeschäfts im Retail Banking war geprägt von einer starken Entwicklung im Sparbereich. Hier konnte die Postbank ihre Bestände sehr deutlich ausbauen und somit auch die ohnehin starke Liquiditätsposition untermauern. Auch das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden wurde weiter vorangetrieben, und so wurden Marktlücken genutzt, die einige Mitbewerber hinterließen. Insgesamt konnte die Bank in verschiedenen Kerngeschäftsfeldern ihre Marktposition verbessern und Marktanteile hinzugewinnen. Diese Erfolge will die Postbank auf Basis ihres Ende 2009 vorgestellten Strategieprogramms Postbank4Future sichern und ausbauen.

Der positive Trend des Kundengeschäfts spiegelt sich in der Erfolgsrechnung aufgrund der umfeldbedingten Belastungen nur eingeschränkt wider. Die operativen Ertragslinien – Zins- und Provisionsüberschuss – entwickelten sich unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen für das Retail Banking vergleichsweise solide. Den Verwaltungsaufwand konnten wir durch ein anhaltend striktes Kostenmanagement – trotz einiger nicht beeinflussbarer Zusatz- und Sonderbelastungen wie steigender Beiträge zu Sicherungseinrichtungen und der Bildung von Restrukturierungsrückstellungen – deutlich senken. Dagegen haben wir die Risikovorsorge aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Eintrübung und der weiter angespannten Situation an den internationalen Immobilienmärkten gegenüber dem Vorjahr spürbar erhöht, sind dabei aber im Rahmen unserer für das Jahr 2009 kommunizierten Erwartungen geblieben. Insgesamt hatte die Postbank aufgrund des großen Anteils von hochbesicherten Privatkundenkrediten auch 2009 im internationalen Vergleich nur eine relativ geringe Risikovorsorgenotwendigkeit zu verzeichnen. Im Handels- und Finanzanlageergebnis wurden Belastungen – insbesondere aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft – verbucht. Der

Umfang nahm allerdings im Jahresvergleich erwartungsgemäß deutlich ab.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz erläutert. Die Kommentierungen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den angepassten Zahlen des Geschäftsjahres 2008 bzw. der Vorquartale 2009 (siehe auch Note 6).

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Das niedrige Zinsniveau und die im Jahresverlauf 2009 deutlich zurückgegangenen kurzfristigen Zinsen bringen insbesondere für einlagenstarke Banken wie die Postbank Herausforderungen im Hinblick auf den Zinsüberschuss aus Spar- und Sichteinlagen mit sich. Der Margendruck hat sich in diesen Produktfeldern zwar im Verlauf des Jahres 2009 abgeschwächt, war aber im Vorjahresvergleich noch immer erheblich. Andererseits profitieren wir von der im Vorjahresvergleich steileren Zinsstrukturkurve, z. B. aus der natürlichen Laufzeitenstruktur unseres Kundengeschäfts mit relativ kurz laufenden Einlagen und einem langfristig orientierten Kreditgeschäft.

In diesem schwierigen Umfeld ging der Zinsüberschuss um 90 Mio € oder 3,6% auf 2.405 Mio € zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Zinsüberschuss des Vorjahres aufgrund von Sondereffekten im vierten Quartal 2008 positiv überzeichnet war. Darüber hinaus reduzierten sich im Gesamtjahr 2009 die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren aufgrund des vollständigen Abbaus unserer Aktienbestände im Vorjahr spürbar um rund 70 Mio €.

Innerhalb des Jahres 2009 stieg der Zinsüberschuss ab dem zweiten Quartal 2009 kontinuierlich an, was u. a. auf die positiven Effekte aus der steiler gewordenen Zinsstrukturkurve sowie die fortlaufende Anpassung der Zinsaufwendungen an das niedrige Zinsniveau zurückzuführen ist. So lag der Zinsüberschuss des letzten Quartals des Jahres 2009 mit erfreulichen 621 Mio € um 7,4% oder 43 Mio € über dem Wert des dritten Quartals.

Finanzanlageergebnis

Das Finanzanlageergebnis lag zum 31. Dezember 2009 bei –148 Mio € (Vorjahr: –1.249 Mio €). Im Vorjahr war es u. a. durch den kompletten Abbau der Aktienbestände, den wir im Rahmen unseres Programms zur Reduzierung der kapitalmarktbezogenen Bestände und Risiken im vierten Quartal 2008 vorgenommen hatten, deutlich belastet worden.

Die im Geschäftsjahr 2009 im Finanzanlageergebnis verbuchten Belastungen aus Impairments auf strukturierte Kreditprodukte beliefen sich auf –97 Mio €. Ein Teil dieser negativen Effekte ist auf eine Überprüfung und Anpassung der auf die Marktentwicklung und -erwartung bezogenen Inputparameter zur modellbasierten Bewertung unserer strukturierten Kreditprodukte zurückzuführen. Dies führte im vierten Quartal im Handels- und im Finanzanlageergebnis zu Belastungen von zusammengekommen –157 Mio €, davon sind –51 Mio € dem Finanzanlageergebnis zuzuordnen. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, die Volatilität aus dieser Ergebniskomponente in künftigen Perioden zu verringern.

112

112

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Im Vorjahr betrug die Gesamtbelastung aus den strukturierten Kreditprodukten noch –156 Mio €. Darüber hinaus haben wir Wertkorrekturen auf Wertpapiere sowie Publikumsfonds und Beteiligungen in Höhe von –170 Mio € vorgenommen (Vorjahr: –468 Mio).

Dementgegen verlief die Entwicklung unserer Bankbuchbestände insgesamt erfreulich. Daher konnten wir in der zweiten Jahreshälfte wieder Verkaufsgewinne aus unserem Wertpapierbestand in kleinerem Umfang realisieren.

Handelsergebnis

Die anhaltend volatilen Marktbedingungen im Jahr 2009 haben auch das Handelsergebnis beeinflusst. Es lag zum Jahresende 2009 bei –498 Mio € nach –389 Mio € im Vorjahr.

Das originäre Handelsergebnis der Bank profitierte von positiven Beiträgen aus Swap-Positionen, die wir im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements zum Hedging und zur Steuerung des Bankbuchs einsetzen. Die Gesamterträge hieraus betragen 100 Mio € (Vorjahr: 554 Mio €) (vergleiche auch Note 10). Dagegen war das Ergebnis aus der Bewertung eingebetteter Derivate aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft deutlich negativ. Die Gesamtbelastungen hieraus betragen –652 Mio € nach –786 Mio € im Vorjahr.

Wie im Finanzanlageergebnis ist ein Teil dieser negativen Effekte auf die Überprüfung und Anpassung der Inputparameter zur modellbasierten Bewertung unserer strukturierten Kreditprodukte zurückzuführen. Die hieraus dem Handelsergebnis im vierten Quartal 2009 zuzurechnenden zusätzlichen Belastungen betragen –106 Mio €.

Insgesamt betragen die Belastungen aus strukturiertem Kreditersatzgeschäft im vierten Quartal 2009 –180 Mio € (Vorjahr: –388 Mio €), was zu einem Handelsergebnis von –149 Mio € (Vorjahr: –406 Mio €) führte. Bereinigt um die weiter oben erwähnten Sonderbelastungen, hätte sich im vierten Quartal erneut ein spürbarer Rückgang der negativen Effekte im Handelsergebnis aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft ergeben.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss betrug im Geschäftsjahr 2009 1.329 Mio € nach 1.431 Mio € im Vorjahr. Im zweiten Halbjahr lag er dabei mit 684 Mio € deutlich über dem Niveau des ersten Halbjahres von 645 Mio €. Trotz der kontinuierlichen Verbesserung im Quartalsverlauf 2009 konnte das gute Ergebnis des Jahres 2008 nicht erreicht werden. Der Rückgang des Provisionsüberschusses entspricht dem allgemeinen Branchentrend und beruht auf zwei wesentlichen Faktoren:

Zum einen führte – insbesondere im ersten Halbjahr 2009 – die anhaltende Verunsicherung der Privatkunden zu einer spürbaren Kaufzurückhaltung im langfristig orientierten Kapitallebensversicherungs- und Wertpapiergeschäft. So ging der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft Umfeldbedingt um 32 Mio € auf 133 Mio € zurück. Der gesamte Provisionsüberschuss aus dem Bankgeschäft lag folglich bei 685 Mio € und damit 8,5% unter dem Vorjahreswert.

Zum anderen wird der Provisionsüberschuss der Postbank auch strukturell durch rückläufige Einnahmen aus dem Absatz von Postdienstleistungen in unseren Filialen sowie aus dem Transaction Banking belastet. In Summe verringerte sich der Beitrag aus diesen Bereichen zum Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 34 Mio €.

Gesamterträge

Die Gesamterträge stiegen erfreulich von 2.288 Mio € im Jahr 2008 auf 3.088 Mio € im Gesamtjahr 2009. Die Verbesserung ist insbesondere auf den Rückgang der krisenbedingten Belastungen im Handels- und Finanzanlageergebnis bei weiterhin soliden Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft zurückzuführen.

Risikoversorge

Die Risikoversorge belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf –678 Mio €. Im Vorjahr lag sie bei –498 Mio € und wurde – wie einleitend beschrieben – im Jahresabschlussprozess 2009 aufgrund einer Phasenverschiebung bei der Risikoversorgebildung nachträglich um –90 Mio € erhöht. Die Entlastung in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres in gleicher Höhe entfällt allerdings aufgrund des Unwinding-Effekts nur mit 84 Mio € auf die Position Risikoversorge, 6 Mio € werden im Zinsüberschuss ausgewiesen (vergleiche auch Note 6).

Die Nettozuführungsquote zur Risikoversorge, bezogen auf das Kundenkreditgeschäft, betrug 63 Basispunkte und lag damit – trotz des Anstiegs – im Vergleich zu anderen deutschen oder europäischen Instituten weiterhin auf einem relativ moderaten Niveau.

Die Entwicklung der Risikoversorge im Kreditgeschäft ist Folge der gesamtwirtschaftlichen Eintrübung und insbesondere der weiter angespannten Situation an den internationalen Immobilienmärkten. So ist die um 225 Mio € auf 746 Mio € angestiegene Bildung von Einzelwertberichtigungen im Wesentlichen auf den Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung zurückzuführen. Auch im übrigen Firmenkundengeschäft haben wir die Risikoversorge erhöht. Im Kreditgeschäft mit privaten Kunden zeigte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Würdigung der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein vergleichsweise moderat ansteigender Risikoversorgebedarf. Die Postbank profitiert hier von ihrem großen Anteil an hochbesicherten privaten Baufinanzierungen in ihrem Kreditportfolio.

Im Quartalsvergleich stieg die Risikoversorge im vierten Quartal deutlich an und lag bei 308 Mio € (Vorjahr: 194 Mio €). Vor dem Hintergrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen hat die Bank in diesem Quartal eine Überprüfung der Risikopositionen, insbesondere in den Teilportfolios in den USA und in Großbritannien, durchgeführt. Im Ergebnis wurde die Risikoversorge für diesen Geschäftsbereich im vierten Quartal nochmals angepasst.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand ging im Geschäftsjahr 2009 sehr deutlich um 105 Mio € oder 3,5% auf 2.864 Mio € zurück. Diese Entwicklung ist umso erfreulicher, als dass nicht beeinflussbare Kostenpositionen, wie z. B. Zahlungen an den Pensionssicherungsverein und den Einlagensicherungsfonds, gegenüber dem Vorjahr um 50 Mio € deutlich angestiegen sind. Ferner belastete der Wegfall der steuerlichen Organschaft mit der Post den Verwaltungsaufwand im Jahr 2009 mit –17 Mio €. Im vierten Quartal wurden mit Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von –25 Mio € und einer Bildung von Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von –30 Mio € zusätzliche Sonderbelastungen verbucht.

Die Kostenentwicklung zeigt die hohe Disziplin der Postbank und ist insbesondere auf das aktive Management der anderen Verwaltungs-

aufwendungen zurückzuführen, die um 78 Mio € auf –1.295 Mio € zurückgingen. Der Personalaufwand sank trotz der Bildung der vorerwähnten Restrukturierungsrückstellungen leicht um 4 Mio € auf –1.406 Mio €.

Dem Management unserer Kostenbasis wird auch in unserem Strategieprogramm Postbank4Future weiter hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Hierbei ist geplant, das Kostenniveau bis 2012 um rund 5 % gegenüber dem Jahresendwert 2008 abzusenken, was auch einer nochmaligen Reduzierung des Kostenniveaus gegenüber dem guten Wert des Jahres 2009 entspricht.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen ist von 115 Mio € im Vorjahr auf 56 Mio € im Jahr 2009 zurückgegangen. Ein nennenswerter Grund für den Rückgang ist die gegenüber dem Vorjahreswert verminderte Partizipation von stillen Einlagen und einigen Genussrechten am Jahresergebnis der Deutschen Postbank AG.

Ergebnis

Das Ergebnis vor Steuern lag bei –398 Mio € nach –1.064 Mio € im Vorjahr.

Bei den Ertragssteuern ergaben sich positive Effekte u. a. aus der Auflösung latenter Steuern, nachdem die zugrunde liegenden Sachverhalte geklärt sind und eine steuerliche Belastung nicht mehr zu erwarten ist, sowie durch steuerfreie Erträge. Die Steuerposition belief sich auf 475 Mio € (Vorjahr: 179 Mio €). Der Konzerngewinn lag somit bei 76 Mio € nach –886 Mio € im Jahr 2008.

Aufgrund der positiven barwertigen Veränderungen unserer in der Neubewertungsrücklage erfassten Positionen – da es sich um Bankbuchbestände handelt, werden die Wertänderungen nicht direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen – war auch das nach IFRS auszuweisende sogenannte Gesamtergebnis mit 298 Mio € deutlich positiv (Vorjahr: –1.054 Mio €).

Das Ergebnis je Aktie liegt bei 0,35 € (Vorjahr: –5,26 €).

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern war mit 1,5 % leicht positiv (Vorjahr: angepasst –19,4 %). Die Cost-Income-Ratio lag bei 92,7 % nach angepassten 129,8 % im Vorjahr.

I Segmentberichterstattung

Zur transparenteren Darstellung von internen Umsätzen zwischen Einheiten der Postbank, die zuvor im Segment Übrige erfasst waren, wurde im ersten Quartal 2009 das Segment Konsolidierung eingeführt. Zudem wurden einige kleinere Anpassungen hinsichtlich der Allokation von Erträgen und Aufwendungen zwischen den Segmenten Übrige, Retail Banking und Corporate Banking umgesetzt. In den Segmenten Transaction Banking und Financial Markets haben sich keine Änderungen ergeben.

Die Werte des Jahres 2008 wurden zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit für die nachfolgende Kommentierung entsprechend angepasst. Für eine Darstellung der Modifikationen der Segmentberichterstattung verweisen wir ergänzend auf Note 40.

Retail Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Retail Banking lag bei 770 Mio € und damit 159 Mio € unter dem guten Vorjahreswert. Rund 55 Mio € des Rückgangs sind auf nicht kundengeschäftsbezogene Faktoren zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss ist mit einem Anteil von 66 % an den gesamten Erträgen des Segments weiterhin die dominierende Ertragskomponente. Die Zinsstruktur im Jahr 2009 und hierbei insbesondere der deutliche Rückgang des kurzfristigen Zinsniveaus stellten eine große Herausforderung für die Entwicklung des Zinsüberschusses im Einlagengeschäft dar. Diese Rahmenbedingungen sind wesentlicher Grund für den Rückgang des Zinsüberschusses um 85 Mio € auf 2.141 Mio €. Hierbei konnten wir aufgrund der sukzessiven Anpassung der Kosten der Passiva den Zinsüberschuss im Quartalsverlauf verbessern. Im vierten Quartal lag der Zinsüberschuss bei 551 Mio € und damit 14 Mio € über dem Wert des dritten Quartals.

Das nicht kundengeschäftsbezogene Handlungsergebnis des Segments ging gegenüber dem Vorjahr um 57 Mio € auf –32 Mio € zurück. In dem Ergebnis werden Bewertungsveränderungen der Fair-Value-Option, die wir bei unserer Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG für die Absicherung von Baufinanzierungsbeständen nutzen, erfasst. Diese waren aufgrund des starken Rückgangs des kurzfristigen Zinsniveaus zu Beginn des Jahres 2009 deutlich negativ, nachdem sie zum Jahresende 2008 positiv zum Ergebnis beigetragen hatten. Das Finanzanlageergebnis des Segments war ausgeglichen. Im Vorjahr hatte es bei –2 Mio € gelegen.

Der Provisionsüberschuss betrug 1.113 Mio € und lag damit um 65 Mio € unter dem Vorjahreswert. Im gesamten Jahr 2009 war eine marktbedingt deutliche Kaufzurückhaltung unserer Kunden im Bereich des Wertpapier- und Fondsgeschäfts sowie im Bereich des aus Kunden-sicht langfristigen Kapitalversicherungsgeschäfts erkennbar. Dies führte insbesondere im ersten Quartal 2009 zu einem deutlichen Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Bankgeschäft, der sich in den Folgequartalen sukzessive erholte. Im vierten Quartal lag der gesamte Provisionsüberschuss bei 296 Mio € und damit um 6,1 % über dem Wert des dritten Quartals. Belastend wirken weiterhin die strukturell rückläufigen Erträge aus dem Geschäft mit Post- und Neuen Dienstleistungen unserer Filialen, die im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % zurückgingen.

Die Gesamterträge des Segments lagen zum Jahresende 2009 bei 3.222 Mio € und damit um 205 Mio € unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Unser striktes Kostenmanagement wirkte sich positiv auf die Entwicklung der Verwaltungskosten aus. Diese verbesserten sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr, um 84 Mio € auf 2.136 Mio €. Das nachhaltige Management unserer Verwaltungsaufwendungen ist auch Kernbestandteil unseres Strategieprogramms Postbank4Future. Der hohen Bedeutung der Verwaltungskosten im standardisierten Privatkundengeschäft wird somit auch in Zukunft Rechnung getragen.

Bedingt durch das schwache konjunkturelle Umfeld in Deutschland im abgelaufenen Geschäftsjahr, haben wir die Risikoversorge auch im Privatkundengeschäft erhöht. Die Position stieg um 41 Mio € auf 345 Mio €. Insgesamt ist die Kreditqualität im Privatkundengeschäft,

insbesondere in unserem sehr granularen und hochbesicherten privaten Baufinanzierungsportfolio, weiterhin vergleichsweise stabil.

Der Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge stieg um 3 Mio € auf 29 Mio € und speist sich im Wesentlichen aus Rückstellungseffekten bei den dem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften.

Die Cost Income Ratio des Segments Retail Banking lag somit im Jahr 2009 bei 66,3 %, 1,5 Prozentpunkte über dem Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug im Jahr 2009 34,9 % und blieb damit hinter dem Vorjahreswert von 41,9 % zurück.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden lag im Jahr 2009 mit –26 Mio € um 127 Mio € über dem des Vorjahres. In diesem Segmentergebnis wirkt sich die weiter oben beschriebene Phasenverschiebung bei der Risikovorsorge aus. Insgesamt wurden rund 90 Mio € Risikovorsorge, welche wir in den ersten drei Quartalen 2009 gebildet haben, nachträglich im Jahr 2008 verbucht. Zur Verbesserung des Segmentergebnisses trugen insbesondere die sich deutlich positiv entwickelnden operativen Erträge bei. Außerdem war ein Rückgang der Belastungen aus den dem Segment zugeordneten Wertpapierbeständen und dem strukturierten Kreditsatzgeschäft gegenüber dem von der Eskalation der Finanzmarktkrise geprägten Vorjahr zu verzeichnen. Demgegenüber stieg die Risikovorsorge aufgrund der deutlichen konjunkturellen Eintrübung und der weiter angespannten Situation an den internationalen Immobilienmärkten.

Der Zinsüberschuss des Segments wuchs sehr deutlich um 157 Mio € auf 543 Mio €. Diese Entwicklung ist u. a. auf das deutlich ausgeweitete Geschäftsvolumen sowie eine verbesserte Margensituation im Neugeschäft zurückzuführen.

Handels- und Finanzanlageergebnis verbesserten sich zusammen genommen aufgrund rückläufiger Belastungen aus der Finanzmarktkrise um 142 Mio € auf –191 Mio €. Das Finanzanlageergebnis lag bei –51 Mio € nach –241 Mio € im Vorjahr und das Handelsergebnis bei –140 Mio € nach –92 Mio € im Jahr 2008. Die in beiden Positionen enthaltenen Belastungen aus unserem strukturierten Kreditportfolio beliefen sich auf –157 Mio € (davon –30 Mio € im vierten Quartal) nach –146 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Wertkorrekturen auf andere Wertpapiere belasteten das Segmentergebnis mit –50 Mio € (Vorjahr: –186 Mio €), –35 Mio € davon betrafen das vierte Quartal 2009.

Der Provisionsüberschuss lag im Jahr 2009 mit 104 Mio € um 3 Mio € unter dem des Vorjahres, sodass sich die Gesamterträge auf 456 Mio € summierten (296 Mio € über dem Vorjahreswert).

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich nur leicht um 9 Mio € auf 180 Mio €.

Die Risikovorsorge lag im Gesamtjahr 2009 mit 300 Mio € um 157 Mio € über dem angepassten Vorjahr. Der Anstieg ist Folge der gesamtwirtschaftlichen Eintrübung und insbesondere der weiter angespannten Situation an den internationalen Immobilienmärkten. Vor dem Hintergrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen hat die Bank im vierten Quartal eine umfassende Überprüfung der Risikopositionen, insbesondere in den Teilportfolios in den USA und

in Großbritannien, durchgeführt. Insgesamt lag die Risikovorsorge im Segment Firmenkunden im vierten Quartal bei 183 Mio € (Vorjahr: angepasst 112 Mio €).

Die Cost Income Ratio verbesserte sich im Jahr 2009 auf 39,5 % nach 106,9 % im Jahr 2008, und die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg auf –4,8 % nach –37,4 %.

Transaction Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Transaction Banking lag bei 39 Mio € und damit 9 Mio € unter dem Rekordwert des Vorjahres. Der Provisionsüberschuss des Segments ermäßigte sich aufgrund leicht unter den Vorjahreswerten liegender Transaktionsmengen und des strukturellen Rückgangs papiergebundener Überweisungen um 18 Mio € auf 322 Mio €.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich leicht um 5 Mio € auf 317 Mio €. Hierin enthalten sind allerdings im vierten Quartal gebildete Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 16 Mio €, die die tatsächliche Entwicklung des Verwaltungsaufwands verwässern. Bereinigt um diese einmaligen Belastungen, hätte sich der Verwaltungsaufwand um 3,5 % – und somit auch das Ergebnis vor Steuern – gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Der zu einem großen Teil aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte erwachsene Saldo aus Sonstigen Aufwendungen und Erträgen wuchs um erfreuliche 17 Mio € auf 33 Mio €.

Die Cost Income Ratio stieg demnach von 90,7 % im Jahr 2008 auf 98,1 % im Jahr 2009.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets betrug im Geschäftsjahr 2009 60 Mio € nach –14 Mio € im Vorjahr. Positiv zu dieser Entwicklung trugen ein gestiegenes Handelsergebnis sowie rückläufige Belastungen aus der Finanzmarktkrise bei.

Der Zinsüberschuss des Segments ging um –37 Mio € auf 125 Mio €, der Provisionsüberschuss um –30 Mio € auf 27 Mio € zurück. Das Handelsergebnis hingegen verbesserte sich um 53 Mio € auf 47 Mio €. Auch das Finanzanlageergebnis konnte deutlich zulegen und lag bei –21 Mio € nach –110 Mio € im Vorjahr.

Das Ergebnis des Segments enthält Belastungen aus dem strukturierten Kreditportfolio in Höhe von –34 Mio €: –30 Mio € sind im Handelsergebnis, davon –14 Mio € im vierten Quartal, sowie weitere –4 Mio € im Finanzanlageergebnis, davon +3 Mio € im vierten Quartal, angefallen. Im Vorjahr wurden Belastungen in Höhe von –38 Mio € verbucht, von denen –15 Mio € auf das Finanzanlageergebnis entfielen. Zusätzlich fielen Wertkorrekturen auf Wertpapierbestände von –20 Mio € an (Vorjahr: –83 Mio €).

Die Risikovorsorge betrug 33 Mio € nach 22 Mio € im Vorjahr und betrifft Wertkorrekturen auf Bestände an Schulscheindarlehen, die in dieser Position der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen sind.

Der Verwaltungsaufwand verbesserte sich um 2 Mio € auf 90 Mio €, sodass die Cost Income Ratio dieses Segments im Jahr 2009 bei

50,6 % nach 89,3 % im Vorjahr lag. Entsprechend erhöhte sich die Eigenkapitalrendite vor Steuern von –2,2 % auf 8,1 %.

Übrige

Das Ergebnis des Segments Übrige lag im Jahr 2009 bei –1.241 Mio €, was gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung um 633 Mio € bedeutete. In diesem Segment sind den sonstigen Geschäftsfeldern nicht direkt zuzuordnende Positionen, nicht verrechnete Kosten für Zentralfunktionen sowie das Ergebnis des Eigengeschäfts enthalten. Deshalb trägt es zu einem wesentlichen Teil die Belastungen aus der Finanzmarktkrise.

Der Zinsüberschuss des Segments sank um 215 Mio € auf –496 Mio €. Der negative Zinsüberschuss resultiert u. a. aus Dispositionen von Anlage- und Handelsbeständen, Beiträgen aus dem Bilanzstrukturmanagement, dem bis einschließlich 2004 geltenden Transfer-Pricing-System sowie dem Erwerb der BHW Gruppe und des Filialvertriebs im Jahr 2006.

Das Handelsergebnis des Segments verbesserte sich 2009 um 43 Mio € auf –282 Mio €. Wesentliche Belastungen des Handelsergebnisses resultieren aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten in strukturierten Kreditprodukten in Höhe von –468 Mio € (Vorjahr: –676 Mio €), davon –138 Mio € im vierten Quartal 2009. Zusätzlich ergaben sich im Vorjahr Belastungen aus garantierten Schuldscheindarlehen in Höhe von 133 Mio €. Positiv wirkte dagegen das Ergebnis aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 100 Mio € (Vorjahr: 554 Mio €), das durch den Einsatz derivativer Instrumente entsteht.

Das Finanzanlageergebnis des Segments lag bei –76 Mio € und damit um 819 Mio € besser als das von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise stark belastete Vorjahr. Das negative Ergebnis ist u. a. auf Wertkorrekturen auf strukturierte Kreditprodukte in Höhe von –90 Mio € (Vorjahr: –93 Mio €) zurückzuführen, von denen –49 Mio € auf das vierte Quartal 2009 entfallen. Darüber hinaus haben wir Impairments auf sonstige Schuldverschreibungen und Publikumsfonds in einem Volumen von –96 Mio € (Vorjahr: –204 Mio €) vorgenommen, davon betreffen –17 Mio € das vierte Quartal 2009. Zusätzlich entfiel im Vorjahr auf den kompletten Abbau unserer Aktienengagements ein Verlust von –581 Mio €.

Der Provisionsüberschuss des Segments fiel um 9 Mio € auf –42 Mio €, sodass die Gesamterträge sich auf –896 Mio € beliefen, 638 Mio € mehr als im Jahr 2008.

Der Verwaltungsaufwand des Segments verbesserte sich um 51 Mio € auf 922 Mio €. Hierin enthalten sind vor allem nicht direkt den operativen Segmenten zuzuordnende Kosten der Zentralabteilungen in Höhe von –329 Mio € (Vorjahr: –240 Mio €). Diese Position erhöhte sich insbesondere aufgrund gestiegener Aufwendungen für die Einlagensicherung und Beiträge zum Pensionssicherungsverein. Ferner sind im Verwaltungsaufwand des Segments Service und IT-Leistungen mit einem Wert von –424 Mio € (Vorjahr: –456 Mio €) erfasst, die teilweise mit den operativen Geschäftsfeldern verrechnet und dem Segment Übrige in den Sonstigen Erträgen gutgeschrieben werden.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen belief sich damit auf 577 Mio € nach 662 Mio € im Vorjahr.

Konsolidierung

Dieses im ersten Quartal 2009 neu eingeführte Segment bildet, wie bereits in vorausgegangenen Berichten erläutert, die internen Transaktionen zwischen den im Postbank Konzern konsolidierten Gesellschaften ab. Es hat somit grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis.

Wesentliche Konsolidierungen erfolgen im Provisionsüberschuss, wo wir vor allem die Leistungen für die Erbringung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank, die im Segment Transaction Banking erfolgswirksam vereinnahmt werden, korrigieren. Die Konsolidierungen summierten sich hier im Jahr 2009 auf –195 Mio € nach –212 Mio € im Vorjahr.

Außerdem wurden im Verwaltungsaufwand Konsolidierungen in Höhe von 781 Mio € (Vorjahr: 799 Mio €) vorgenommen. Dies ist im Wesentlichen auf die Leistungsverrechnung für konzerninternen erbrachte Leistungen der IT und des Transaction Banking zurückzuführen. In der Position Saldo aus Aufwendungen und Erträgen wird im Wesentlichen der Ertrag aus intern in Rechnung gestellten IT-Leistungen herauskonsolidiert, der im Segment Übrige in der gleichen Position als sonstiger Ertrag enthalten ist.

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank ging gegenüber dem 31. Dezember 2008 um rund 4,6 Mrd € auf 226,6 Mrd € zurück. Auf der Aktivseite der Bilanz haben wir unsere Finanzanlagebestände im Rahmen unseres Programms zum Abbau von kapitalmarktbezogenen Beständen und Risiken sehr deutlich um 10,7 Mrd € auf 72,4 Mrd € verringert. Gleichzeitig haben wir unser Kundenkreditgeschäft um 5,7 Mrd auf 111,0 Mrd € ausgeweitet.

Auf der Passivseite konnten wir die Qualität der Mittelherkunft nochmals verbessern. So stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, insbesondere aufgrund unseres erfolgreichen Spargeschäfts, deutlich um 14,5 Mrd € auf 132,0 Mrd €. Gleichzeitig konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 23,5 Mrd € auf 39,3 Mrd € verringern.

Gegenüber dem Stichtag zum 30. September 2009 fiel die Bilanzverkürzung noch deutlicher aus. Der Rückgang betrug in diesem Betrachtungszeitraum 12,7 Mrd €.

Insgesamt zeigen die Forderungsbestände auf der Aktivseite im nationalen und internationalen Vergleich eine gute Risikostruktur. So wird unser Kundenkreditgeschäft von granularen, hochbesicherten deutschen Privatkundenbaufinanzierungen, Staatsanleihen, gedeckten Bonds und anderen hoch gerateten Anlagen dominiert. Die gleichzeitig sehr solide Liquiditätssituation, die insbesondere aus der großen Kundeneinlagenbasis resultiert, macht die Bank darüber hinaus weitgehend unabhängig von der Refinanzierung über den Kapitalmarkt. Beide Faktoren zusammen erlauben es der Postbank, mit einem höheren Verschuldungsgrad (Leverage Ratio) als andere Banken zu operieren.

Forderungen an Kunden

Der Forderungsbestand gegenüber Kunden, der auch verbriefte Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthält, erhöhte sich im Verlauf des Jahres 2009 um 5,4 % auf 111,0 Mrd €. Die Bestände in der privaten Baufinanzierung stiegen gegenüber dem Vorjahresendwert leicht um 0,8 Mrd € auf 70,2 Mrd €. Hierin enthalten ist ein stärkeres Abschmelzen von in der Vergangenheit erworbenen Baufinanzierungsportfolios. Die selbst originierten Baufinanzierungsbestände stiegen dagegen um 4,8 % auf 65,8 Mrd €. Auch das Ratenkreditgeschäft konnten wir unter strikter Beachtung unserer Risikokriterien um 0,6 Mrd € bzw. 20 % auf 3,6 Mrd € ausweiten. Daneben trug noch das Geschäft mit Firmenkunden zum Wachstum des Forderungsbestands bei. In dieser Zielgruppe konnten wir 2009 wesentlich zur Kreditversorgung beitragen und Lücken schließen, die andere Institute hinterlassen haben.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Verbesserung der Bilanzstruktur zeigt sich auch in den Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute. Diese Positionen haben wir im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 9,3 %, auf 107,3 Mrd €, reduziert.

Hierbei stiegen die Handelsaktiva zwar um 23,5 % auf 20,5 Mrd €. Diese Entwicklung ist jedoch insbesondere auf die Veränderung der positiven Marktwerte von Derivaten des Handelsbuchs zurückzuführen, die aufgrund des 2009 gegenüber dem Jahresende 2008 deutlich gesunkenen Zinsniveaus an Wert gewannen. Gegenüber dem 30. September 2009 ergibt sich ein Rückgang um 2,2 Mrd €.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben wir gegenüber dem Jahresende 2008 sehr deutlich um 22,5 % auf 14,5 Mrd € verringert.

Auch unsere Finanzanlagen sanken strategiekonform im Vergleich zum Vorjahresende signifikant, nämlich um 12,9 % auf 72,4 Mrd €. Hierin enthalten ist auch ein bedeutender Bestand von hochliquiden Wertpapieren, die wir als Liquiditätsreserve halten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen mit einem Plus von 12,3 % auf 132,0 Mrd € deutlich zu. Hierzu trug insbesondere das 2009 sehr erfolgreiche Spargeschäft bei. Die Spareinlagen stiegen auf 49,1 Mrd €; dies waren 14,0 Mrd € mehr als am Jahresende 2008 und 1,8 Mrd € mehr als noch zum 30. September 2009. Die sehr langfristig ausgerichteten Bauspareinlagen lagen nahezu unverändert bei 16,3 Mrd € (Vorjahr: 16,2 Mrd €).

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva, fielen korrespondierend mit der Entwicklung der entsprechenden Aktiva um 18,3 % auf 78,5 Mrd €.

Die aufgrund des starken Einlagengeschäfts komfortable Refinanzierungssituation der Bank einerseits sowie die Reduzierung der Finanzanlagen auf der Aktivseite andererseits ermöglichten einen deutlichen Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 37,4 % auf 39,3 Mrd €. Die verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich als Folge unserer erfolgreichen Pfandbriefemissionen im Jahr 2009 um

2,5 % auf 16,7 Mrd € und stellen einen wichtigen Baustein für die solide Refinanzierungssituation der Bank dar.

Der Anstieg der Handelspassiva um 31,8 % auf 22,4 Mrd € ist, wie bereits bei den Handelsaktiva beschrieben, im Wesentlichen auf die Marktzinsentwicklung im Jahr 2009 zurückzuführen.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital wuchs im Jahr 2009 auf 5.251 Mio € nach 4.952 Mio € zum Jahresende 2008. Zu dieser Verbesserung trug neben der Vollthesaurierung des Konzerngewinns insbesondere die darin enthaltene Neubewertungsrücklage bei, die aufgrund der leichten Erholung der Kapitalmärkte seit Ende 2008 um 222 Mio € auf –502 Mio € stieg.

Die Kernkapitalquote nach Basel II betrug zum 31. Dezember 2009 7,6 % nach 7,2 % zum angepassten Jahresende 2008.

Insgesamt haben die von der Postbank im Zuge der Finanzmarktkrise ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalposition und zur Verbesserung des Risikoprofils entscheidend dazu beigetragen, die Kernkapitalquote zu erhöhen und zu stabilisieren. Trotz anhaltend volatiler Umfeldbedingungen konnte die Bank die Quote im Vergleich zum Tiefpunkt nach Eskalation der Finanzmarktkrise im September 2008 um 2,1 Prozentpunkte steigern.

Zur weiteren Stärkung der Kapitalisierung plant die Bank die Einführung weiter verfeinerter Modelle zur Risikomessung. Außerdem beabsichtigt die Postbank, Gewinne der Geschäftsjahre 2010 bis 2012 voll zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu nutzen. Bis Ende 2012 soll so die Kernkapitalquote gemäß der aktuell gültigen Definition schrittweise auf rund 10 % gesteigert werden.

I Nachtragsbericht

Vom 31. Dezember 2009 bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses durch den Vorstand am 23. Februar 2010 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge mehr an.

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Die Finanzmarktkrise ist nach einem turbulenten Jahr 2008 im Jahr 2009 auf die Realwirtschaft übergesprungen. Während sich die Liquiditätssituation der Banken aufgrund der Intervention der Notenbanken und des wiederkehrenden Vertrauens deutlich entspannt hat, ist eine deutliche Verschlechterung der Bonität vieler Kreditnehmer zu verzeichnen. Die Spread-Märkte und die Risikoaufschläge haben sich im zweiten Halbjahr substantiell verbessert. Hiermit einher ging eine Rallye der Aktienmärkte. Demgegenüber hat zwar die Talfahrt der Konjunktur geendet; in Deutschland und den wichtigsten westlichen Märkten zeichnen sich aber nur moderate Steigerungen, ausgehend von einem niedrigen Niveau, ab. Die Postbank hat in diesem Marktumfeld vorsichtig agiert und ihr Exposure nicht ausgeweitet, um die Anfälligkeit für Rückschläge auf den Kapitalmärkten nicht zu erhöhen. Sie konnte barwertig von den rückläufigen Spreads profitieren; im Zinsüberschuss hielten sich negative Auswirkungen auf die Margen der Kundengeschäfte durch das sehr niedrige Zinsniveau und positive Auswirkungen durch die günstigen Konditionen zur Liquiditätsbeschaffung in etwa die Waage. Bei beiden Risikoarten bestehen erhebliche barwertige Chancen und Verlustpotenziale.

Die Gewinn- und Verlustrechnung war auch im Jahr 2009 in erheblichem Maße durch eingetretene Risiken im Portfolio der strukturierten Kreditprodukte geprägt, allerdings in geringerem Umfang als noch im Jahr 2008. Stärker als in den Vorjahren schlugen erwartungsgemäß Ausfälle im Kreditportfolio durch. Dabei zeigte sich das Retail-Geschäft ebenso erwartungsgemäß robust, während jedoch die Unternehmenskredite – vor allem die Gewerblichen Immobilienfinanzierungen in den Auslandsmärkten und vereinzelt auch im Inland – erheblich von Restrukturierungen, Sanierungen und auch Ausfällen betroffen waren (vgl. Lagebericht, Erfolgsrechnung). Auch für das Jahr 2010 geht die Postbank von weiteren Belastungen aus. Diese sollten nach derzeitiger Einschätzung unter dem Niveau des Jahres 2009 liegen.

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der vergleichsweise stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen weiterhin solide.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Krise, hat der Postbank Konzern im Geschäftsjahr 2009 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten kritisch hinterfragt. Die Methoden und Verfahren entsprechen insgesamt den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Postbank hat sich bereits intensiv mit den geplanten aufsichtsrechtlichen Verschärfungen auseinandergesetzt. Auch 2009 wurde ein intensiver Dialog mit der Bankenaufsicht gepflegt, u. a. im Zusammenhang mit der Einführung der fortgeschrittenen Modelle zur Eigenkapitalermittlung und der Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. hat Anfang 2010 u. a. eine Vorort-Prüfung von wertberichtigten Einzelengagements durchgeführt (vgl. Note 6). In den internen und externen Überprüfungen festgestellte Verbesserungspotenziale in den Risikomanagementprozessen sind unverzüglich aufgenommen und entsprechende Maßnahmen ergriffen worden. Deren Umsetzung sowie die weiteren Anpassungen durch aufsichtsrechtliche Neuerungen werden auch das Jahr 2010 prägen.

Außerdem wird die Postbank – entsprechend näheren Ausführungen in diesem Risikobericht – das Risikomanagement durch Investitionen in die IT-Infrastruktur, intensivere Schulungsmaßnahmen bei der Implementierung neuer Prozesse sowie durch stärkere Fokussierung auf die Risikorendite in der Steuerung nachhaltig verbessern und damit die Voraussetzungen zur Anwendung der fortgeschrittenen Ansätze bei der Risikomessung schaffen.

Die Risikosituation und das Risikomanagement des Postbank Konzerns und die von der Gesellschaft ergriffenen Gegenmaßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken aus den dargestellten Risikoarten waren und sind nicht erkennbar.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniszielung stellt für den Postbank Konzern eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. In diesem Sinne verfügt der Postbank Konzern über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber und die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Das Risikomanagement wird im Wesentlichen konzernweit durch die zentralen und angeordneten dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil des Postbank Konzerns unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts-, Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Sämtliche Strategien gelten gruppenweit, die in einzelnen Konzerneinheiten beschlossenen Risikostrategien (z. B. BHW) sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit des Postbank Konzerns. Sie werden im Rahmen der Risikostrategien, die auf den Geschäftsfeldstrategien basieren, dokumentiert. Die Postbank ist in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets aktiv. Die Postbank wird im Jahr 2010 ihre Verfahren zur Risikoallokation stringenter fassen (u. a. durch Einführung eines Bankrisikokomitees (vgl. Folgeabschnitt)).

50

112

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Risikokomitees

Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht die unten stehende Grafik.

Das Kreditrisikokomitee ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos, das Marktrisikokomitee für die strategische Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken verantwortlich. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee definiert die OpRisk-Strategie und entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder. Darüber hinaus legt es die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest und definiert die von allen Konzern-einheiten einzuhaltenden Mindestanforderungen.

Anfang 2010 hat der Vorstand beschlossen, ein Bankrisikokomitee einzurichten, das den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und den damit verbundenen Ertragszielen unterstützt.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Eine Kernaufgabe des Jahres 2009 war die Ausrichtung der Prozesse im Rahmen der im Vorjahr aufgesetzten CRO-Struktur (Chief-Risk-Officer-Struktur). Mit dieser Zielsetzung sind der personelle Aufbau und die organisatorische Weiterentwicklung vorangetrieben worden. Der CRO ist konzernweit für die risiküberwachenden Funktionen zuständig. Er berichtet dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat

regelmäßig über die Gesamtrisikolage des Konzerns. Dem CRO sind in der Aufbauorganisation die Bereiche „Risikosteuerung“, „Risikocontrolling“ und „Kreditgrundsätze“ zugeordnet. Der CRO und die genannten Bereiche sind seit dem 1. August 2009 dem Ressort Konzernsteuerung zugeordnet. In den Risikokomitees (Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken) ist der CRO als stimmberechtigtes Mitglied vertreten.

Der Bereich Risikosteuerung betreibt den weiteren Ausbau der Gesamtbankrisikosteuerung und die Verzahnung mit der Banksteuerung im Finanzwesen. Ziel ist die Optimierung der bankweiten ökonomischen Kapital- und Risikoallokation auf Basis der Reports und Daten der Bereiche Risikocontrolling, Controlling und Meldewesen. Hierzu ist 2009 ein Steuerungsinstrumentarium für die stringenteren Rendite-Risikosteuerung konzipiert worden, das 2010 implementiert wird. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten Analysen und Maßnahmen-vorschläge zu den Prozessen und Verantwortlichkeiten im Marktrisikomanagement, die Erweiterung der bankübergreifenden Stresstests und die Einführung des Bankrisikokomitees. Zukünftig sollen in dem nach wie vor im Aufbau befindlichen Bereich Risikosteuerung, ausgehend von der Analyse des Risikoprofils der Postbank, auch konkrete Maßnahmen im Rahmen der Planung und Geschäftsfeldsteuerung abgeleitet werden.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Im Bereich Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung, -aggregation und -limitierung. Darüber hinaus liegt im Bereich Risikocontrolling auch die Verantwortung für die Konzeption und regelmäßige Erstellung des Risikotragfähigkeitsberichts des Postbank Konzerns. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter BHW Bausparkasse AG,

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstände/ General- bevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Ressourcen/Kredit Financial Markets Retail IT/Operations Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Finanzen Ressourcen/Kredit Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen/Kredit Filialvertrieb Chief Risk Officer
Tagungs- frequenz	<ul style="list-style-type: none"> mindestens vierteljährlich 	<ul style="list-style-type: none"> mindestens monatlich 	<ul style="list-style-type: none"> halbjährlich
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene.

Der Bereich Kreditgrundsätze erstellt das kreditfachliche Regelwerk für das Retail- und Baufinanzierungskreditgeschäft sowie die Konzernkreditrichtlinien für das Firmenkundengeschäft und die Financial Markets Aktivitäten des Postbank Konzerns. Neben den internen Managementvorgaben sind hierbei die MaRisk und die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung maßgeblich.

2010 ist beabsichtigt, die Struktur der CRO-Bereiche weiterzuentwickeln und noch stärker an den Risikoarten und übergreifenden Steuerungsfunktionen auszurichten. Ziel ist eine stärkere risikoartenübergreifende Konvergenz der Prozessdefinitionen und Überwachungsfunktionen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW BauSparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London.

Das Ressort Financial Markets verantwortet die konzernweite, operative Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken. Hierzu ist das Ressort aufgliedert in die Bereiche Treasury, Credit-Treasury, Liquiditätssteuerung und den Bereich Kapitalmärkte. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung der Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie der Spread-Risiken aus Government Bonds, Covered Bonds und Anleihen in Corporate Financials im Bankbuch. Die Aufgabe des Bereichs Credit-Treasury besteht darin, das sonstige Credit-Spread-Risiko der Postbank Gruppe im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements zu steuern. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und Aussteuerung der Liquiditätsfristentransformation im Konzern. Mit Ausnahme des Zinshandelsbuchs, dessen Verantwortung in den Bereich Treasury integriert ist, werden sämtliche Marktpreisrisiken des Handelsbuchs durch die Abteilungen des Bereichs Kapitalmärkte gesteuert.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Weitere Entwicklungen im Risikomanagement

Neben der Weiterentwicklung und Verankerung der aufgesetzten CRO-Struktur gab es im Berichtsjahr noch weitere wesentliche organisatorische Einzelmaßnahmen. Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise – kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Innerhalb der Kreditrisikouberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen ergänzt bzw. ausgebaut worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird. Zur Intensivierung der Überwachung und Begrenzung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft durch ein aktives Kreditportfoliomanagement (vgl. Abschnitt „Übergreifendes Risikomanagement“) wurde ein Projekt initiiert, durch das auch die diesbezüglichen Anforderungen aus der Novelisierung der MaRisk umgesetzt werden. Im Bereich der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken werden Konzentrationsrisiken vor allem anhand von Stresstests und Sensitivitätsanalysen identifiziert, überwacht und gesteuert.

Insbesondere innerhalb des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken wurden im Berichtsjahr 2009 weitere Fortschritte erzielt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist geplant, nach aufsichtlicher Genehmigung die Risikomodelle für alle genannten Risikoarten auch für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Das Projekt „A-IRBA“ (Fortgeschrittener Ansatz zur Kreditrisikomesung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls) hat sich 2009 im Rahmen der Modellentwicklung und -validierung auch mit den unterliegenden Kreditprozessen (insbesondere Frühwarnsystematik, Intensivbetreuung, Sicherheitenmanagement) befasst. Die Prozesse sind in Teilen angepasst worden, weitere Verbesserungen werden 2010 umgesetzt.

Im Rahmen des Projekts „Internes Marktrisikomodel“ ist im Berichtsjahr für die im Bereich der Marktpreisrisiken genutzte Value-at-Risk-Messung zunächst für das Handelsbuch vom bisherigen Varianz-Kovarianz-Ansatz auf eine Monte-Carlo-Simulation umgestellt worden, was u. a. eine adäquatere Berücksichtigung von Optionsrisiken gewährleistet. Zudem sind die Voraussetzungen für eine stärker nach Risikoarten differenzierte Risikosteuerung geschaffen worden. Darüber hinaus erfolgte die weitgehende Implementierung eines neuen Marktdatenliefersystems mit dem Ziel der weiteren Vereinheitlichung und Qualitätssteigerung der konzernweit verwendeten Marktdaten. Die umfassende Produktivnahme dieses Systems erfolgt im Jahr 2010.

Im Berichtsjahr 2009 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um quantitative Elemente wie der Auslastung der den Geschäftsfeldern zugewiesenen VaR-Limite und um zusätzliche Angaben z. B. zu den AMA-relevanten (AMA – Advanced Measurement Approach) Risikoindikatoren und den Ergebnissen der Szenarioanalysen ergänzt. Das AMA-Modell wird bereits eingesetzt, für 2010 wird die Zulassung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angestrebt.

Im ersten Halbjahr 2009 hat die Postbank das Risikotragfähigkeitskonzept des Postbank Konzerns insbesondere in Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse verbessert und um ein Konzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote erweitert. Zu den Details bezüglich der Ausgestaltung des Risikotragfähigkeits-

konzepts wird auf die Abschnitte „Risikotragfähigkeit“ und „Risiko-kapital“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ verwiesen.

Arten von Risiken

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten).

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns.

I Kollektivrisiken

Potenzielle negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen von Bausparern von den prognostizierten Verhaltensannahmen. Die Kollektivrisiken stammen als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapital- und/oder Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird parallel unter zwei Gesichtspunkten überwacht. Als Ziel wird einerseits der Schutz erstrangiger Anleger innerhalb eines Liquidierungsszenarios (Anlegerschutz-Konzept) und andererseits die Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote

in einem Fortführungsansatz (Going-Concern-Konzept) verfolgt. Das Anlegerschutzkonzept dient als Grundlage für die Limitierung der Marktpreis-, Kredit- und Operationellen Risiken. Gemeinsam mit dem Konzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote liefert das Risikotragfähigkeitskonzept dem Management steuerungsrelevante Impulse hinsichtlich einer Kapitalsteuerung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals.

Der Gesamtvorstand legt eine Risikoneigung in Form einer Eintrittswahrscheinlichkeit für unerwartete Verluste und einer Verlustobergrenze (Risikotoleranz) fest.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Im Konzept zum Schutz der erstrangigen Anleger wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Ermittlung der Risikodeckungsmasse im Anlegerschutz-Konzept richtet sich an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden.

Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse zusätzliche Abschläge und Limitpuffer verwendet.

2009 wurden die mit dem Risikotragfähigkeitskonzept verbundenen Methoden, Systeme und Prozesse u. a. im Hinblick auf die Erfahrungen der Finanzmarktkrise eingehend überprüft und in Teilbereichen, z. B. bezüglich der durchgeführten Stresstests, der Anrechenbarkeit der verschiedenen Bestandteile der Risikodeckungsmasse und bezüglich eines Tragfähigkeitskonzepts, basierend auf der Einhaltung der Mindestkernkapitalquote, überarbeitet. Das Risikotragfähigkeitskonzept wird anhand aktueller Erkenntnisse laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

In dem weitgehend neu entwickelten Risikotragfähigkeitskonzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote (Going Concern) wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Eigenkapital und dem nach Auffassung der Postbank mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Dem so ermittelten freien Kernkapital und den geplanten Erträgen der kommenden drei bzw. zwölf Monate werden die möglichen GuV- bzw. unmittelbar eigenkapitalwirksamen Verluste aus Risikonahme des jeweils gleichen Zeitraums gegenübergestellt, um sicherzustellen, dass die Mindestkernkapitalquote zur Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zu jedem Zeitpunkt innerhalb des Betrachtungszeitraums eingehalten wird. Dabei legt die Bank ein Konfidenzniveau von 90 % zugrunde. Bei Erreichen definierter Schwellen (Ampel-Modell) wird eine Eskalation an den Vorstand ausgelöst.

Während der Finanzmarktkrise wurde primär ein Rezessionsszenario als Stresstest für die Zwecke der Betrachtung der Risikotragfähigkeit durchgeführt, bei dem zur Gewährleistung einer gesamthaften Risiko- beurteilung die für die Postbank wesentlichen und operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko) definier- ten Stresstests unterzogen werden.

Die Weiterentwicklung der integrativen Gesamtbankstresstests ist je nach Veränderung der Marktentwicklung sowie des Risikoprofils der Postbank ein stetiger dynamischer Prozess. Neben den risikoarten- übergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch risikoartenspe- zifische Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt.

Risikokapital

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns gemäß seiner Risikotoleranz nur einen Teil der Risikodeckungsmasse (ermittelt nach dem Anlegerschutz- Konzept) zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartals- weise vom Gesamtvorstand festgelegt und den Risikoarten zugeord- net. Die weitere Verteilung des zugeordneten Risikokapitals erfolgt dann durch die Risikokomitees. Für die Risikoarten Kredit-, Markt- preis- und Operationelles Risiko werden aus dem zur Verfügung gestellten Risikokapital die operativen Limite abgeleitet.

Weitere Risiken werden über Abzugsposten berücksichtigt. Liquidi- tätsrisiken werden in der Risikotragfähigkeit nicht explizit berücksich- tigt und folglich nicht separat mit ökonomischem Risikokapital unter- legt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Der Postbank Konzern verfügt über ausreichend Liquiditätsquellen sowie, für potenzielle Stresssituationen, über ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren. Das Risiko eines erhöhten Refinanzie- rungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation (Liquiditäts- fristentransformationsrisiko) wird zurzeit implizit teilweise über das für Geschäftsrisiken, teilweise über das für Marktpreisrisiken bereit- gestellte Risikokapital abgedeckt. Um die Steuerung dieser Risikoart künftig weiter auszubauen, ist vorgesehen, 2010 eine eigenständige Limitierung der Liquiditätsfristentransformationsrisiken zu imple- mentieren.

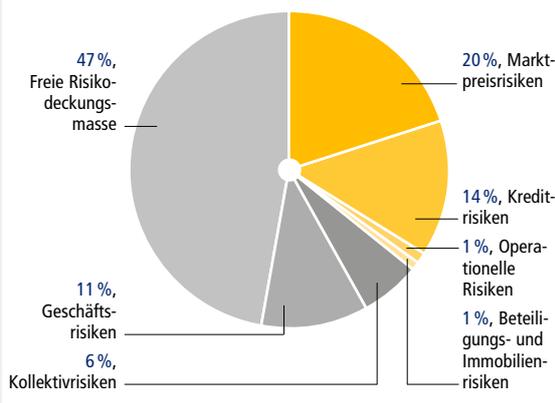
Da eine einfache Summierung des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Zwischen Markt-, Kredit- und Kollektiv- risiken bestehen erfahrungsgemäß hohe Korrelationen. Die Geschäfts- risiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risiko- faktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Um die Auslastung des ökonomischen Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwartete

ten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr, Markt- preisrisiken 90 Tage) nicht überschritten wird.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Anlegerschutz“ des Postbank Konzerns nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2009 (Berechnung per 31. Dezember 2009) stellt sich wie folgt dar:

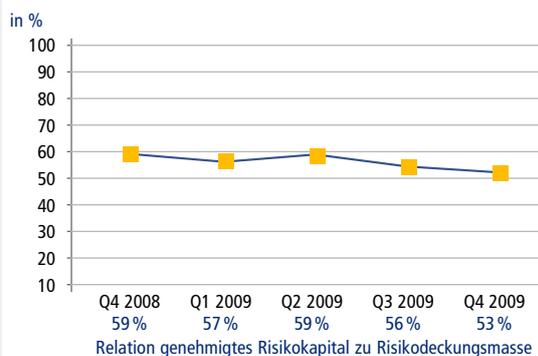
Verteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns nach Risikoarten (genehmigtes Risikokapital)



Das für Kreditrisiken allokierte Risikokapital wurde im Jahr 2009 um 1 Mrd € erhöht, das für Marktpreisrisiken allokierte Risikokapital im zweiten Quartal 2009 geringfügig abgesenkt. Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Anlegerschutz“ und eine nach Risikoarten dif- ferenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2009 und Vorjahr) wird in Note 50 dargestellt.

Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital, beläuft sich unter Berücksichtigung von limitverzehren- den Verlusten zum Berichtsstichtag auf 53%. Damit ergibt sich sowohl gegenüber dem Halbjahresbericht als auch gegenüber dem 31. Dezember 2008 (Konzept vor Überarbeitung) eine leichte Entlas- tung der Risikodeckungsmasse um 6 Prozentpunkte. Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risiko- deckungskapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:

Entwicklung Relation genehmigtes Risikokapital zu Risikodeckungsmasse



Risikolimitierung

Die Limitierung der Risikopositionen erfolgt im Postbank Konzern für die in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Risikoarten primär über das bereitgestellte Gesamt-Risikokapital sowie für die einzelnen Risikoarten auf Basis abgeleiteter VaR-Limite, die je Risikoart zusätzlich durch Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite ergänzt werden, um neben den eigentlichen Risikopositionen ebenfalls Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken. Bei der Limit- bzw. Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie Sensitivitätsanalysen berücksichtigt.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert.

Die Postbank hat ihr Verfahren zur Berücksichtigung von Operationellen Risiken im internen Risikotragfähigkeitskonzept Anfang des dritten Quartals 2009 angepasst. Die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken basiert nun auf dem neu entwickelten internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Die Berechnung des Operational Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99,93 %) fußt auf dem in der Bankenbranche üblichen Verlustverteilungsansatz und nutzt die gemäß § 284 Solvabilitätsverordnung (SolV) geforderten Elemente wie interne Verlustdaten, externe Verlustdaten (bezogen vom Datenkonsortium ORX), Szenarioanalysen sowie Postbank spezifische Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren.

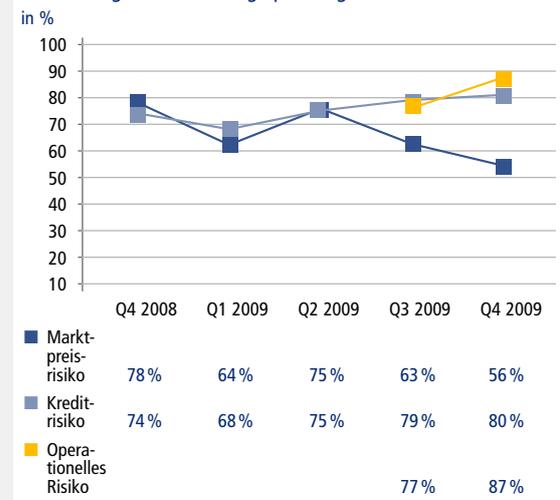
Im Fall von Limitüberschreitungen sind risikobegrenzende Maßnahmen zu ergreifen, alternativ können die Limite für die operativ limitierten Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht werden. Den vier Geschäftsfeldern des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht. Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene unterrichtet. Bei einer Limitüberschreitung auf Geschäftsfeldebene entscheidet das OpRisk-Komitee über die weitere Vorgehensweise, bei einer Überschreitung des VaR-Limits auf Gesamtbankebene der Gesamtvorstand.

Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Ihr Risikokapital stellt Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Das Risikocontrolling überwacht regelmäßig die Angemessenheit dieser Abzugsgrößen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 lag die Auslastung des Limits für Marktpreisrisiken bei 56 %. Trotz einer tendenziell rückläufigen Risikolimitauslastung (31. Dezember 2008: 78 %) wirken sich weiterhin vor allem die im Zuge der Finanzmarktkrise stark angestiegenen zur VaR-Berechnung verwendeten Volatilitätsparameter erhöhend

aus. Bezogen auf Kreditrisiken, lag die Limitauslastung nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse bei 80 % (31. Dezember 2008: 74 %). Zum 31. Dezember 2009 betrug der auf der Basis des internen Quantifizierungsmodells ermittelte VaR (Konfidenzniveau 99,93 %) für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene 490 Mio €. Das entsprechende Limit war zu 87 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war somit jederzeit gegeben. Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Konzernebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auf Basis der von der Bank getroffenen Korrelationsannahmen auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Verhältnis von Risiken zur Risikodeckungsmasse zum Schutz der definierten Kernkapitalquote 19 % (Horizont 3 Monate) bzw. 55 % (Horizont 12 Monate). Die verfügbare Risikodeckungsmasse ist ausreichend, um die Mindestkernkapitalquote zu halten (Ampelphase Grün).

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation ist auch 2009 mit Blick auf die Finanzmarktkrise unverändert angespannt. Während beim Marktpreisrisiko der im Jahr 2009 beobachtete Rückgang der Marktvolatilität auch zu tendenziell niedrigeren Limitauslastungen führte, steigt vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation und eingetretener Ratingverschlechterungen insbesondere das Kreditrisiko (erwarteter und unerwarteter Verlust) kontinuierlich an.

Risikokonzentrationen

Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise, aber auch mit Blick auf die Neufassung der MaRisk per 14. August 2009 hat die Postbank ein

Projekt zur Weiterentwicklung der Steuerung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft gestartet, dessen weitere Umsetzung auch 2010 eine der konzeptionellen Hauptaufgaben sein wird. Ziel ist ein systematisches Kreditportfoliomanagement, welches Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, berichtet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Banken mit einem Rating von A sowie im Portfolio mit strukturierten Krediten (SCP) erkennbar.

Konzentrationen bei Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht. Die Begrenzung erfolgt über Volumen- oder Gap-Limite, die laufend überwacht werden, das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen).

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank zudem Ertragsrisiken in der Form, dass aus Kundengeschäften geringere Erträge als geplant erwirtschaftet werden können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Risikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung. Die Risikotragfähigkeit wird konzernweit vierteljährlich ermittelt und in einem eigenständigen Bericht dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte dargestellt. Das Reporting umfasst sämtliche relevanten Töchter der Deutschen Postbank AG. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegen im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation

weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität der Schuldner, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Sicherheiten, mit Eigenkapital unterlegt. Darüber hinaus werden auch Operationelle Risiken mit Eigenkapital unterlegt.

Die Postbank hat im Zusammenhang mit der Nutzung der IRB-Ansätze seit dem 1. Januar 2008 den aufsichtlichen Referenzpunkt übersritten. Für 2009 beträgt der gemäß § 67 SolV kalkulierte Abdeckungsgrad für die auf Basis interner Ratings kalkulierten Portfolios 92,0 % der Positionswerte und 82,7 % der risikogewichteten Positionswerte (Kalkulation per 30. September 2009). Der Abdeckungsgrad stellt das Verhältnis aller IRBA-Positionswerte bzw. risikogewichteten IRBA-Positionswerte zu sämtlichen nach § 67 Abs. 4 SolV zu berücksichtigenden Positionswerten bzw. risikogewichteten Positionswerten dar. Das Portfolio, für das die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings erfolgt, hat sich im Berichtsjahr 2009 insoweit geändert, als dass nicht inländische Geschäftspartner aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums seit dem Stichtag 1. Januar 2009 nach dem Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert werden und das Portfolio „Versicherungen“ seit dem 1. Juli 2009 in die Kalkulation nach dem IRB-Basis-Ansatz einbezogen wird.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2009 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert:

- | Zentralregierungen: Staaten
- | Institute: Banken
- | Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften
- | Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail
- | Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolV ausgenommen
- | Verbriefungen
- | Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbst geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbst geschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- | Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- | Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe
- | Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- | Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels aufsichtlichem Formelansatz kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Verbriefungspositionen, für die sich ein Risikogewicht von 1.250% errechnet, werden vom Eigenkapital abgezogen.

Für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenkapitalunterlegung portfoliospezifisch auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenkapitalunterlegung ausgenommen. Die Risikogewichtung der sonstigen Beteiligungen und auch der kreditunabhängigen Aktiva erfolgt mit aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten.

Darüber hinaus ist die Postbank aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Im Rahmen des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle werden darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, um das für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken im Einsatz befindliche interne Marktrisikomodell auch für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Dieser ist Basis für die geplante Umsetzung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA). Ziel ist es, im ersten Quartal 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen, um das interne Kapitalmodell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung einsetzen zu können.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 31. März 2009 und am 31. August 2009 ihre Offenlegungsberichte (Säule-III-Bericht nach Basel II) auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Der Offenlegungsbericht per 31. Dezember 2009 wird zeitnah zum Jahresabschluss im Internet zur Verfügung gestellt.



Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Deutsche Postbank AG kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles

for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen (siehe dazu Kapitel „Liquiditätsrisiken“).

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die früheren Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und haben diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken ergänzt. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden.

Die zusätzlichen Anforderungen der am 14. August 2009 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, des Risikomanagements auf Gruppenebene und der Anforderungen an die Vergütungssysteme hat die Postbank bis zum 31. Dezember 2009 bereits überwiegend umgesetzt. Für einzelne Anforderungen wird die Umsetzung erst im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen sein.

Aufsichtsrechtliche Neuerungen infolge der Finanzmarktkrise

Das Europäische Parlament bzw. die Europäische Kommission haben 2009 Ergänzungen zur Capital Requirements Directive (CRD) verabschiedet, die auf nationaler Ebene bis Ende 2010 umzusetzen sind. Diesbezügliche Entwürfe u. a. zur Änderung des KWG, der SolvV und der GroMiKV wurden seitens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) am 10. Dezember 2009 veröffentlicht. Die Postbank hat diesbezüglich mit der Implementierung der neuen Anforderungen für die Eigenkapitalunterlegung und zur Behandlung von Großkrediten bereits begonnen.

Der Baseler Ausschuss hat am 17. Dezember 2009 zwei Konsultationspapiere zur Weiterentwicklung der regulatorischen Anforderungen zur Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung veröffentlicht, auf deren Basis ab Ende 2012 erhöhte Eigenkapitalanforderungen, differenzierte Risikodeckungsvorschriften für Adressenausfallrisiken, Maßnahmen zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen sowie Minimalanforderungen an die Liquiditätsausstattung umzusetzen bzw. einzuhalten sind. Darüber hinaus ist eine Überwachung des Verhältnisses von Eigenkapital und Bilanzsumme (sogenannte Leverage-Ratio) vorgesehen. Die Postbank beteiligt sich 2010 an den vorgesehenen Konsultationen und der Auswirkungsanalyse.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Marktpreisrisiken bezeichnen die möglichen finanziellen Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Deutschen Postbank AG, wobei die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken im Rahmen separat definierter Risikolimits eigenständig steuern. Hierzu wurde im Geschäftsjahr 2009 die Verzahnung der Marktrisikokomitees (MRK) der Tochtergesellschaften mit dem Konzern verstärkt.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation und -messung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung außergewöhnlicher Marktbewegungen sowohl auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert werden. Der Berücksichtigung von Konzentrationsrisiken wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise im Rahmen der

regelmäßigen Szenarioanalysen durch Quantifizierung der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden im Rahmen der täglichen Überwachung der Marktpreisrisiken Sensitivitätsanalysen durchgeführt, anhand derer für alle Portfolios des Postbank Konzerns auch Risikokonzentrationen identifiziert werden. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Struktur-Analysen, nach Forderungsklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete Rückführung des Marktrisikoe exposures wurde auch im Jahr 2009 im Aktienbereich konsequent beibehalten; im Zinsbereich erfolgte wieder eine aktivischere Ausrichtung. Zur Reduzierung der Anfälligkeit gegenüber extremen Kapitalmarktschwankungen ist geplant, den Bestand an Finanzanlagen (Stichtag 31. Dezember 2008) im Wesentlichen durch Fälligkeiten bis 2013 um bis zu 45 % abzubauen. Im Jahr 2009 betrug die Abnahme ca. 13 %.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

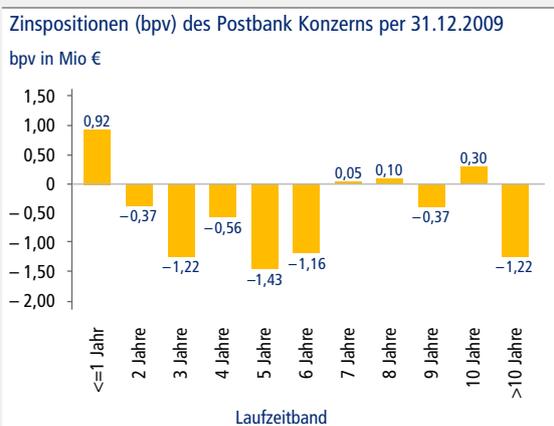
Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzinsänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen bei der Deutschen Postbank AG, für die das Modell der gleitenden Durchschnitte verwendet wird, die Positionen des Bausparkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden wesentliche gesetzliche bzw. vertraglich eingeräumte Sondertilgungsrechte als auch Neugeschäfts- und Prolongationsangebote sowie Zahlungsstörungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Die dazu verwendeten Optionsmodelle bzw. statistischen Modellierungsmethoden wurden 2009 erweitert und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Wie in den MaRisk gefordert, werden Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die operative Risikosteuerung erfolgt grundsätzlich für alle Marktpreisrisiken zentral im Ressort Financial Markets der Postbank. Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2009 in Form einer Basispoint-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Zinsposition der Postbank zum 31. Dezember 2009 aktivisch ausgerichtet.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2009 im Wesentlichen auf den mittleren sowie auf den langfristigen Laufzeitbereich >10 Jahre konzentrieren. Der passivische Überhang im 7-, 8- und 10-Jahres-Laufzeitband resultiert im Wesentlichen aus den langfristigen Positionen im Bausparkollektiv der BHW Bausparkasse AG, wie sie mit den Daten aus der Kollektivsimulation ermittelt werden. Die Zinssensitivitäten resultieren im Wesentlichen aus Euro- und im deutlich geringeren Maße aus US-\$-Positionen, die Zinssensitivitäten gegenüber anderen Währungen sind unwesentlich. Die Anfang 2009 deutlich zurückgeführte Zinssensitivität wurde im Jahresverlauf aufgrund der steiler gewordenen Zinskurve wieder deutlich aktivisch ausgerichtet. Die Veränderungen in den Laufzeiten 8 bis 10 Jahre resultieren im Wesentlichen aus einer im ersten Quartal 2009 durchgeführten Anpassung des Modells zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken des BHW Bausparkollektivs und der Mitte 2009 geänderten Berücksichtigung von Eigenkapitalbestandteilen.

Zur Begrenzung des zusätzlichen Belastungspotenzials der Neubewertungsrücklage und damit der Kapitalkennziffern ist hierbei weiterhin insbesondere die Zinssensitivität der AfS-Positionen sehr eng gesteuert worden. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und damit auch in den Value-at-Risk-Analysen zum Marktpreisrisiko (Handels- und Bankbuch) enthalten.

Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt im Bankbuch nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Für alle Handelsbuchbestände wurde die VaR-Berechnung im Oktober 2009 auf ein Monte-Carlo-Verfahren umgestellt. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93% unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99% und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbücher). Als Risikofaktoren

werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlimiten werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Im Jahr 2009 sind auf Konzernebene keine Limitüberschreitungen zu verzeichnen gewesen. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean mark-to-model-Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert.

Im Rahmen des laufenden Projekts „Internes Marktrisikomodell“ wurden die Voraussetzungen für die Ablösung des derzeitigen mark-to-model-Backtestings durch ein mark-to-market-Verfahren geschaffen. Der Einsatz des Modells ist für 2010 geplant.

Die Backtesting-Ergebnisse haben sich im Jahresverlauf gegenüber dem Vorjahr auf allen Portfolioebenen wieder deutlich entspannt und normalisiert. Die im vierten Quartal 2008 aufgrund der drastisch erhöhten Volatilität der Marktrisikofaktoren vorübergehend eingeführten VaR-Aufschläge konnten bereits im ersten Quartal 2009 wieder zurückgenommen werden, da sich der sprunghafte Volatilitätsanstieg sukzessive in der VaR-Messung niedergeschlagen hatte. Zum Ultimo 2009 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe Grün) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst-Case-Szenarien) auf die Bilanzpositionen des Postbank Konzerns. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren in den Risikoarten Zins, Spreads, Währungen und Aktien durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurden die Stressparameter 2009 vollständig überarbeitet, um den beobachteten Marktschwankungen Rechnung zu tragen. Sie werden derzeit weiterentwickelt, um den weitergehenden Anforderungen aus der MaRisk-Novellierung Rechnung zu tragen. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigen, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet wäre. Im als moderaten Stress zu betrachtenden Bundesbank-Szenario zeigen sich die größten Anfälligkeiten im Zins- und Spread-Bereich. Im Spread-Szenario (ratingabhängige Spread-Ausweitung von +10 bp bei AAA-Ratings bzw. bis zu +200 bp bei CCC-Ratings) würde der Konzern einen barwertigen Verlust in Höhe von 432 Mio € (Stichtag 31. Dezember 2009) erleiden. Beim nachteiligsten der betrachteten Zinsszenarios (Shift nach oben und Peak-Bildung im mittleren Laufzeitband) ergibt sich ein barwertiger Verlust in Höhe von 687 Mio €.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt der Postbank Konzern bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

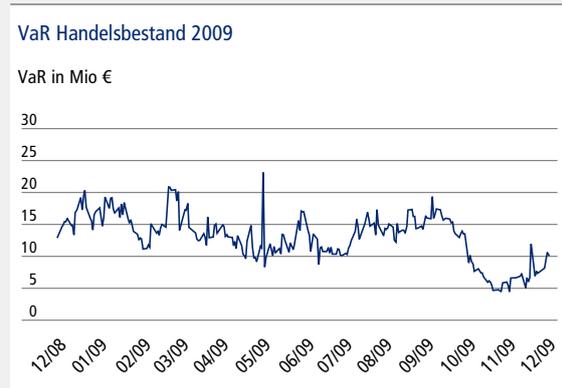
Für den Postbank Konzern wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 (sowie für das Vergleichsjahr 2008) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für den Handelsbestand ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2009 Mio €	2008 Mio €
VaR am Jahresultimo	10,3	13,8
Minimaler VaR	4,4	7,7
Maximaler VaR	23,2	23,9
Durchschnittlicher VaR	13,1	12,9

Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns, wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spread-Risiken) im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungs-

risiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen insbesondere durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Deutschen Postbank AG. Die aus Fremdwährungspositionen entstehenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus neben der barwertigen Betrachtung auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2009 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Im Verlauf des Jahres 2009 wurden im Handelsbestand die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand bewegte sich unter Schwankungen auf einem gegenüber 2008 vergleichbaren und insgesamt moderaten Niveau.

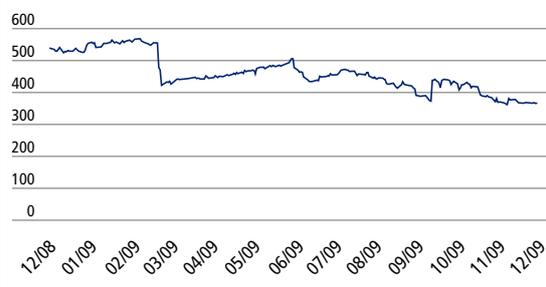
Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2009 365,7 Mio € (zum Vergleich: 532,0 Mio € per 31. Dezember 2008).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2009 Mio €	2008 Mio €
VaR am Jahresultimo	365,7	532,0
Minimaler VaR	362,5	194,3
Maximaler VaR	565,0	533,1
Durchschnittlicher VaR	458,8	281,2

In die Berechnung werden sämtliche marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.

VaR Anlagebuch 2009

VaR in Mio €



Der VaR im Anlagebuch der Postbank ist nach dem deutlichen krisenbedingten Anstieg im Vorjahr wieder tendenziell rückläufig. In der Risikomessung schlägt sich aber weiterhin der im Zuge der Finanzmarktkrise deutliche Anstieg der verwendeten Risikoparameter nieder. Die Risikoparameter werden angesichts der verwendeten Einjahreshistorie vollständig durch Beobachtungswerte bestimmt, die das seit dem Lehman-Brothers-Kollaps im September 2008 nochmals sprunghaft gestiegene Volatilitätsniveau abbilden.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert der Postbank Konzern als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I Kontrahentenrisiken
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I Länderrisiken
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für das Risikomanagement im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert; die Überwachung durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Kreditrisikosteuerung festgelegt. Die strategisch strukturelle Steuerung erfolgt für den Postbank Konzern durch das Kreditrisikokomitee (KRK). Die operative Kreditrisikosteuerung erfolgt für die Postbank grundsätzlich zentral durch die Kreditbereiche Inland (KI) und Ausland (KA) sowie dezentral durch die Marktfolgeeinheiten der Tochtergesellschaften. Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion. Der Bereich Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen einschließlich Vorgaben für die Steuerung auf Portfolioebene.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Der Postbank Konzern orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden,

Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail und den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde unter der Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation nicht Teil des Zielfortfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikocontrolling Kreditrisiken. Zur Überwachung der Ratingsysteme gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt.

Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingssysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingssysteme stellt einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank im Jahr 2010 dar. Um den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung vollumfänglich und perspektivisch auch im fortgeschrittenen Ansatz gerecht zu werden, hat die Bank eine erhebliche Aufstockung der Personalressourcen im quantitativen Kreditrisikocontrolling beschlossen.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Zudem werden jährlich die Zuordnung der Ratingklassen der Postbank Masterskala zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Ergebnisse der Parameterschätzung (PD, LGD, CCF) durch die Abteilung Risikocontrolling Kreditrisiken überprüft. Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit einer direkten Ableitbarkeit geschäftspolitischer und modellrelevanter Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen. In der Datenver-

arbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen an Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis konzerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. 2009 wurden Verbesserungspotenziale insbesondere im Bereich der laufenden zeitnahen Bewertung von Immobilien Sicherheiten in stark schwankenden Märkten, der einheitlichen Dokumentation und Erfassung in einer konsolidierten Datenbank identifiziert und Maßnahmen aufgesetzt. Darüber hinaus beabsichtigt die Bank, die standardisierte Hereinnahme und Verwaltung sonstiger Sicherheiten auszuweiten und ihre Position dadurch zu verbessern.

Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die Immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikouberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts des ZKA. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten größer als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige qualifizierte Bewertungsspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements beabsichtigt die Postbank die konzernweite Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems. Eine Vorstudie hierfür wurde gestartet.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungs-

liste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit sowie dem Kreditrisikokomitee quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse überprüft und Anpassungen eingeleitet. Handlungsbedarf wird insbesondere bei der Identifikation und Dokumentation von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements gesehen. Es ist u. a. bereits eine dezidierte Einheit Intensivbetreuung Firmenkundenkredite im Ressort Kredit geschaffen worden, die die Handhabung der Watch-List konzernweit vereinheitlicht und Prozesse zur Risikofrüherkennung und Verlustdetektion anpasst.

Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestands des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf den Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating und der Laufzeit des Kontrahenten bzw. Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen

internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung unter anderem fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdata wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten. Identifizierte Verbesserungspotenziale bei der Erkennung von risikorelevanten Kreditnehmerverflechtungen im Portfoliomodell und in den bestandsführenden Systemen werden zügig realisiert.

Portfoliostruktur

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2009 (Berechnung per 30. November 2009) im Vergleich zum Jahresende 2008 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Abweichung des in dieser Tabelle angegebenen Volumens für den Konzernkreditbestand von dem weiter unten ausgewiesenen „maximalen Adressenausfallrisiko“ resultiert zum einen daraus, dass als Stichtag zur Berechnung des CVaR der Vormonatsultimo herangezogen wird und zum anderen zur vollständigen Quantifizierung der Kreditrisiken bei der Berechnung des CVaR je nach Position Buchwerte oder Marktwerte oder Kreditäquivalenzbeträge verwendet werden.

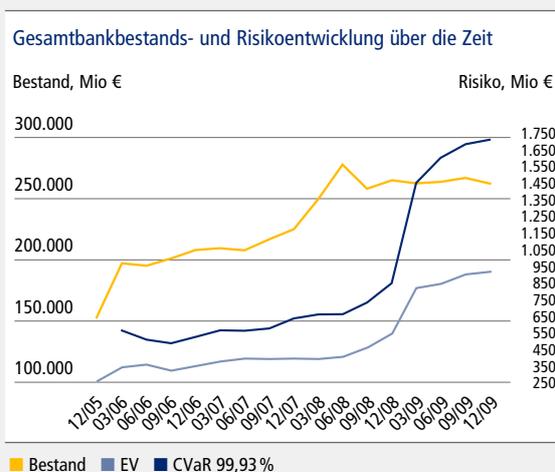
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		CVaR ¹	
	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2008 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2008 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2008 Mio €
Firmenkunden	28.422	25.860	127	77	228	205
Privatkunden	46.162	46.067	278	213	186	199
Financial Markets	141.800	142.903	440	210	1.755	848
Sonstige (Banken/ Kommunen)	4.530	6.056	3	4	101	108
BHW	39.417	34.173 ²	104	66	68	63
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	260.331	255.060	952	570	1.765	877

¹ Konfidenzniveau 99,93 %; aufgrund Diversifikationseffekte ist CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als Summe der Einzel-CVaR der Geschäftsbereiche

² Bestand des Treuhandgeschäfts der BHW Bausparkasse nur unter Privatkunden abgebildet, bislang auch zusätzlich unter BHW; Werte 2008 korrigiert

Der Gesamtbestand hat im Jahr 2009 von 262,5 Mrd € per Jahresultimo 2008 um 0,8 % auf 260,3 Mrd € leicht abgenommen. Gegenüber dem Vorjahresultimo ist der erwartete Verlust um 67 % angestiegen. Der unerwartete Verlust hat sich verdoppelt. Der Anstieg des erwarteten und des unerwarteten Verlusts resultiert im Wesentlichen aus der konjunkturbedingten Erhöhung der Verlusterwartungen pro Ratingklasse (Zuordnung von Ratingklassen zu Verlusterwartungen erfolgt über die Postbank Masterskala; diese wurde angepasst) sowie aus Ratingverschlechterungen infolge der Finanzmarktkrise und einem zusätzlichen Anstieg von Risikokonzentrationen, insbesondere bei Banken mit einem Rating von A, die bei Financial Markets geführt werden (vgl. Abschnitt „Risikokonzentrationen“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“). Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist eine weitere Abnahme des Konzernkreditbestands gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg des BHW Portfolios und der Firmenkundenkredite zu beobachten.

Nachfolgende Grafik gibt den durch die Finanzkrise bedingten Anstieg von CVaR und erwartetem Verlust bei stagnierendem Gesamtbestand wieder:



Das maximale Kreditrisiko stellt sich zum 31. Dezember 2009 im Vergleich zum 31. Dezember 2008 wie folgt dar:

Maximale Adressenausfallrisiken		
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Handelsaktiva	20.471	16.573
Held for Trading	20.471	16.573
Hedging-Derivate	520	474
Held for Trading	520	474
Forderungen an Kreditinstitute	14.467	18.684
Loans and Receivables	14.467	18.616
Available for Sale	0	68
Forderungen an Kunden	111.043	105.318
Loans and Receivables	102.408	96.713
Fair-Value-Option	8.635	8.605
Finanzanlagen	72.359	83.058
Loans and Receivables	59.401	68.859
Held to Maturity	73	186
Available for Sale	12.885	14.013
Zwischensumme	218.860	224.107
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	1.105	1.296
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	21.964	23.205
Gesamt	241.929	248.608

Im Gegensatz zur Tabelle „Kreditrisiken“ beinhaltet die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttonposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungs- und Bewertungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings oder Sicherheiten ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist. Zusätzlich treten zwischen beiden Darstellungen zum 31. Dezember 2009 Stichtagsabweichungen auf.

Die Postbank hat zum 31. Dezember 2009 die Datenbasis der folgenden Kreditportfoliotabellen verbessert. Bedingt durch abweichende Abgrenzungskriterien kommt es innerhalb der Tabellen zu Verschiebungen gegenüber dem Vorjahresbericht. Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wurden, entsprechend den Fußnoten zu den folgenden Tabellen, bestimmte Vorjahreswerte angepasst.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Forderungsklassen. In der Darstellung ist das CRE-Portfolio gegenüber der bisherigen Berichterstattung nunmehr als separate Branche ausgewiesen. Die Vorjahreswerte sind diesbezüglich angepasst worden. In der Tabelle erkennbare Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr sind zum Teil darin begründet, dass statt der bislang verwendeten spezifischen Branchenverteilungsschlüssel der Tochtergesellschaften nunmehr ein einheitlicher konzernweiter Branchenschlüssel angewendet wird.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen ¹																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Handelsaktiva	212	216	19.666	15.726	105	17	95	40	103	109	14	171	276	294	20.471	16.573
Held for Trading	212	216	19.666	15.726	105	17	95	40	103	109	14	171	276	294	20.471	16.573
Hedging-Derivate	–	–	520	429	–	25	–	–	–	13	–	–	–	7	520	474
Held for Trading	–	–	520	429	–	25	–	–	–	13	–	–	–	7	520	474
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	14.332	17.896	103	–	32	788	0	0	–	–	0	0	14.467	18.684
Loans and Receivables	–	–	14.332	17.828	103	–	32	788	0	0	–	–	0	0	14.467	18.616
Available for Sale	–	–	–	68	0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	68
Forderungen an Kunden	79.915	75.281	2.144	2.236	2.467	3.620	16.661	14.724	5.054	3.455	2.577	2.089	2.225	3.913	111.043	105.318
Loans and Receivables	71.292	66.676	2.144	2.236	2.465	3.620	16.661	14.724	5.054	3.455	2.577	2.089	2.215	3.913	102.408	96.713
Fair-Value-Option	8.623	8.605	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	10	–	8.635	8.605
Finanzanlagen	–	–	43.850	49.581	25.012	26.873	–	29	1.784	850	960	4.152	753	1.573	72.359	83.058
Loans and Receivables	–	–	37.651	44.248	19.118	19.369	–	4	1.264	778	742	3.569	626	891	59.401	68.859
Held to Maturity	–	–	73	186	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	73	186
Available for Sale	–	–	6.126	5.147	5.894	7.504	–	25	520	72	218	583	127	682	12.885	14.013
Zwischensumme	80.127	75.497	80.512	85.868	27.687	30.535	16.788	15.581	6.941	4.427	3.551	6.412	3.254	5.787	218.860	224.107
Eventualverpflichtungen	32	290	713	623	–	24	74	93	125	158	89	21	72	87	1.105	1.296
Andere Verpflichtungen	16.729	19.021	447	481	111	32	1.287	922	1.872	–68	1.226	461	292	2.356	21.964	23.205
Total	96.888	94.808	81.672	86.972	27.798	30.591	18.149	16.596	8.938	4.517	4.866	6.894	3.618	8.230	241.929	248.608

¹Vorjahreswerte aufgrund Einfügung der Spalte „Gewerbliche Realkredite“ angepasst

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der breit diversifizierte Bestand an Finanzanlagen wird dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands oder anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-

Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Im Zuge der Finanzmarktkrise sind auch 2009 verschiedene Länderlimite für Neugeschäft gesperrt worden.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten

Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €						
Handelsaktiva	5.507	3.776	9.766	11.256	5.198	1.541	20.471	16.573
Held for Trading	5.507	3.776	9.766	11.256	5.198	1.541	20.471	16.573
Hedging-Derivate	132	128	259	183	129	163	520	474
Held for Trading	132	128	259	183	129	163	520	474
Forderungen an Kreditinstitute	6.842	9.445	6.572	7.856	1.053	1.383	14.467	18.684
Loans and Receivables	6.842	9.377	6.572	7.856	1.053	1.383	14.467	18.616
Available for Sale	–	68	–	–	–	–	–	68
Forderungen an Kunden	93.194	88.825	13.412	12.346	4.437	4.147	111.043	105.318
Loans and Receivables	84.597	80.220	13.383	12.346	4.428	4.147	102.408	96.713
Fair-Value-Option	8.597	8.605	29	–	9	–	8.635	8.605
Finanzanlagen	26.561	31.713	37.915	42.159	7.883	9.186	72.359	83.058
Loans and Receivables	19.595	24.034	33.206	37.648	6.600	7.177	59.401	68.859
Held to Maturity	73	176	–	10	–	–	73	186
Available for Sale	6.893	7.503	4.709	4.501	1.283	2.009	12.885	14.013
Zwischensumme	132.236	133.887	67.924	73.800	18.700	16.420	218.860	224.107
Eventualverpflichtungen	831	1.143	216	76	58	77	1.105	1.296
Andere Verpflichtungen	20.541	21.093	976	1.256	447	856	21.964	23.205
Gesamt	153.608	156.123	69.116	75.132	19.205	17.353	241.929	248.608

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden. Hierbei handelt es sich vornehmlich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, von denen bei einem Gesamtvolumen in Höhe von 6,1 Mrd € etwa 3,0 Mrd € auf die USA sowie 3,1 Mrd € auf Großbritannien entfallen.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2009 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risiko-gehalt. Aus diesem Grunde wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsrating abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind¹

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €												
Handelsaktiva	213	116	1.454	1.618	17.782	14.471	253	85	146	41	411	26	20.259	16.357
Held for Trading	213	116	1.454	1.618	17.782	14.471	253	85	146	41	411	26	20.259	16.357
Hedging-Derivate	–	34	15	387	475	19	–	16	–	11	30	7	520	474
Held for Trading	–	34	15	387	475	19	–	16	–	11	30	7	520	474
Forderungen an Kreditinstitute	546	643	424	3.570	9.869	12.877	3.124	1.212	128	270	229	18	14.320	18.590
Loans and Receivables	546	643	424	3.502	9.869	12.877	3.124	1.212	128	270	229	18	14.320	18.522
Available for Sale	–	–	–	68	–	–	–	–	–	–	–	–	–	68
Forderungen an Kunden	4.020	474	5.509	2.726	4.872	5.770	7.781	10.752	4.648	6.829	3.049	596	29.879	27.147
Loans and Receivables	4.020	474	5.509	2.726	4.872	5.770	7.781	10.752	4.646	6.829	3.039	596	29.867	27.147
Fair-Value-Option	–	–	–	–	–	–	–	–	2	–	10	–	12	–
Finanzanlagen	27.633	35.095	19.914	25.995	16.459	12.217	3.033	5.233	3.627	2.309	1.183	1.657	71.849	82.506
Loans and Receivables	21.300	26.743	18.752	24.617	14.619	11.008	2.239	4.361	1.389	1.067	669	737	58.968	68.533
Held to Maturity	–	186	–	–	32	–	41	–	–	–	–	–	73	186
Available for Sale	6.333	8.166	1.162	1.378	1.808	1.209	753	872	2.238	1.242	514	920	12.808	13.787
Gesamt	32.412	36.362	27.316	34.296	49.457	45.354	14.191	17.298	8.549	9.460	4.902	2.304	136.827	145.074

¹Vorjahreswerte aufgrund Änderungen in der Ratingzuordnung angepasst

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 zeigt die Tabelle einen Anstieg in der Ratingklasse A durch Bewertungseffekte aus Derivaten, Termin- bzw. Geldmarktgeschäften und Finanzanlagen. Insgesamt ist die der Finanzmarktkrise geschuldete deutliche Verschlechterung der Bonität vieler Kreditnehmer erkennbar. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt innerhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung und somit innerhalb der vorgegebenen Bandbreite.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft

der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2009 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel II Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €								
Handelsaktiva	1	–	9	15	33	69	82	55	77	74	10	3	212	216
Held for Trading	1	–	9	15	33	69	82	55	77	74	10	3	212	216
Forderungen an Kunden	2.851	2.621	5.714	5.608	7.384	6.633	13.048	11.957	18.580	16.887	27.460	30.225	75.037	73.931
Loans and Receivables	2.842	2.619	5.545	5.557	6.621	6.308	10.801	10.502	16.592	14.132	24.398	26.208	66.799	65.326
Fair-Value-Option	9	2	169	51	763	325	2.247	1.455	1.988	2.755	3.062	4.017	8.238	8.605
Gesamt	2.852	2.621	5.723	5.623	7.417	6.702	13.130	12.012	18.657	16.961	27.470	30.228	75.249	74.147

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2009 jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten ¹													
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente												Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt				
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	11	–	–	–	–	–	–	–	11	–	–	–	–
Loans and Receivables	11	–	–	–	–	–	–	–	11	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	941	1.300	223	239	389	284	385	500	1.938	2.323	1.688	2.062	
Loans and Receivables	816	1.300	168	239	312	284	313	500	1.609	2.323	1.480	2.062	
Fair-Value-Option	125	–	55	–	77	–	72	–	329	–	208	–	
Gesamt	952	1.300	223	239	389	284	385	500	1.949	2.323	1.688	2.062	

¹Vorjahreswerte aufgrund Änderung der Ermittlungsmethode angepasst

Gegenüber dem bisherigen Ausweis wurde die Ermittlungsmethode für die Überfälligkeiten verändert, die Vorjahreswerte sind angepasst worden: Bei der Ermittlung des Verzugs wird bei der BHW Bausparkasse AG nunmehr auf Kundenebene statt auf Einzelkreditebene abgestellt. Erstmals werden auch Baufinanzierungsdarlehen der BHW Bausparkasse AG mit Rückständen von unter einer Monatsrate sowie unterhalb einer Bagatellgrenze von 100 € ausgewiesen. Die Anpassung des Ausweises hat keine Risikoausweitung zur Folge. Dies zeigt sich darin, dass sich die Anpassung vornehmlich im Laufzeitband mit Rückständen ≤ 3 Monaten auswirkt.

Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären und deren Konditionen neu ausgehandelt wurden (nachverhandeltes Volumen), beträgt 972,2 Mio € (per 31. Dezember 2008: 235,6 Mio €).

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Fair Values der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Berechnung des Fair Value der Sicherheiten erfolgt jeweils einzelgeschäftsbezogen unter Berücksichtigung der geschätzten Verwertungserlöse, Verwertungszeitpunkte und des Effektivzinssatzes der Forderung. Kredite im Firmenkundenbereich, für die bereits eine Einzelwertberichtigung besteht, werden quartalsweise einem Impairment-Test unterzogen.

Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie bei Baufinanzierungen von BHW mit Überfälligkeiten von 3–6 Monaten.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 aus, jeweils aufgeteilt in durch Einzelwertberichtigungen wertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente ¹								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	136	94	64	52	72	42	–	–
Loans and Receivables	136	94	64	52	72	42	–	–
Forderungen an Kunden	4.189	1.917	1.577	1.270	2.612	647	2.307	949
Loans and Receivables	4.133	1.917	1.575	1.270	2.558	647	2.255	949
Fair-Value-Option	56	–	2	–	54	–	52	–
Finanzanlagen	1.006	1.176	496	624	510	552	–	–
Loans and Receivables	918	814	485	488	433	326	–	–
Available for Sale	88	362	11	136	77	226	–	–
Gesamt	5.331	3.187	2.137	1.946	3.194	1.241	2.307	949

¹Vorjahreswerte w/ Zuführung Risikovorsorge in Höhe von 90 Mio € angepasst

Infolge der Finanzmarktkrise ist der Bestand an wertgeminderten Finanzanlagen im Jahr 2009 stark angestiegen. Zudem wurde das gesamte Portfolio, insbesondere jedoch die gewerblichen Immobilienfinanzierungen, im vierten Quartal einem intensiven Review mit konservativeren Maßstäben unterzogen, was sich in einem entsprechenden Anstieg niederschlug. Ein Effekt von ca. 0,3 Mrd € ist auf die Aufnahme der Retail-Kredite mit pauschalen Einzelwertberichtigungen in oben stehender Tabelle zurückzuführen.

Ende Januar 2010 und somit innerhalb des Wertaufhellungszeitraums zum Abschlussstichtag 2009 hat die Bank risikoorientiert alle auf der Watch-List geführten Engagements intensiv auf das Vorliegen möglicher Impairment-Trigger untersucht und die notwendigen Impairment-Tests unter Berücksichtigung aller bis dahin vorliegenden Erkenntnisse durchgeführt. Im Rahmen der durchgeführten Impairment-Tests hat die Bank auf Engagementebene insbesondere auch die Einflüsse der anhaltenden Wirtschaftskrise auf die künftige Rückzahlungswahrscheinlichkeit und die möglichen Verwertungserlöse berücksichtigt.

Dies führte zu einem deutlichen Anstieg der Risikovorsorge im vierten Quartal, die den schwierigen Marktbedingungen, vor allem bezogen auf die CRE-Portfolios, Rechnung trägt. Die bereits unter dem Eindruck der Krise formulierten Erwartungen der Bank hinsichtlich der Risikovorsorge des Gesamtjahres wurden nicht überschritten. Des Weiteren wurden Engagements identifiziert, die in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 wertberichtigt worden waren, bei denen der Risikovorsorgebedarf aber bereits dem Jahr 2008 zuzurechnen war. Diese Wertberichtigungen sind konsequent in die Vorperiode verschoben worden.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliebasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde noch seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten

bei Ausfall auf Portfoliebene werden im Rahmen der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit der Prozesse zur Risikoüberwachung individuell geschätzt werden. Um den hohen Unsicherheiten bei der Verlustidentifikation in den turbulenten Immobilienmärkten, insbesondere in den USA und Großbritannien, Rechnung zu tragen, sind die entsprechenden LIP-Faktoren erhöht worden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans & Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor's“, „Moody's“ oder „Fitch Ratings“) geratet. Die Verbriefungspositionen haben zum Zeitpunkt des Erwerbs in der Regel ein Rating von BBB– oder besser. Ein internes Ratingmodell für diese Positionen existiert nicht. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe eines eigenen Bewertungsmodells, das die einzelnen Portfoliobestandteile auf Underlying-Ebene analysiert.

Die Postbank nahm die 2009 beobachteten erhöhten Verlustquoten bzw. Ausfallraten bei Unternehmen und Verbriefungspositionen zum

Anlass, die zur Berechnung der Portfolioverlustverteilungen verwendeten Parameter des internen Bewertungsmodells zum Jahresabschluss 2009 zu aktualisieren. Die Parameteränderungen führen zu einer bis in das Jahr 2011 reichenden Anhebung der Verlustquoten bzw. Ausfallraten der in den Verbriefungspositionen referenzierten Finanzinstrumente, insbesondere bei synthetischen Verbriefungspositionen.

Das Portfolio hat per 31. Dezember 2009 ein Gesamtvolumen von 5,8 Mrd € (Stand per 31. Dezember 2008: 6,3 Mrd €). Gegenüber dem Stichtagsbestand zum 31. Dezember 2008 hat sich der Bestand im Wesentlichen aufgrund von Wechselkurseffekten und Tilgungen reduziert. Die SCP-Bestände werden von der Postbank sehr eng überwacht und unterliegen monatlichen Impairment-Tests. Auf Basis einer regelmäßigen Bewertung des Portfolios mit einem eigenentwickelten

Modell sind 2009 Impairments in Höhe von insgesamt 97 Mio € vorgenommen sowie Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 652 Mio € berücksichtigt worden. Dies bewegte sich im Rahmen der Erwartungen der Bank. Insbesondere im ersten Halbjahr kam es zu deutlichen Herabstufungen vieler Ratings. Im zweiten Halbjahr 2009 führte der Ausfall von CIT und dem Monoliner FGIC zu Verlusten in den Corporate-CDO-Portfolios. Seit Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 wurden somit Impairments von 365 Mio € bzw. Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 1.523 Mio € auf betroffene Bestände in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Hinsichtlich der Bewertung siehe Note 4 (h).

Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2009 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:

107

Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen

Verbriefungspositionen	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €										
CMBS	47	86	84	124	104	46	19	14	27	0	281	269
RMBS	310	448	159	91	138	120	39	41	42	12	687	712
Corporate CDO	317	574	151	275	154	173	111	829	1.886	920	2.619	2.772
Non Corporate CDO	0	208	95	149	74	270	111	204	1.351	991	1.630	1.822
Other ABS	319	423	74	110	20	5	28	101	149	69	590	708
Gesamt	993	1.739	562	747	490	615	308	1.190	3.455	1.993	5.809	6.283
davon im Handelsbuch	17	45	9	13	–	–	–	–	10	–	36	58

Gemäß regionalem Schwerpunkt verteilen sich die Verbriefungspositionen wie folgt:

Verbriefungspositionen: Volumen nach regionalem Schwerpunkt

		CMBS		RMBS		Corporate CDO		Non Corporate CDO		Other ABS ¹		Gesamt	
		31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €						
in Mio €	Deutschland	83	64	150	124	–	–	–	–	55	70	288	258
	UK	96	94	126	178	31	32	–	–	85	76	338	381
	Frankreich	2	2	17	–	–	–	–	–	–	–	19	2
	Spanien/Portugal	–	–	99	109	–	–	–	–	–	24	99	134
	Restliches Europa	94	103	247	239	450	440	229	291	24	23	1.045	1.096
	USA	5	6	44	52	491	517	969	1.098	304	376	1.814	2.050
	Übrige ²	–	–	5	9	1.646	1.783	432	433	123	139	2.206	2.363
	Gesamt	281	269	687	712	2.619	2.772	1.630	1.822	590	708	5.809	6.283
Relative Verteilung	Deutschland	30%	24%	22%	17%	–	–	–	–	9%	10%	5%	4%
	UK	34%	35%	18%	25%	1%	1%	–	–	14%	11%	6%	6%
	Frankreich	1%	1%	2%	–	–	–	–	–	–	–	0%	0%
	Spanien/Portugal	–	–	14%	15%	–	–	–	–	–	3%	2%	2%
	Restliches Europa	34%	38%	36%	34%	17%	16%	14%	16%	4%	3%	18%	17%
	USA	2%	2%	6%	7%	19%	19%	59%	60%	51%	53%	31%	33%
	Übrige ²	–	–	1%	1%	63%	64%	26%	24%	21%	20%	38%	38%
	Gesamt	100%	100%	100%	100%								

¹ hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

² bzw. ohne speziellen Schwerpunkt

Per Stichtag 31. Dezember 2009 waren Verbriefungspositionen nur in geringem Umfang (nominal insgesamt etwa 28 Mio €) über Monoliner abgesichert. Im CDO-Portfolio befinden sich darüber hinaus einige Strukturen, die Exposure gegenüber Anleihenversicherern aufweisen. Vor dem Hintergrund der 2009 beobachteten Bonitätsverschlechterungen innerhalb dieses Sektors und der unsicheren Zukunftsaussichten sind in der Planung 2010 weitere Belastungen eingeplant.

Der Bestand an Investorpositionen der Postbank an handelbaren Commercial-Real-Estate-Krediten (CMBS) beträgt zum Stichtag 281 Mio € (per 31. Dezember 2008: 269 Mio €). Diese Positionen sind fast ausschließlich europäische CMBS mit regionalem Schwerpunkt auf Großbritannien und Deutschland.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingierenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1	1.985 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-1	809 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
Provide Blue 2005-2	2.147 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	1.066 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank als traditionelle Verbriefungen die Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 sowie als synthetische Verbriefung die Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.
- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und

den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.

- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modell-Monitoringreports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wert berechtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie den UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Innerhalb definierter Risikolimits steuern die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Liquiditäts-

tätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen.

Angesichts der gewachsenen Bedeutung des Liquiditätsmanagements wurde bereits im Jahr 2007 ein Projekt zur sukzessiven Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung aufgesetzt. Das Projekt ist planmäßig Ende 2009 abgeschlossen worden. Damit sind in der Postbank wesentliche Voraussetzungen für eine differenzierte Liquiditätssteuerung unter Beachtung der aus den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ abgeleiteten Anforderungen geschaffen worden. Das Konzept zur Liquiditätssteuerung wird derzeit unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtlichen Debatte und unter besonderer Berücksichtigung der strukturellen Liquiditätsposition über mehrere Jahre hinweg weiterentwickelt und soll 2010 operativ eingesetzt werden.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Der Bereich Liquiditätssteuerung im Ressort Financial Markets ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Steuerung der Liquiditätsfristentransformation im Konzern.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden

die Liquiditätspositionen mindestens monatlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände. Im Rahmen dieser Stresstests werden auch Risikokonzentrationen im Hinblick auf die individuelle Liquiditätslage des Postbank Konzerns, z. B. hinsichtlich der Bestände in Spar- und Sichteinlagen oder des Zugangs zum besicherten und unbesicherten Geldmarkt, identifiziert und analysiert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation des Postbank Konzerns – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiter gestiegenen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren solide ist.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2009 sowie zum 31. Dezember 2008, differenziert nach Restlaufzeiten. Gegenüber dem Risikobericht 2008, ist die Tabelle in der Zeilenanordnung entsprechend den Vorgaben der IFRS-7-Amendments angepasst. Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dieses ist insbesondere relevant für die Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber, statistisch gemessen, deutlich länger zur Verfügung stehen.

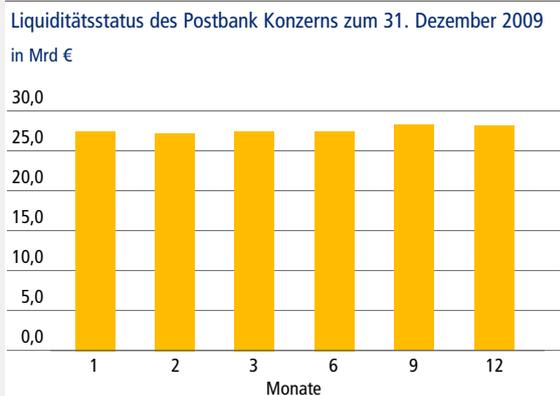
Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Nicht-derivative Verbindlichkeiten	55.753	49.937	85.856	107.179	36.866	35.334	24.851	14.819	28.079	32.852	231.405	240.121
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	312	648	19.995	46.437	12.338	6.283	4.913	4.834	5.271	6.970	42.829	65.171
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	33.474	26.083	60.046	50.485	19.496	25.096	10.589	4.258	16.196	19.089	139.802	125.011
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	5.108	9.415	3.437	3.813	7.231	4.785	3.499	1.533	19.275	19.547
Nachrangkapital	0	0	54	142	1.585	122	2.093	885	3.091	5.212	6.823	6.361
Sonstige Passiva	2	2	653	700	9	20	24	57	22	48	711	826
Eventual- und andere Verpflichtungen ¹	21.965	23.205	0	0	0	0	0	0	0	0	21.965	23.205
Derivative Verbindlichkeiten	0	0	2.642	141	7.024	3.480	13.610	14.620	2.432	6.054	25.707	24.296
Hedging-Derivate	0	0	216	61	516	434	1.557	2.209	681	1.292	2.969	3.997
Handelspassiva	0	0	2.426	80	6.507	3.046	12.053	12.411	1.752	4.763	22.738	20.300
Gesamt	55.753	49.937	88.498	107.321	43.889	38.814	38.460	29.439	30.512	38.906	257.112	264.417

¹Die Positionen „Eventualverpflichtungen“ beinhalten per 31.12.2008 nur unwiderrufliche Zusagen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2009 eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen der folgenden zwölf Monate nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die solide Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.



Risikoreporting

Insgesamt nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die angesichts der angespannten Marktsituation erweitert und fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt werden. Im Folgenden werden die Standardreports näher erläutert:

- Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich durch das Risikocontrolling über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen auf Konzern- bzw. Einheitenebene unterrichtet. Dabei werden die Zahlungsein- und -ausgänge detailliert den verfügbaren Liquiditätsquellen gegenübergestellt.
- Ergänzend wird das Marktrisikokomitee monatlich durch den Bereich Liquiditätssteuerung in einem eigenständigen Report zu Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- Der Gesamtvorstand und die Mitglieder des Marktrisikokomitees erhalten monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests auf Konzernebene.
- Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstands-Informationssystems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.
- Der Aufsichtsrat wird quartalsweise über die Liquiditätssituation – auch in den definierten Stresssituationen – des Postbank Konzerns informiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt.

Zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Operationelle Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Erfüllung der qualifizierenden Anforderungen an den Standardansatz gemäß der Solvabilitätsverordnung wurde mittels einer institutsinternen Prüfung bestätigt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank angezeigt.

2008 hat der Gesamtvorstand die Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung wurden noch im zweiten Halbjahr 2008 begonnen und im Jahr 2009 weiter fortgesetzt. Das im Rahmen des AMA-Umsetzungsprojekts entwickelte interne Quantifizierungsmodell für die Operationellen Risiken wurde zum 1. Juli 2009 produktiv gesetzt. Seit diesem Zeitpunkt wird die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder berechneten Kapitalbeträge wurde eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder entwickelt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt. Flankierend wurden 2009 die bereits etablierten Prozesse und Methoden gemäß den aufsichtlichen Vorgaben für einen fortgeschrittenen Messansatz weiterentwickelt, die Methodik zur Szenarioanalyse in allen Geschäftsfeldern implementiert sowie ein IT-gestütztes Maßnahmenverfolgungssystem aufgebaut. Das AMA-Umsetzungsprojekt soll planmäßig im ersten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Die Abgabe des Zulassungsantrags bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank ist für Ende des ersten Quartals 2010 geplant.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand des Postbank Konzerns verantwortet die Steuerung, Kontrolle und Überwachung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) legt die Strategie und die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Die Strategie zu den Operationellen Risiken beinhaltet konzernweite Prinzipien einerseits zur aktiven Sicherheit wie Transparenz der Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen und angemessene Sicherheitsrichtlinien, andererseits aber auch zur passiven Sicherheit in Form von angemessenen Notfallplänen und einer ausreichenden finanziellen Vorsorge. Daneben wurde 2009 die OpRisk-Strategie um vier quantitative Elemente erweitert:

- I Festlegung eines VaR-Limits für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene
- I Allokation von ökonomischem Kapital für Operationelle Risiken auf die internen Geschäftsfelder
- I Festlegung von Meldeschwellen zur strukturellen Verlustentwicklung je Geschäftsfeld („typischer Verlust“)
- I Festlegung von Meldeschwellen zu Frequenzschäden (häufige Fälle mit geringer Schadenhöhe)

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept des Postbank Konzerns integriert. Die Postbank hat bezüglich der Operationellen Risiken das Verfahren zur Berücksichtigung im internen Risikotragfähigkeitskonzept Anfang des dritten Quartals 2009 verändert. Die Berechnung für die Operationellen Risiken basiert nun auf dem neu entwickelten internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben dem internen Quantifizierungsmodell setzt die Postbank folgende Methoden konzernweit ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument
- I halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges
- I Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen
- I IT-gestützte Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken

Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösungen werden zentral verantwortet. In dem „OpRisk-Framework“ sowie in dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk-Management- und -Controllingprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen Einheiten des Konzerns.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

2009 wurde die Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon, Indien, vollumfänglich in den Controllingprozess integriert. Somit sind nun alle Teile des Postbank Konzerns eingebunden.

Im Jahr 2009 betrug der Verlust aus Operationellen Risiken 34,7 Mio € (2008: 24,3 Mio €). Die Hauptverlusttreiber für die Postbank waren Betrugs-handlungen durch Externe. Gegenüber dem Vorjahr war hier ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Frequenzschäden wie Kreditkartenbetrug, Phishing sowie Überweisungs- und Kreditbetrug, also Fällen, die oft nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch häufig auftreten. Zur Begrenzung dieser Schäden ist eine Task Force eingesetzt worden, die eine Reihe von Maßnahmen initiiert hat. Darüber hinaus wurde im Jahr 2009 ein bankweites Fraud-Gremium eingerichtet, dessen explizites Ziel es ist, die Schaden- und Betrugsfallquote sowie das damit verbundene Schadenvolumen zu verringern. Ein Schwerpunkt der Betrugsbekämpfung besteht in der zeitnahen und bankweiten Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte sowie in der Sensibilisierung der in den relevanten Prozessen involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Darüber hinaus wurden auch Maßnahmen zur Anpassung der Prozesse und relevanten IT-Systeme an die veränderte Gefährdungslage initiiert.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilanrechnungsbeträge je Geschäftsfeld dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Unternehmensfinanzierung	–	–
Handel	6	23
Privatkundengeschäft	386	390
Firmenkundengeschäft	80	67
Zahlungsverkehr und Abwicklung	28	27
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	5	6
Wertpapierprovisionsgeschäft	9	9
Summe Postbank Konzern	515	523

Risikoreporting

Im Berichtsjahr 2009 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um quantitative Elemente wie der Auslastung der den Geschäftsfeldern zugewiesenen VaR-Limite und um weitere Angaben, z. B. zu den AMA-relevanten Risikoindikatoren und den Ergebnissen der Szenarioanalysen, ergänzt. Zusätzlich wurde das Ad-hoc-Reporting um weitere Adressaten (z. B. den Geschäftsfeldverantwortlichen) und um weitere Anlässe (z. B. Schäden größer 500 T€) ausgeweitet. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Mitte 2009 eingerichteten Fraud-Gremiums einen monatlichen Bericht zur Betrugsentwicklung im Postbank Konzern.

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- | Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, sowie über die Auslastung von Warnschwellen zu den typischen Verlusten je Geschäftsfeld als auch über Warnschwellen zu den Frequenzschäden informiert.
- | Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden daneben quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene sowie halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- | Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle sowie jährlich die Ergebnisse der Szenarioanalyse.
- | Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme oder bei gravierenden Risiken werden die ORK-Mitglieder im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken
Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzereinheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 hält die Deutsche Postbank AG 61 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Deutsche Postbank AG hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Deutsche Postbank AG hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva.

Hiernach sind alle wesentlichen Beteiligungen der Postbank auf Gruppenebene in das operative Risikomanagement einbezogen. Über die Einbeziehung der Beteiligungen in die operative Risikoüberwachung werden die Beteiligungen jährlich hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Risikogehaltes analysiert und gegebenenfalls weitere Beteiligungen vollständig einbezogen.

Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen konzernweiten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und Überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend der vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätze zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die

Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Immobilienbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird im Postbank Konzern einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen/Kredit der Postbank angesiedelten Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen. Das Immobilienmanagement koordiniert insbesondere die im Rahmen des Facility- und Propertymanagements wahrzunehmende Dienstleistersteuerung und nimmt eine übergeordnete Kostenkoordinationsfunktion im Sinne der konzerneinheitlichen Immobilienstrategie wahr. Zur Vermeidung der Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen oder Veräußerungsverlusten übt das Immobilienmanagement seine Steuerungsfunktion durch Flächenmanagement bzw. aktive Vermarktung von Remanenzen sowie durch langfristige Ressourcenallokation aus.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese grundsätzlich in einem Abstand von drei bis vier Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung (hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (6. Auflage), der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertverfahrens: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten

Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 6. Fassung, Januar 2008).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der eigenen Immobilien berichtet:

- I Dem Ressortvorstand Ressourcen/Kredit wird im Rahmen des im Wesentlichen durch Immobilien Themen bestimmten Reportings des Bereichs „Immobilien, Support und Sicherheit“ monatlich berichtet. Über für Immobilienrisiken wesentliche Sachverhalte wird er ergänzend 14-täglich informiert.
- I Im Rahmen eines bereichsweiten Kennziffersystems werden dem Ressortvorstand immobilienbezogene Schlüsselindikatoren reportet.
- I Der Gesamtvorstand wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise über die Höhe der Immobilienrisiken informiert.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Risikodefinition

Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Die prognostizierte Kollektiventwicklung basiert neben der angenommenen Neugeschäftsentwicklung auf der Einschätzung der zukünftigen Verhaltensausprägungen der Bausparer, abgeleitet aus langjährigen Erfahrungswerten und detaillierten Strukturanalysen. Die Faktoren, die das Kundenverhalten beeinflussen, reichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen der Bausparer. Die Postbank fasst unter dem Begriff Kollektivrisiken die negativen Auswirkungen zusammen, die sich aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs ergeben können.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Steuerung der Kollektivrisiken liegt in der Verantwortung des Vorstands. Die Behandlung der Kollektivrisiken ist Bestandteil der übergreifenden Konzernrisikostrategie. Die operative Risikosteuerung und -überwachung erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG. Das Risikocontrolling des BHW ist in die Gesamtbanksteuerung eingebunden.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Als Grundlage zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie

z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Die Bausparkasse als Spezialinstitut unterliegt strengen gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben aus dem Bausparkassengesetz und der BaFin als zuständiger Bundesbehörde. Die Validität des Modells ist von Wirtschaftsprüfern bestätigt und von der BaFin akzeptiert. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bauspartechische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die relevanten bauspartechischen Parameter falsch abschätzen, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Risiken resultieren daraus, dass die Bausparkasse in ihrer Simulation von einer Weiterverwendung des bestehenden Tarifwerks ausgeht. Sollte die Bausparkasse aufgrund von Marktveränderungen gezwungen sein, ihr Tarifwerk anzupassen (also z. B. die Einlagenverzinsung zu erhöhen), könnte dies zu Verschlechterungen der mittelfristigen Ertragslage führen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung der Kollektivrisiken wurde im Jahr 2009 ein szenariobasiertes Modell entwickelt, dessen Ergebnis im Laufe des Jahres 2010 in die Risikokapitalallokation einfließen und den bisherigen pauschal geschätzten Risikopuffer ersetzen wird.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Kollektivrisiken:

- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK über die durch das Kollektiv entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Entwicklung des Kollektivs wird in der BHW Bausparkasse AG anhand wesentlicher Kennzahlen im Rahmen eines monatlichen bzw. zum Teil quartalsweisen Reportings an den Vorstand der BHW Bausparkasse AG dargestellt.
- I Der für Kollektivrisiken ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise an den Vorstand berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Sie entstehen dadurch, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

I Modellrisiken

Risiko aus unerwartetem Volumen- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.

I Residuale Geschäftsrisiken

Sonstige unerwartete Volumen- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind. Hierzu gehören u. a.:

I Strategische Risiken

Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.

I Reputationsrisiken

Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand. Der Vorstand hat eine auf der übergreifenden Konzernrisikostrategie basierende spezifische Teilrisikostrategie für Geschäftsrisiken verabschiedet. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablauktionen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (v. a. Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumen- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- I Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- I Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- I Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- | Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- | Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung,
- | Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank hat für die Umsetzung der Aufgaben des internen Kontrollsystems Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen definiert.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung und Ressourcen/Kredit beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB und die Deutschen Rechnungs-

legungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) sowie die ergänzenden Vorschriften der Satzung.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- | Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- | ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- | Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- | Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Koordination der Entsprechenserklärung i. S. d. § 161 AktG,
- | Bereitstellung bestimmter Anhangangaben,
- | Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken.

Das Ressort Ressourcen/Kredit ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- | Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- | Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- | Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- | Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht) und Compliance,
- | Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,

- I Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen im Postbank Konzern eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der

Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie des Postbank Konzerns, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision prüft entsprechend den MaRisk risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision sieht in ihrem jährlichen Prüfungsplan geeignete Prüfungshandlungen vor, um die Angemessenheit der internen Ratingssysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingssysteme grundsätzlich sicherzustellen.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste

Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Zur Festlegung der Wesentlichkeit von Projekten wurde im Geschäftsjahr ein eigenes Verfahren etabliert. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit Rundschreiben 22/2009 vom 21. Dezember 2009 neue Anforderungen an Vergütungssysteme der Institute gestellt.

Die Vergütungssysteme des Postbank Konzerns wurden mit Wirkung für 2010 bereits den dort geregelten allgemeinen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die hohe Risikopositionen begründen können, werden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank setzt diese Veränderungen bis voraussichtlich April 2010 um, soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich ist.

Laufende Rechtsverfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Zu Beginn des Jahres 2010 befindet sich die Weltwirtschaft in einer fragilen Erholungsphase. Der Aufschwung wird aber noch sehr stark durch eine extrem expansive Geldpolitik wie auch eine Vielzahl umfangreicher staatlicher Maßnahmen gestützt. Von einer sich selbst tragenden Entwicklung kann deshalb noch nicht gesprochen werden. Dies birgt das Risiko, dass die wirtschaftliche Dynamik schon bald wieder nachlässt. Die Wachstumsaussichten schätzen wir deshalb eher verhalten ein. Die globale Wirtschaftsleistung dürfte 2010 mit 3,5 % weniger stark zulegen als in den Jahren vor der Krise. Im Jahr 2011 dürfte das Wachstum des globalen BIP noch etwas schwächer ausfallen als im laufenden Jahr.

In den Vereinigten Staaten zeichnet sich ab, dass sich die Konjunkturerholung 2010 fortsetzen wird. Ausrüstungs- und Wohnungsbauinvestitionen sollten, von sehr niedrigen Niveaus ausgehend, ausgeweitet werden. Der private Verbrauch wird sich dementsprechend voraussichtlich eher schwach entwickeln. Die noch immer sehr hohe Verschuldung der Haushalte und die wahrscheinlich zunächst noch weiter steigende Arbeitslosigkeit dürften hier die Dynamik spürbar bremsen. Vom Außenhandel sind aus heutiger Sicht – anders als in den Vorjahren – per saldo keine expansiven Impulse mehr zu erwarten. Das BIP-Wachstum dürfte deshalb 2010 mit 2,1 % eher mäßig ausfallen. Für das Jahr 2011 rechnen wir aufgrund nachlassender Impulse aus den staatlichen Konjunkturprogrammen mit einem etwas schwächeren Wachstum.

Die japanische Wirtschaft dürfte von der Wiederbelebung des Welt Handels profitieren. Die Exporte sollten stark zunehmen. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sollten auch die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben wieder ausweiten. Das BIP sollte deshalb 2010 mit einem Plus von 1,7 % solide wachsen. Aufgrund geringerer Impulse aus dem Außenhandel dürfte das BIP-Wachstum 2011 jedoch spürbar niedriger ausfallen. In China wird sich das Wirtschaftswachstum 2010 voraussichtlich weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Sollte die Regierung Maßnahmen gegen eine drohende Überhitzung der Wirtschaft ergreifen, würde das Wachstum 2011 allerdings wohl deutlich zurückgehen.

Die Konjunktur im Euroraum wird sich 2010 aller Voraussicht nach erholen. Impulse sollten von den Exporten und den Bruttoanlageinvestitionen ausgehen. Dagegen dürfte der private Verbrauch vor dem Hintergrund des zunächst zu erwartenden weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung kaum über das Niveau der Stagnation hinauskommen. Die Auftriebskräfte aus den Exporten und den Bruttoanlageinvestitionen könnten im Jahresverlauf bereits wieder erlahmen, wenn sich die Effekte, die von den staatlichen Konjunkturprogrammen ausgehen, abschwächen. Wir rechnen deshalb für 2010 mit einem verhaltenen BIP-Wachstum in Höhe von 1,7 %. Eine schwächere Weltkonjunktur und der zunehmende Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte lassen für 2011 einen geringeren Anstieg des BIP voraussehen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2010 aufgrund ihrer Exportorientierung kräftige Impulse aus der globalen Wachstumsbelebung erhalten. Die Ausfuhren sollten deutlich kräftiger zulegen als die Einfuhren. Der

Außenhandel würde damit einen spürbaren Beitrag zum BIP-Wachstum leisten. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten in diesem Umfeld, von niedrigem Niveau ausgehend, erhöht werden. Zudem wird das staatliche Infrastrukturprogramm erst 2010 seine volle Wirkung entfalten. Zusammen mit moderaten Zuwächsen im Wohnungsbau sollte dies zu einer verhaltenen Belebung bei den Bauinvestitionen führen. Dagegen sind vom privaten Verbrauch keine Impulse zu erwarten: Zum einen wird die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich noch weiter steigen und zum anderen zeichnen sich negative Rückpralleffekte auf die staatliche Abwrackprämie für Altfahrzeuge ab. Das BIP-Wachstum Deutschlands sollte 2010 aber dennoch aufgrund der Impulse aus dem Außenhandel mit einem Plus von 2,2 % deutlich höher ausfallen als das des Euroraums. 2011 dürften das Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme und die nachlassende Zugkraft der globalen Wirtschaft zu einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums führen.

Märkte

Die Notenbanken dürften 2010 ihren Ausstieg aus der hochexpansiven Geldpolitik vorantreiben. Im Vordergrund sollte dabei zunächst die Rückführung unkonventioneller Maßnahmen, wie z. B. des direkten Ankaufs von Wertpapieren und langfristiger Refinanzierungsgeschäfte, stehen. Mit einer ersten Zinserhöhung der US-Notenbank rechnen wir für die Jahresmitte. Bis Ende 2010 dürfte der US-Leitzins auf 1 % steigen. Die nur verhalten voranschreitende Erholung der Konjunktur und das weiterhin hohe Maß an Preisstabilität sollten der EZB Spielraum verschaffen, ihren Leitzins noch etwas länger auf dem aktuell sehr niedrigen Niveau von 1 % zu belassen. Mit Leitzinsanhebungen auf 1,5 % rechnen wir im Euroraum daher erst für das Schlussquartal 2010.

Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung und eine Normalisierung der Inflationsraten sollten in den großen Währungsräumen im ersten Halbjahr zunächst für höhere Renditen sorgen. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen könnte dabei bis auf 3,75 % steigen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die von uns erwartete konjunkturelle Abschwächung dann wieder für eine Gegenbewegung bei den langfristigen Renditen sorgen. Da die Leitzinserhöhungen im Euroraum aller Voraussicht nach insgesamt gering ausfallen werden, rechnen wir für das gesamte Jahr 2010 mit einer leichten Abflachung der Zinsstrukturkurve. Im historischen Vergleich wird sie aber immer noch sehr steil bleiben.

Der Rückgang bei den Risikoaufschlägen für Unternehmensanleihen dürfte sich 2010 allenfalls noch mit deutlich verlangsamttem Tempo fortsetzen. Zudem steigt mit den erwarteten konjunkturellen Schwankungen das Rückschlagsrisiko für die Corporate Spreads. Insgesamt rechnen wir hier mit keinem eindeutigen Trend.

Branchenausblick

Bei einem Treffen im September 2009 in Pittsburgh haben sich die G20-Staaten auf eine Reihe von Anforderungen an Banken geeinigt, die zum Ziel haben, die Wahrscheinlichkeit künftiger Finanzkrisen zu verringern. Neben einer langfristigen Verschärfung der Anforderungen an die Qualität des Eigenkapitals steht dabei insbesondere die Einführung einer Obergrenze für die sogenannte Leverage Ratio im Zentrum. Grenzen für die Leverage Ratio, die das Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital abbildet, werden bisher vor allem in angelsächsischen Ländern angewandt. Je nach Ausgestaltung kann die Einführung einer solchen Obergrenze erhebliche Auswirkungen

auf deutsche Banken haben. Im Unterschied zu anderen Ländern spielt in Deutschland die bankorientierte Finanzierung eine große Rolle. Insbesondere deutsche Finanzinstitute mit einem hohen Anteil im Privat- und Firmenkundengeschäft weisen daher in der Regel eine relativ hohe Leverage Ratio bei vergleichsweise guter Bilanzqualität auf der Aktivseite auf. Diese Verhältniszahl könnte nur durch eine Erhöhung des Eigenkapitals oder eine Drosselung der Kreditvergabe substantiell reduziert werden. Dementsprechend können bei Einführung einer harten Obergrenze für die Leverage Ratio erhebliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf das Kreditangebot nicht ausgeschlossen werden. Eine Leverage Ratio als zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Indikator im Sinne der Säule II von Basel II könnte jedoch Fehlentwicklungen bei einzelnen Kreditinstituten identifizierbar machen. Insgesamt könnten eventuelle Änderungen des regulatorischen Umfelds zu erheblichen Belastungen des Bankensektors und der Postbank führen. Es ist derzeit noch nicht absehbar, in welchem Umfang und zu welcher Zeit die vielfältigen diskutierten Änderungen umgesetzt werden. Insbesondere deutliche Verschärfungen der Kapitalanforderungen könnten zu einer Verminderung der Fähigkeit, Erträge zu generieren, bis hin zu zusätzlichem Kapitalbedarf und damit einhergehend zu einem Rückgang der Eigenkapitalrendite führen. Die Postbank geht bei ihren Planungen derzeit davon aus, dass die diskutierten Verschärfungen der Anforderungen zur Eigenkapitalausstattung und zur Relation Bilanzgröße/Eigenkapital (Leverage Ratio) mit Augenmaß unter Berücksichtigung der Geschäftsmodelle und über einen Einführungszeitraum von drei Jahren umgesetzt werden.

Das Umfeld für deutsche Banken stellt sich trotz der sichtbaren moderaten konjunkturellen Erholungsanzeichen für das Jahr 2010 nur eingeschränkt positiv dar. Viele Institute sollten zwar auch in diesem Jahr ihre Zinsergebnisse moderat steigern können, da sie von der Steilheit des Zinsstrukturkurve profitieren. Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellt allerdings, insbesondere für einlagenstarke Banken wie die Postbank, eine Herausforderung für den Zinsüberschuss dar, der mit einer weiteren Absenkung der Zinsaufwendungen gegenzusteuern ist. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve könnte die vorgeschriebene Möglichkeit zur Erzielung zusätzlichen Zinsüberschusses einschränken. Ein plötzlicher Entzug der durch die Notenbanken in massivem Umfang bereitgestellten Liquidität könnte zu Reaktionen an den Geld- und Kapitalmärkten führen. Diese könnten zu Rückschlägen bei den Spreads von Banken, Staaten und Unternehmen führen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Finanzkrise zu einer Schuldenkrise und/oder hohen Inflationsraten in einigen Ländern führen könnte. Insgesamt befinden sich die Märkte und Volkswirtschaften noch nicht in einer stabilen Verfassung. Unsere derzeitigen Prognosen gehen davon aus, dass keine erheblichen Rückschläge und Verwerfungen auftreten.

Die Zuführungen zur Risikovorsorge dürfte bei der Mehrheit der Banken mit Blick auf das Risiko weiterer Kreditausfälle bei privaten und institutionellen Kunden zunächst hoch bleiben und zumindest einen Teil der potenziellen Verbesserungen des Zinsergebnisses wieder aufzehren. Eine deutliche Reduzierung der Risikovorsorge auf die jeweiligen Vorkrisenniveaus ist vorerst nicht zu erwarten. Risiken bestehen hier weiterhin aus dem internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft, insbesondere wenn z. B. Anschlussfinanzierungen in ausländischen Teilmärkten nur auf deutlich reduzierten Preisniveaus stattfinden könnten. Dies kann einerseits die Risikovorsorge der beteiligten Banken und andererseits die Preisentwicklung

an den betroffenen Immobilienmärkten negativ beeinflussen und die Ergebnissituation der Institute spürbar belasten.

Eigenhandel und Investmentbanking dürften angesichts des erwarteten schwierigen Kapitalmarktumfelds eher geringere Ergebnisbeiträge generieren. Zudem besteht das Risiko, dass Institute weitere Abschreibungen auf problematische Wertpapiergattungen vornehmen müssen. Mehrheitlich sollten deutsche Banken daher im laufenden Jahr nur moderate Steigerungen der operativen Ergebnisse erreichen können.

Auch in den nächsten Jahren dürfte angesichts der nur schwachen konjunkturellen Wachstumsraten das nachhaltige Ertragsniveau vieler Institute hinter dem Niveau der Vorkrisenjahre zurückbleiben. Die zu erwartende Verschärfung der regulatorischen Anforderungen für Banken könnte den Erholungsprozess der Branche auf längere Sicht beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur der deutschen Bankenlandschaft dürfte weiterhin Bestand haben. Säulenübergreifende Konsolidierungsansätze sind weiterhin nicht erkennbar. Auch Fusionen zwischen Landesbanken, die zum Teil massiv von den Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise getroffen wurden, sind aktuell nicht in Sicht.

Erwartete Finanzlage

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Im Rahmen des strategischen Programms Postbank4Future investiert die Bank in den Ausbau und die Modernisierung der Vertriebskanäle sowie in die Optimierung der Kundensysteme. Die Postbank setzt weiterhin auf die Erweiterung ihres Geldautomatennetzes, und zwar einerseits durch Kooperationen und andererseits durch den Aufbau weiterer eigener Geldautomatenstandorte. Durch die Installation von Multifunktionsgeräten in den Filialen werden wir den Service für unsere Kunden weiter verbessern. Auch die Umsetzung gesetzlicher Regelungen, z. B. der Verbraucherkreditrichtlinie, der Abgeltungssteuer, SEPA sowie im Bereich des Meldewesens, wird weiterhin im Zentrum der Investitionen stehen. Daneben wird die Optimierung von Prozessen und Systemen 2010 einen Schwerpunkt der Investitionen bilden. Darüber hinaus investieren wir in die Integration des neuen Transaction-Banking-Mandanten HSH Nordbank sowie in den planmäßigen Ersatz von Softwareanwendungen.

Ziele der Postbank

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen

Die Postbank hat im Rahmen einer Überprüfung ihrer strategischen Positionierung Ende 2009 wesentliche Weichenstellungen vorgenommen, die dazu beitragen sollen, die gute Wettbewerbsposition der Bank im deutschen Retail-Markt in den Jahren 2010 und 2011 sowie darüber hinaus zu untermauern und in den Kernproduktfeldern auch auszubauen.

Dabei zielt das Strategieprogramm Postbank4Future insbesondere auf das Privatkundengeschäft (Retail Banking). Hier soll durch die beschlossenen Maßnahmen eine Profilschärfung im Hinblick auf Produkte und Vertrieb erreicht werden mit dem Ziel, dass die Bank verstärkt als führender Anbieter in den Bereichen Girokonto, Spargeschäft, private Baufinanzierung und Bausparen sowie private Altersvorsorge wahrgenommen wird. Kernelemente sind eine konsequent

auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtete und vereinfachte Produktpalette, eine Fokussierung der Vertriebskanäle auf ausgewählte Produktfelder sowie ein weiterer Ausbau des Kundenservice, z. B. durch die Erweiterung des Netzes von Geldausgabestellen, eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten sowie eine Optimierung des Reklamationsmanagements.

Wir erwarten, durch die Verschlankeung des Produktangebots sowie eine konsequente Zusammenfassung von Overhead-Funktionen Effizienzpotenziale im Bereich der Personal- und Sachkosten heben zu können.

Unser Privatkundenkreditportfolio besteht zum überwiegenden Teil aus Baufinanzierungen in Deutschland mit einem hohen Anteil von eigengenutzten Immobilien, die uns als Besicherung dienen. Vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen hat das Privatkundenkreditportfolio eine vergleichsweise stabile Entwicklung gezeigt. Konjunkturbedingt haben wir im Jahr 2009 die Risikovorsorge leicht erhöht. Wir gehen davon aus, dass sich hieraus auch 2010 moderate Zusatzvorsorgenotwendigkeiten ergeben, die 2011 weiter zurückgehen.

Die eingeleiteten Maßnahmen sollten dazu beitragen, dass die Erträge des Geschäftsbereichs Retail Banking – trotz des anhaltend intensiven Wettbewerbs und des damit verbundenen Margendrucks sowie der für einlagenstarke Institute insgesamt nachteiligen niedrigen Geld- und Kapitalmarktinzinsen – einen leichten, aber nachhaltigen Anstieg in den nächsten Jahren zeigen werden.

Im Geschäftsbereich Firmenkunden wird Postbank4Future nicht zu spürbaren Anpassungen der strategischen Ausrichtung führen. Wir werden uns hier weiter auf die Intensivierung der Geschäftsbeziehungen mit unseren rund 30.000 Firmenkunden konzentrieren.

Im Vordergrund steht hierbei das Cross-Selling von Produkten und Dienstleistungen an Kunden, die derzeit im Wesentlichen das Zahlungsverkehrsgeschäft mit uns betreiben. Aufgrund der vergleichsweise guten Liquiditätssituation konnten wir unsere Ausleihungen an unsere überwiegend in Deutschland ansässigen Firmenkunden schon in den vergangenen zwei Jahren deutlich ausweiten. Wir gehen davon aus, dass die Kreditbestände dieses Kundenkreises auch in den kommenden Perioden wachsen, wenn auch mit geringeren Raten als in den Vorjahren. Eine deutliche Verschärfung der regulatorischen Rahmenbedingungen könnte sich hier allerdings belastend auswirken.

Im Bereich des gewerblichen Immobilienkreditgeschäfts, das dem Geschäftsbereich Firmenkunden zugeordnet ist, werden wir uns aufgrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf den internationalen Immobilienmärkten im Neugeschäft auf ausgewählte Finanzierungen mit Bestandskunden und hoher Besicherung konzentrieren. Daher werden die Wachstumsraten im Bestand deutlich unter denen der Vorjahre liegen.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im Geschäftsbereich Firmenkunden weiterhin von einer gegenüber Vorkrisenjahren erhöhten Notwendigkeit zur Risikovorsorge auszugehen. Insbesondere betrifft dies den Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung, wo wir insbeson-

dere für 2010 noch mit höheren – wenn auch unter dem Jahr 2009 liegenden – Risikovorsorgenotwendigkeiten rechnen. Abhängig vom konjunkturellen Verlauf sollte sich dieses ab 2011 wieder normalisieren.

Angesichts der guten Volumenentwicklung im Firmenkundengeschäft und der bisherigen Erfolge in der Intensivierung der Kundenbeziehungen sowie des erwarteten Rückgangs von Belastungen aus der Finanzmarktkrise in diesem Segment gehen wir für die Jahre 2010 und 2011 sowie darüber hinaus von einem erfreulichen Ertragswachstum in diesem Geschäftsbereich aus.

Im Transaction Banking ist die Postbank mit einer hochmodernen IT-Plattform für den Inlands-, den SEPA- und den Auslandszahlungsverkehr auch für die künftigen Herausforderungen an ein modernes, effizientes Processing bestens gerüstet. Die Integration der neu gewonnenen Mandantin HSH Nordbank sollte sukzessive zu positiven Impulsen für die Ertragsituation führen. Gleichzeitig ist jedoch davon auszugehen, dass durch die Integration des bisher durch uns abgewickelten Dresdner Bank Zahlungsverkehrs in die Commerzbank für uns mittelfristig eine Kundenbeziehung entfallen wird. Maßnahmen zur Verringerung des damit verbundenen Kostenblocks sind angestoßen. Insgesamt erwarten wir bis 2011 einen Rückgang der Erträge in diesem Geschäftsbereich, der durch ein erfolgreiches Kostenmanagement nahezu ausgeglichen werden sollte.

Die Hauptaufgabe des Ressorts Financial Markets wird auch künftig in einer effektiven Risikosteuerung für die gesamte Postbank Gruppe liegen. Nach den herausfordernden Jahren 2008 und 2009 werden im Jahr 2010 und in den Folgejahren die weitere Optimierung unserer Portfoliostruktur sowie ein konsequentes Deleveraging im Vordergrund stehen.

Erwartete Ertragslage des Postbank Konzerns

Für 2010 und 2011 ist mit einer leichten Erholung der Weltwirtschaft zu rechnen. Die vielfältigen Konjunkturprogramme der Regierungen sollten ihre Wirkung weiter entfalten. Die Umfeldbedingungen an den Kapitalmärkten bleiben voraussichtlich fragil. Da weiterhin von überdurchschnittlich vielen Unternehmensinsolvenzen sowie von anhaltend schwierigen Bedingungen an den internationalen Immobilienmärkten auszugehen ist, ist weiterhin mit einer erhöhten Risikovorsorgenotwendigkeit im Bankensektor zu rechnen. Die nachfolgende Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Postbank geht von einem Basisszenario aus. Hierin sind etwaige Auswirkungen von im Abschnitt Branchenausblick dargestellten und potenziell erheblichen Rückschlägen und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten nicht enthalten.

Die Postbank ist mit einer weiterhin guten Entwicklung der operativen Ergebnisse, den stabilen und nachhaltigen Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft sowie einer soliden Refinanzierungsbasis gut für bestehende Herausforderungen aufgestellt. Den eingeschlagenen Kurs der Konzentration des Geschäftsmodells auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden wird dabei konsequent beibehalten. Das Strategieprogramm Postbank4Future wird hierbei wertvolle Impulse zur Verbesserung der Marktstellung, insbesondere im Retail Banking, liefern. Den Weg, die kapitalmarktbezogenen Bestände und Risiken abzubauen, wird die Bank in den kommenden Perioden konsequent weiterverfolgen.

Auf Basis der erwarteten Entwicklungen im Kundengeschäft und der externen Rahmenbedingungen gehen wir für das laufende Geschäftsjahr und 2011 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der nur langsam wieder steigenden Transaktionsvolumen im Wertpapier- und Fondsgeschäft von einem leichten Wachstum der Summe der operativen Kernertragskomponenten Zins- und Provisionsüberschuss aus. Hierbei werden wesentliche Wachstumsimpulse aus dem Zinsüberschuss kommen, während der Provisionsüberschuss aufgrund der strukturell rückläufigen Erträge aus dem postalischen Geschäft in unseren Filialen sowie dem externen Transaction Banking 2010 leicht zurückgehen und sich danach seitwärts bewegen dürfte.

Das Kostenmanagement werden wir im Rahmen unseres Strategieprogramms nochmals deutlich stärken. Hierbei zielen wir sowohl auf den Sach- als auch auf den Personalkostenbereich. Angesichts erwarteter Effizienzsteigerungen aus der Verschlinkung unseres Produktspektrums sowie aus der Zusammenfassung von Overhead-Funktionen gehen wir davon aus, den Personalbestand bis 2012 um rund 2.000 Mitarbeiter auf dann 19.000 Mitarbeiter sozialverträglich reduzieren zu können. In der Folge sollten, wie im Strategieprogramm angekündigt, die gesamten Verwaltungskosten bis 2012 gegenüber dem Niveau des Jahres 2008 um rund 5 % sinken.

Die Entwicklung des Handels- und des Finanzanlageergebnisses wird maßgeblich vom Geschehen an den Geld- und Kapitalmärkten sowie – bezogen auf die hier verbuchten Belastungen aus unserem strukturierten Kreditportfolio – von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Zahl der Unternehmensinsolvenzen geprägt. Unter der Voraussetzung, dass es in der makroökonomischen Entwicklung nicht zu spürbaren Abweichungen von den Erwartungen kommt, sollten die Gesamtbelastungen für das Handels- und das Finanzanlageergebnis in den kommenden Perioden spürbar geringer ausfallen als in den Jahren 2008 und 2009 und es somit zu einer Verbesserung der Ergebnisse in diesen GuV-Linien kommen. Dieser Trend könnte allerdings – auch bei ansonsten intakter Marktlage – u. a. durch Ausfälle und Downgrades einzelner Emittenten mit Breitenwirkung gestört werden.

Für die Risikovorsorge erwarten wir, insbesondere aufgrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen an den internationalen Immobilienmärkten, ein weiterhin gegenüber Vorkrisenjahren erhöhtes Niveau. Hierbei erwarten wir für das Jahr 2010 noch spürbare, wenn auch geringere Belastungen als im Jahr 2009 im Bereich des gewerblichen Immobilienkreditgeschäfts. Diese Belastungen sollten nach heutiger Einschätzung im Jahr 2011 weiter zurückgehen.

Ausgehend von unserem heutigen Normal Szenario sollte sich die Risikovorsorge auch in den kommenden Perioden im Vergleich zu anderen Instituten weiter auf relativ moderatem Niveau bewegen. Die Postbank profitiert hier von ihrem zu einem großen Teil auf deutsche hochbesicherte Privatkundenbaufinanzierungen fokussierten Geschäft.

Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass sich die außerordentlichen Belastungen in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 sowie in den Folgeperioden gegenüber den beiden Vorjahren sukzessive vermindern dürften. Auf Basis solider Ertragsströme aus dem Kundengeschäft und eines konsequenten Kostenmanagements sollten wir wieder positive Ergebnisse ausweisen können.

Mittelfristig und nachhaltig strebt die Postbank weiterhin eine operative Eigenkapitalrendite von rund 13 % nach Steuern an.

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. Dezember 2009

95	Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009
96	Bilanz zum 31. Dezember 2009
97	Eigenkapitalveränderungsrechnung
98	Kapitalflussrechnung
100	Notes
133	Segmentberichterstattung (Note 40)
164	Bestätigungsvermerk

I Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung

	Erläuterungen	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	7.987	9.938
Zinsaufwendungen	(7)	-5.582	-7.443
Zinsüberschuss	(7)	2.405	2.495
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-678	-498
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.727	1.997
Provisionserträge	(9)	1.614	1.683
Provisionsaufwendungen	(9)	-285	-252
Provisionsüberschuss	(9)	1.329	1.431
Handelsergebnis	(10)	-498	-389
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	-148	-1.249
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.864	-2.969
Sonstige Erträge	(13)	187	218
Sonstige Aufwendungen	(14)	-131	-103
Ergebnis vor Steuern		-398	-1.064
Ertragsteuern	(15)	475	179
Ergebnis nach Steuern		77	-885
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn/-verlust		76	-886
Ergebnis je Aktie in €		0,35	-5,26
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		0,35	-5,26

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung

	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	77	-885
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	222	-168
Veränderung der Neubewertungs- rücklage	305	-202
davon Bewertungsänderung	106	-979
davon Bestandsänderung	199	777
Veränderung der Währungs- umrechnungsrücklage	-	-
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-83	34
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
Gesamtergebnis	298	-1.054

Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern sind ausschließlich in der Neubewertungsrücklage entstanden.

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn/-verlust durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2009 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 168.567.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist. Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2009, wie im Vorjahr, keine Dividende auszuschütten.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Barreserve	(16)	4.534	3.417
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	14.467	18.684
Forderungen an Kunden	(18)	111.043	105.318
Risikovorsorge	(20)	-1.641	-1.323
Handelsaktiva	(21)	20.471	16.573
Hedging-Derivate	(22)	520	474
Finanzanlagen	(23)	72.359	83.058
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	2.368	2.371
Sachanlagen	(25)	838	879
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(26)	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	280	162
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	552	863
Sonstige Aktiva	(28)	745	670
Summe der Aktiva		226.609	231.219

Passiva	Erläuterungen	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	39.318	62.790
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	131.988	117.472
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	16.722	16.342
Handelspassiva	(32)	22.434	16.987
Hedging-Derivate	(33)	2.051	2.693
Rückstellungen		2.148	2.138
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	1.104	1.149
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	1.044	989
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	174	192
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	305	1.091
Sonstige Passiva	(37)	711	826
Nachrangkapital	(38)	5.507	5.736
Eigenkapital	(39)	5.251	4.952
a) Gezeichnetes Kapital		547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		2.614	3.278
d) Konzerngewinn/-verlust		76	-886
Anteile in Fremdbesitz		4	3
Summe der Passiva		226.609	231.219

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrech- nungs- rücklage	Neubewer- tungs- rück- lage	Konzern- verlust/ -gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2008	410	1.160	3.502	-149	-556	856	5.223	2	5.225
Ausschüttung			-205				-205		-205
Veränderung der Gewinnrücklagen			856			-856	0		0
Kapitalerhöhung	137	850					987		987
Gesamtergebnis 01.01. – 31.12.2008					-168	-821	-989	1	-988
IAS-Restatement				-2		-65	-67		-67
Eigene Aktien im Bestand							-	-	-
Übrige Veränderungen							-	-	-
Stand 31.12.2008	547	2.010	4.153	-151	-724	-886	4.949	3	4.952
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			-886			886	0		0
Gesamtergebnis 01.01. – 31.12.2009					222	76	298	1	299
Eigene Aktien im Bestand							-	-	-
Übrige Veränderungen							-	-	-
Stand 31.12.2009	547	2.010	3.267	-151	-502	76	5.247	4	5.251

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2009 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

I Kapitalflussrechnung

	Erläuterungen	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Konzerngewinn/-verlust		76	-886
Im Konzerngewinn/-verlust enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		1.046	1.224
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	-794	84
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		473	486
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-101	627
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-1.984	-2.479
Zwischensumme		-1.284	-944
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		3.866	5.645
Forderungen an Kunden		-5.978	-12.833
Handelsaktiva		-4.395	-7.304
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-381	-2.862
Sonstige Aktiva		118	-499
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-23.264	1.653
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		14.512	6.787
Verbriefte Verbindlichkeiten		426	6.869
Handelspassiva		5.416	11.399
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-547	1.805
Sonstige Passiva		-101	-9
Zinseinzahlungen		8.470	9.745
Zinsauszahlungen		-5.815	-7.426
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	44
Ertragsteuerzahlungen		-234	14
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-9.191	12.084

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Erläuterungen	2009 Mio €	2008 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		12.892	27.586
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	5	1
Sachanlagen		1	12
Immateriellen Vermögenswerten		2	2
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-2.273	-40.183
Anteilen an Tochterunternehmen		-9	-23
Sachanlagen		-43	-54
Immateriellen Vermögenswerten		-54	-55
Cashflow aus Investitionstätigkeit		10.521	-12.714
Dividendenzahlungen		0	-205
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-212	900
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-212	695
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	3.417	3.352
Zugang Konsolidierungskreis			
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-9.191	12.084
Cashflow aus Investitionstätigkeit		10.521	-12.714
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-212	695
Effekte aus Wechselkursänderungen		-1	-
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	4.534	3.417

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn/-verlust ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	102
(2) Konsolidierungskreis	102
(3) Konsolidierungsgrundsätze	104
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	104
(a) Aktiver Markt	104
(b) Forderungen	104
(c) Leasinggeschäfte	105
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	105
(e) Handelsaktiva	106
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	106
(g) Hedging-Derivate	106
(h) Finanzanlagen	107
(i) Immaterielle Vermögenswerte	108
(j) Sachanlagen	109
(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	110
(l) Sonstige Aktiva	110
(m) Verbindlichkeiten	110
(n) Handelspassiva	110
(o) Rückstellungen	110
(p) Währungsumrechnung	111
(q) Ertragsteuern	111
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	112
(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen	112

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss	113
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	113
(9) Provisionsüberschuss	114
(10) Handelsergebnis	114
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	115
(12) Verwaltungsaufwand	115
(13) Sonstige Erträge	116
(14) Sonstige Aufwendungen	116
(15) Ertragsteuern	116

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve	117
(17) Forderungen an Kreditinstitute	117
(18) Forderungen an Kunden	118
(19) Kreditvolumen	118
(20) Risikovorsorge	118
(21) Handelsaktiva	119
(22) Hedging-Derivate	120
(23) Finanzanlagen	120
(24) Immaterielle Vermögenswerte	122
(25) Sachanlagen	124
(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	125
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	126
(28) Sonstige Aktiva	126
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	127
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	127
(32) Handelspassiva	127
(33) Hedging-Derivate	128
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	128
(35) Sonstige Rückstellungen	130
(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	130
(37) Sonstige Passiva	131
(38) Nachrangkapital	131
(39) Eigenkapital	132

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung	133
(41) Eventual- und andere Verpflichtungen	136
(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	136
(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	140
(44) Derivative Finanzinstrumente	141
(45) Umlauf Schuldverschreibungen	145
(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	146
(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	147
(48) Fremdwährungsvolumen	147
(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	147
(50) Risikokapital	147
(51) Restlaufzeitengliederung	148
(52) Nachrangige Vermögenswerte	149
(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	149
(54) Treuhandgeschäfte	150
(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	150
(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	150
(57) Andere Angaben	157
(58) Namen und Mandate der Organmitglieder	158
(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	163
(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	163

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank gab am 9. März 2009 bekannt, dass sie 25 % plus eine Aktie an der Postbank hält. Die Aktien stammen im Wesentlichen aus dem Vollzug des ersten Teils der Transaktion mit der Deutschen Post AG.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar.

170

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2009) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

136

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Aufgrund des von der Postbank beobachteten gestiegenen Transaktionsvolumens an den Primär- und Sekundärmärkten für europäische Staatsanleihen, Pfandbriefe, Banken- und Unternehmensanleihen stellt die Postbank im Rahmen der Bewertung dieser Bestände zum dritten Quartal (nur für Unternehmensanleihen) bzw. zum vierten Quartal 2009 eine Aktivität dieser Marktsegmente fest. Daher werden die Fair Values für diese Wertpapierbestände nicht mehr auf Basis eines Bewertungsmodells, sondern anhand beobachtbarer Marktpreise ermittelt.

64

Die Steuerung der Zinsänderungs-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

68

79

Die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

57

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

57

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 49 Tochterunternehmen (31. Dezember 2008: 43) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt a. Main (TGV 1-24)	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main		100,0
BHW Bausparkasse AG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon, Indien		100,0
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Hollywood II Lofts LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
2650 Virginia Avenue NW LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
401 Mass Avenue Holdings LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
PB (USA) Realty Corp., New York, USA		94,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,0

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 313, 287 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Die Betriebs-Center für Banken Processing GmbH wurde im März 2009 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH wurde mit Vertrag vom 15. Juli 2009 veräußert. Die Gesellschaft hatte zum Veräußerungszeitpunkt ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von – 19 T€. Durch die Entkonsolidierung gingen Vermögenswerte in Höhe von 12 Mio € und Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von 2 Mio € ab. Der Verkaufsgewinn von 3 Mio € wird im Ergebnis aus Finanzanlagen als Beteiligungsergebnis ausgewiesen.

Im September 2009 wurden die Gesellschaften 2650 Virginia Avenue NW LLC, PB Hollywood II Lofts LLC und Miami MEI LLC als 100 %ige Tochtergesellschaften der PB Capital Corporation erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Zusammenhang mit der Optimierung der Callcenter-Strukturen erwarb die Postbank Direkt GmbH die Callcenter-Einheit der Deutschen Postbank AG und der BHW Direktservice GmbH im Rahmen eines Asset Deals und wurde erstmals im Oktober 2009 in den Konzernabschluss einbezogen.

Im November 2009 wurden erstmals die Gesellschaften PB Hollywood I Hollywood Station LLC und 401 Mass Avenue Holdings LLC in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden zwei zur Verbriefung von Ratenkrediten gegründete Zweckgesellschaften und eine Zweckgesellschaft zur Verbriefung von Wohnungsbaukrediten konsolidiert. Zwei dieser Zweckgesellschaften wurden 2009 erstmals konsolidiert. Der im Vorjahr neu aufgelegte Spezialfonds wurde im März 2009 geschlossen und entkonsolidiert.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzernerheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i. V. m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer

Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Aktiver Markt

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IAS 39.AG74 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung der aktuellen Swapenditekurve und darlehensspezifischer Risikoaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 42. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwerts von 8,6 Mrd € (Vorjahr: 8,7 Mrd €), dieses wird in Höhe von 1,6 Mrd € (Vorjahr: 2,2 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese

Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt. Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagioträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt. Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzposten. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz werden die Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ (Note 17) und „Forderungen an Kunden“ (Note 18) differenziert nach Produktgruppen dargestellt. Darüber hinaus wird die betragsmäßig größte Klassenausprägung „Forderungen an Kunden – Loans and Receivables“ für die Note 20 „Risikovorsorge“ (IFRS 7.16) ebenfalls differenziert nach Produktgruppen dargestellt. Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde. Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing weist die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen aus. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrecht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- I Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- I Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

117
118
118
136

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Im Geschäftsjahr wurden bestimmte Parameter für die Ermittlung der Wertberichtigung auf Portfoliobasis und der pauschalierten Einzelwertberichtigungen angepasst, um der schwächeren Konjunkturlage Rechnung zu tragen. Insgesamt wurden durch die Anpassungen eine höhere Portfoliowertberichtigung (15 Mio €) und eine höhere pauschalierte Einzelwertberichtigung (7 Mio €) ermittelt.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG71 ff. vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IAS 39.AG74 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 42. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

136

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

107

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

136

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit

gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro-hedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten

Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Netto-positionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungs-instrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgbeziehungen (Fair Value Hedges) einge-gangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS ergebniswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteue-rung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlos-sen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glatt-gestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikro-hedgbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effek-tivitätstests und damit die ergebniswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit den An-schaffungskosten zum Erfüllungszeitpunkt.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwerts bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungs-rücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurück-zuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die IFRS-Kategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungs-absicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen.

Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerech-net und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag und darüber hinaus bei Vorliegen eines Impairment-Triggers.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauer-haften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Bei verzinslichen Wertpapieren wurde aufgrund der signifikanten Ausweitung der Geld-Brief-Spannen im Zuge der Finanzmarktkrise und des massiven Rückgangs der im Markt vorhandenen Liquidität sowie des daraus resultierenden deutlichen Rückgangs des Handels-volumens bis zum dritten Quartal 2009 für Corporate-Anleihen und bis zum vierten Quartal 2009 für europäische Staatsanleihen, Pfand-briefe und Bankanleihen die Inaktivität der Märkte festgestellt. Die Ermittlung der Fair Values erfolgte für diese Wertpapiere nicht mehr mit indikativen Kursen, sondern mit einem Bewertungsmodell, das in größtmöglichem Umfang Daten aus dem Markt verwendet und sich so wenig wie möglich auf unternehmensinterne Daten verlässt. Aufgrund des von der Postbank beobachteten gestiegenen Transaktions-volumens an den Primär- und Sekundärmärkten für Corporate-Anleihen zum Ende des dritten Quartals bzw. für europäische Staatsanleihen, Pfandbriefe und Bankanleihen im vierten Quartal 2009 stellt die Postbank im Rahmen der Bewertung dieser Bestände die Aktivität dieser Marktsegmente fest. Daher werden die Fair Values dieser Bestände nicht mehr auf Basis eines Bewertungsmodells, sondern anhand beobachtbarer Marktpreise (gemäß IAS 39.AG71 ff.) ermittelt.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um fol-gende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand (Held-for-Trading (HfT)-Kategorie). Für die bilanzielle Behandlung der nicht dem Handelsbestand zugeordneten SCP-Bestände ist entschei-dend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befin-den sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweck-gesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthe-tisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie Loans and Receiveables (LaR) und SCP-Bestände mit synthe-tischen Strukturen der IAS 39 Kategorie AFS zugeordnet. Diese SCP-

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Bestände sind gemäß IAS 39.11 daraufhin zu untersuchen, ob ein abspaltungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein einziger finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AFS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs wird das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Basisvertrag bei Abspaltung des Embedded Derivates (synthetische Strukturen) unter dem Bilanzposten „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch Note 4 (e)).

Die synthetischen SCP (AFS) einschließlich der Embedded Derivatives und die SCP des Handelsbestands (HfT) werden mit dem Fair Value bewertet. Grundsätzlich erfolgt die Fair-Value-Bewertung über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. Aufgrund der fast vollständigen Inaktivität der Märkte für Verbriefungsprodukte wird bei der Ermittlung der Fair Values für SCP der Bewertungskategorie AFS, wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS und RMBS, ein internes Bewertungsmodell (im Einklang mit IAS 39.AG74 ff.) mit transaktionsindividuellen Liquiditätsspreads verwendet. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A in größtmöglichen Umfang Marktdaten.

Die Fair-Value-Veränderung der SCP des Handelsbestands wird im Handelsergebnis ausgewiesen. Bei den synthetischen SCP wird die Fair-Value-Veränderung der abgespaltenen Embedded Derivatives ebenfalls im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contract der synthetischen SCP) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value des synthetischen SCP der durch ein marktgängiges, ausfallbasiertes Bewertungsmodell – bei dem an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden – ermittelte Wert des Embedded Derivatives abgezogen.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (objective evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist, somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen. Grundsätzlich unterliegen alle SCP-Bestände einer laufenden Beobachtung.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren: Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (recoverable amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AFS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungs-

modells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und Kennzeichnungen der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Bei der Bewertung des strukturierten Kreditportfolios hat die Postbank – den jüngsten Marktentwicklungen folgend – bei Corporate CDOs die Erwartungen zum Verwertungserlös abgesenkt und die Ausfallwahrscheinlichkeiten erhöht. Dies führte im vierten Quartal 2009 zu einmaligen Ergebnisbelastungen in Höhe von –157 Mio €.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 4 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegt ein Indikator vor, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur

Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2009 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft. Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich ausschließlich um Markenwerte.

Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen (IFRS 3.54).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IFRS 3.55 und IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte auf die entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36.38 allokiert. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Die gleiche Vorgehensweise wird für den Impairment-Test der Markenwerte angewendet, wobei die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes bestimmt wird. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Dies war 2009 nicht der Fall. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach). Der Planungszeitraum umfasst drei Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1 % (sogenannte ewige Rente) angesetzt.

Für die Bewertung wurde ein Abzinsungssatz vor Steuern von 8,95 % berücksichtigt.

Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins von 4,25 % zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie von 4,70 %, die sich aus einem durchschnittlichen Marktrisiko von 5,00 % und dem individuellen Betafaktor von 0,94 ergibt. Der individuelle Betafaktor der börsennotierten Deutschen Postbank AG stellt einen Mittelwert der Betafaktoren zum einen gegenüber dem DAX 30 und zum anderen gegenüber dem Prime All Share dar. Zur Bestimmung der Betafaktoren wurde gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Finanzmarktkrise der Betrachtungszeitraum von einem Jahr auf drei Jahre ausgedehnt. Ein Backtesting hat ergeben, dass sich auch bei unveränderter Anwendung des einjährigen Betrachtungszeitraums zum 31. Dezember 2009 kein Abschreibungsbedarf ergeben hätte.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikoversorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten wurde für den Planungszeitraum 2010 bis 2012 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet; zugleich wurde von einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit ausgegangen. Inzwischen nimmt die Postbank einen leicht stärkeren Anstieg des BIP an. Die Zunahme der Arbeitslosenquote dürfte aufgrund der unerwartet günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der zweiten Jahreshälfte 2009 deutlich weniger stark ausfallen, als in den Planungen berücksichtigt bzw. angenommen wurde. Infolge der Nachwirkungen der Finanzmarktkrise geht das Management aber weiterhin von einem nur sehr verhaltenen Wachstum der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aus. Bei einer leichten Ausweitung des realen privaten Verbrauchs und moderaten Steigerungen des Verbraucherpreisniveaus führt dies zu einem trendmäßigen Rückgang der Sparquote. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen ist für den Planungszeitraum ein geringerer Rückgang der Sparquote zu erwarten, als zunächst angenommen. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Die Finanzmarktkrise wird im Verlauf des Jahres 2010 weiter abnehmen. Der Bankensektor wird aber weiter durch steigende Kreditausfälle infolge der Nachwirkungen der Finanzmarktkrise belastet.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank. Daher nimmt das Management auf Basis dieser Annahmen nur eine leicht positive Entwicklung der operativen Segmentergebnisse für 2010 an.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter wird im Zugangsjahr ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird im Zugangsjahr und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst.

(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 26 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entsprechen denen der Gebäude (siehe Note 4 (j)). Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis interner Gutachten ermittelt.

(l) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten, aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

(m) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(n) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit

einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Die negativen Fair Values der eingebetteten Derivate sind im Jahr 2009 aufgrund der anhaltenden Marktanspannungen weiter deutlich angestiegen. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

(o) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (Postbeamtenversorgungskasse) in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) und der gesetzliche Arbeitgeberanteil an den Beiträgen zur Rentenversicherung in Höhe von 57 Mio €, die im Verwaltungsaufwand erfasst werden. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- I Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahres, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres,
- I Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- I Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

125

109

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

	2009	2008
Rechnungszinsfuß	5,25 % p.a.	5,75 % p.a.
Gehaltsdynamik	2,5 %	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,0 %	2,0 %
Fluktuation	4,0 % p.a.	4,0 % p.a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invaliddität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,25 %	4,25 %

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrags. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach 12 Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwerts ausgewiesen, wenn die Wirkung des Zinseffekts wesentlich ist. Dies gilt insbesondere für Rückstellungen im Bauspargeschäft. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige, laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(p) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung des in Fremdwährung aufgestellten Konzernreporting der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern, und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 31 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2009

In der Berichtsperiode wurden erstmals folgende Standards angewandt: IFRS 8 „Geschäftssegmente“, IAS 1 „Darstellung des Abschlusses (überarbeitet 2007)“, IAS 23 „Fremdkapitalkosten“, IAS 32 Amendment 2008 „Finanzinstrumente: Darstellung“, IFRS 7 Amendment 2009 „Verbesserte Angaben zu Finanzinstrumenten“ und „Annual Improvements-Project 2008“. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Postbank resultieren aus dem IFRS 8 und dem IAS 1 (überarbeitet 2007).

IFRS 8 hat die Regelungen des IAS 14 zur Segmentberichterstattung abgelöst. Die neuen Regelungen setzen die Berichterstattung nach dem „management approach“ um. Die Anwendung des IFRS 8 hat keine materiellen Auswirkungen. Kernpunkt der Änderungen des IAS 1 ist die Erweiterung der bisherigen Gewinn- und Verlustrechnung um die direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste zu einer Gesamtergebnisrechnung. Angaben zu Bestandteilen der Eigenkapitalveränderungsrechnung wurden entsprechend gekürzt. Der überarbeitete IAS 23 schafft das Wahlrecht zur Einbeziehung von Fremdkapitalkosten in Bezug auf qualifizierte Vermögenswerte ab.

Es besteht nunmehr eine Aktivierungspflicht als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Durch das Amendment von IFRS 7 wurde für die Anhangsangaben eine neue dreistufige Fair-Value-Hierarchie eingeführt. Neben einer Zuordnung der in der Bilanz mit dem Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente zu den jeweiligen Levelstufen wird auch eine Überleitungsrechnung für die Level-3-Bestände verlangt. Die Angaben hierzu befinden sich in der Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

136

Die Änderung des IAS 32 regelt die Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital und hat keine wesentlichen Auswirkungen auf die Postbank. Durch die im Rahmen des Annual Improvements-Project 2008 vorgenommenen Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen sind keine wesentlichen Effekte für die Postbank entstanden.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“	01.01.2010 (endorsed durch die EU-Verordnung 495/2009 vom 03.06.2009)	Der neue IFRS 3 beinhaltet u. a. Änderungen im Zusammenhang mit der Bemessung von Anschaffungskosten und der Goodwill-Berechnung (Wahlrecht zur Full-Goodwill-Methode), die bei Unternehmensakquisitionen tendenziell zu häufigeren Fair-Value-Bewertungen und zu einer höheren Eigenkapital- bzw. Ergebnisvolatilität führen.
IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“	01.01.2010 (endorsed durch die EU-Verordnung 494/2009 vom 03.06.2009)	Der neue IAS 27 schafft das Bilanzierungswahlrecht zwischen ‚economic entity model‘ und ‚modified parent company model‘ bei Anteilszukaufen nach Kontrollerlangung zugunsten des ‚economic entity model‘ ab. Unterschiede zwischen Kaufpreis und anteiligem Buchwert sind im Eigenkapital zu erfassen. Anteilsverkäufe ohne Kontrollverlust sind erfolgsneutral zu behandeln, solche mit Kontrollverlust – auch für die zurückbehaltenen Anteile – ergebniswirksam. Diese Regelungen führen künftig tendenziell ebenfalls zu höherer Eigenkapital- bzw. Ergebnisvolatilität im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen bzw. -erwerben durch die Postbank.
IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“	01.01.2010 (endorsed durch die EU-Verordnung 839/2009 vom 15.09.2009)	Der IAS 39 wurde hinsichtlich der zulässigen Grundgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting überarbeitet. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, retrospektiv anzuwenden.

Das IASB hat im Rahmen des Annual Improvements-Project 2009 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in zehn Standards und zwei Interpretationen vorgenommen. Die geänderten Standards sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen, anzuwenden.

Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen

Im Rahmen einer Stichprobenprüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. wurde die Meinung vertreten, dass 90 Mio € Risikovorsorge, die in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 gebildet wurden, bereits im Konzernabschluss 2008 hätten berücksichtigt

werden müssen. Um den Konzernabschlussprozess 2009 nicht zu verzögern, hat sich die Bank dieser Einschätzung angeschlossen, zumal das Ergebnis, über beide Berichtsjahre betrachtet, unverändert bleibt. Es handelt sich um eine reine Phasenverschiebung.

Aus der retrospektiven Anpassung resultierte für das Geschäftsjahr 2008 ein erhöhter Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge von 90 Mio €. Der Risikovorsorgebestand erhöhte sich dementsprechend um 90 Mio €. Die Anpassung führte weiterhin zu einer Erhöhung des Ertrags aus latenten Steuern um 25 Mio € sowie zu einer Änderung der Währungsumrechnungsrücklage in Höhe von –2 Mio €. Insgesamt hat sich das Konzernergebnis 2008 per Saldo um 65 Mio € vermindert. Bei den retrospektiven Änderungen wurden das Ergebnis je Aktie, die Segmentberichterstattung, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie die Quartalszahlen entsprechend angepasst.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss

	2009 Mio €	2008 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.445	6.245
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.493	3.377
Handelsgeschäften	40	202
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	–5	28
	7.973	9.852
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5	75
Beteiligungen	9	11
	14	86
	7.987	9.938
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	3.975	6.292
Verbrieften Verbindlichkeiten	563	641
Nachrangkapital	261	307
Swaps	739	5
Handelsgeschäften	44	198
	5.582	7.443
Gesamt	2.405	2.495

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 48 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 497 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 242 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2009 Mio €	2008 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	197	2.797
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	–202	–2.769
Gesamt	–5	28

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	746	521
Portfoliowertberichtigungen	31	32
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	14	23
Direkte Forderungsabschreibung	63	39
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	146	92
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	14	4
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	16	21
Gesamt	678	498

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 663 Mio € (Vorjahr: 427 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2009 Mio €	2008' Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	215	190
Bauspardarlehen	4	5
Gewerbliche Kredite	276	156
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–
Ratenkredite	67	45
Sonstige Forderungen	164	73
Portfoliowertberichtigungen	31	32
Gesamt	757	501

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge entfällt mit 21 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

	2009 Mio €	2008 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	66	54
Bauspardarlehen	1	2
Gewerbliche Kredite	49	19
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–
Ratenkredite	2	2
Sonstige Forderungen	22	15
Portfoliowertberichtigungen	–	–
Gesamt	140	92

Der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge entfällt mit 6 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

(9) Provisionsüberschuss

	2009 Mio €	2008 Mio €
Girogeschäft	370	364
Wertpapiergeschäft	133	165
Kredit- und Avalgeschäft	128	116
Filialgeschäft	445	473
Sonstiges Provisionsgeschäft	253	313
Gesamt	1.329	1.431

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)



Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 8 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(10) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2009 Mio €	2008 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	45	37
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	41	–48
Aktien	3	–
Darlehen (Held for Trading)	2	13
	46	–35
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	4.929	18.787
Aufwand aus Derivaten	–5.542	–19.150
	–613	–363
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	64	433
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	–84	–422
	–20	11
Devisenergebnis	51	–33
Provisionsergebnis Handelsbestand	–7	–6
Gesamt	–498	–389

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 186 Mio € (Vorjahr: 15 Mio € Ertrag). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 100 Mio € (Vorjahr: 554 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).



Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von –652 Mio € (Vorjahr: –755 Mio €), kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen (CPPI) in Höhe von 33 Mio € (Vorjahr: –133 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: –31 Mio €) enthalten.

	2009 Mio €	2008 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	84	-5
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	-613	-363
Ergebnis aus Fair-Value-Option	-20	11
Ergebnis aus Aktien	7	7
Devisenergebnis	51	-33
Provisionsergebnis Handelsbestand	-7	-6
Gesamt	-498	-389

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2009 Mio €	2008 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-126	-486
davon Verkaufsergebnis	93	2
Verkaufsgewinne	159	59
Verkaufsverluste	66	57
davon Wertminderungsergebnis	-219	-488
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-44	-786
davon Verkaufsergebnis	4	-650
Verkaufsgewinne	66	205
Verkaufsverluste	62	855
davon Wertminderungsergebnis	-48	-136
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	-2	-
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	-2	-
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	19	30
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	19	30
Ergebnis aus Beteiligungen	5	-7
Gesamt	-148	-1.249

	2009 Mio €	2008 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	104	-6
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	10	-612
Ergebnis aus Beteiligungen	5	-7
Impairment	-267	-624
Gesamt	-148	-1.249

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 97 Mio € (Vorjahr: 156 Mio €) auf Structured Credit Products, 136 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: 371 Mio €) und 34 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds und Beteiligungen (Vorjahr: 97 Mio €).

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2009 Mio €	2008 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.070	1.092
Soziale Abgaben	108	106
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	228	212
	1.406	1.410
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.295	1.373
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	74	95
Abschreibungen auf Sachanlagen	89	91
Gesamt	2.864	2.969

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 119 Mio € (Vorjahr: 117 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 81 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 277 Mio € (Vorjahr: 288 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 154 Mio € (Vorjahr: 154 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 139 Mio € (Vorjahr: 136 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 115 Mio € (Vorjahr: 149 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 52 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 138 Mio € (Vorjahr: 150 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind keine außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten (Vorjahr: 23 Mio €).

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2009 Mio €	2008 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	36	27
Erträge aus der Auflösung von Accruals	33	32
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	26	22
Erstattungen aus Sozialbereichen	20	19
Verlustpartizipation stille Einlagen und Genussrechtskapital	13	37
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	4	6
Übrige	55	75
Gesamt	187	218

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 29 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 22 Mio €), von denen 4 Mio € auf Investment Property entfallen.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2009 Mio €	2008 Mio €
Zuführung zu Rückstellungen	19	17
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	9	6
Aufwendungen für sonstige Steuern	5	11
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	5	6
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	3	6
Übrige	90	57
Gesamt	131	103

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) und ausländische Vermögensteuern in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) und 3 Mio € Wertminderungen auf aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten enthalten. Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	54	26
Gewerbeertragsteuer	28	22
	82	48
Ertragsteuern Vorjahr	9	86
	91	134
Latente Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	-643	-164
steuerliche Verlustvorträge	77	-149
	-566	-313
Gesamt	-475	-179

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	77	-885
Ertragsteuern	-475	-179
Ergebnis vor Steuern	-398	-1.064
Anzuwendender Steuersatz	29,83%	29,83%
Rechnerische Ertragsteuer	-119	-317
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-6	-3
aus steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-1	-3
Effekte aus nicht angesetzten latenten Steuern	20	-
für Steuern aus Vorjahren	-184	71
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	-161	115
Sonstige	3	-8
	-356	138
Ertragsteueraufwand	-475	-179

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei zu belassen. Veräußerungsverluste im Zusammenhang mit Beteiligungen sind steuerlich nicht abzugsfähig. Diesen Regelungen liegt der Grundsatz zugrunde, dass Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei und Veräußerungsverluste nicht abzugsfähig bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne/Verluste werden demzufolge erst steuerwirksam, wenn sie im Rahmen des Teileinkünfteverfahrens auf nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) übergehen. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Kassenbestand	890	923
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.644	2.494
Gesamt	4.534	3.417

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 3.628 Mio € (Vorjahr: 2.315 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2009 beträgt 2.209 Mio € (Vorjahr: 1.935 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	593	935
Andere Forderungen	3.764	6.415
	4.357	7.350
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	3.546	2.241
Andere Forderungen	6.564	9.093
	10.110	11.334
Gesamt	14.467	18.684

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 4.081 Mio € (Vorjahr: 5.220 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	9.262	10.547
davon Fair Value Hedge	547	863
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	5.205	8.069
Forderungen an Kreditinstitute (Available for Sale)	–	68
Gesamt	14.467	18.684

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.054	8.271
Tagesgelder	4.176	3.010
Darlehen	4.564	5.548
Namensschuldverschreibungen	417	765
Termingelder	152	280
Sonstige Forderungen	104	810
Gesamt	14.467	18.684

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	6.137	10.136	1.507	2.855
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	6.137	10.136	1.507	2.855

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 5.054 Mio € (Vorjahr: 8.271 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 9,2 Mrd € (Vorjahr: 12,4 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 5,2 Mrd € (Vorjahr: 6,3 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Private Baufinanzierungen	70.217	69.370
Bauspardarlehen	3.766	3.581
Gewerbliche Kredite	30.383	24.277
Forderungen an öffentliche Haushalte	1.589	2.182
Ratenkredite	3.620	2.973
Sonstige Forderungen	1.468	2.935
Gesamt	111.043	105.318
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	56.561	54.319
Kommunkredite	2.871	2.182
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Inländische Kunden	88.760	83.404
Ausländische Kunden	22.283	21.914
Gesamt	111.043	105.318

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,0 % (Vorjahr: 0,9 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 84.064 Mio € (Vorjahr: 78.577 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 94,9 Mrd € (Vorjahr: 91,3 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 16,1 Mrd € (Vorjahr: 14,0 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach dem im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Loans and Receivables	102.408	96.713
davon Fair Value Hedge	2.079	1.754
Fair-Value-Option	8.635	8.605
Gesamt	111.043	105.318

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 357 Mio € (Vorjahr: 325 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 272 Mio € (Vorjahr: 280 Mio €).

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 269 Mio € (Vorjahr: 276 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	69	61
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	49	56
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	40	42
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	28	31
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	17	19
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	66	67
Gesamt	269	276

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	269	276
Nicht garantierte Restwerte	3	4
Bruttogesamtinvestition	272	280
Nicht realisierter Finanzertrag	44	49
Nettoinvestition	228	231
Barwert der nicht garantierten Restwerte	2	2
Barwert der Mindestleasingzahlungen	226	229

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 0,2 Mio € (Vorjahr: 0,2 Mio €).

(19) Kreditvolumen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	14.467	18.684
Forderungen an Kunden	111.043	105.318
Bürgschaften und Garantien	1.105	1.296
Gesamt	126.615	125.298

(20) Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikoversorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikoversorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	64	52
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.577	1.271
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.641	1.323
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	42	48
Gesamt	1.683	1.371

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 ¹ Mio €
Stand 1. Januar	1.209	1.071	114	83	1.323	1.154
Umgliederungen	-5	-	5	-	0	-
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	746	521	31	32	777	553
Abgänge						
Inanspruchnahme	261	260	-	1	261	261
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	146	92	-	-	146	92
Unwinding	48	33	-	-	48	33
Währungsumrechnungsdifferenzen	4	-2	-	-	4	-2
Stand 31. Dezember	1.491	1.209	150	114	1.641	1.323

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	429	394
Bauspardarlehen	10	12
Gewerbliche Kredite	412	313
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-
Ratenkredite	167	118
Sonstige Forderungen	409	320
Portfoliowertberichtigungen	150	114
Gesamt	1.577	1.271

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.566 Mio € (Vorjahr: 951 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.811 Mio € (Vorjahr: 1.921 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 96 Mio € (Vorjahr: 98 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2009 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 63 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 16 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schecks, Darlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	147	28
von anderen Emittenten	525	458
	672	486
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	300	18
Baudarlehen Held for Trading	212	216
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	18.640	15.209
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	450	459
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	197	185
Gesamt	20.471	16.573

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 15.114 Mio € (Vorjahr: 13.211 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,3 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 0,3 Mrd € (Vorjahr: 0,2 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	628	456
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	286	12

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(22) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	–	1
	–	1
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	2	2
	2	2
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71	59
	71	59
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32	27
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	67	14
Verbriefte Verbindlichkeiten	203	158
Nachrangkapital	145	213
	447	412
Gesamt	520	474

Bestände in Höhe von 336 Mio € (Vorjahr: 301 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	24.887	26.617
von anderen Emittenten	46.937	55.855
	71.824	82.472
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	4	–
Investmentfondsanteile	460	475
	464	475
Beteiligungen	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	52	92
Gesamt	72.359	83.058

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind am Bilanzstichtag fällige Wertpapiere und Zinscoupons in Höhe von 128 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 64.985 Mio € (Vorjahr: 70.654 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 52,5 Mrd € (Vorjahr: 56,7 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 19,3 Mrd € (Vorjahr: 25,8 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 5,8 Mrd € (Vorjahr: 6,3 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	59.401	68.859
davon Fair Value Hedge	23.595	31.318
Held to Maturity	73	186
Available for Sale	12.350	13.427
davon Fair Value Hedge	3.866	7.290
	71.824	82.472
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	464	475
	464	475
Beteiligungen (Available for Sale)	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	52	92
Gesamt	72.359	83.058

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	70.174	80.118
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	325	248
Beteiligungen	5	7

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbindlichkeiten	24.063	40.800
Eventualverbindlichkeiten	23	–
Gesamt	24.086	40.800

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 15 Mrd € (Vorjahr: 30 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 8 Mrd € (Vorjahr: 23 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit 4 Mio € (Vorjahr: –1.007 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode 78 Mio € (Vorjahr: 788 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 267 Mio € (Vorjahr: 624 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht im dritten Quartal 2008 Schuldverschreibungen mit einem Nominalwert von 1,6 Mrd € und einem Fair Value von 1,5 Mrd € zum 1. Juli 2008 aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Weiterhin wurden zum 1. Oktober 2008 Wertpapiere (im Wesentlichen Anleihen ausländischer Staaten, Banken und Corporates) mit einem Nominalwert von 33,2 Mrd € und einem Fair Value von 32,9 Mrd € von der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert.

Im ersten Quartal 2009 hat die Postbank für einen Teil der von ihr gehaltenen Corporate-Anleihen die Halteabsicht geändert und beabsichtigt nun, diese auf absehbare Zeit zu halten. Daher hat sie Corporate-Anleihen von nominal 385 Mio € zum 28. Januar 2009 zum Fair Value von 320 Mio € von der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2009 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 29,8 Mrd € sowie einen Buchwert von 30,8 Mrd €. Davon entfällt auf die im Jahr 2008 umgegliederten Wertpapiere ein Fair Value von 29,6 Mrd € (Vorjahr: 35,8 Mrd €) sowie ein Buchwert von 30,6 Mrd € (Vorjahr: 35,8 Mrd €).

Bis zu den drei genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf –468 Mio € vor Steuern. Davon entfallen –64 Mio € auf Umwidmungen des Jahres 2009 (Vorjahr: –73 Mio €). Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2009 um weitere 973 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgewidmeten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Im Geschäftsjahr 2009 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 31 Mio € und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 20 Mio €.

Im Jahr 2009 sind für die umgewidmeten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 1.160 Mio € (Vorjahr: 392 Mio €) angefallen.

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.651	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	622	649
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	68	80
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	27	11
Gesamt	2.368	2.371

Im Rahmen der Erstkonsolidierung der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH erhöhten sich die Firmenwerte im ersten Quartal 2009 um 20 Mio €.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.577 Mio € (Vorjahr: 1.577 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 33 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) auf das Segment Financial Markets und mit 41 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke „BHW“ in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die Marke „BHW“ ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 81 Mio € (Vorjahr: 86 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 53 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2008	1.642	935	82	122	2.781
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	41	5	10	56
Umbuchungen	–	60	36	–96	0
Abgänge	–	28	–	2	30
Endbestand 31.12.2008	1.642	1.008	123	34	2.807
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	20	24	5	25	74
Umbuchungen	–	5	2	–7	0
Abgänge	–	16	3	2	21
Endbestand 31.12.2009	1.662	1.021	127	50	2.860

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2008	11	328	27	0	366
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Planmäßige Abschreibungen	-	57	16	23	96
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	26	-	-	26
Endbestand 31.12.2008	11	359	43	23	436
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	55	19	-	74
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	1	-1	-	0
Abgänge	-	16	2	-	18
Endbestand 31.12.2009	11	399	59	23	492
Buchwert 31.12.2008	1.631	649	80	11	2.371
Buchwert 31.12.2009	1.651	622	68	27	2.368

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2009
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	20	-	-	-	1.651
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	649	24	-	4	55	622
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	80	5	1	3	19	68
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	11	25	2	-7	0	27
Gesamt	2.371	74	3	0	74	2.368

Im Geschäftsjahr 2009 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,1 Mio € aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 2,7 %.

Zum 31. Dezember 2009 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 5 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 22 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(25) Sachanlagen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Grundstücke und Gebäude	686	721
Betriebs- und Geschäftsausstattung	142	141
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10	17
Gesamt	838	879

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2008	1.079	500	11	1.590
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Zugänge	–	41	13	54
Umbuchungen	1	6	–7	0
Abgänge	9	70	0	79
Endbestand 31.12.2008	1.071	477	17	1.565
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Zugänge	1	39	4	44
Umbuchungen	–	9	–9	0
Abgänge	–	77	2	79
Endbestand 31.12.2009	1.072	449	10	1.531

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2008	311	352	–	663
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	41	50	–	91
Zugänge	–1	–1	–	–2
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	1	65	–	66
Endbestand 31.12.2008	350	336	–	686
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	43	46	–	89
Zugänge/ Zuschreibungen	–7	–	–	–7
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	75	–	75
Endbestand 31.12.2009	386	307	–	693
Buchwert 31.12.2008	721	141	17	879
Buchwert 31.12.2009	686	142	10	838

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2009 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Zuschreibungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2009 Mio €
Grundstücke und Gebäude	721	1	0	0	7	43	686
Betriebs- und Geschäftsausstattung	141	40	2	9	–	46	142
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17	4	2	–9	–	–	10
Gesamt	879	45	4	0	7	89	838

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen aus Grundstücken und Gebäuden.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	709	711
Kumulierte Abschreibungen	308	288
Buchwert	401	423

(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Investment Property	102	102	29	29

Die Buchwerte Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2009 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2009 Mio €
Investment Property	73	–	–	–	–	73

Die Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt dar:

	Fremdnutzung %	Mieteinnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußerbarkeit Mio €	Eingang von Veräußerungserlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	4	1	–	–	–

Im Geschäftsjahr 2008 stellten sich die Investment Property wie folgt dar:

	Fremdnutzung %	Mieteinnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußerbarkeit Mio €	Eingang von Veräußerungserlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	1	1	–	–	–

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio €.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	280	162
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	311	536
steuerliche Verlustvorträge, davon	241	327
inländisch	–	–
ausländisch	241	327
	552	863
Gesamt	832	1.025

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	58	220
Risikovorsorge	79	21
Handelsaktiva	–	–
Hedging-Derivate	21	22
Finanzanlagen	347	367
Sachanlagen	13	9
Sonstige Aktiva	125	157
Passivposten		
Verbindlichkeiten	8	53
Handelsspassiva	4.240	2.330
Hedging-Derivate	368	533
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	63	70
Andererückstellungen	86	60
Sonstige Passiva	7	–
	5.415	3.842
Steuerliche Verlustvorträge	241	327
Saldierung mit passiven latenten Steuern	5.104	3.306
Gesamt	552	863

Zum 31. Dezember 2009 wurde auf temporäre Differenzen/steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 86 Mio € kein latenter Steueranspruch angesetzt.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)



Für das Jahr 2009 wurden trotz Verlusten im laufenden Jahr und im Vorjahr 434 Mio € latente Steueransprüche aktiviert. Die Werthaltigkeit wird damit begründet, dass zukünftig mit zu versteuernden Ergebnissen zu rechnen ist, die höher als die Ergebniseffekte der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind.

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	478	452
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	107	116
Forderungen an Finanzbehörden	14	12
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	13	12
Übrige	133	78
Gesamt	745	670

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 346 Mio € (Vorjahr: 323 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 46 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

In dem Posten Übrige sind aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten in Höhe von 59 Mio € enthalten. Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt jeweils zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

Bestände in Höhe von 471 Mio € (Vorjahr: 377 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	468	2.043
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	28.434	42.700
	28.902	44.743
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	1.289	1.533
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.127	16.514
	10.416	18.047
Gesamt	39.318	62.790

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 546 Mio € (Vorjahr: 368 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.164 Mio € (Vorjahr: 10.689 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 35,0 Mrd € (Vorjahr: 57,7 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 4,3 Mrd € (Vorjahr: 5,1 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2009 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 7,1 Mrd € (Vorjahr: 14,8 Mrd €).

In der Berichtsperiode kam es bei einem Darlehensvertrag zum Eintritt einer Vertragsbedingung, wonach der Darlehensgeber die vollständige Rückzahlung des Kredits in Höhe von 25 Mio € verlangen kann. Bis zum Aufstellungszeitpunkt des Abschlusses hat der Kreditgeber keine vorzeitige Rückzahlung des Darlehens verlangt. Die Postbank geht von einer Neuregelung des Darlehensverhältnisses im ersten Quartal 2010 aus.

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	48.876	34.663
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	177	361
	49.053	35.024
Bauspareinlagen	16.341	16.196
darunter: auf gekündigte Verträge	72	67
darunter: auf zugeteilte Verträge	6	6
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	33.569	26.891
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33.025	39.361
	66.594	66.252
Gesamt	131.988	117.472
Inländische Kunden	125.982	110.293
Ausländische Kunden	6.006	7.179
Gesamt	131.988	117.472

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 3.099 Mio € (Vorjahr: 476 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 33.907 Mio € (Vorjahr: 32.729 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 46,5 Mrd € (Vorjahr: 51,4 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 85,5 Mrd € (Vorjahr: 66,1 Mrd €).

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	1.735	–
Hypothekendarlehen	4.237	3.675
Sonstige Schuldverschreibungen	10.750	12.667
Gesamt	16.722	16.342

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 5.450 Mio € (Vorjahr: 5.625 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.067 Mio € (Vorjahr: 6.897 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 15,6 Mrd € (Vorjahr: 13,7 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 1,1 Mrd € (Vorjahr: 2,7 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 706 Mio € (Vorjahr: 302 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	19.229	14.638
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	2.223	1.577
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	982	772
Gesamt	22.434	16.987

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 16.553 Mio € (Vorjahr: 11.335 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	30	38
	30	38
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	128	117
	128	117
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.775	2.357
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–
	1.775	2.357
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	68
Nachrangkapital	65	113
	118	181
Gesamt	2.051	2.693

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.685 Mio € (Vorjahr: 2.270 Mio €) fällig.

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember				
	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	728	660	698	773	73
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	815	733	729	824	761
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.543	1.393	1.427	1.597	834
Zeitwert des Planvermögens	–470	–392	–392	–381	–59
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (–)	31	148	108	–101	–190
Nettopensionsrückstellungen	1.104	1.149	1.143	1.115	585

	Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung	
	2009 Mio €	2008 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.393	1.427
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	22	25
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Zinsaufwand	79	78
Erbrachte Pensionsleistungen	–77	–84
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	5	–2
Planabgeltungen	–	–
Transfers	2	–1
Veränderung Konsolidierungskreis	–2	–
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+)	118	–53
Währungseffekte	–	–
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.543	1.393

	Entwicklung des Planvermögens	
	2009 Mio €	2008 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	392	392
Arbeitgeberbeiträge	68	7
Arbeitnehmerbeiträge	–	–
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	17	16
Gewinne (+)/Verluste (–) aus dem Planvermögen	10	–6
Erbrachte Pensionsleistungen	–17	–17
Transfers	–	–
Veränderung Konsolidierungskreis	–	–
Planabgeltungen	–	–
Währungseffekte	–	–
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	470	392

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus Pensionskassenverträgen (70 %, Vorjahr: 81 %), festverzinslichen Wertpapieren (25 %, Vorjahr: 12 %), anderen Vermögenswerten (3 %, Vorjahr: 6 %) und Aktien (2 %, Vorjahr: 1 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

	Gewinne und Verluste aus Planvermögen				
	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	27	10	10	15	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	17	16	17	16	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) des Planvermögens	10	–6	–7	–1	3

	Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen				
	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Verpflichtungen	–20	0	33	–12	–13
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Verpflichtungen	–98	53	177	91	–60
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–) aus Verpflichtungen	–118	53	210	79	–73

	Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen	
	2009 Mio €	2008 Mio €
Stand 1. Januar	1.149	1.143
Pensionsaufwand	81	78
Erbrachte Pensionsleistungen	–60	–67
Arbeitgeberbeiträge	–68	–7
Arbeitnehmerbeiträge	2	3
Veränderung des Konsolidierungskreises	–2	–
Transfers	2	–1
Währungseffekte	–	–
Stand 31. Dezember	1.104	1.149

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2010 Zahlungen in Höhe von 56 Mio € erwartet, die auf direkt erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens entfallen. Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 5 Mio € erwartet.

	Pensionsaufwand	
	2009 Mio €	2008 Mio €
Dienstzeitaufwand	22	25
Zinsaufwand	79	78
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	–16	–16
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	5	–2
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (–)/Verluste (+)	–9	–7
Auswirkungen von Planabgeltungen	–	–
Sonstiges	–	–
Pensionsaufwand	81	78

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Im Jahr 2009 wurden 9 Mio € Gewinn (Vorjahr: 7 Mio €) ergebniswirksam erfasst.

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2009 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2009 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	715	–	126	4	173	758
Personalbezogene Rückstellungen	86	–	20	1	30	95
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	48	–	6	14	14	42
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	3	–	1	–	–	2
Übrige	137	–	58	17	85	147
Gesamt	989	–	211	36	302	1.044

Die Zuführung zu den personalbezogenen Rückstellungen betreffen Restrukturierungsmaßnahmen.

Nach mehr als 12 Monaten sind 715 Mio € (Vorjahr: 685 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2009 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2009 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	544	94	–	143	593
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	92	16	–	8	84
für Zinssatzwechsel	71	15	–	17	73
Übrige	8	1	4	5	8
Gesamt	715	126	4	173	758

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2009 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2009 Mio €
Tatsächliche Steuern	192	74	11	67	174
Latente Steuern ¹	1.091	–	2.158	1.372	305
Gesamt	1.283	74	2.169	1.439	479

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	290	305
Risikovorsorge	–	–
Handelsaktiva	3.312	1.921
Hedging-Derivate	65	110
Finanzanlagen	1.080	1.486
Sachanlagen	6	3
Sonstige Aktiva	272	167
Passivposten		
Verbindlichkeiten	150	111
Handelspassiva	–	–
Hedging-Derivate	–	–
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	11	8
Andere Rückstellungen	153	30
Sonstige Passiva	70	256
	5.409	4.397
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	5.104	3.306
Gesamt	305	1.091

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	231	243
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	118	189
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	68	79
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	55	56
Rechnungsabgrenzungsposten	54	45
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	50	52
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	43	54
Sonstige Verbindlichkeiten	92	108
Gesamt	711	826

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Deutschen Post AG wurden im Vorjahr gesondert ausgewiesen.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 49 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €) fällig.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.589	2.774
Hybride Kapitalinstrumente	1.681	1.687
Genussrechtskapital	1.224	1.237
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	13	38
Gesamt	5.507	5.736

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.241 Mio € (Vorjahr: 5.426 Mio €) fällig.

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.348 Mio € (Vorjahr: 3.597 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 119 Mio € (Vorjahr: 157 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 27 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 23 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €); sie werden im Posten Hybride Kapitalinstrumente erfasst.

Die Genusscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2009 beträgt insgesamt 58 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 45 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) werden dem Posten Genussrechtskapital direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.010 Mio € (Vorjahr: 2.183 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 329 Mio € (Vorjahr: 496 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 1.681 Mio € (Vorjahr: 1.687 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Das Nachrangkapital ist mit 4,8 Mrd € (Vorjahr: 4,4 Mrd €) festverzinslich sowie mit 0,7 Mrd € (Vorjahr: 1,3 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Eigenkapital

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.267	4.153
Währungsumrechnungsrücklage	-151	-151
Neubewertungsrücklage	-502	-724
Andere Rücklagen	2.614	3.278
Bilanzgewinn/-verlust	76	-886
Anteile im Fremdbesitz	4	3
Gesamt	5.251	4.952

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wird der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung vom 22. April 2009 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag von bis zu 164,1 Mio € durch Ausgabe von bis zu 65.640.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital I). Darüber hinaus wurde

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

das Grundkapital um bis zu 109.400.000 zur Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten bedingt erhöht (Bedingtes Kapital II).

In der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 21. Oktober 2010. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehende, bis zum 7. November 2009 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wird für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2009 Mio €	2008 Mio €
Stand 1. Januar	-724	-556
Bewertungsänderungen	106	-979
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	102	28
Available for Sale nicht gehedgt	4	-1.007
Bestandsänderungen	199	777
Impairment	56	136
davon Available for Sale	48	136
davon Loans and Receivables	8	-
Verkauf/Hedge-Auflösung	21	650
davon Available for Sale	-3	650
davon Loans and Receivables	24	-
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	122	-9
davon Available for Sale	51	11
davon Loans and Receivables	71	-20
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-83	34
Stand zum 31. Dezember	-502	-724

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden im Geschäftsjahr 77 Mio € (Vorjahr: 786 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 122 Mio € aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam aufgelöst (Vorjahr: -9 Mio €). Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 106 Mio € (Vorjahr: Reduzierung 979 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um -83 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €) auf einen Endbestand von 251 Mio € (Vorjahr: 334 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden ¹		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konsolidierung		Konzern ¹	
	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Zinsüberschuss	2.141	2.226	543	386	1	4	125	162	-496	-281	91	-2	2.405	2.495
Handelsergebnis	-32	25	-140	-92	-	-	47	-6	-282	-325	-91	9	-498	-389
Finanzanlageergebnis	-	-2	-51	-241	-	-	-21	-110	-76	-895	-	-1	-148	-1.249
Provisionsüberschuss	1.113	1.178	104	107	322	340	27	57	-42	-33	-195	-218	1.329	1.431
Gesamterträge	3.222	3.427	456	160	323	344	178	103	-896	-1.534	-195	-212	3.088	2.288
Verwaltungsaufwand	-2.136	-2.220	-180	-171	-317	-312	-90	-92	-922	-973	781	799	-2.864	-2.969
Risikoversorge	-345	-304	-300	-143	-	-	-33	-22	-	-29	-	-	-678	-498
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	29	26	-2	1	33	16	5	-3	577	662	-586	-587	56	115
Ergebnis	770	929	-26	-153	39	48	60	-14	-1.241	-1.874	0	0	-398	-1.064
Externe Erträge	3.204	3.411	453	156	142	155	177	81	-883	-1.501				
Intersegmenterträge	18	16	3	4	181	189	1	22	-13	-33				
Planmäßige Abschreibungen	-19	-21	-1	-1	-6	-2	-2	-2	-110	-116				
Wertminderungen	-19	-21	-1	-1	-6	-2	-2	-2	-135	-160				
Wertaufholungen	0	2	0	0	0	0	0	0	7	0				
Cost Income Ratio (CIR)	66,3%	64,8%	39,5%	106,9%	98,1%	90,7%	50,6%	89,3%	-	-			92,7%	129,8%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	34,9%	41,9%	-4,8%	-37,4%			8,1%	-2,2%	-78,6%	-145,9%			-7,8%	-23,3%
Segmentvermögenswerte	89.882	87.048	34.679	28.650	399	351	30.710	31.437	101.506	115.812	-30.567	-32.079	226.609	231.219
Segmentverbindlichkeiten	119.754	107.579	29.684	23.023	399	351	28.379	27.113	78.960	105.232	-30.567	-32.079	226.609	231.219

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in dem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des Teilkonzerns BHW, der Postbank Filialvertrieb AG und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zusammen. Außerdem wird in den Abschlüssen des Geschäftsjahres 2009 erstmals das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar.

Außerdem gehören Factoring und Leasing sowie Logistikfinanzierungen zu diesem Geschäftsbereich.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital Corp., der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Niederlassung London und des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank International S.A. zusammen.

Das Geschäftsfeld Transaction Banking bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Dem Geschäftsfeld Financial Markets sind neben den Eigenhandelsaktivitäten ferner die aus Luxemburg geführten Aktivitäten der Deutschen Postbank International S.A. (abzüglich des Firmenkundengeschäfts) sowie die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement für verschiedene Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds zugeordnet (Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH (PPI) und Deutsche Postbank Financial Services GmbH). Die im dritten Quartal 2009 veräußerte PPI wird mit dem bis zu diesem Zeitpunkt erzielten Ergebnis im Segment Financial Markets berücksichtigt. Das Segment Übrige enthält den Verkaufserlös aus dieser Transaktion.

Konsolidierungen weisen wir in den Abschlüssen des Geschäftsjahres 2009 erstmals gesondert aus. Sie beinhalten die Konzernkonsolidierung abzüglich der innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen.

Das Segment Übrige enthält nicht den Geschäften zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Ergebnis des Eigengeschäfts. Der negative Zinsüberschuss resultiert u. a. aus Dispositionen von Anlage- und Handelsbeständen, dem Bilanzstrukturmanagement, dem bis einschließlich 2004 geltenden Transfer-Pricing-System sowie dem Erwerb der BHW Gruppe und des Filialvertriebs. Die nachstehende Tabelle enthält weitere wesentliche Ergebnis-komponenten dieses Segments.

	2009 Mio €	2008 Mio €
Handelsergebnis	-282	-325
davon		
Ergebnis aus eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten	-468	-645
Ergebnis aus kapitalgarantierten Schuldscheinanleihen (CPPI-Strukturen)	33	-133
Sonstige Schuldscheinanleihen	-	-31
Bilanzstrukturmanagement	100	554
Sonstige Positionen	53	-70
Finanzanlageergebnis	-76	-895
davon		
Ergebnis aus strukturierten Kreditprodukten	-90	-82
Sonstige Schuldverschreibungen	-66	-107
Abschreibungen auf Publikumsfonds	-30	-97
Verkauf Kreditportfolio BHW Bank	-	30
Abbau Aktienportfolio	-	-576
Sonstige Positionen	110	-63
Verwaltungsaufwand	-922	-973
davon		
Kosten von Querschnittseinheiten	-329	-240
Service und IT-Leistungen	-424	-456
Sonstige Positionen	-169	-277
Sonstige Erträge/Aufwendungen	577	662
davon		
Service und IT-Leistungen	419	456
Sonstige Positionen	158	206

Aus der Erfassung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Konsolidierung sowie aus der Zuordnung der Vermögenspositionen aus der Kaufpreisallokation des BHW auf das Segment Retail Banking

ergibt sich im Vergleich zum Geschäftsbericht 2008 eine Veränderung der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten im Segment Übrige.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Die Höhe der Risikoversorge im Kreditgeschäft bemisst sich in den Abschlüssen des Geschäftsjahres 2009 erstmals nach der tatsächlich vorgenommenen Risikoversorge. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Die retrospektive Anpassung der Risikoversorge des Jahres 2008 in Höhe von 90 Mio € wirkt sich im Vorsteuerergebnis des Segments Firmenkunden aus.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände enthalten keine außerplanmäßigen Abschreibungen (Vorjahr: 23 Mio €). Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) vorgenommen. Die außerplanmäßigen Abschreibungen wirken sich im Segment Übrige aus.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Zuordnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Dazu werden den Geschäftsfeldern neben den Bilanzposten der Töchter die Aktiva und Passiva aus Kundenprodukten verursachungsgerecht zugeordnet. Aus den in der Marktzinsmethode verwendeten kalkulatorischen Bewertungszinsen ergeben sich keine zusätzlichen kalkulatorischen Vermögenspositionen. Daher sind die ausgewiesenen Volumen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den Segmenten nicht ausgeglichen. Das Segment Übrige enthält Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der nicht den operativen Segmenten zugeordneten Töchter sowie der Deutschen Postbank AG, z. B. Positionen aus dem Eigengeschäft.

Neben den bereits genannten Modifikationen werden die Segmente Firmenkunden und Retail Banking in den Abschlüssen des Geschäftsjahres 2009 erstmals mit einem negativen Zinskonditionsbeitrag aus dem Bargeldbestand in den Schalterkassen und Geldautomaten belastet. Weitere Modifikationen sind im Rahmen der verursachungsgerechten Zuordnung von Erträgen aus dem Kartenbezahlerfahren sowie von Aufwendungen aus der Vermittlung von Krediten durch den Drittvertrieb innerhalb des Segments Retail Banking vorgenommen worden.

Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Aus den genannten Anpassungen exklusive der retrospektiven Anpassung der Risikoversorge in der Segmentberichterstattung haben sich im Jahr 2008 im Ergebnis vor Steuern folgende Änderungen ergeben: Retail Banking: 17 Mio €, Firmenkunden: –5 Mio €, Übrige: –12 Mio €.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	2.703	2.749
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	414	404
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	553	596
Transaction Banking Insourcing (Provisionsüberschuss)	141	150
Übriges	–723	–1.611
Summe Erträge	3.088	2.288

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugeordnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Kapitalmarktkrise.

Die Ermittlung der Ergebnisse der geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Das Segment Übrige enthält die Einheiten der Regionen Europa, USA (PB Capital) und Asien (Postbank Home Finance). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A. und Deutsche Postbank Vermögensmanagement S.A. sowie die Niederlassungen des BHW in Italien, Luxemburg und Belgien sind Bestandteil der Region Europa. Die Ergebnisse des Vorjahres werden insbesondere aufgrund der Phasenverschiebung der Risikoversorge angepasst.

Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten, inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Regionen werden vollständig auf die Bilanzsumme übergeleitet. Die Vorjahreswerte sind entsprechend angepasst.

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern ¹	
	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Deutschland	189.399	192.908	189.399	192.908	2.892	2.391	–312	–797
Übrige	37.210	38.311	37.210	38.311	196	–103	–86	–267
Europa	29.077	30.241	29.077	30.241	267	123	96	40
USA	7.483	7.505	7.483	7.505	–93	–242	–195	–317
Asien	650	565	650	565	22	16	13	10
Gesamt	226.609	231.219	226.609	231.219	3.088	2.288	–398	–1.064

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien.

	Langfristige Vermögenswerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Deutschland	3.269	3.313
Übrige	10	10
Europa	6	6
USA	3	3
Asien	1	1
Gesamt	3.279	3.323

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.105	1.296
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	9.857	11.142
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.641	3.610
Sonstige Verpflichtungen	12.107	12.063
Gesamt	23.069	24.501

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Während die Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 vorgenommen wird, ordnet die Postbank die zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 7 wie folgt zu:

Level 1:

Hierunter werden börsennotierte Wertpapiere und börsengehandelte Derivate sowie sämtliche Devisenkassageschäfte dargestellt.

Level 2:

Hier werden Finanzinstrumente ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Inputparameter zur Fair Value-Ermittlung ausschließlich am Markt beobachtbar sind. Dies sind u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuld-scheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von beobachtbaren Zins- und Spreadkurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Hier werden Finanzinstrumente ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Inputparameter zur Fair-Value-Ermittlung nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu den entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		31.12.2009			
		Ausweis des Fair Value erfolgt in			
Klassen	31.12.2009 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €	
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through profit or loss (FVTPL)					
Handelsaktiva	20.471	579	19.885	7	
Heging-Derivate	520	0	520	0	
Forderungen an Kunden	8.635	0	8.635	0	
davon private Baufinanzierungen	8.635	0	8.635	0	
davon Bauspardarlehen	0	0	0	0	
davon gewerbliche Kredite	0	0	0	0	
davon Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0	
davon Ratenkredite	0	0	0	0	
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0	
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale					
Finanzanlagen	12.885	6.793	2.831	3.261	
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	
davon Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	0	0	
davon Tagesgelder	0	0	0	0	
davon Darlehen	0	0	0	0	
davon Namensschuldverschreibungen	0	0	0	0	
davon Termingelder	0	0	0	0	
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0	
Summe	42.511	7.372	31.871	3.268	

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		31.12.2009		
		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2009 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through profit or loss (FVtPL)				
Handelspassiva	22.434	2	21.326	1.106
Hegging-Derivate	2.051	0	2.051	0
Summe	24.485	2	23.377	1.106

Die Finanzinstrumente der Handelsaktiva, Handelspassiva sowie die Hedging-Derivate werden zum überwiegenden Teil mit Bewertungsmethoden bewertet, die dem Level 1 bzw. Level 2 zuzuordnen sind. Abspaltungspflichtige eingebettete Derivate aus strukturierten Kreditprodukten werden ebenfalls der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva zugeordnet, allerdings erfolgt die Bewertung hier mit Bewertungsmodellen, die dem Level 3 zuzuordnen sind. Sofern für die Finanzinstrumente ein öffentlich notierter Marktpreis an einem aktiven Markt vorliegt, erfolgt eine Bewertung anhand dieses am aktiven Markt notierten Preises (IAS 39.AG71) und somit eine Zuordnung zu Level 1 gemäß IFRS 7. Liegt ein solcher Preis für das Finanzinstrument nicht vor, erfolgt die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments aus der jüngsten Vergangenheit bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten (IAS 39.AG72). Für Anhangszwecke werden so bewertete Finanzinstrumente in Level 2 gemäß IFRS 7 dargestellt. Sind keine Vergleichsinformationen verfügbar, so erfolgt die Bewertung anhand von nachfolgend genannten Bewertungsmodellen (IAS 39.AG73 ff.). Ein großer Teil der o. g. Finanzinstrumente wird mit sogenannten Discounted-Cashflow-Methoden bewertet. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spreadkurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten. Da die Bewertungsparameter der Bewertungsmodelle für die o.g. Finanzinstrumente im Wesentlichen auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, erfolgt ebenfalls eine Darstellung dieser Finanzinstrumente nach Level 2.

Die Fair Value Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches angewandt. Die Ermittlung des Fair Values erfolgt anhand eines Discounted-Cashflow-Verfahrens. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risikoaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Die Finanzanlagen der IFRS-Bewertungskategorie „Available for Sale“ werden in der Regel anhand von veröffentlichten Transaktions- oder Börsenkursen bewertet und somit grundsätzlich für Anhangszwecke Level 1 zugeordnet. Liegen diese Kurse nicht vor, so erfolgt eine Bewertung anhand von Bewertungsmethoden (in der Regel Discounted Cashflow). In Abhängigkeit der verwendeten Bewertungsparameter erfolgt eine Zuordnung der Bewertungsmethode und der daraus resultierenden Fair Values zu Level 2 oder Level 3.

Aufgrund der eingeschränkten Liquidität der Märkte fehlen insbesondere für strukturierte Kreditprodukte (Verbriefungsprodukte) vielfach marktnahe Indikationen. Da derzeit keine verifizierbaren indikativen Kurse vorliegen, wird daher bei der Ermittlung der Fair Values für strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z.B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, ein internes Bewertungsverfahren eingesetzt. Für synthetisch strukturierte Kreditprodukte ist das eingebettete Derivat abzuspalten und seine Wertveränderung im Handelsergebnis auszuweisen. Die Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivatives erfolgt dabei ebenfalls mit diesem internen Simulationsmodell. Das Modell basiert auf der Discounted-Cashflow-Methode (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector), welches auf der Berechnung einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verbriefungsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefungen prognostiziert und mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angeordnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des Erwarteten Verlusts (RMBS/Retail) festgelegt. Das Modell verwendet aktuelle Ratings als Ausgangspunkt und von der Seniorität der Underlyings abhängige Recovery Rates, um die Verluste zu modellieren. Zur Modellierung von Verlusten bei RMBS werden – sofern verfügbar – aktuelle, detaillierte Informationen zu Delinquencies herangezogen. Neben aktuellen Zinssätzen und Währungskursen werden auch Liquiditätsspreads abhängig von aktuellen Marktverhältnissen, u. a. über iTraxX bzw. CDX, festgelegt. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die Finanzinstrumente, die nach diesem IAS 39 konformen Bewertungsverfahren bewertet werden, werden als Level-3-Fair-Values ausgewiesen. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Aufgrund der von der Postbank beobachteten Aktivität für die Marktsegmente europäische Staatsanleihen, Pfandbriefe, Banken- und Unternehmensanleihen im dritten bzw. vierten Quartal lagen im Geschäftsjahr 2009 für diese finanziellen Vermögenswerte signifikante Transfers zwischen Level 1 und Level 2 vor. Während die Postbank bis zu den o. g. Zeitpunkten die genannten Marktsegmente anhand eines internen Bewertungsmodells bewertet hat, erfolgt nun eine Bewertung zu beobachtbaren Marktpreisen. Somit erfolgte für einen Nominalbestand von 1,0 Mrd € mit einem Fair Value von 1,0 Mrd € eine

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Umgliederung von Level 2 in Level 1. Weitere signifikante Transfers zwischen Level 1 und Level 2 lagen im Geschäftsjahr 2009 nicht vor.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind. Auf der Passivseite werden nur die Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen einer Fair-Value-Bewertung, die Level 3 zuzuordnen ist, unterzogen. Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
31.12.2009						
Ausweis des Fair Value nach Level 3						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an KI Mio €	Mio €
Anfangsbestand	10	0	0	3.280	0	3.290
Summe Gewinne oder Verluste	-3	0	0	165	0	162
in GuV	-3	0	0	4	0	1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	161	0	161
Erwerbe	0	0	0	95	0	95
Veräußerungen	0	0	0	-72	0	-72
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-181	0	-181
Wechselkurseffekte	0	0	0	-26	0	-26
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	7	0	0	3.261	0	3.268
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	10	0	0	-2	0	8

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten sind Rückzahlungen bzw. Tilgungen der Forderungsbestände sowie Wechselkurseffekte. Dem gegenüber stehen erworbene Vermögenswerte (Underlyings) aus einer Vertriebsstruktur, sodass sich der Bestand insgesamt um rund 22 Mio € reduziert.

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte				
31.12.2009				
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewertungs- rücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	-3	4	0	161
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren.	10	-2	0	135

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		31.12.2009		
		Ausweis des Fair Value nach Level 3		
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €	
Eröffnungsbilanz	702	0	702	
Summe Verluste	0	0	0	
in GuV	498	0	498	
Erwerbe	0	0	0	
Veräußerungen	-61	0	-61	
Emissionen	0	0	0	
Rückzahlungen	-33	0	-33	
Transfers aus Level 3	0	0	0	
Transfers in Level 3	0	0	0	
Endbestand	1.106	0	1.106	
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-454		-454	

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für diese Entwicklung der dem Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten sind die negativen Fair-Value-Bewertungsergebnisse, die sich bei den strukturierten Kreditprodukten in voller Höhe auf die eingebetteten Derivate (diese sind den Handelsspassiva zugeordnet) auswirken.

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2009		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handelsergebnis Mio €	Hedge-Ergebnis Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	498	0
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	-454	0

Bei der Ermittlung der Fair Values mittels des internen Bewertungsmodells für strukturierte Kreditprodukte werden neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Eine Verschlechterung (Verbesserung) der ausfallbedingten Beeinträchtigungen durch Änderung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Underlyings um einen Ratingklassen-Notch würde einen Rückgang (Anstieg) der Fair Values der mittels des internen Bewertungsmodells bewerteten Bestände (nominal rund 3,7 Mrd €) um ca. 6,3% (ca. 4,9%) bewirken. Eine Veränderung der herangezogenen Liquiditätsspreads um 1 Basispunkt nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values um ca. 3,2 Basispunkte bewirken.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2009		31.12.2008 ¹	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	4.534	4.534	3.417	3.417
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	14.467	14.360	18.616	18.424
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	102.408	107.406	96.713	100.099
Risikovorsorge	-1.641	-1.641	-1.323	-1.323
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	59.401	58.116	68.859	67.754
Finanzanlagen (Held to Maturity)	73	73	186	186
	179.242	182.848	186.468	188.557
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	39.318	39.198	62.790	62.476
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	131.988	132.817	117.472	118.009
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	22.229	21.545	22.078	20.496
	193.535	193.560	202.340	200.981

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

Erläuterungen	2009 Mio €	2008 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (7)		
Loans and Receivables	7.547	8.195
Available for Sale	386	1.403
Held to Maturity	5	24
Liabilities at amortised cost	-4.799	-7.240
Nettogewinne und -verluste (10), (11)		
Held for Trading	-471	-394
Designated as at Fair Value	-20	11
Loans and Receivables	-109	-456
Available for Sale	-44	-786

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Aktiva	39.439	50.489	179.421	173.618	218.860	224.107
Loans and Receivables	26.221	33.935	150.055	150.253	176.276	184.188
Forderungen an Kreditinstitute	547	863	13.920	17.753	14.467	18.616
Forderungen an Kunden	2.079	1.754	100.329	94.959	102.408	96.713
Finanzanlagen	23.595	31.318	35.806	37.541	59.401	68.859
Available for Sale	3.866	7.290	9.019	6.791	12.885	14.081
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	68	–	68
Finanzanlagen	3.866	7.290	9.019	6.723	12.885	14.013
Held to Maturity	–	–	73	186	73	186
Finanzanlagen	–	–	73	186	73	186
Held for Trading	197	185	20.274	16.388	20.471	16.573
Handelsaktiva	197	185	20.274	16.388	20.471	16.573
Fair-Value-Option	8.635	8.605	–	–	8.635	8.605
Forderungen an Kunden	8.635	8.605	–	–	8.635	8.605
Hedging-Derivate	520	474	–	–	520	474
Passiva	14.138	12.117	203.882	209.903	218.020	222.020
Liabilities at amortised cost	11.105	8.652	182.430	193.688	193.535	202.340
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546	368	38.772	62.422	39.318	62.790
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.099	476	128.889	116.996	131.988	117.472
Verbrieftete Verbindlichkeiten	5.450	5.625	11.272	10.717	16.722	16.342
Nachrangkapital	2.010	2.183	3.497	3.553	5.507	5.736
Held for Trading	982	772	21.452	16.215	22.434	16.987
Handelspassiva	982	772	21.452	16.215	22.434	16.987
Hedging-Derivate	2.051	2.693	–	–	2.051	2.693

(44) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-Swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Derivate des Handelsbestands	802.735	665.517	19.287	15.853	22.434	16.987
Hedging-Derivate	39.331	46.557	520	474	2.051	2.693
Gesamt	842.066	712.074	19.807	16.327	24.485	19.680

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	6.561	4.858	90	168	85	106
Devisenswaps	21.209	32.129	111	907	235	859
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	27.770	36.987	201	1.075	320	965
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	676.514	601.810	18.904	14.405	20.694	15.034
Cross Currency Swaps	577	384	15	59	11	10
Forward Rate Agreements	81.591	12.028	18	18	25	11
OTC-Zinsoptionen	934	866	7	3	4	3
Sonstige zinsgebundene Verträge	884	117	5	1	7	1
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	8.502	4.938	–	–	–	–
Zinsoptionen	70	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	769.072	620.143	18.949	14.486	20.741	15.059

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	193	337	2	20	19	11
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	–	5	–	–	–	–
Aktien-/Indexoptionen	141	25	6	1	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	334	367	8	21	19	11
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	5.559	8.020	129	271	1.354	952
Gesamtbestand Kreditderivate	5.559	8.020	129	271	1.354	952
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	802.735	665.517	19.287	15.853	22.434	16.987
davon Derivate des Bankbuchs	39.827	29.051	450	459	2.223	1.576
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	31.728	24.994	197	185	982	772
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	37.834	41.967	469	346	2.024	2.641
Cross Currency Swaps	595	1.068	50	117	21	51
Credit Default Swaps	478	169	1	11	6	1
Zinsfutures	424	3.353	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	39.331	46.557	520	474	2.051	2.693
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	842.066	712.074	19.807	16.327	24.485	19.680

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen
Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Hedging-Derivate				
	Positive Marktwerte 31.12.2009 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2009 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2008 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	161	113	346	391
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23	60	20	32
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	5	54	61	58
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	8	8	116	139
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	56	9	187	162
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	19	12	156	178
mehr als 5 Jahre	248	218	1.165	1.733
	520	474	2.051	2.693

Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs				
	Positive Marktwerte 31.12.2009 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2008 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2009 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2008 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	4.791	4.736	5.452	5.251
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	374	356	429	401
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	543	404	688	467
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	881	456	1.232	537
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.414	659	2.048	788
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	888	958	1.306	1.310
mehr als 5 Jahre	10.396	8.284	11.279	8.233
	19.287	15.853	22.434	16.987

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	19.480	15.994	23.103	18.769
Öffentliche Stellen in der OECD	–	–	–	–
Sonstige Kontrahenten in der OECD	325	305	829	564
Nicht OECD	2	28	553	347
	19.807	16.327	24.485	19.680

(45) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	22.117	21.492
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	–	10
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	–	10
Deckungspflichtiger Umlauf	22.117	21.512

(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €
Hypothekendarlehen Register A			
Nennwert	1.013	119	894
Barwert	1.091	126	965
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	1.181	895	286
Barwert	1.264	979	285
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.796	14.335	2.461
Barwert	17.936	15.638	2.298
Hypothekendarlehen Register D			
Nennwert	6.649	5.041	1.608
Barwert	7.243	5.495	1.748
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	2.380	1.728	652
Barwert	2.563	1.784	779
Deckungsmasse			
	31.12.2008 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2008 Mio €
Hypothekendarlehen Register A			
Nennwert	2.143	1.168	975
Barwert	2.267	1.211	1.056
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	2.957	2.482	475
Barwert	3.089	2.591	498
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.197	14.273	1.924
Barwert	17.284	15.430	1.854
Hypothekendarlehen Register D			
Nennwert	5.228	3.550	1.678
Barwert	5.669	3.802	1.867
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	0	0	0
Barwert	0	0	0

(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2009 Anzahl	31.12.2008 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.196	889
Zwangsverwaltungsverfahren	392	587
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	394	396

(48) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Fremdwährungsaktiva	22.440	34.670
Fremdwährungspassiva	22.548	34.734

(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Konzernebene sicher. Die ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 ¹ Mio €
Adressrisiken	57.738	60.615
Markttrisikopositionen	9.725	9.100
Operationelle Risiken	6.538	6.450
Gesamtanrechnungsbetrag	74.001	76.165
Kernkapital	4.906	4.837
darunter: Hybride Kernkapitalinstrumente	1.613	1.615
Ergänzungskapital	1.866	3.061
darunter: Genussrechtskapital	1.115	1.152
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.233	2.445
Drittangemittel	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	6.772	7.898
Kernkapitalquote in %	7,6	7,2
Gesamtkennziffer in %	9,2	10,4

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat am 24. Juli 2009 im Bundesgesetzblatt eine Änderung der Konzernabschlussüberleitungsverordnung (KonÜV) veröffentlicht. Auf Schuldtitel entfallende unrealisierte Gewinne und Verluste bleiben demnach für die aufsichts-

rechtliche Eigenmittelrechnung gemäß §§ 10 und 10a KWG unberücksichtigt. Diese Neuregelung ist seit dem Meldestichtag 30. Juni 2009 verbindlich anzuwenden.

(50) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2009 und 2008 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
	Allokiertes Risikokapital	
Kapital- und Risikokomponenten	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Marktpreisrisiken	2.781	2.884
Kreditrisiken	2.200	1.191
Operationelle Risiken	560	635
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	126	126
Kollektivrisiken	1.000	1.000
Geschäftsrisiken	1.893	1.893
Summe vor Diversifikation	8.560	7.729
Diversifikationseffekte	1.456	1.332
Summe nach Diversifikation	7.104	6.397
Freie Risikodeckungsmasse	6.340	4.358
Risikodeckungsmasse gesamt	13.444	10.755

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(51) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2009:

	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.139	5.102	1.145	585	329	655	929	1.583	14.467
Forderungen an Kunden	4.356	15.534	7.089	8.337	9.208	8.611	10.062	47.846	111.043
Handelsaktiva	2	4.829	526	718	1.012	1.511	959	10.914	20.471
Hedging-Derivate	–	161	23	5	8	56	19	248	520
Finanzanlagen	1	2.224	5.149	7.912	9.907	7.326	5.862	33.978	72.359
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	103	172	1	–	4	–	280
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	161	53	50	36	94	158	552
Sonstige Aktiva	95	88	91	41	35	82	32	281	745
Gesamt	8.593	27.938	14.287	17.823	20.550	18.277	17.961	95.008	220.437
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.757	11.320	15.077	1.147	1.539	1.797	679	6.002	39.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.385	61.493	4.204	1.624	2.037	3.091	5.126	22.028	131.988
Verbriefte Verbindlichkeiten	232	5.159	3.264	785	670	1.847	2.748	2.017	16.722
Handelspassiva	1	5.451	429	688	1.232	2.048	1.306	11.279	22.434
Hedging-Derivate	2	344	20	61	116	187	156	1.165	2.051
Rückstellungen	18	89	279	282	245	191	167	877	2.148
Pensionsrückstellungen	–	20	37	96	74	73	72	732	1.104
Sonstige Rückstellungen	18	69	242	186	171	118	95	145	1.044
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	52	109	0	–	13	–	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	65	38	16	12	74	100	305
Sonstige Passiva	225	232	205	16	6	4	2	21	711
Nachrangkapital	81	29	112	319	262	321	244	4.139	5.507
Gesamt	34.701	84.117	23.707	5.069	6.123	9.498	10.515	47.628	221.358

141

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note 44 ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2008:

	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	3.176	8.236	2.052	597	603	332	1.440	2.248	18.684
Forderungen an Kunden	3.134	15.247	8.360	6.823	7.415	7.805	9.319	47.215	105.318
Handelsaktiva	2	2.934	426	501	630	681	997	10.402	16.573
Hedging-Derivate	–	113	60	54	8	9	12	218	474
Finanzanlagen	–	6.708	5.696	7.692	9.928	8.618	7.064	37.352	83.058
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	158	–	–	–	4	–	162
Latente Ertragsteueransprüche ¹	4	–	–	148	288	1	152	270	863
Sonstige Aktiva	98	118	77	45	37	37	30	228	670
Gesamt	6.414	33.356	16.829	15.860	18.909	17.483	19.018	97.933	225.802
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.576	40.837	7.688	810	1.080	1.428	1.629	5.742	62.790
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25.263	48.962	10.518	1.298	2.096	3.155	5.127	21.053	117.472
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	4.969	4.476	2.252	382	307	1.827	2.129	16.342
Handelspassiva	–	5.251	401	467	537	788	1.310	8.233	16.987
Hedging-Derivate	–	391	32	58	139	162	178	1.733	2.693
Rückstellungen	18	80	261	291	218	183	160	927	2.138
Pensionsrückstellungen	–	19	36	92	71	70	69	792	1.149
Sonstige Rückstellungen	18	61	225	199	147	113	91	135	989
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	4	2	19	72	83	–	12	–	192
Latente Ertragsteuerverpflichtungen ¹	5	–	148	57	327	–	348	206	1.091
Sonstige Passiva	235	274	253	17	11	6	8	22	826
Nachrangkapital	113	136	61	109	322	266	314	4.415	5.736
Gesamt	29.214	100.902	23.857	5.431	5.195	6.295	10.913	44.460	226.267

(52) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten nachrangige Vermögenswerte in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß §16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e. V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, Mitglied des „Verbands Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Deutschen Postbank AG aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	26	21
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	21	17
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	19	16
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	16	14
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	16	12
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	50	59
Gesamt	148	139

Darüber hinaus bestehen jährliche Verpflichtungen der Postbank Filialvertrieb AG aus Mieten und Mietnebenkosten in Höhe von 87 Mio € (Vorjahr: 85 Mio €).

(54) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	71	61
Forderungen an Kunden	974	1.024
	1.045	1.085
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	489	513
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	46	45
Altenteilerrentenfonds	12	12
Zweckvermögen	498	515
	1.045	1.085

(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2009	Gesamt 2008
Vollzeitkräfte		
Beamte	6.192	6.460
Angestellte	11.235	11.419
	17.427	17.879
Teilzeitkräfte		
Beamte	915	940
Angestellte	2.592	2.603
	3.507	3.543
	20.934	21.422

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG, die seit dem 1. März 2009 einen maßgeblichen Einfluss auf die Postbank ausüben, sowie einer geringeren Anzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Postbank AG, die nicht im Postbank Konzern konsolidiert werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Post AG bezeichnet (bis zum 28. Februar 2009). Als nahestehende Personen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (o) „Rückstellungen“.

Die Geschäftsvorfälle gegenüber der Deutschen Post AG als Muttergesellschaft sowie die Beziehungen gegenüber deren Tochtergesellschaften als sonstige nahestehende Unternehmen werden bis zum 28. Februar 2009 dargestellt. Die nach dem 28. Februar 2009 angefallenen Aufwendungen und Erträge gegenüber der Deutschen Bank AG und gegenüber der Deutschen Post AG werden gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss auf die Deutsche Postbank AG gezeigt.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	609	–
	609	–
Forderungen an Kunden		
Deutsche Post AG	–	130
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	78	–
Tochtergesellschaften	10	12
	88	142

Die Forderungen an Kreditinstitute mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf Forderungen gegenüber der Deutschen Bank AG, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften.

Bei den Kundenforderungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss auf die Deutsche Postbank AG handelt es sich im Wesentlichen um Darlehen und Kontokorrentkredite an die Deutsche Post AG.

In den Kundenforderungen an Tochtergesellschaften sind im Wesentlichen Forderungen der Deutschen Postbank AG an die CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH und an die RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs-KG enthalten.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Handelsaktiva		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	2.555	–
	2.555	–
Hedging-Derivate		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	25	–
	25	–

Die Geschäfte aus Handelsaktiva und Hedging Derivaten entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Bank AG.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Finanzanlagen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	181	–
	181	–

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um von der Deutschen Bank AG begebene Anleihen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Post AG	–	35
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	9	–
Tochtergesellschaften	1	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	2
	10	38

Die sonstigen Aktiva gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in Höhe von 7 Mio € auf die Deutsche Post AG.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	2	–
	2	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Deutsche Post AG	–	37
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	11	–
Tochtergesellschaften	67	56
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	44
	78	137
Handelspassiva		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3.040	–
	3.040	–
Hedging-Derivate		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	31	–
	31	–
Sonstige Passiva		
Deutsche Post AG	–	80
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	53	–
Tochtergesellschaften	3	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	8
	56	90
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	100	101
	100	101

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Handelspassiva und die Hedging-Derivate mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Bank AG.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Post AG.

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf ein Termingeld der Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. und auf Leistungsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank International S.A. und der BHW Invest S.A.R.L.

Die sonstigen Passiva gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in Höhe von 53 Mio € auf die Deutsche Post AG, dabei handelt es sich insbesondere um Verbindlichkeiten aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

In der Position „Nachrangkapital“ werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse AG und der Deutschen Postbank AG gegenüber der BHW Euro Finance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Gegenüber der Deutschen Post AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 3 Mio € (31. Dezember 2008: 7 Mio €). Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d. h. aus unwiderrufflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2009 Mio €	2008 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Post AG	3	35
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	80	–
Tochtergesellschaften	9	12
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	3
	92	50
Zinsaufwendungen		
Deutsche Post AG	1	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	116	–
Tochtergesellschaften	5	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	1
	122	10
Provisionserträge		
Deutsche Post AG	76	479
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	44	–
Tochtergesellschaften	3	2
	123	481
Provisionsaufwendungen		
Tochtergesellschaften	10	11
	10	11
Handelsergebnis		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–143	–
	–143	–
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3	–
Tochtergesellschaften	4	–
	7	–
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Post AG	45	315
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	179	–
Tochtergesellschaften	19	26
Sonstige nahestehende Unternehmen	26	164
	269	505
Sonstige Erträge		
Deutsche Post AG	–	4
Tochtergesellschaften	8	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	3	27
	11	37
Sonstige Aufwendungen		
Deutsche Post AG	–	1
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3	–
	3	1

Die Zinserträge gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in Höhe von 75 Mio € auf die Deutsche Bank AG und in Höhe von 5 Mio € auf die Deutsche Post AG.

Die Zinsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Bank AG.

Bei den Provisionserträgen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss in Höhe von 44 Mio € handelt es sich im Wesentlichen um die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Postbank AG erbrachten Postdienstleistungen.

Das Handelsergebnis betrifft in voller Höhe die Deutsche Bank AG.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen insbesondere auf die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und den Portoaufwand.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen betreffen insbesondere Mieten und Mietnebenkosten.

Leasingaufwendungen aufgrund von Anmietungen von sonstigen nahestehenden Unternehmen belaufen sich auf 11 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €), Leasingerträge aus Vermietungen an sonstige nahestehende Unternehmen auf 2 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €) und Erträge aus Vermietung an nicht einbezogene Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG auf 2 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

Käufe und Verkäufe von Grundstücken und Bauten sowie anderer Vermögenswerte von/an nahestehende/n Unternehmen wurden nicht getätigt.

Transfers aufgrund von Lizenzvereinbarungen an nahestehende Unternehmen existieren nicht, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen an nahestehende Unternehmen wurden nicht gebildet.

Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen Komponenten und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Grundgehalt (Fixum) und Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist die Jahreserfolgsvergütung (Jahresbonus).

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird die maximale Jahreserfolgsvergütung gewährt. Der mögliche variable Vergütungsanteil kann den fixen Vergütungsanteil übersteigen.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung (Sonderbonus) beschließen.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt erfolgsunabhängige Bezüge in Höhe von 4.159,8 T€ (im Vorjahr 4.309,3 T€) erhalten. In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 196,2 T€ (im Vorjahr 175,3 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation. Ein Jahresbonus für das Geschäftsjahr 2009 wird nicht gezahlt.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 4.159,8 T€ (im Vorjahr 16.174,3 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG und der Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Klein, der sein Mandat zum 30. Juni 2009 niedergelegt hat, haben eine einvernehmliche Aufhebung des Vorstandsvertrags unterhalb der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart. Das Vertragsverhältnis mit Dr. Klein endet vorzeitig am 30. Juni 2010. Die festgelegte Abfindung liegt bei 2.937,5 T€. Auf etwaige Ansprüche auf Jahreserfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009 hat Dr. Klein verzichtet.

Zum 29. Mai 2009 hat auch das für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann sein Mandat niedergelegt. Der Vorstandsvertrag mit Herrn Berensmann hat zum regulären Vertragsende am 31. Dezember 2009 geendet. Herr Berensmann

erhält weder eine Abfindung noch eine Jahreserfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leis-tungen T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2009)	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann (Mitglied bis 29. Mai 2009)	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow (Mitglied seit 30. Mai 2009)	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2009)	437,5	13,0	0	450,5
Horst Küpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Vorstandsvergütung 2008

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung		Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leis-tungen T€	Jahres-bonus T€	Sonder-bonus ¹ T€	T€
Dr. Wolfgang Klein	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow (Mitglied bis 30. November 2008)	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker (Mitglied seit 1. Juli 2008)	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann (Mitglied bis 30. November 2008)	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos (Mitglied bis 30. Juni 2008)	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wurde nicht gezahlt.

Neue Struktur der Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit dem Vergütungssystem des Vorstands der Deutschen Postbank AG befasst und Anpassungen des Vergütungssystems, mit denen den neuen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben Rechnung getragen wird, beschlossen. Die Vergütung des Vorstands wird zukünftig stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Die Gesamtvergütung besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt.

Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreseverfolgsvergütung ist einzelvertraglich weiterhin auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreseverfolgsvergütung wird künftig, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht mehr vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt.

Vielmehr stehen 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreseverfolgsvergütung unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs. Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase positiv oder gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten nachfolgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähiges Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstands-

mitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer, Heß und Küpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009 %	Maximalversorgungsgrad %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Stefan Jütte	25,50	50,00	0
Hans-Peter Schmid	0	60,00	222.646
Ralf Stemmer	50	60,00	70.392
Dr. Mario Daberkow	0	60,00	93.165

Im Fall der Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2009 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	Beitrags- summe für 2009	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2009	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung
	€	€	€
Horst Küpker	125.000	334.043	97.303
Dr. Michael Meyer	87.500	456.335	71.825
Marc Heß	125.000	290.006	100.953

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,68 Mio € (im Vorjahr 16,42 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 55,42 Mio €.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils

für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitgliedes nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 536,3 T€ (im Vorjahr 526,2 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2009				Vergütung für das Geschäftsjahr 2008			
	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs- geld	Summe	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs- geld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	2,8	55,3	45,5	–	2,5	48,0
Michael Sommer	45,0	–	1,8	46,8	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	10,0	–	0,3	10,3	9,8	–	0,5	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	2,5	25,0	22,5	–	2,5	25,0
Jörg Asmussen	–	–	–	–	6,1	–	0,3	6,4
Marietta Auer	22,5	–	2,0	24,5	22,5	–	2,5	25,0
Rolf Bauernmeister	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Wilfried Boysen	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Henry Cordes	15,0	–	0,8	15,8	1,8	–	0,3	2,1
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	3,8	33,8	30,0	–	3,5	33,5
Annette Harms	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Dr. Tessen von Heydebreck	14,9	–	2,0	16,9	–	–	–	–
Dr. Peter Hoch	32,3	–	3,0	35,3	37,5	–	3,5	41,0
Elmar Kallfelz	27,0	–	2,5	29,5	25,1	–	3,0	28,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	28,6	–	2,5	31,1	37,5	–	3,5	41,0
Dr. Axel Nawrath	–	–	–	–	4,9	–	–	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	19,9	–	1,3	21,2
Dr. Bernd Pfaffenbach	4,6	–	0,0	4,6	15,0	–	1,3	16,3
Lawrence A. Rosen	4,6	–	0,5	5,1	–	–	–	–
Dr. Klaus Schlede	–	–	–	–	7,9	–	0,8	8,7
Elmo von Schorlemer	4,6	–	0,3	4,9	15,0	–	1,3	16,3
Torsten Schulte	26,8	–	2,3	29,1	27,4	–	2,0	29,4
Eric Stadler	16,6	–	1,5	18,1	15,0	–	1,3	16,3
Werner Steinmüller	24,5	–	2,8	27,3	0,0	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,0	25,5	22,5	–	2,5	25,0
Renate Treis	24,1	–	1,5	25,6	22,5	–	2,5	25,0
Dr. Klaus Zumwinkel	–	–	–	–	7,0	–	–	7,0
Summe	496,1	–	40,2	536,3	485,4	–	40,8	526,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 24 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2009 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 950,4 T€ (im Vorjahr 70,4 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2009 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden keine Kredite geführt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

(57) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 517,6 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten eine Garantieerklärung für das Commercial-Paper-Programm (307,2 Mio US-\$), eine Garantieerklärung für Swaps (204,7 Mio US-\$) und eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (5,7 Mio US-\$).

(58) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender seit 1. Juli 2009)	
Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender)	bis 30. Juni 2009
Dirk Berensmann, Unkel	bis 29. Mai 2009
Dr. Mario Daberkow, Bonn	seit 30. Mai 2009
Marc Heß, Bonn	seit 1. Januar 2009
Horst Kúpker, Bad Honnef	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2009 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Jütte Vorsitzender seit 1. Juli 2009

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 3. August 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. Juli 2009)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2009)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Im Laufe des Jahres aufgebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2009)	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2009)	PB Factoring GmbH, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 20. August 2009)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. November 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Dr. Wolfgang Klein **Vorsitzender bis 30. Juni 2009**

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2009)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (bis 30. Juni 2009)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (bis 30. Juni 2009)	Proactiv Holding AG, Hilden

Dirk Berensmann **Mitglied des Vorstands bis 29. Mai 2009**

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Beirats (vom 3. April bis 29. Mai 2009)	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (bis 8. Mai 2009)	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Board of Directors (vom 9. Mai 2009 bis 29. Mai 2009)	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands (bis 29. Mai 2009)	e-Finance Lab Universität, Frankfurt am Main

Dr. Mario Daberkow **Mitglied des Vorstands seit 30. Mai 2009**

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Dezember 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Mai 2009)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 30. Mai 2009)	Postbank Support GmbH, Köln
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 12. November 2009)	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (seit 4. August 2009)	
Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Board of Directors (seit 3. Juli 2009)	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Board of Directors (seit 29. Juni 2009)	
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Beirats (bis 2. April 2009)	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Juli 2009)	Eurogiro NCIP A/S, Taastrup (Dänemark)

Marc Heß **Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2009**

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. Juli 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Horst K pker

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 6. November 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 5. November 2009)	

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2009)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
--	---

Dr. Michael Meyer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. September 2009)	Postbank Direkt GmbH, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	
Vorsitzender des Beirats	V�B-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied und Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied und Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Juli 2009)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (seit 3. März 2009)	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (seit 1. Juli 2009)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

* vormals easytrade services GmbH, Leipzig

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Vorstands (seit 4. November 2009)	Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. September 2009)	Postbank Direkt GmbH, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Board of Directors (seit 1. September 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (seit 1. September 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2009)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
---	---

* vormals easytrade services GmbH, Leipzig

Der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender)	
John Allan, Company Director, Virginia Water, England	bis 1. September 2009
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg	
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	seit 22. April 2009
Dr. Peter Hoch, Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech	bis 22. April 2009
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	seit 10. September 2009
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	bis 22. April 2009
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Global Head of Transaction Banking Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	seit 22. April 2009
2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Elmar Kallfelz, Vorsitzender Europäischer Betriebsrat und Mitglied Gesamtbetriebsrat Deutsche Post AG, Wachtberg	
Torsten Schulte, Leiter Kundenbetreuungszentrum Postbank Direkt GmbH, Hessisch Oldendorf	
Eric Stadler, Vorsitzender Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende Gesamtbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2009 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

John Allan	Mitglied des Aufsichtsrats bis 1. September 2009
------------	--

Funktion	Gesellschaft
Chairman (seit 22. Juni 2009)	DSGi plc, Hemel Hempstead
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Non-Executive Director	National Grid plc, London
Non-Executive Director (seit 1. September 2009)	3i plc, London
Mitglied des Board of Directors	ISS Holding A/S, Kopenhagen

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	TLG Immobilien GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. Februar 2009)	T-Mobile International AG, Bonn

Dr. Tessen von Heydebreck	Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. April 2009
---------------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2009)	BASF S.E., Ludwigshafen

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 4. Juni 2009)	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 4. Juni 2009)	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. April 2009)	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Dr. Bernd Pfaffenbach

Mitglied des Aufsichtsrats
bis 22. April 2009

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	KW-IPEX Bank, Frankfurt am Main

Elmo von Schorlemer

Mitglied des Aufsichtsrats
bis 22. April 2009

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranz- makler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum Finanzhaus AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Hannover Direkt Versicherung AG, Hannover

Werner Steinmüller

Mitglied des Aufsichtsrats
seit 22. April 2009

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank S.A.E., Barcelona
Mitglied des Aufsichtsrats	OOO Deutsche Bank, Moskau
Mitglied des Aufsichtsrats	ZAO „Deutsche Securities“, Moskau
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland, Hameln

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2009 Mio €	2008 Mio €
Abschlussprüfungen	8,8	7,2
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,7	5,2
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,6
Sonstige Leistungen, die für das Mutter- unternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	1,5	3,2
Gesamt	14,1	16,2

(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 18. Dezember 2009 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 23. Februar 2010
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Stefan Jütte

Dr. Mario Daberkow

Marc Heß

Horst Küpker

Dr. Michael Meyer

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Februar 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

Weitere Informationen

I Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht¹

	2009				2008				2009	2008
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.868	1.901	2.009	2.209	2.636	2.475	2.510	2.317	7.987	9.938
Zinsaufwendungen	-1.247	-1.323	-1.440	-1.572	-1.898	-1.897	-1.888	-1.760	-5.582	-7.443
Zinsüberschuss	621	578	569	637	738	578	622	557	2.405	2.495
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-308	-142	-120	-108	-194	-143	-86	-75	-678	-498
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	313	436	449	529	544	435	536	482	1.727	1.997
Provisionserträge	415	412	402	385	425	421	418	419	1.614	1.683
Provisionsaufwendungen	-73	-70	-65	-77	-65	-59	-68	-60	-285	-252
Provisionsüberschuss	342	342	337	308	360	362	350	359	1.329	1.431
Handelsergebnis	-149	-139	-103	-107	-406	-56	61	12	-498	-389
Ergebnis aus Finanzanlagen	-45	15	-14	-104	-700	-470	-80	1	-148	-1.249
Verwaltungsaufwand	-765	-696	-719	-684	-808	-741	-718	-702	-2.864	-2.969
Sonstige Erträge	84	36	38	29	93	39	44	42	187	218
Sonstige Aufwendungen	-49	-23	-17	-42	-39	-17	-21	-26	-131	-103
Ergebnis vor Steuern	-269	-29	-29	-71	-956	-448	172	168	-398	-1.064
Ertragsteuern	170	91	44	170	181	99	-51	-50	475	179
Ergebnis nach Steuern	-99	62	15	99	-775	-349	121	118	77	-885
Ergebnis Konzernfremde	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	-99	62	15	98	-775	-349	121	117	76	-886

I Verkürzte Gesamtergebnisrechnung – Quartalsübersicht¹

	2009				2008				2009	2008
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	-99	62	15	99	-775	-349	121	118	77	-885
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	75	241	37	-131	1.206	-301	-416	-657	222	-168
Veränderung der Neubewertungsrücklage	108	343	49	-195	1.580	-437	-540	-805	305	-202
davon Bewertungsänderung	-35	344	34	-237	923	-561	-552	-789	106	-979
davon Bestandsänderung	143	-1	15	42	657	124	12	-16	199	777
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	5	-6	-7	8	3	27	-2	-28	0	0
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-38	-96	-5	56	-377	109	126	176	-83	34
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1	-1
Gesamtergebnis	-24	303	52	-33	431	-650	-295	-540	298	-1.054

¹ Quartale I bis III 2009 und IV 2008 angepasst (siehe Note 6)

I Gewinn- und Verlustrechnung – Mehrjahresübersicht

	2005	2005 pro forma	2006	2007	2008 ¹	2009
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinserträge	5.350	7.045	7.650	8.384	9.938	7.987
Zinsaufwendungen	-3.675	-5.097	-5.496	-6.144	-7.443	-5.582
Zinsüberschuss	1.675	1.948	2.154	2.240	2.495	2.405
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-286	-337	-338	-498	-678
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.470	1.662	1.817	1.902	1.997	1.727
Provisionserträge	801	1.560	1.623	1.675	1.683	1.614
Provisionsaufwendungen	-102	-181	-216	-246	-252	-285
Provisionsüberschuss	699	1.379	1.407	1.429	1.431	1.329
Handelsergebnis	205	231	264	281	-389	-498
Ergebnis aus Finanzanlagen	252	270	292	294	-1.249	-148
Verwaltungsaufwand	-1.886	-2.870	-2.812	-2.937	-2.969	-2.864
Sonstige Erträge	252	361	205	160	218	187
Sonstige Aufwendungen	-273	-318	-232	-137	-103	-131
Ergebnis vor Steuern	719	715	941	992	-1.064	-398
Ertragsteuern	-226	-225	-245	-135	179	475
Ergebnis nach Steuern	493	490	696	857	-885	77
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn/-verlust	492	489	695	856	-886	76
Cost-Income-Ratio (CIR)	66,6 %	75,0 %	68,3 %	69,2 %	129,8 %	92,7 %
Eigenkapital-Rendite (RoE)						
vor Steuern	15,0 %	14,9 %	18,9 %	19,2 %	-23,3 %	-7,8 %
nach Steuern	10,3 %	10,2 %	14,0 %	16,6 %	-19,4 %	1,5 %

¹Angaben für 2008 angepasst (siehe Note 6)

I Bilanz – Mehrjahresübersicht

Aktiva	31.12.2005	31.12. 2005	31.12. 2006	31.12. 2007	31.12. 2008 ¹	31.12. 2009
	Mio €	pro forma Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Barreserve	968	1.184	1.015	3.352	3.417	4.534
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	21.306	16.350	24.560	18.684	14.467
Forderungen an Kunden	52.873	80.488	87.182	92.064	105.318	111.043
Risikovorsorge	-776	-1.043	-1.155	-1.154	-1.323	-1.641
Handelsaktiva	10.386	10.513	13.280	9.940	16.573	20.471
Hedging-Derivate	639	639	485	421	474	520
Finanzanlagen	55.423	61.748	63.299	68.582	83.058	72.359
Immaterielle Vermögenswerte	223	1.871	2.505	2.415	2.371	2.368
Sachanlagen	750	1.055	941	927	879	838
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	75	75	74	73	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	50	50	86	117	162	280
Latente Ertragsteueransprüche	434	818	244	522	863	552
Sonstige Aktiva	1.434	1.594	581	529	670	745
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	-	-	-	565	-	-
Summe der Aktiva	140.280	180.298	184.887	202.913	231.219	226.609
Passiva	31.12.2005	31.12. 2005	31.12. 2006	31.12. 2007	31.12. 2008¹	31.12. 2009
	Mio €	pro forma Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.778	40.582	47.319	61.146	62.790	39.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78.481	98.958	101.316	110.696	117.472	131.988
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.738	20.242	15.886	9.558	16.342	16.722
Handelspassiva	3.345	4.103	3.618	5.600	16.987	22.434
Hedging-Derivate	1.668	1.668	958	873	2.693	2.051
Rückstellungen	969	3.064	3.691	2.107	2.138	2.148
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	585	960	1.115	1.143	1.149	1.104
b) Sonstige Rückstellungen	384	2.104	2.576	964	989	1.044
Tatsächliche Ertrag- steuerverpflichtungen	77	77	84	122	192	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	953	1.336	974	1.104	1.091	305
Sonstige Passiva	427	784	786	835	826	711
Nachrangkapital	3.783	4.423	5.048	5.603	5.736	5.507
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	-	-	-	44	-	-
Eigenkapital	5.061	5.061	5.207	5.225	4.952	5.251
a) Gezeichnetes Kapital	410	410	410	410	547	547
b) Kapitalrücklage	1.160	1.160	1.160	1.160	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.998	2.998	2.940	2.797	3.278	2.614
d) Konzerngewinn/-verlust	492	492	695	856	-886	76
Anteile in Fremdbesitz	1	1	2	2	3	4
Summe der Passiva	140.280	180.298	184.887	202.913	231.219	226.609

¹Angaben für 2008 angepasst (siehe Note 6)

112

I Segmentberichterstattung – Mehrjahresübersicht

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008 ¹	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	pro forma					pro forma					pro forma				
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	2.177	2.339	2.392	2.226	2.141	238	260	292	386	543	5	5	4	4	1
Handelsergebnis	25	32	5	25	-32	1	5	-9	-92	-140	-	-	-	-	-
Finanzanlageergebnis	17	25	50	-2	-	8	2	-5	-241	-51	-	-1	-	-	-
Provisionsüberschuss	1.081	1.061	988	1.178	1.113	108	105	104	107	104	278	263	350	340	322
Gesamterträge	3.300	3.457	3.435	3.427	3.222	355	372	382	160	456	283	267	354	344	323
Verwaltungsaufwand	-2.301	-2.178	-2.210	-2.220	-2.136	-165	-171	-163	-171	-180	-263	-245	-331	-312	-317
Risikovorsorge	-229	-277	-292	-304	-345	-39	-38	-28	-143	-300	-	-	-	-	-
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	36	-78	2	26	29	-2	2	-	1	-2	3	5	13	16	33
Ergebnis vor Steuern	806	924	935	929	770	149	165	191	-153	-26	23	27	36	48	39
Cost-Income-Ratio (CIR)	69,7%	63,0%	64,3%	64,8%	66,3%	46,5%	46,0%	42,7%	106,9%	39,5%	92,9%	91,8%	93,5%	90,7%	98,1%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	29,2%	32,7%	32,4%	41,9%	34,9%	43,2%	46,7%	50,5%	-37,4%	-4,8%	-	-	-	-	-
Segmentvermögenswerte		77.370	79.691	87.048	89.882		16.364	21.162	28.650	34.679		82	129	351	399
Segmentverbindlichkeiten		93.200	98.533	107.579	119.754		17.179	19.077	23.023	29.684		0	129	351	399

¹Angaben für 2008 angepasst (siehe Note 6)

	Financial Markets					Übrige					Konsolidierung		Konzern				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2008	2009	2005	2006	2007	2008 ¹	2009
	pro forma					pro forma							pro forma				
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	83	92	114	162	125	-555	-542	-562	-281	-496	-2	91	1.948	2.154	2.240	2.495	2.405
Handelsergebnis	55	46	72	-6	47	150	181	213	-325	-282	9	-91	231	264	281	-389	-498
Finanzanlageergebnis	-	6	1	-110	-21	245	260	248	-895	-76	-1	-	270	292	294	-1.249	-148
Provisionsüberschuss	62	63	83	57	27	-150	-85	-96	-33	-42	-218	-195	1.379	1.407	1.429	1.431	1.329
Gesamterträge	200	207	270	103	178	-310	-186	-197	-1.534	-896	-212	-195	3.828	4.117	4.244	2.288	3.088
Verwaltungsaufwand	-80	-78	-83	-92	-90	-61	-140	-150	-973	-922	799	781	-2.870	-2.812	-2.937	-2.969	-2.864
Risikovorsorge	2	-3	4	-22	-33	-20	-19	-22	-29	-	-	-	-286	-337	-338	-498	-678
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	-2	6	-1	-3	5	8	38	9	662	577	-587	-586	43	-27	23	115	56
Ergebnis vor Steuern	120	132	190	-14	60	-383	-307	-360	-1.874	-1.241	0	0	715	941	992	-1.064	-398
Cost-Income-Ratio (CIR)	40,0 %	37,7 %	30,7 %	89,3 %	50,6 %	-	-	-	-	-	-	-	75,0 %	68,3 %	69,2 %	129,8 %	92,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	22,0 %	23,8 %	37,2 %	-2,2 %	8,1 %	34,7 %	25,6 %	-26,3 %	-145,9 %	-78,6 %	-	-	14,9 %	18,9 %	19,2 %	-23,3 %	-7,8 %
Segmentvermögenswerte		28.209	22.725	31.437	30.710		58.086	79.206	115.812	101.506	-32.079	-30.567		180.111	202.913	231.219	226.609
Segmentverbindlichkeiten		11.313	13.577	27.113	28.379		46.447	71.597	105.232	78.960	-32.079	-30.567		168.139	202.913	231.219	226.609

¹Angaben für 2008 angepasst (siehe Note 6)

112

I Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2009)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ³
1. International Financial Reporting Standards (IFRS) ⁴					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 2	rev. 1993	Vorräte	Inventories	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2003	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 27	rev. 2003	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ³
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
IFRS 3	rev. 2004	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufzugebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004 (2005)	Consolidation-Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁵					
DRS 5-10	2005	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2005	n. r.
DRS 15	rev. 2005	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2003/01.01.2004/01.01.2005	n. r.
DRS 15a	2007	n. r.	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht	31.12.2008	n. r.
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2008	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2008	n. r.
FWBO	2008	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	15.08.2008	n. r.

Legende:

- ¹ Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.
- ² Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmalig verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.
- ³ Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).
- ⁴ IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB im November 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.
- ⁵ Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.
- ⁶ Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Gremien

Vorstände

Stefan Jütte, Bonn
Vorsitzender seit 1. Juli 2009

Dr. Wolfgang Klein, Bonn
Vorsitzender bis 30. Juni 2009

Dirk Berensmann, Unkel
bis 29. Mai 2009

Dr. Mario Daberkow, Bonn
seit 30. Mai 2009

Marc Heß, Bonn
seit 1. Januar 2009

Horst Küpker, Bad Honnef

Dr. Michael Meyer, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Aufsichtsrat

Dr. Frank Appel, Königswinter
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG

Michael Sommer*, Berlin
Stellv. Vorsitzender,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

John Allan, Virginia Water, England
Company Director,
bis 1. September 2009

Wilfried Anhäuser*, Kerpen
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG

Marietta Auer*, Unterhaching
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale

Rolf Bauermeister*, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung

Wilfried Boysen, Hamburg
Kaufmann

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Unternehmensberater

Henry B. Cordes, Berlin
Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen

Annette Harms*, Hamburg
Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und
derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung,
seit 22. April 2009

Dr. Peter Hoch, München
Privatier

Elmar Kallfelz*, Wachtberg
Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats
und Mitglied des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
Unternehmensberater

Dr. Hans-Dieter Petram, Inning
Privatier/Berater

Dr. Bernd Pfaffenbach, Wachtberg-Pech
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
bis 22. April 2009

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG,
seit 10. September 2009

Elmo von Schorlemer, Aachen
Rechtsanwalt,
bis 22. April 2009

Torsten Schulte*, Hessisch Oldendorf
Leiter Kundenbetreuungszentrum Postbank Direkt GmbH

Eric Stadler*, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Werner Steinmüller, Frankfurt
Global Head of Transaction Banking Deutsche Bank AG,
Mitglied Group Executive Committee,
seit 22. April 2009

Gerd Tausendfreund*, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Renate Treis*, Brühl
Stellvertretende Vorsitzende des
Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG

*Arbeitnehmersvertreter

I Konzernstruktur¹

Deutsche Postbank AG

Konzernsteuerung Stefan Jütte	Finanzen Marc Heß	Retail Dr. Michael Meyer	Filialvertrieb Hans-Peter Schmid
Konzernentwicklung	Rechnungswesen & Steuern	Strategie Privatkunden & Kooperationen	
Konzernkommunikation	Controlling	Produktmanagement Konten und Kredite	
Revision	Investor Relations & Research	Produktmanagement Anlage und CRM	
Chief Risk Office ²	Operatives Controlling Märkte	Geschäftskunden	
Kreditgrundsätze	Operatives Controlling IT / Back-Office	Drittvertrieb	
Risikocontrolling	Meldewesen & Systeme	Direct Banking	
Risikosteuerung		Vertriebs- und Kooperationsmanagement	

PB Firmenkunden AG	BHW Bausparkasse AG	Postbank Filialvertrieb AG
PB Capital Corporation	Postbank Finanzberatung AG	
Postbank Leasing GmbH	BHW Immobilien GmbH	
PB Factoring GmbH	Deutsche Postbank Home Finance Ltd.	

¹ mit ausgewählten Beteiligungsgesellschaften

² Chief Risk Office ist gegenüber den Bereichen Kreditgrundsätze, Risikocontrolling und Risikosteuerung weisungsbefugt.

Financial Markets Horst K�pker	IT / Operations Dr. Mario Daberkow	Ressourcen / Kredit Ralf Stemmer
Kapitalmärkte	Lean Banking und Reklamationen	Strategische Personalarbeit
Treasury	Kontoführung	Business Center Steuerung
Liquiditätssteuerung	Operations / Financial Markets	Personalmanagement
Credit Treasury	Kreditservice Bausparen / Baufinanzierung	Personalarbeit Führungskräfte und Personalentwicklung
	Kreditservice Rate & Workout	Recht
	Zentraler Einkauf / Portfoliomanagement	Immobilien, Support, Sicherheit
		Mitarbeiter und Treuhandkunden
		Kredit ³
		Kredit Inland
		Kredit Ausland
Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg	Postbank Systems AG	Postbank Vertriebsakademie GmbH
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. Luxemburg	Betriebs-Center für Banken AG	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH		

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

³Kredit ist gegenüber den Bereichen Kredit Inland und Kredit Ausland weisungsbefugt.

I Glossar

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere, die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.

CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.	An unsere Investoren
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.	
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsche Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).	Unsere Geschäftsfelder
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.	
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.	Unsere Verantwortung
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.	
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.	Konzernlagebericht
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.	
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würde. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).	Konzernabschluss
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).	
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.	Weitere Informationen
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.	

Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesen Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der ergebniswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.

Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value at Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Ist das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen (inklusive Klimaschutz) aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.

Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“, verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over The Counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate)	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlustes nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundsätzliche Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht-erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.

Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberechtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten ergebniswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls ergebniswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

I Adressen

Deutsche Postbank AG

Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Postbank Direkt GmbH

Kennedyallee 62–70
53175 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank Financial Services GmbH

Ludwig-Erhard-Anlage 2–8
60325 Frankfurt am Main
Postfach 15 02 55
60062 Frankfurt am Main
Telefon: 069 789 86-0
Telefax: 069 789 86-58001
E-Mail: info.pfs@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank Home Finance Ltd.

Corp. Office, 201, 2nd Floor,
Vipul Agora, M. G. Road
Gurgaon 12 20 02
Telefon: +91 124 47 24 100
Telefax: +91 124 47 24 101
E-Mail: sales@deutschepostbank.co.in

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Postanschrift:
31789 Hameln
Telefon: 01803 2881
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
18–20, Parc d'Activité Syrdall
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31-1
Telefax: +352 34 95 32-550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Tochtergesellschaften

Betriebs-Center für Banken AG

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

easyhyp GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0800 044 8888
E-Mail: info@easyhyp.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@postransact.de

PB Capital Corporation

230 Park Avenue
19 & 20th Floor
New York, NY 10169
USA
Telefon: +1 21 27 56-5500
Telefax: +1 21 27 56-5536
E-Mail: ksachs@pb-us.com

Postbank Support GmbH

Edmund-Rumpler-Straße 3
51149 Köln
Telefon: 02203 560-0
Telefax: 02203 560-4009

Betriebs-Center für Banken

Processing GmbH

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 68 97 60
Telefax: 069 156 22 011
E-Mail: info@bcb-processing.eu

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 22
31781 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH

Godesberger Allee 88
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

